

III-1 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

1998

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluß

Verfaßt vom Rechnungshof



WIEN 1999
ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

Bundesrechnungsabschluß 1998

Kapitelmäßige Gliederung der Voranschlagsvergleichsrechnung

Kapitel

- 01 Präsidentschaftskanzlei
- 02 Bundesgesetzgebung
- 03 Verfassungsgerichtshof
- 04 Verwaltungsgerichtshof
- 05 Volksanwaltschaft
- 06 Rechnungshof
- 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen
- 11 Inneres
- 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
- 13 Kunst
- 14 Wissenschaft und Forschung
- 15 Soziales
- 16 Sozialversicherung
- 17 Gesundheit
- 18 Umwelt
- 19 Jugend und Familie
- 20 Äußeres
- 30 Justiz
- 40 Militärische Angelegenheiten
- 50 Finanzverwaltung
- 51 Kassenverwaltung
- 52 Öffentliche Abgaben
- 53 Finanzausgleich
- 54 Bundesvermögen
- 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)
- 57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen
- 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge
- 60 Land- und Forstwirtschaft
- 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
- 64 Bauten und Technik
- 65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft
- 71 Bundestheater

**Auszug aus dem
Verzeichnis der Abkürzungen**

AB	Aufgabenbereich
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung
BFG	Bundesfinanzgesetz
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BHV	Bundeshaushaltsverordnung
BKA	Bundeskanzleramt
BM	Bundesministerium
BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMAGS ..	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMUJF ...	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
BMUK	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
BRA	Bundesrechnungsabschluß
BVA	Bundesvoranschlag
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
D	Darlehen
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
GG	Gehaltsgesetz
GOG	Geschäftsordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)
Kap	Kapitel
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse AG
PG	Pensionsgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG
RGV	Reisegebührenvorschrift
RH	Rechnungshof
RHG	Rechnungshofgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung
S	Schilling
	Soll (vor Beträgen in Tabellen)
VA	Voranschlag
VAP	Voranschlagspost
ZEDVA ...	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
zw	zweckgebunden

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

1998

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluß

Wien, im September 1999

Der Präsident des Rechnungshofes:

Fiedler

Gesamtinhaltsverzeichnis

Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluß 1998

		Seite
1.	Allgemeine Bemerkungen	
1.1	Rechtliche Grundlagen	11
1.2	Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen	11
1.3	Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	11
1.4	Statistische Daten	11
1.5	Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen	12
2.	Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes	
2.1	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	14
2.2	Brutto-Inlandsprodukt und Volkseinkommen	16
2.3	Fiskalische Gesamtbelastung	20
2.4	Bundeshaushalt und finanzpolitische Schlußfolgerungen	22
3.	Gesamtergebnis der Haushaltsführung des Bundes	
3.1	Rechtliche Grundlagen der Gebarung	30
3.2	Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt	31
3.3	Darstellung der Ergebnisse	31
3.4	Gebarungsergebnisse	32
3.5	Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen	44
3.6	Vorbelastungen und Vorberechtigungen (einschließlich offen gebliebener Stände des Finanzjahres 1998)	46
3.7	Negative Verfügungsreste	50
3.8	Haushaltsrücklagen	53
3.9	Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur EU	53
4.	Bericht zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
4.1	Allgemeine Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen	55
4.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben	58
4.3	Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen	134

		(Ausgaben/Einnahmen)
Kapitel		
01	Präsidentschaftskanzlei	- / -
02	Bundesgesetzgebung	58 / -
03	Verfassungsgerichtshof	- / -
04	Verwaltungsgerichtshof	- / -
05	Volksanwaltschaft	- / -
06	Rechnungshof	59 / -
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	59 / 134
11	Inneres	63 / 135
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	67 / 137
13	Kunst	74 / -
14	Wissenschaft und Forschung	75 / 139
15	Soziales	81 / 140
16	Sozialversicherung	87 / 141
17	Gesundheit	88 / 142
18	Umwelt	90 / 142
19	Jugend und Familie	91 / 142
20	Äußeres	93 / 143
30	Justiz	95 / 144
40	Militärische Angelegenheiten	97 / 144

	Seite
50 Finanzverwaltung	99/145
51 Kassenverwaltung	103/147
52 Öffentliche Abgaben	105/150
53 Finanzausgleich	105/154
54 Bundesvermögen	107/154
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	109/158
57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	110/159
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	112/161
60 Land- und Forstwirtschaft	116/164
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	124/166
64 Bauten und Technik	126/167
65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft	132/169
71 Bundestheater	133/170
5. Bericht zur Jahresbestandsrechnung	
5.1 Darstellung des Vermögens und der Schulden	170
5.2 Darstellung des Kapitalausgleichs	171
5.3 Gesamtstand des Vermögens	171
5.4 Gesamtstand der Schulden	171
5.5 Rücklagen	172
5.6 Bundesbetriebe und betriebsähnliche Einrichtungen	173
5.7 Erläuterungen zur Jahresbestandsrechnung über Veränderungen des Vermögens und der Schulden des Bundes gegenüber dem Vorjahr	174
6. Bericht zur Jahreserfolgsrechnung	
6.1 Darstellung der Aufwendungen und Erträge	180
6.2 Erläuterungen zur Jahreserfolgsrechnung über Veränderungen der Aufwendungen und Erträge des Bundes gegenüber dem Vorjahr	181
7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden	
7.1 Allgemeines	188
7.2 Ausgleichshaushalt	189
7.3 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen	192
7.4 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und Währungstauschverträge	193
7.5 Entwicklung und Stand der Bundesschulden 1989–1998	198
8. Bericht zu den Bundeshaftungen	
8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	200
8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen	201
9. Bericht zu den Abschlußrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger	
9.1 Allgemeines	201
9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse	202
9.3 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	202
9.4 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	202
9.5 Reservefonds für Familienbeihilfen	203
9.6 Erstmals veröffentlichter Fondsabschluß	203
9.7 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse	203
9.8 Agrarmarkt Austria (AMA)	203
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	204
Verzeichnis der Abkürzungen	205

Band 2: Abschlußrechnungen und Übersichten zum Bundesrechnungsabschluß 1998

		Seite
A	Voranschlagswirksame Verrechnung	
1.	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 1997	
A.1.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	9
A.1.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln	10
A.1.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages	12
	Kapitel	(Ausgaben/Einnahmen)
	01 Präsidentschaftskanzlei	12/ 79
	02 Bundesgesetzgebung	13/ 80
	03 Verfassungsgerichtshof	14/ 81
	04 Verwaltungsgerichtshof	15/ 82
	05 Volksanwaltschaft	16/ 83
	06 Rechnungshof	17/ 84
	10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	18/ 85
	11 Inneres	22/ 88
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	25/ 90
	13 Kunst	32/ 95
	14 Wissenschaft und Forschung	33/ 96
	15 Soziales	36/ 98
	16 Sozialversicherung	39/100
	17 Gesundheit	40/101
	18 Umwelt	42/102
	19 Jugend und Familie	43/103
	20 Äußeres	44/104
	30 Justiz	46/105
	40 Militärische Angelegenheiten	47/106
	50 Finanzverwaltung	48/107
	51 Kassenverwaltung	51/109
	52 Öffentliche Abgaben	53/111
	53 Finanzausgleich	54/113
	54 Bundesvermögen	55/114
	55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	57/117
	57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	58/118
	59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	61/121
	60 Land- und Forstwirtschaft	65/124
	63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	70/128
	64 Bauten und Technik	72/130
	65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft	76/133
	71 Bundestheater	78/134
2.	Gesamtübersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.2.1.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	136
A.2.1.2	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben	137
A.2.1.3	Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben	138
A.2.1.4	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarunggruppen	139
A.2.2.1	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen	140
A.2.2.2	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen	141

	Seite
A.2.3.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen 142
A.2.3.2	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen 143
3.	Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung
A.3.1.1	Übersicht über die Verpflichtungen 144
A.3.1.2	Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren . 145
A.3.2.1	Übersicht über die Schulden 146
A.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren 147
A.3.3.1	Übersicht über die Berechtigungen 148
A.3.3.2	Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren 149
A.3.4.1	Übersicht über die Forderungen 150
A.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren 151
4.	Nachweise über die abgesetzten Zahlungen und die Abschreibung von Forderungen
A.4.1.1	Nachweis über die von den Ausgaben abgesetzten Zahlungen 152
A.4.1.2	Nachweis über die von den Einnahmen abgesetzten Zahlungen 153
A.4.2	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen 154
5.	Nachweise über die Haushaltsrücklagen
A.5.1	Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen 155
A.5.2	Nachweis über die allgemeinen Rücklagen 177
A.5.3	Nachweis über die besonderen Rücklagen 184
A.5.4	Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) 187
A.5.5	Nachweis über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen 188
A.5.6	Nachweis über die Ausgleichsrücklage 196
B	Bestands- und Erfolgsverrechnung
1.	Bestandsverrechnung
B.1	Jahresbestandsrechnung des Bundes 1998 197
2.	Gesamtübersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.2.1	Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten 198
B.2.2	Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten 202
3.	Übersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.3.1	Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen 204
B.3.2	Übersicht über die Beteiligungen des Bundes 206
B.3.3.1	Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen 211
B.3.3.2	Übersicht über die allgemeinen Rücklagen 213
B.3.3.3	Übersicht über die besonderen Rücklagen 216
B.3.3.4	Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) 217
B.3.3.5	Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen 218
B.3.3.6	Übersicht über die Ausgleichsrücklage 220
4.	Erfolgsverrechnung
B.4	Jahreserfolgsrechnung des Bundes 1998 221
5.	Gesamtübersichten zur Jahreserfolgsrechnung
B.5.1	Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten 222
B.5.2	Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten 224
6.	Abschlußrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen und des Bundesbetriebes
6.1	Betriebsähnliche Einrichtungen
B.6.1.1	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig 226
B.6.1.2	Bundesbaudirektion für Wien, NÖ u Bgld – Wien 228
6.2	Bundesbetrieb
B.6.2	Österreichischer Bundestheaterverband 229

	Seite
C	Finanzierung des Bundeshaushalts; Bundeshaftungen
C.1	Kapitel 51, 54, 57 und 59 Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt 231
C.2	Kapitel 51, 54, 57 und 59 Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt 240
C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden und Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren 249
C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden und Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren 250
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren 251
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren 252
C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren 253
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren 254
C.3.4.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigungen) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren 255
C.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren 256
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts 257
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen 266
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit c BHG 268
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden und Rechtsträgerschulden 269
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen 284
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen 287
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld und der Rechtsträgerschuld im Jahr 1998 292
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld und der Rechtsträgerschuld in fremder Währung im Jahr 1998 294
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld und der Rechtsträgerschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1998 298
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 1998 302
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1998 304
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1998 306
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 1998 308
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1998 310
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1998 314
C.7.4.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger im Jahr 1998 318
C.7.4.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in fremder Währung im Jahr 1998 320
C.7.4.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1998 322
C.8.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 1998 324
C.8.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in inländischer Währung im Jahr 1998 325
C.8.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1998 326
C.8.2.3	Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1998 327
C.8.2.4	Übersicht über die Entwicklung der in Fremdwährungen zusammengefaßten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1998 328
C.8.3	Nachweis der Bundeshaftungen 329

	Seite
D Abschlußrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger (wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 1998)	
1. Parlamentsdirektion	
D.1.1 Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	342
2. Bundeskanzleramt	
D.2.1 Österreichisches Filminstitut	344
D.2.2 Künstlerhilfe-Fonds	346
3. Bundesministerium für Inneres	
D.3.1 Fonds zur Integration von Flüchtlingen	348
D.3.2 Gendarmeriejubiläumsfonds 1949	350
D.3.3 Unterstützungsinstitut der Bundes-Sicherheitswache in Wien	352
D.3.4 Wiener Stadterweiterungsfonds	354
D.3.5 Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei	356
D.3.6 Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes	358
4. Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	
D.4.1 Stiftung Theresianische Akademie	360
5. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
D.5.1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	362
D.5.2 Österreichisches Institut für Sportmedizin	364
D.5.3 ERP-Fonds (für das Jahr 1997/98)	366
6. Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
D.6.1 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	368
D.6.2 Ausgleichstaxfonds	370
D.6.3 Nationalfonds zur besonderen Hilfe für behinderte Menschen	372
D.6.4 Kriegsofferfonds	374
D.6.5 Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner Badestiftung (Kurhaus Ferdinand Hanusch)	376
D.6.6 Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung – Hilfsfonds	378
D.6.7 Arbeitsmarktservice Österreich (für das Jahr 1997)	380
D.6.8 Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen	382
D.6.9 Fonds „Gesundes Österreich“	384
D.6.10 Strukturfonds (für das Jahr 1997)	386
7. Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	
D.7.1 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	388
D.7.2 Reservefonds für Familienbeihilfen	390
8. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	
D.8.1 Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland	392
D.8.2 Diplomatische Akademie Wien	394
9. Bundesministerium für Landesverteidigung	
D.9.1 Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen	396
10. Bundesministerium für Finanzen	
D.10.1 Nullkuponfonds	398
D.10.2 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	400
11. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	
D.11.1 Agrarmarkt Austria (für das Jahr 1997)	402
12. Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
D.12.1 Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft	404
D.12.2 Bundeswohnbaufonds	406

	Seite
E Tabellen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1998	
1. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach Abzug der Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige	
E.1 Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	409
2. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes – Gesamtgebarung nach der Gliederung des Bundesvoranschlages	
E.2.1 Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	410
E.2.2 Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten	411
E.2.3 Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	412
E.2.4 Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	413
E.2.5.1 Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	414
E.2.5.2 Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	415
E.2.6.1 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	416
E.2.6.2 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	417
E.2.7.1 Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	419
E.2.7.2 Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	420
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	421
Verzeichnis der Abkürzungen	422

1. Allgemeine Bemerkungen

1.1 Rechtliche Grundlagen

Der Rechnungshof (RH) legt gemäß Art 121 Abs 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und gemäß § 9 Abs 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) idgF den von ihm verfaßten Bundesrechnungsabschluß (BRA) für das Jahr 1998 zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Der gemäß § 9 Abs 2 RHG vorzulegende Nachweis über den Stand der Bundesschulden ist darin enthalten (TZ 7).

Der BRA enthält gemäß § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl Nr 213/1986, idgF, die Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages, die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Bundes. Der Textteil des BRA (= Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluß) wurde vom RH angefertigt. Der Zahlenteil (= Band 2: Abschlußrechnungen und Übersichten) wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Wege der Bundesrechenzentrum GesmbH unter Berücksichtigung der vom RH veranlaßten Richtigstellungen erstellt und durch die vom RH geprüften Abschlußrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger vervollständigt.

Der vom RH verfaßte BRA wurde gemäß § 9 Abs 1 RHG dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Hiezu gab der Bundesminister für Finanzen keine Äußerung ab.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen und des Bundesbetriebes Österreichischer Bundestheaterverband, die Abschlußrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger sowie ein Nachweis der Bundeshaftungen sind gesondert dargestellt (siehe Band 2, Tabellen B.6 und C.8 sowie Tabellen des Abschnittes D).

1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen

Gemäß § 9 Abs 1 RHG hat der RH die ihm vorgelegten Jahresrechnungen geprüft. Diese Prüfung umfaßte die Feststellung der formalen und rechnerischen Richtigkeit sowie die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes (BFG). Zu diesem Zweck wurde an Ort und Stelle bei den Buchhaltungen der anweisenden Organe stichprobenweise Einsicht in die Verrechnungsaufschreibungen und Belege genommen. Vorgefundene Mängel wurden im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben.

Eine eingehende Überprüfung des Budgetvollzuges wird im Rahmen zahlreicher laufender Gebarungüberprüfungen des RH im Bereich der gesamten öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Über deren Ergebnis geben die Tätigkeits- und Wahrnehmungsberichte des RH Auskunft.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der BRA für das Jahr 1997 wurde vom Nationalrat mit Bundesgesetz, BGBl I Nr 3/1999, genehmigt. Der mit Abschluß des Finanzjahres 1997 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel, der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 1997 (BRA 1997, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 1998 überein, wie er in Übersicht 6 über das Ergebnis der geldwirksamen Gebarung im vorliegenden BRA ausgewiesen ist.

1.4 Statistische Daten

Soweit im BRA für das Jahr 1998 Daten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien, Wien (IHS) verwendet werden, entsprechen sie dem Stand vom Mai 1999 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 1997 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben.

1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen

1.5.1 Verrechnungsverfahren

Das in der Verrechnung des Bundes angewandte Verrechnungssystem beruht auf einer Zusammenführung finanzplanerischer und doppischer Elemente. Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes werden nach einheitlichen Grundsätzen dezentral von den einzelnen Buchhaltungen erfaßt und an die Bundesrechenzentrum GesmbH zur zentralen Verarbeitung weitergeleitet.
- Die Verrechnung der einzelnen Geschäftsfälle erfolgt im Rahmen der sogenannten Phasen- und Fernbuchführung in einem oder mehreren Verrechnungskreis(en), deren Ergebnisse jeweils zum Ende eines Verrechnungszeitraumes (Monats- und Jahresende) für die Hoheits-, Privatwirtschafts- und Betriebsverwaltung des Bundes unmittelbar zur Verfügung stehen.
- Ein **Verrechnungskreis** stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zwecks zusammenfassender Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Die Verrechnungskreise sind derart miteinander verbunden, daß ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig in mehreren Verrechnungskreisen erfaßt wird und die Salden sofort verändert werden (Simultanbuchführung). Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen Haupt- und Nebenverrechnungskreisen zu unterscheiden.
- Hauptverrechnungskreise stellen zwingend vorzusehende Verrechnungskreise dar und umfassen
 - die voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) für das laufende Finanzjahr und für
 - die künftigen Finanzjahre (zur Erfassung der Vorberechtigungen und Vorbelastungen) sowie
 - die Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV).
- Nebenverrechnungskreise werden zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten eines Aufgabenträgers gebildet und sind entweder in die Buchführung integriert (zB Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Projekt- und Vorhabensabrechnung) oder dieser vorgelagert (zB Besoldung der Bundesbediensteten, Bundespensionen, Abgabeneinhebung der Finanz- und Zollämter); sie werden einzeln oder zusammengefaßt in die Hauptverrechnungskreise übernommen.

Die **voranschlagswirksame Verrechnung** stellt das "Kernstück" des Rechnungswesens des Bundes dar und enthält die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben des Bundes, wie sie im Bundesvoranschlag finanzgesetzlich genehmigt wurden. Gemäß § 16 Abs 1 BHG sind in den Bundesvoranschlag sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

In der VWV werden die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten (§ 78 BHG); sie dient vor allem der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung. Sie stellt ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug dar.

Die **voranschlagsunwirksame Verrechnung** enthält jene Einnahmen und Ausgaben, die nicht endgültig solche des Bundes oder die aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht zu veranschlagen sind. Es sind dies nach § 16 Abs 2 BHG beispielsweise die einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge von Bediensteten des Bundes oder Konversionen und Prolongationen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen.

1.5.2 Abschlußrechnungen

Die **Voranschlagsvergleichsrechnung** entspricht in ihrer Form sowohl der im Bundesvoranschlag festgelegten Gliederung als auch den für die Verrechnung festgelegten Phasen. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die **Jahresbestandsrechnung** ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet: Sie gibt Aufschluß über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Wenn auch der RH weiterhin bemüht ist, das Vermögen des Bundes möglichst vollständig zu erfassen, ist der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar, weil beispielsweise wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfaßt sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, daß jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen. Auch wird die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" als bedeutsam erachtete Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert.

Die sich in der Verwaltung von Straßensondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfaßt und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

Bemerkenswert ist weiters, daß das Grundkapital zusammen mit dem Kapitalausgleich (insgesamt 1 172 337 Mill S) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens: So etwa setzt sich das Grundkapital des Bundes lediglich aus dem Grundkapital der Bundesbetriebe zusammen, wogegen für die Amtsorgane und betriebsähnlichen Einrichtungen kein Eigenkapital festgelegt wurde. Der zusammen mit dem Grundkapital ausgewiesenen Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Die **Jahreserfolgsrechnung** ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldo-rechnung. Der mit 76 611 Mill S ausgewiesene Vermögensabgang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Verrechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.

Die Jahresbestandsrechnung wird ebenso wie die Jahreserfolgsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

1.5.3 Phasenbuchführung

Die Phasenbuchführung wird dem Umstand gerecht, daß sich die Einnahmen- und Ausgabebebarung des Bundes nicht in einem Akt erschöpft, sondern alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten werden. Die Buchungen selbst erfolgen auf der Ebene der Voranschlagsansätze bzw der Voranschlagsposten. Jedes Voranschlagskonto wird dabei in sechs Abschnitte (= Phasen) mit folgenden Inhalten untergliedert (§ 78 BHG in Verbindung mit §§ 60 ff BHV 1989):

Phase 1: Genehmigungen

Sie enthält die für die zuständigen Organe vorgesehenen Voranschlagsbeträge. Diese stimmen mit dem Bundesvoranschlag überein und werden lediglich im Falle einer Änderung des Bundesfinanzgesetzes erhöht oder vermindert.

Phase 2: Verfügungen

Hier wird die Inanspruchnahme der genehmigten Voranschlagsbeträge durch Anordnungen der haushaltsleitenden und sonstigen anweisenden Organe sowie die Veränderung der ursprünglich vorgesehenen Beträge aufgrund von überplanmäßigen Ausgaben/Einnahmen und die Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben/Einnahmen sowie von Ausgaben-/Einnahmenbindungen dargestellt. Der jeweilige Saldo während des Jahres zeigt den Verfügungsrest.

Phase 3: Berechtigungen oder Verpflichtungen

Dabei werden jene Anordnungen verrechnet, die durch Erlassung behördlicher Entscheidungen oder Verfügungen oder durch Abschluß von Rechtsgeschäften eine Leistungspflicht Dritter bzw eine solche des Bundes begründen oder in Aussicht stellen. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die eine Forderung

oder Schuld begründen, wie etwa eine erhaltene oder erteilte Bestellung einer Lieferung oder Leistung. Der jeweilige Saldo stellt die Summe der noch offenen Berechtigungen bzw Verpflichtungen dar.

Phase 4: Forderungen oder Schulden

Hier werden Anordnungen, die finanzielle Ansprüche auf Empfang bzw Erbringung einer Geldleistung begründen, verrechnet. Die Beurteilung ist nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes (zB Ausgangs- oder Eingangsrechnung über eine erfolgte Lieferung oder Leistung) vorzunehmen. Der jeweilige Saldo zeigt die offenen Forderungen oder Schulden.

Phase 5: Zahlungen

Mit der Einzahlung oder Auszahlung (zB aufgrund einer Rechnung) wird der Gebarungsfall abgeschlossen und der Voranschlagsbetrag endgültig in Anspruch genommen. Der jeweilige Saldo zeigt in Gegenüberstellung zur Genehmigung (= Phase 1) das Ergebnis des Budgetvollzugs (Mehr- oder Mindereinnahmen sowie Überschreitungen oder Ersparungen bei den Ausgaben).

Der im § 75 Abs 1 BHG enthaltene Grundsatz der Bruttoverrechnung wird in Ausnahmefällen (§§ 16 Abs 2 ff sowie 78 Abs 7 und 8 BHG) durchbrochen. In diesen Fällen können Ausgaben oder Einnahmen auf den Konten der ursprünglichen Zahlungen rückverrechnet werden (absetzbare Zahlungen). Dies erfolgt beispielsweise bei Rückzahlungen von Einnahmen oder Ausgaben (Stornobuchungen) sowie bei der vermittlungsweisen Leistung von Zahlungen für ein anderes anweisendes Organ. Ab 1. Jänner 1995 sind auch die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes gemäß Art 201 des EG-Vertrages als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben zu veranschlagen (§ 16 Abs 3a BHG idF BGBl Nr 297/1995).

In Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Zahlungen werden Schulden und Forderungen als Ersatzschulden und Ersatzforderungen festgehalten, sofern die Rückzahlung noch nicht durchgeführt wurde.

Phase 9: Verzweigungen

Hier werden alle nicht in der Phasenfolge 1 bis 5 abzuwickelnden Geschäftsfälle festgehalten. Dazu zählen Vorsorgen für außer- und überplanmäßige Ausgaben, Ausgaben- und Einnahmenbindungen, Postenausgleiche, Freigaben aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag sowie alle sich nur innerhalb der Verwaltung auswirkenden Maßnahmen zur Erhöhung oder Verminderung des jeweils zur Verfügung stehenden Voranschlagsbetrages.

2. Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Bundesvoranschlag wurde gemäß Art III Abs 2 BFG 1998 auf der Grundlage einer nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 3,8 % (real 2,2 %) erstellt.

Nach den bisherigen und vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Mai 1999) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 1998 zu laufenden Preisen auf 2 622,6 Mrd S und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (2 514,4 Mrd S) um nominell 4,3 %. Es überstieg damit die bei Erstellung des Bundesvoranschlags angenommene Wachstumsrate um 0,5 Prozentpunkte.

Mit einer jahresdurchschnittlichen realen Zunahme des Brutto-Inlandsproduktes von 3,3 % (1997: + 2,5 %) lag Österreich damit über dem Durchschnitt der EU (EU: + 2,8 %). Im Vergleich: USA + 3,9 %, Deutschland + 2,8 %, Japan - 2,8 % und OECD insgesamt + 2,3 %.

Obwohl die Beschäftigung zunahm (+ 1,0 %), trat bei der Arbeitslosenrate keine Besserung ein (Jahresdurchschnitt 1998: 7,2 %, Jahresdurchschnitt 1997: 7,1 %).

Der Preisauftrieb (= Veränderung der Verbraucherpreise im Jahresabstand) ging im vergangenen Jahr weiter zurück und belief sich im Jahresdurchschnitt 1998 auf + 0,9 % (1997: + 1,3 %).

Aufgrund eines ab Jänner 1998 zur Anwendung kommenden neuen Zahlungsbilanzkonzeptes betrug das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 1998 – 51,6 Mrd S (1997: – 61,4 Mrd S rückgerechnet) oder 2,0 % des BIP (1997: 2,4 %).¹⁾

Die im § 2 BHG als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 1998 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

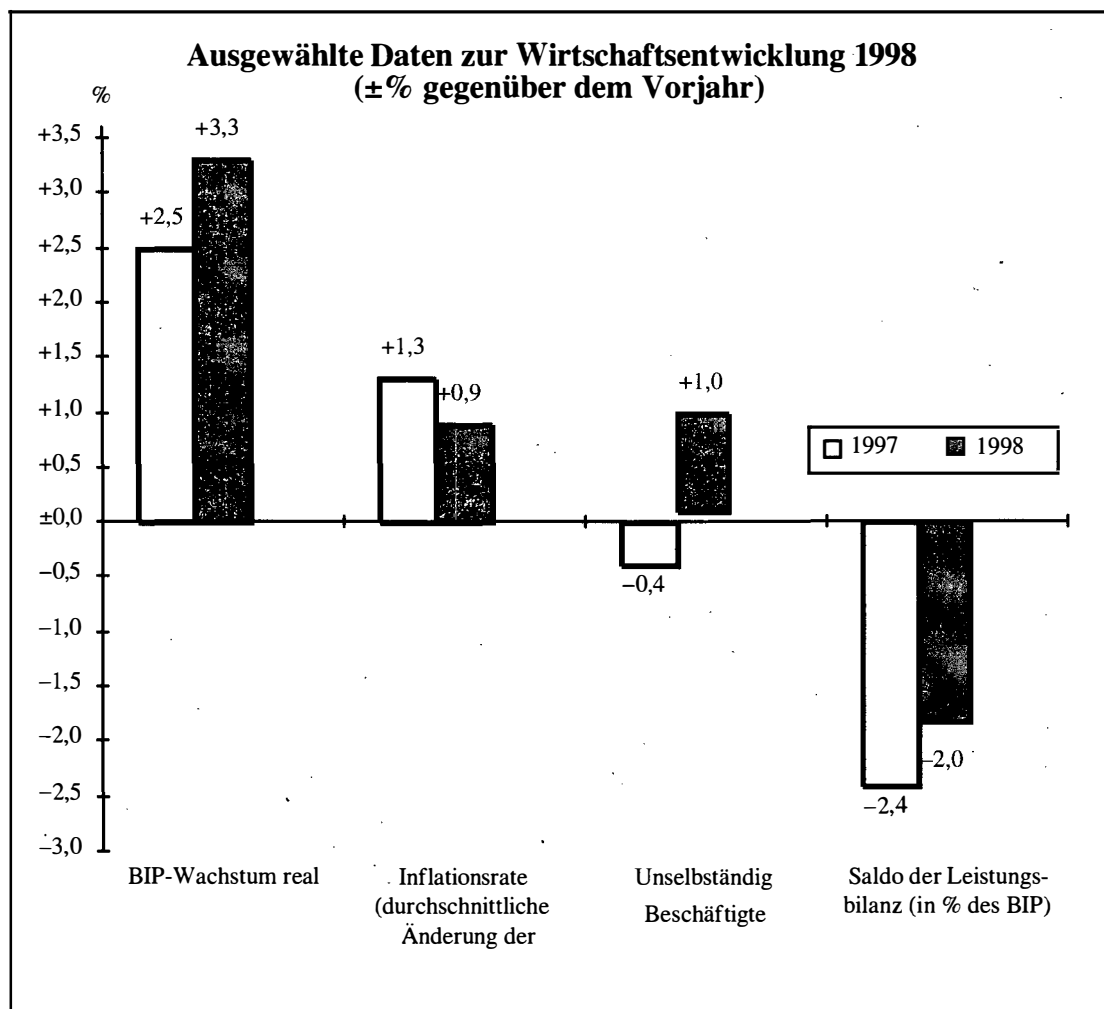
	Gegenüberstellung	
	1997	1998
BIP-Wachstum real ("Sicherung des Wachstumspotentials")	+ 2,5 %	+ 3,3 %
Inflationsrate (durchschnittliche VPI-Entwicklung)	+ 1,3 %	+ 0,9 %
Arbeitslosenquote *)	7,1 %	7,2 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT **)	4,4 %	4,5 %
Unselbständig Beschäftigte ("hoher Beschäftigtenstand")	– 0,4 %	+ 1,0 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut – in Mrd S)	– 61,4 Mrd S	– 51,6 Mrd S
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) ("Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts")	– 2,4 %	– 2,0 %

*) Die österreichische Arbeitslosenquote stellt das Verhältnis von im Jahresdurchschnitt bei den Geschäftsstellen des AMS vorgemerkten Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotential (≈ unselbständig Beschäftigte laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger und vorgemerkte Arbeitslose) dar.

***) Die Arbeitslosenquote des EUROSTAT ist der Anteil an den nach den Kriterien des EUROSTAT definierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Diese Quote wird aufgrund des Mikrozensus und einer Befragung nach einem standardisierten Fragenprogramm ermittelt (hinsichtlich der Fragestellungen und der Berechnungshinweise darf auf die Statistischen Nachrichten Nr 5/1996, Seite 357 ff hingewiesen werden).

Quellen der Arbeitslosenquote: Geschäftsberichte des AMS, WIFO, ÖSTAT.

¹⁾ siehe dazu Marcus Scheiblecker et al, WIFO Monatsberichte 4/1999



Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Österreichisches Statistisches Zentralamt

2.2 Brutto-Inlandsprodukt und Volkseinkommen

2.2.1 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts

Bei der Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts waren gegenüber dem Vorjahr folgende prozentuelle Veränderungen zu verzeichnen:

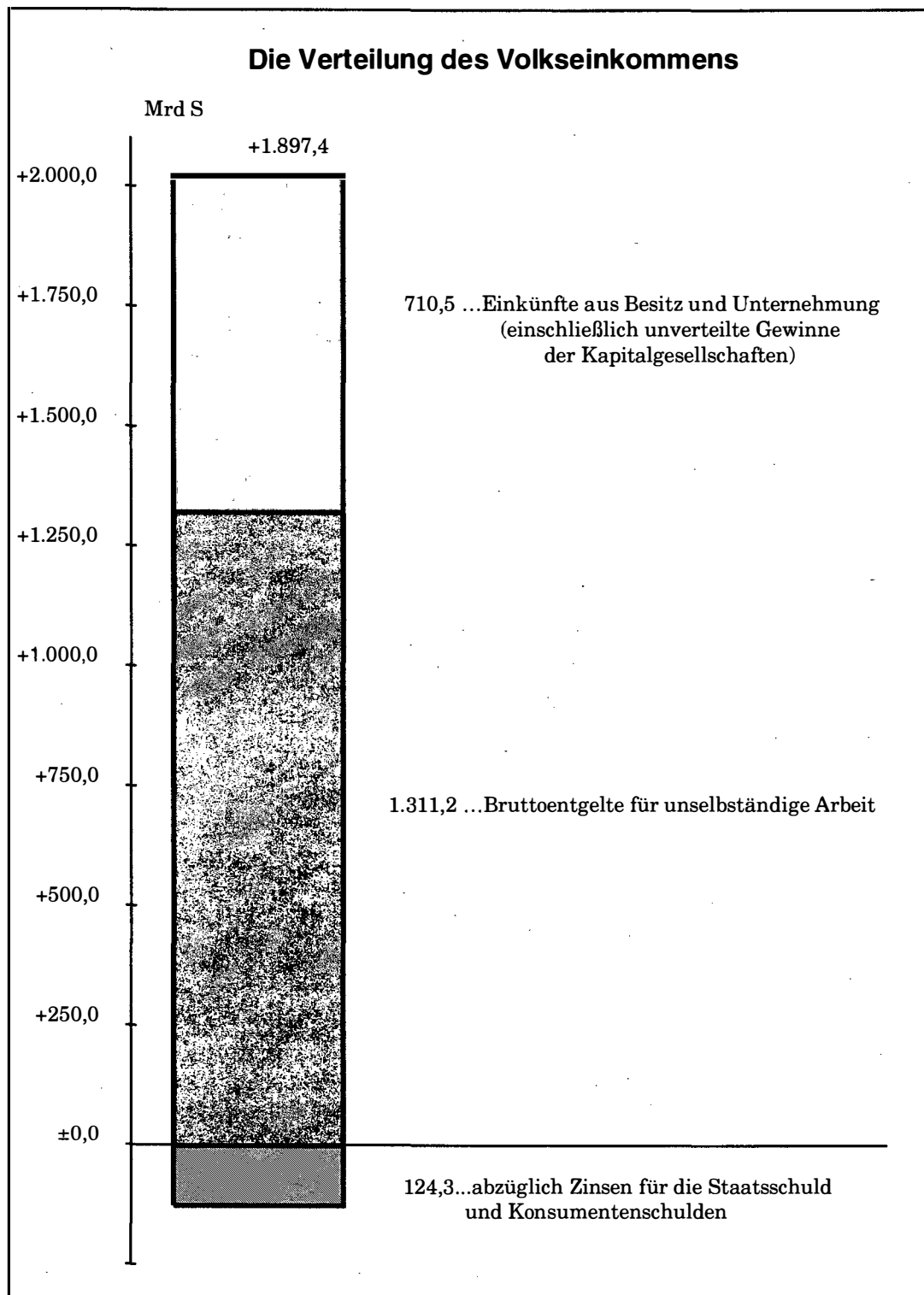
BIP in %: + 3,3 real

Land- und Forstwirtschaft	+ 4,9
Bergbau	+ 1,4
Sachgütererzeugung	+ 5,1
Energie und Wasserversorgung	+ 1,7
Bauwesen	+ 3,0
Handel	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 5,3
Kredit- und Versicherungswesen	+ 3,2
Realitätenwesen	+ 2,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,7
Öffentliche Dienste	+ 1,3
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	+ 2,3

Quelle: WIFO, Monatsberichte Nr 4/1999.

2.2.2 Verteilung des Volkseinkommens

Die Steigerung des Volkseinkommens (zu laufenden Preisen) betrug 1998 + 3,8 % (1997: 3,7 %), wobei die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit um 3,4 % und die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung sowie die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften um 5,9 % stiegen. Während sich das Volkseinkommen 1997 auf 1 828,6 Mrd S belief, bewegt sich jenes von 1998 in der Höhe von 1 897,4 Mrd S.

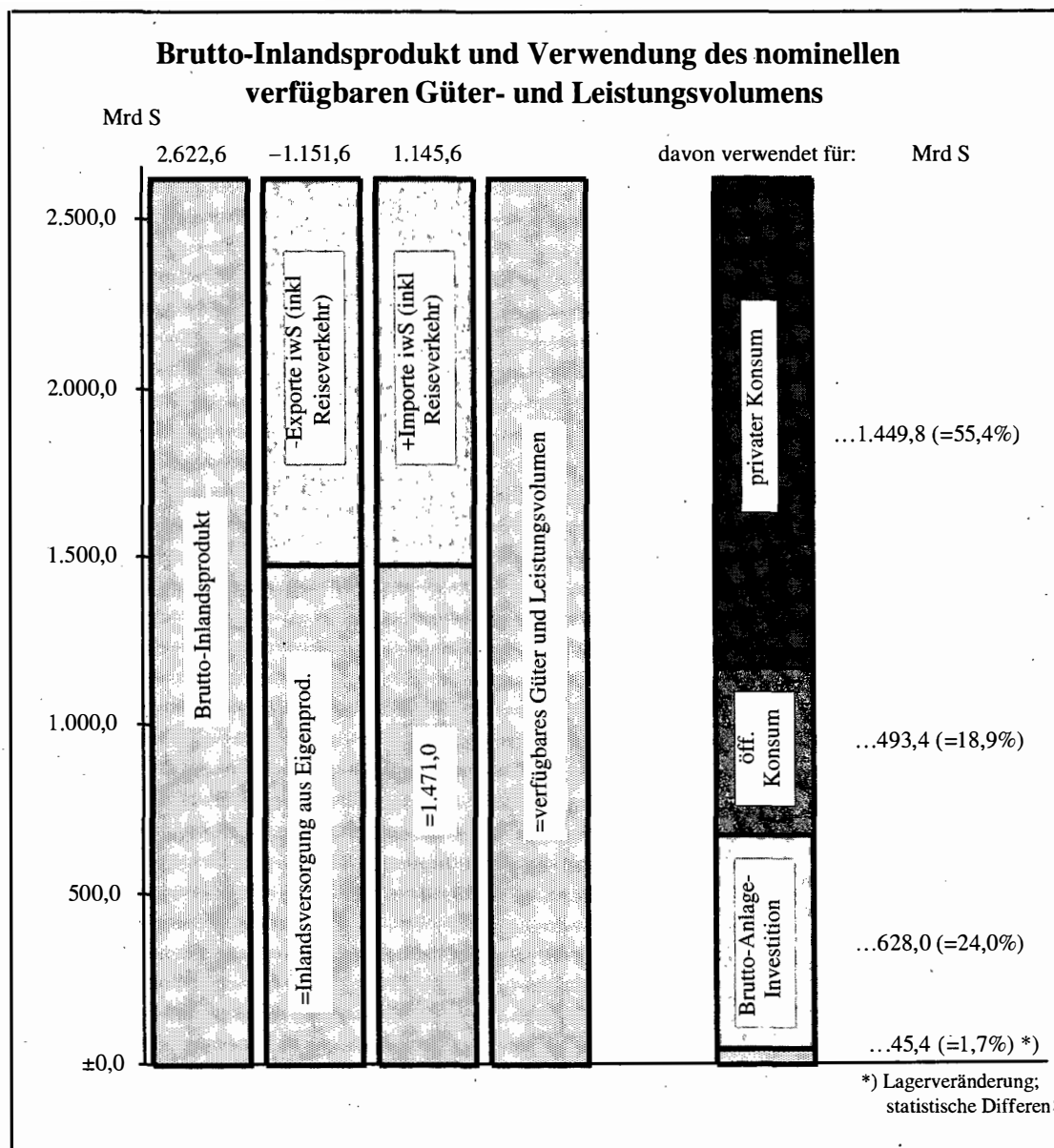


Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Österreichisches Statistisches Zentralamt

2.2.3 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens

Werden vom BIP (2 622,6 Mrd S) die Exporte im weiteren Sinn (1 151,6 Mrd S) abgezogen und die Importe im weiteren Sinn (1 145,6 Mrd S) hinzugerechnet, so ergibt sich daraus das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen für 1998 in der Höhe von 2 616,6 Mrd S.

Die Steigerungsrate der Exporte iwS betrug gegenüber 1997 8,2 % und jene der Importe 6,2 %. Der private Konsum stieg gegenüber 1997 um 2,6 % während der öffentliche um 3,2 % stieg.



Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Österreichisches Statistisches Zentralamt

Die weitere Ausgangslage der österreichischen Wirtschaft läßt sich anhand der vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der sich gegen Jahresmitte 1999 abzeichnenden Wirtschaftslage anhand ausgewählter Indikatoren folgendermaßen darstellen:

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für 1998 und 1999

	Gegenüberstellung	
	1998	1999
	%	%
BIP-Wachstum, real	+ 3,3	+ 2,2
Privater Konsum, real	+ 1,7	+ 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen, real	+ 4,9	+ 3,1
Warenexporte, real	+ 7,1	+ 4,5
Warenimporte, real	+ 8,4	+ 5,0
Unselbständige Beschäftigte	+ 1,0	+ 0,6

Quelle: WIFO, Monatsberichte Nr 4/1999.

2.3 Fiskalische Gesamtbelastung

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 1998 auf 43,5 %: Verglichen mit dem Vorjahr (= 43,7 %) ergibt sich ein rechnerischer Rückgang um 0,2 Prozentpunkte.

Die Berechnung der Abgabenquote nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfolgt nach dem sogenannten "accrual-principle", dh daß der Zeitpunkt der Abgabefälligkeit maßgebend ist. Im Gegensatz dazu arbeitet die OECD-Steuerliste nach dem "cash-principle" oder "Kassenprinzip". Entscheidend für die Zuordnung ist diesfalls der Zahlungszeitpunkt.

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Rückgang von 44,3 % (1997) auf 44,2 %.

Übersicht 1

Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung

Bezeichnung	Direkte und indirekte Abgaben und abgabenähnliche Einnahmen									
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Bund	445,9	485,3	530,2	576,8	604,4	600,6	611,2	663,6	705,3	740,6
Länder	1,8	2,0	2,0	2,2	2,3	2,4	2,6	2,5	2,6	2,7
Gemeinden	23,5	25,4	26,7	29,0	30,4	39,3	41,4	42,5	44,0	44,5
Kammern	9,8	10,1	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,2	14,4
Sozialversicherungs- träger	193,2	208,5	225,7	248,5	265,3	281,5	294,5	304,0	312,9	320,8
Fonds	5,9	5,1	4,8	5,2	5,6	2,8	1,1	1,1	1,0	1,1
EU-Eigenmittel	-	-	-	-	-	-	18,3	18,2	19,6	16,2
Summe	680,1	736,4	799,9	873,0	919,5	938,6	982,6	1.045,9	1.099,6	1.140,3
Brutto-Inlandsprodukt (BIP)	1.676,7	1.813,5	1.945,8	2.057,3	2.125,3	2.237,6	2.328,7	2.414,6	2.514,4	2.622,6
Abgaben in % des BIP ...	40,6	40,6	41,1	42,4	43,3	41,9	42,2	43,3	43,7	43,5
<i>Anmerkungen: VGR-Konzept gemäß ESVG, 2. Auflage; Angaben ohne Pensionsbeiträge der Beamten; Stand Juni 1999</i>										
OECD-Steuerliste	685,8	743,6	806,6	885,0	923,1	969,5	987,0	1.065,9	1.113,8	1.160,3
Abgaben in % des BIP ...	40,9	41,0	41,5	43,0	43,4	43,3	42,4	44,1	44,3	44,2

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, BIP 1998 lt WIFO (März 1999)

2.4 Bundeshaushalt und finanzpolitische Schlußfolgerungen**2.4.1 Der Bundeshaushalt 1998 im Überblick**

Zusammengefaßt zeigt der Bundeshaushalt für 1997 und 1998 folgende Ergebnisse:

	Bundesrechnungs- abschluß 1997	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesrechnungs- abschluß 1998	Veränderungen BRA 1997:1998
	Mrd S	Mrd S	Mrd S	%
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	832,8	754,1	777,6	- 6,6
Einnahmen	765,6	686,8	711,6	- 7,1
Saldo (= Abgang)	- 67,2	- 67,3	- 66,0	- 1,8
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	167,4	232,0	342,4	+ 104,5
Einnahmen	234,6	299,3	408,4	+ 74,1
Saldo (= Überschuß)	+ 67,2	+ 67,3	+ 66,0	- 1,8

Beim Vergleich der Einnahmen und Ausgaben des Allgemeinen Haushalts des Jahres 1997 mit jenen des Jahres 1998 ist zu berücksichtigen, daß die Ergebnisse des Jahres 1997 durch die Zahlungen in Höhe von 83,0 Mill S an bzw durch die ASFINAG im Zuge des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes verzerrt wurden. Vergleicht man die um 83,0 Mill S bereinigten Werte von 1997 mit jenen von 1998 so ergibt sich folgendes Bild:

	Bundesrechnungs- abschluß 1997	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesrechnungs- abschluß 1998	Veränderungen BRA 1997:1998
	Mrd S	Mrd S	Mrd S	%
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	749,8	754,1	777,6	+ 3,7
Einnahmen	682,6	686,8	711,6	+ 4,3
Saldo (= Abgang)	- 67,2	- 67,3	- 66,0	- 1,8

Bezogen auf das nominelle BIP-Wachstum von + 4,3 % lagen die Zuwächse der Einnahmen um 0,7 %-Punkte und die der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts um 1,2 %-Punkte unter diesem Wert. Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgabenansätze des Allgemeinen Haushalts um 23,5 Mrd S überschritten, wobei in diesem Betrag die Rücklagenzuführungen in Höhe von 15,0 Mrd S enthalten sind. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts waren gegenüber dem Voranschlag um 24,8 Mrd S gestiegen.

Das Haushaltsjahr 1998 schloß mit einem Abgang von 66,0 Mrd S; das entspricht einem Anteil von 2,5 % am BIP. Ohne die Rücklagenzuführungen würde sich der zuvor angeführte Abgang auf 51,0 Mrd S (1,9 % des BIP) verringern und läge somit um 16,3 Mrd S unter dem präliminierten Abgang.

Da infolge der bereits ausgegliederten bzw aufgelösten Bundesbetriebe im BRA 1998 nur mehr der Österreichische Bundestheaterverband als Bundesbetrieb aufscheint, wird ein Vergleich der Einnahmen-

und Ausgabenkategorien mit den Vorjahren erheblich erschwert und führt ohne entsprechende Bereinigung zu verzerrten Ergebnissen.

Entsprechend dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Einklang mit der international üblichen Darstellungsweise erfolgt daher die finanzpolitische Untersuchung des Bundeshaushalts auch für den verbliebenen Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband nach dem "Nettoprinzip".²⁾

Diese auch vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung gewählte Art der Darstellung vermeidet nicht nur eine weitere Verzerrung durch die ab 1. September 1999 wirksame Ausgliederung der Bundestheater, es werden auch die durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben ausgeblendet, deren schwankende Höhe die Ableitung mittelfristiger Trends beeinträchtigt.³⁾ Eine derart vorgenommene Bereinigung liefert für die Jahre 1997 und 1998 folgendes Bild:

²⁾ Dabei werden die Einnahmen und Ausgaben nicht in voller Höhe, sondern nur mit ihren Salden – das heißt: die Betriebsabgänge als Ausgaben und die Betriebsüberschüsse als Einnahmen – dargestellt. Diese Vorgangsweise empfiehlt sich nicht nur aus analytischen Gründen, sondern entspricht auch der vom (Verfassungs)Gesetzgeber für Veranschlagungszwecke bei den Bundesbetrieben und Sondervermögen für zulässig erklärten Durchbrechung des Budgetgrundsatzes der Bruttodarstellung (Art 51 Abs 3, zweiter Satz B-VG bzw § 16 Abs 4 BHG).

³⁾ Vgl Monatsberichte des WIFO 5/1999

Modifizierte Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts

	Bundesrech- nungsabschluß 1997	Bundesrech- nungsabschluß 1998	Veränderungen BRA 1997:1998
	Mrd S	Mrd S	%
Allgemeiner Haushalt:			
Ausgaben gesamt	832,8	777,6	- 6,6
- Ausgaben der Betriebe	- 3,0	- 3,1	+ 3,4
- Durchlaufer	- 19,5	- 14,7	- 24,6
- Zahlungen gemäß Infrastruktur- finanzierungsgesetz	- 83,0	-	-
+ Abgänge der Betriebe	+ 2,3	+ 2,3	+/- 0,0
<hr/>			
Ausgaben bereinigt	729,6	762,1	+ 4,5
Einnahmen gesamt	765,6	711,6	- 7,1
- Einnahmen der Betriebe	- 0,7	- 0,8	+ 14,3
- Durchlaufer	- 19,5	- 14,7	- 24,6
- Fruchtgenußentgelt gemäß Infra- strukturfinanzierungsgesetz	- 83,0	-	-
+ Überschüsse der Betriebe	-	-	-
<hr/>			
Einnahmen bereinigt	662,4	696,1	+ 5,1

Quellen: Eigene Berechnungen (siehe Band 2 , Tabelle E.1); WIFO, Monatsberichte 5/1999

2.4.2 Konjunkturpolitische Beurteilung

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts – der dem Überschuß des Ausgleichshaushalts zu entsprechen hat, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können – kann als Saldo für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte nicht alleine herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, daß die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.

Die genannten Größen stehen zueinander in folgender Beziehung:

	BRA 1997	BRA 1998
	Mrd S	Mrd S
Saldo laufender Transaktionen	+ 21,4	+ 39,6
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 89,2	- 85,6
<hr/>		
BIP-relevanter Saldo	- 67,8	- 46,0
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen und Rücklagenzuführungen (netto)	+ 0,6	- 20,0
<hr/>		
Saldo Allgemeiner Haushalt	- 67,2	- 66,0
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 88,1	+ 93,2
Primärsaldo	+ 20,9	+ 27,2

Während der Abgang des Allgemeinen Haushalts auf Kassenbasis (- 66,0 Mrd S) unter dem Voranschlag (- 67,3 Mrd S) liegt, macht eine Gegenüberstellung des BIP-relevanten Saldos deutlich, daß der administrative Budgetsaldo maßgeblich wegen der vermögenswirksamen Transaktionen und der Rücklagengebarung um 20,0 Mrd S günstiger ist.

2.4.3 Kriterien gemäß Art 104 des EG-Vertrages

Der Vollständigkeit der Betrachtung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Situation halber werden die Eckdaten der "Maastricht-Kriterien" und ihre Erfüllung auch wieder im BRA 1998 veröffentlicht.

Nach Artikel 104 (= alt 104c) des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und sich zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Diese ist dann gegeben, wenn

- a) die Defizitquote entweder erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes (= 3 % des BIP) erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und
- b) die Staatsschuldenquote den Referenzwert (= 60 % des BIP) nicht überschreitet, es sei denn, daß das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Neben den genannten Kriterien der öffentlichen Verschuldung sieht der Vertrag von Maastricht noch die Kriterien der Preisstabilität, der Wechselkurse und der Zinsen vor.

Wie erwähnt, stellen die fiskalischen Konvergenzkriterien auf den öffentlichen Sektor insgesamt ab. Über die Entwicklung des öffentlichen Defizits, des öffentlichen Schuldenstandes und - zum Vergleich - des Primärsaldos des Bundes - dieser gibt Aufschluß über das aktuelle Einnahmen- und Ausgabenverhältnis, wobei Schuldenbelastungen aus der Vergangenheit nicht berücksichtigt werden - im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre gibt die folgende Übersicht Aufschluß: ⁴⁾

⁴⁾ Die Werte geben den Stand per Ende Februar 1999 wieder.

	BIP	öffentliches Defizit		öffentlicher Schuldenstand		Primärsaldo des Bundes	
	(Mrd S)	(in Mrd S)	(in % d. BIP)	(in Mrd S)	(in % d. BIP)	(in Mrd S)	(in % d. BIP)
1993	2 125,3	90,1	4,2	1 331,8	62,7	- 19,4	0,9
1994	2 237,9	110,9	5,0	1 464,2	65,4	- 31,7	1,4
1995	2 328,7	118,6	5,1	1 615,2	69,4	- 29,9	1,3
1996	2 414,6	90,4	3,7	1 684,4	69,8	- 14,6	0,6
1997	2 514,4	47,2	1,9	1 616,8	64,3	20,9	0,8
1998	2 622,6	55,4	2,1	1 659,4	63,1	27,2	1,0

Quelle: BMF/ÖSTAT (Öffentliches Defizit und Schuldenstand), WIFO (BIP, Primärsaldo)

Für die Darstellung des öffentlichen Defizits nach der EU-Berechnungsweise ist das Finanzierungsdefizit des Bundes in das Finanzierungsdefizit des Bundessektors nach VGR-Kriterien überzuleiten und um die Finanzierungsdefizite bzw -überschüsse der Gebietskörperschaften sowie weiterer öffentlicher Rechtsträger zu ergänzen. Das öffentliche Defizit nahm in den Jahren 1993 bis 1998 folgende Entwicklung:

		27					
		1993	1994	1995	1996	1997	1998
		(in Mrd S)					
Finanzierungsdefizit des Bundes		96,2	107,7	113,2	100,0	65,0	68,0
+	Finanzierungsdefizit: Bundesfonds, Hochschulektor, ASFINAG (bis 1996)	+ 5,2	+ 1,3	-	0,4	0,7	-
-	Finanzierungsüberschuß: Bundesfonds, Hochschulektor, ASFINAG	-	-	- 0,5	-	- 0,5	- 1,0
Finanzierungsdefizit des Bundessektors		101,4	109,0	112,7	100,4	64,5	67,0
-	Finanzierungsüberschuß der Länder ohne Wien	- 14,7	- 5,1	- 0,6	- 7,8	- 9,4	- 9,1
+	Finanzierungsdefizit der Kammern	-	-	-	-	-	-
-	Finanzierungsüberschuß der Kammern	- 0,8	- 1,3	- 3,1	- 2,2	- 1,8	- 0,3
+	Finanzierungsdefizit der Gemeinden einschließlich Wien	3,7	9,5	8,7	2,3	-	-
-	Finanzierungsüberschuß der Gemeinden einschließlich Wien	-	-	-	-	- 2,3	- 0,4
+	Finanzierungsdefizit der Sozialversicherungsträger	-	-	0,9	-	-	-
-	Finanzierungsüberschuß der Sozialversicherungsträger	- 0,2	- 1,3	-	- 2,3	- 3,7	- 1,7
Finanzierungsdefizit des Staates als "Maastricht"-Defizit		89,4	110,9	118,6	90,4	47,2	55,4

Quelle: ÖSTAT; BMF; (Stand: Februar 1999)
Rundungsdifferenzen möglich

Der Schuldenstand im Sinne des Maastrichter Vertrages wird definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatssektors. Einzelheiten und Begriffsbestimmungen wurden mit EG-Rats-Verordnung festgelegt.⁵⁾ In dieser Verordnung hat der Rat in großem Umfang auf Begriffe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) Bezug genommen und die Schlüsselbegriffe "öffentlich", "Defizit" und "Schuldenstand" klargestellt. Dabei stehen weniger rechtlich-formale Gegebenheiten als die Art der wirtschaftlichen Aktivität im Vordergrund.

⁵⁾ Verordnung (EG) Nr 3603/93 des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in Artikel 104 und Artikel 104b Absatz 1 des Vertrages vorgesehenen Verbote.

Gegliedert nach Sektoren hat sich der öffentliche Schuldenstand in den letzten Jahren wie folgt entwickelt (Stand Februar 1999):

	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	(in Mrd S)					
Verschuldung des Bundes ⁶⁾	1104,4	1215,6	1325,2	1392,8	1452,6	1498,3
+ Verbindlichkeiten der ASFINAG ⁷⁾	78,2	79,6	83,1	80,2	0,0	0,0
+ Verschuldung der Bundesfonds ⁸⁾	23,5	23,7	24,6	22,6	20,8	18,7
(1) Verschuldung des Bundessektors	1206,2	1318,9	1433,0	1495,6	1473,4	1517,0
(2) Verschuldung auf Landesebene (ohne Wien)	45,4	49,6	62,7	63,1	59,6	58,4
(3) Verschuldung der Gemeinden (ohne Wien) ⁹⁾	53,2	58,7	68,9	76,2	52,0	51,0
(4) Verschuldung von Wien ¹⁰⁾	26,9	37,0	50,6	49,5	31,7	33,0
Verschuldung der Gemeinden mit Wien (= \sum (3)+(4))	80,1	95,7	119,5	125,7	83,7	84,0
Verschuldung des Staates (= \sum (1)+(2)+(3)+(4))	1331,8	1464,2	1615,2	1684,4	1616,7	1659,4
Bruttoinlandsprodukt	2125,3	2237,9	2328,7	2414,6	2514,4	2622,6
Verschuldung des Staates in % des BIP	62,7	65,4	69,4	69,8	64,3	63,1

Quelle: ÖSTAT; BMF

Wie auch der TZ 2.1 zu entnehmen ist, erfüllt Österreich das Kriterium der Preisstabilität, nach dem die durchschnittliche Inflationsrate nicht mehr als 1,5 % über der Inflationsrate jener drei Mitgliedsstaaten liegen darf, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis aufweisen. Der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz - das Konvergenzkriterium Zinsen - darf nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem jener drei Mitgliedsstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Auch dieses Kriterium wurde 1998 von Österreich erfüllt. Das Kriterium der stabilen Wechselkurse wird eindeutig erfüllt.

Den Hintergrund für die Fiskalkriterien bildet die Zielsetzung nach einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der Mitgliedsstaaten (Artikel 121[= alt 109j], Abs 1, zweiter Spiegelstrich). Diese Vorgabe gilt nicht alleine für den Bund, sondern für den öffentlichen Sektor insgesamt. Bei einer Evaluierung der Zielerreichung ist

⁶⁾ Finanzschulden des Bundes laut BRA abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern, zuzüglich bzw. abzüglich Swap-Schulden bzw. -Forderungen, zuzüglich Silbermünzen der OeNB und abzüglich eigene Bundestitel sowie Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds.

⁷⁾ Verbindlichkeiten der ASFINAG zuzüglich Verbindlichkeiten der Straßenbausondergesellschaften, abzüglich ASFINAG-Verbindlichkeiten für den Eisenbahnbau.

⁸⁾ Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen) und Verschuldung des Arbeitsmarktservice.

⁹⁾ Finanzschulden der Gemeinden (ohne Wien) abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern.

¹⁰⁾ Finanzschulden von Wien abzüglich Schulden der Wiener Stadtwerke, Schulden für sonstige nicht-öffentliche Rechtsträger und Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern.

daher die budgetmäßige Darstellung nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aufzubereiten und das öffentliche Defizit der weiteren Analyse zugrunde zu legen.

Abschließend gelangt der RH zu der Ansicht, daß die Erfüllung der Maastricht-Kriterien und die Aufnahme in den Kreis der Euro-Währungs-Staaten nicht dazu verleiten darf, in den Bemühungen um eine vor allem ausgabenseitige Budgetsanierung nachzulassen und somit die Nachhaltigkeit der bisherigen Erfolge bei der Budgetkonsolidierung zu gefährden.

Während vor der Teilnahme am EURO keine internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung von Stabilitätskriterien gegeben waren, sondern nur solche politischer Art und sich aus der wirtschaftlichen Glaubwürdigkeit ergebende bestanden, so ergibt sich seither die Notwendigkeit, die Stabilitätskriterien nach Art 104 (= alt 104c) EG-Vertrag einzuhalten, weil die Nichterfüllung nicht nur mit Reputationsverlust sondern auch mit Sanktionen bedroht ist.

Mit dem nach Brüssel übermittelten Stabilitätsprogramm erklärte Österreich, bis zum Jahr 2002 die Neuverschuldung auf 1,4 % des BIP und den Schuldenstand auf 60 % des BIP senken zu wollen. Dieses Programm, von dem der Rat der Europäischen Union in seiner Stellungnahme vom 18. Jänner 1999 annimmt, daß es den Bestimmungen des Wachstums- und Stabilitätspakts gerecht wird, obgleich ein weitergestecktes Defizitziel angebracht gewesen wäre, wird nur mit äußerster Zurückhaltung sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmenminderungen zu halten sein, wobei die im Jahr 1999 beschlossene und ab 2000 wirksame Steuerreform einschließlich des sogenannten Familienpakets Mindereinnahmen in der Höhe von rd 32 Mrd S verursachen wird, wobei diese Mindereinnahmen im oben erwähnten Stabilitätsprogramm noch keine Berücksichtigung finden konnten.

Der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses rechnete anlässlich der Präsentation des Staatsschuldenberichts 1998 für das Jahr 2000 mit einem Nettodefizit der öffentlichen Haushalte von 2,4 % bis 2,5 % des BIP im Gegensatz zu den für 2000 geplanten 1,7 %. 1998 lag das Defizit der öffentlichen Haushalte mit 2,1 % nämlich bereits 0,1 Prozentpunkte unter dem im Stabilitätsprogramm genannten Wert.

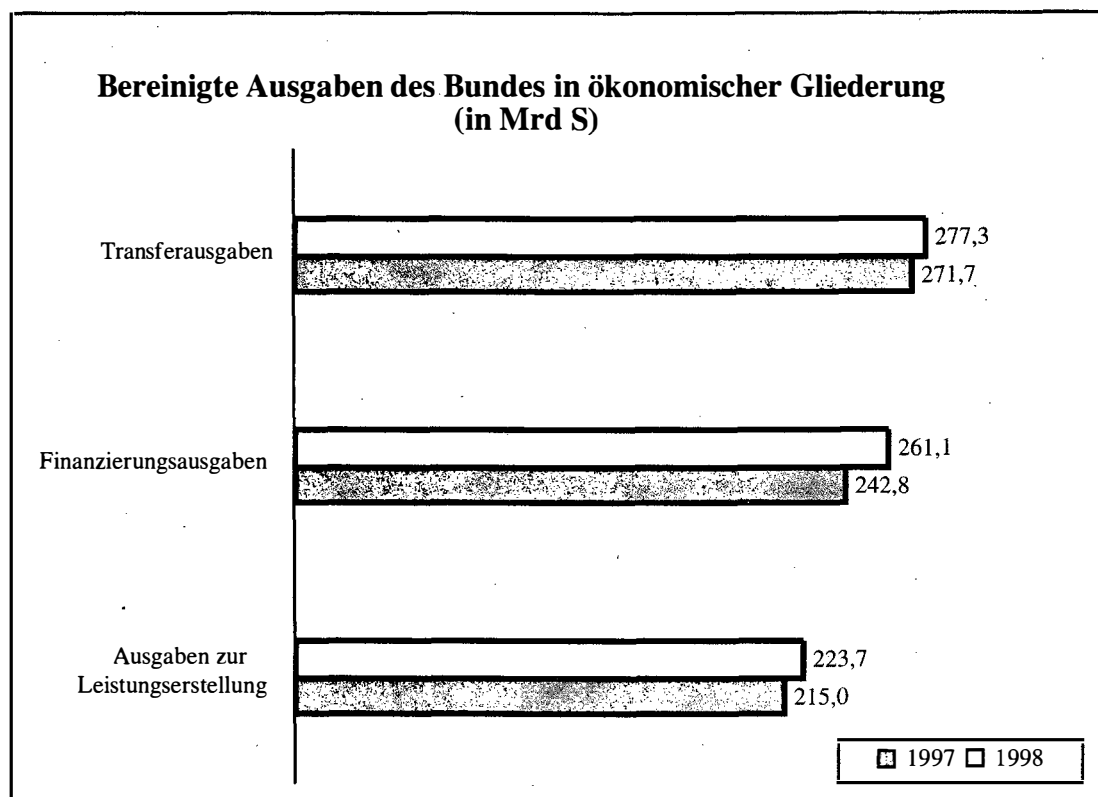
Die wenigstens annähernde Einhaltung des Programms wird daher - wie ausgeführt - selbst bei einer Verbesserung der konjunkturellen Lage nur mit äußerster Zurückhaltung bei den Ausgaben, dh strukturell sinkenden Ausgaben, und der Vermeidung von weiteren Einnahmenminderungen - strukturelle wesentliche Einnahmensteigerungen sind schon aufgrund der derzeitigen fiskalischen Gesamtbelastung kaum möglich - zu erzielen sein. Eine stagnierende oder gar rückläufige Konjunkturentwicklung würde die gegebene Situation allerdings noch stärker belasten, sodaß nach Ansicht des RH vor allem der strukturellen Verminderung der Ausgaben höchste Priorität zukommt.

2.4.4 Finanzwirtschaftliche Betrachtung

Setzt man die bereinigten Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts (siehe oben, TZ 2.4.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so blieb die Ausgabenquote gegenüber 1997 mit 29 % gleich, während die Einnahmenquote gegenüber 1997 von 26,3 % auf 26,5 % stieg. Eine nach ökonomischen Kriterien vorgenommene Betrachtung legt die dafür maßgeblichen Ursachen offen.

Die **bereinigten Ausgaben des Bundes** nahmen im Jahresabstand um 33,7 Mrd S oder 5,1 % zu, wobei die Ausgaben nach ökonomischen Kriterien gegliedert folgendes Bild zeigen:

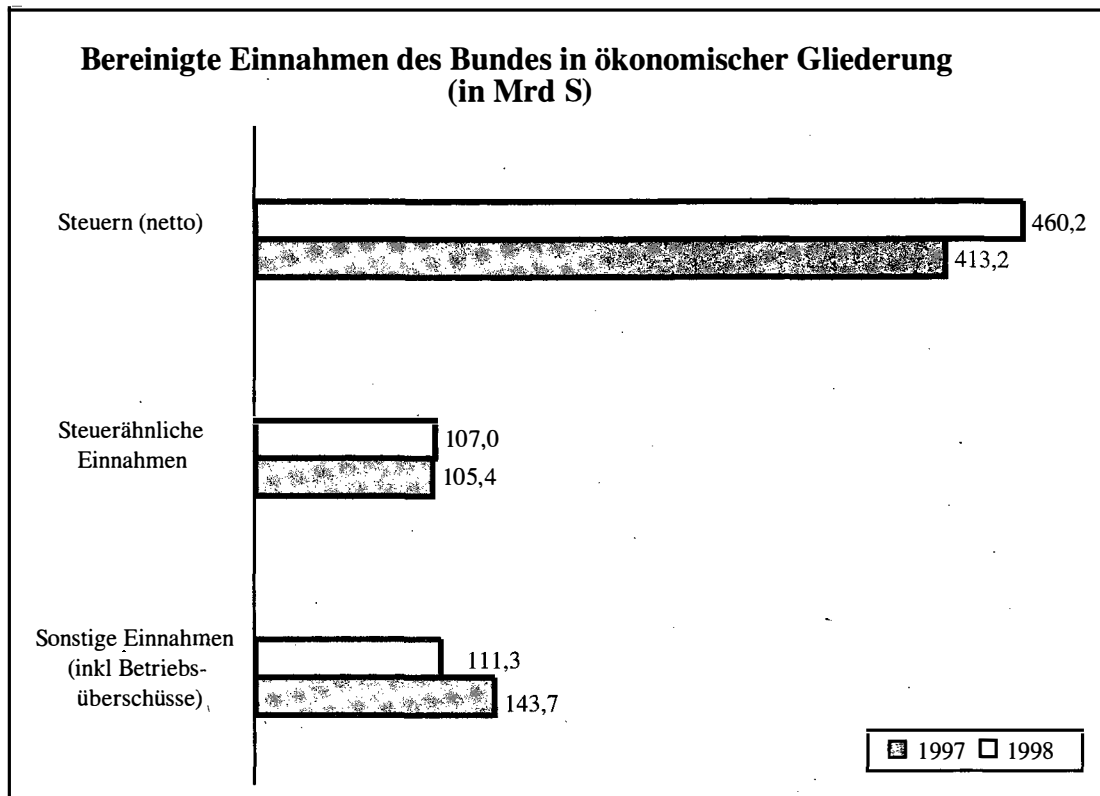
- Auf die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen entfielen 1998 223,7 Mrd S oder 29,4 % (1997: 29,5 %) der bereinigten Bundesausgaben. Im Gegensatz dazu beliefen sich die Ausgaben für Investitionen einschließlich Liegenschaftserwerb auf bloß 11,3 Mrd S; das entspricht wie im Vorjahr einem Anteil von 1,5 % der bereinigten Ausgaben. Damit setzt sich die Tendenz fort, daß der Bund immer weniger Investitionen selbst durchführt.
- Auf die Transferausgaben entfiel mit 277,3 Mrd S oder 36,4 % der größte Teil der Bundesausgaben; als größte Ausgabenpositionen sind dabei die Pensionen für die Bundesbediensteten (31,0 Mrd S), die Landeslehrer (8,7 Mrd S), die ÖBB-Beamten (22,5 Mrd S), die Postbeamten (11,5 Mrd S) und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (einschließlich Pflegegeld: 87,2 Mrd S) anzuführen. Die Ausgaben für Familienbeihilfen (einschließlich Geburten-, Schulfahrt- und Lehrlingsbeihilfen) sanken auf 32,8 Mrd S (1997: 33,1 Mrd S).
- Der Anteil der Finanzierungsausgaben stieg gegenüber dem Vorjahr wieder an. Auf sie entfielen 1998 261,1 Mrd S oder 34,3 % (1997: 33,3 %) der bereinigten Ausgaben des Bundes.



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die **bereinigten Einnahmen des Bundes** in ökonomischer Gliederung stellen sich für 1997 und 1998 wie folgt dar:

- Das Steueraufkommen erbrachte 1998 Gesamteinnahmen von brutto 670,2 Mrd S (+ 7,4 % gegenüber 1997) bzw nach Abzug der Überweisungen netto 460,2 Mrd S (+ 11,4 %).
- Gegenüber 1997 stieg das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer von 183,2 Mrd S auf 193,7 Mrd S und jenes aus der veranlagten Einkommensteuer von 38,8 Mrd S auf 41,5 Mrd S. Die Körperschaftsteuer stieg weiter auf 52,1 Mrd S (1997: 46,7 Mrd S) an. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer I und II betragen 1998 26,7 Mrd S (1997: 27,9 Mrd S).
- Die Einnahmen an Steuern vom Aufwand und Verbrauch beliefen sich 1998 auf 324,7 Mrd S (1997: 309,7 Mrd S), wovon 216,2 Mrd S (1997: 207,2 Mrd S) auf die Umsatzsteuer, 35,6 Mrd S (1997: 34,6 Mrd S) auf die Mineralölsteuer und 15,1 Mrd S (1997: 13,2 Mrd S) auf die Tabaksteuer entfielen.



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

3. Gesamtergebnis der Haushaltsführung des Bundes

3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung

Bindende Grundlage der Ausgaben- und Einnahmegerbung waren gemäß § 37 Abs. 1 BHG

- das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 1998 (Bundesfinanzgesetz 1998 - BFG 1998), BGBl I Nr 1/1998, in der Fassung
- der 1. BFG-Novelle, BGBl I Nr 74/1998,
- des 1. Budgetüberschreitungsgesetzes, BGBl I Nr 75/1998,
- der 2. BFG-Novelle, BGBl I Nr 108/1998, Art 2,
- der 3. BFG-Novelle, BGBl I Nr 187/1998 und
- des 2. Budgetüberschreitungsgesetzes, BGBl I Nr 188/1998.

3.2 Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt

Der Bundesfinanzgesetzgeber hat gemäß Art I BFG 1998 in der geltenden Fassung den Ausgabenrahmen des **Allgemeinen Haushalts** mit 754 110 Mill S bewilligt und zu dessen Bedeckung Einnahmen von 686 800 Mill S vorgesehen. Weiters wurde verfügt, daß sich der Abgang des Allgemeinen Haushalts von 67 310 Mill S um jene Beträge zu vermindern habe, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1998 an Mehreinnahmen und Ausgabenersparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 und 5 BHG sowie der Art IV bis VII BFG 1998 oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen heranzuziehen sind.

Der in Art I dargestellte Abgang des Allgemeinen Haushalts zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen abzüglich der Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen, war gemäß Art II durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag war um jene Beträge zu vermindern, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1998 für die Rückzahlung von Finanzschulden nicht in Anspruch genommen und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 und 5 BHG sowie Art V und VI BFG 1998 herangezogen werden. Schließlich erhöhte sich die Bedeckungsermächtigung noch um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen gemäß Art III und VII BFG 1998 sowie gemäß § 41 Abs 3 Z 1 BHG ergeben, sofern diese Überschreitungen nicht durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen bedeckt werden können.

Im **Ausgleichshaushalt** war bei Ausgaben von 232 021 Mill S und Einnahmen von 299 331 Mill S ein Überschuß von 67 310 Mill S vorgesehen, der damit dem Abgang des Allgemeinen Haushalts entsprach. Daraus ergab sich ein veranschlagter Rahmen des **Gesamthaushalts** von 986 131 Mill S.

Art III Abs 1 BFG 1998 enthielt die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen, Überschreitungen der im Bundesvoranschlag enthaltenen Voranschlagsansätze durch zusätzliche Ausgaben und deren Bedeckung durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Falle des Einsatzes des Konjunkturausgleich-Voranschlags zu genehmigen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sah dafür einen Überschreitungsrahmen von 2 418 Mill S für die Stabilisierungsquote und 2 646 Mill S für die Konjunkturbelebungsquote vor.

Art III Abs 2 BFG 1998 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen weiters, bei einem sich abzeichnenden Konjunkturrückgang und einem Zurückbleiben der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts einen höheren Abgang durch zusätzliche Kreditoperationen im Höchstausmaß von 3 % der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts zu bedecken.

Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, einen gegenüber dem veranschlagten Betrag aufgrund der Eigenmittelvorschriften der EU entstehenden Mehrbedarf für den Beitrag an dem Gesamthaushalt der EU bis zu 20 % des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushalts zu bedecken.

Von diesen Ermächtigungen hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

3.3 Darstellung der Ergebnisse

Gemäß §§ 94 bis 96 BHG hat die Rechnungslegung eine Voranschlagsvergleichsrechnung, eine Jahresbestandsrechnung und eine Jahreserfolgsrechnung zu enthalten.

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den "Auslaufzeitraum" (§ 52 Abs 2 bis 4 BHG) und den "Vorlaufzeitraum" (§ 52 Abs 5 BHG) durchbrochen.

3.4 Gebarungsergebnisse

3.4.1 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Für Rechnung aller Voranschlagsansätze wurden im **Allgemeinen Haushalt** des Finanzjahres 1998 777 600 Mill S ausgegeben und 711 573 Mill S eingenommen. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag wurde die bewilligte Ausgabensumme um 23 490 Mill S (+ 3,1 %) und die Einnahmensumme um 24 773 Mill S (+ 3,6 %) überschritten. Der Abgang von 66 027 Mill S lag somit um 1 283 Mill S (- 1,9 %) unter dem in Art I BFG 1998 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

Der **Ausgleichshaushalt** erbrachte bei Ausgaben von 342 448 Mill S und Einnahmen von 408 475 Mill S einen Überschuß von 66 027 Mill S in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Überschreitung von 110 427 Mill S (+ 47,6 %) und bei den Einnahmen eine solche von 109 144 Mill S (+ 36,5 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich – spiegelbildlich

zum Allgemeinen Haushalt – eine rechnerische Unterschreitung des veranschlagten Überschusses um 1 283 Mill S (– 1,9 %).

Der **Gesamthaushalts** belief sich auf 1 120 048 Mill S und wurde gegenüber dem Voranschlag um 133 917 Mill S (+ 13,6 %) überschritten. Unter Verwendung der Schlußsummen zeigt der Bundesrechnungsabschluss 1998 folgendes Ergebnis:

Finanzjahr 1998		Einnahmen Mill S	Ausgaben Mill S	Überschuß Mill S	Abgang Mill S
Allgemeiner Haushalt	Bundeschvoranschlag 1998	686.800	754.110	–	67.310
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 24.773	+ 23.463	–	– 1.310
	Zusätzliche Veränderung aufgrund der Ausgleichs- buchung Ende 1998		+ 27	–	+ 27
	Bundesrechnungsabschluss	711.573	777.600	–	66.027
Ausgleichs- haushalt	Bundeschvoranschlag 1998	299.331	232.021	67.310	–
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 109.144	+ 110.427	– 1.283	–
	Bundesrechnungsabschluss	408.475	342.448	66.027	–
Gesamthaushalt	Bundeschvoranschlag 1998	986.131	986.131	–	–
	Gesamtveränderungen	+ 133.917	+ 133.917	–	–
	Bundesrechnungsabschluss	1.120.048	1.120.048	–	–

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 1989 bis 1998 sowie deren Anteil am Gebarungsrahmen kann den Übersichten 2 und 3 entnommen werden.

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der funktionellen Gliederung für die Finanzjahre 1989 bis 1998 gibt die Übersicht 4 Aufschluß (Kapitelbezeichnungen beziehen sich jeweils auf das letzte Nachweisungsjahr).

Übersicht 2

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap	Bezeichnung	1989		1990		1991		1992	
		Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
	- Allgemeiner Haushalt								
01	Präsidentenkanzlei	42	0,0	52	0,0	50	0,0	58	0,0
02	Bundesgesetzgebung	673	0,1	738	0,1	867	0,1	961	0,1
03	Verfassungsgerichtshof	45	0,0	47	0,0	53	0,0	55	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	83	0,0	92	0,0	100	0,0	105	0,0
05	Volksanwaltschaft	31	0,0	35	0,0	37	0,0	41	0,0
06	Rechnungshof	197	0,0	206	0,0	227	0,0	240	0,0
10	Bundeskantleramt mit Dienststellen	2.151	0,4	2.694	0,4	4.166	0,6	4.186	0,6
11	Inneres	12.791	2,1	14.008	2,2	15.188	2,3	16.315	2,2
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	44.660	7,4	47.261	7,6	50.871	7,5	54.778	7,4
13	Kunst	587	0,1	700	0,1	823	0,1	975	0,1
14	Wissenschaft und Forschung	19.167	3,2	20.105	3,2	23.750	3,5	25.453	3,4
15	Soziales	36.610	6,1	36.312	5,8	41.110	6,1	47.724	6,5
16	Sozialversicherung	56.258	9,3	53.523	8,6	58.610	8,6	60.063	8,1
17	Gesundheit	4.043	0,7	4.392	0,7	6.783	1,0	6.415	0,9
18	Umwelt	42.064	7,0	45.098	7,2	46.391	6,8	51.315	6,9
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	2.336	0,4	2.550	0,4	2.097	0,3	2.305	0,3
30	Justiz	5.858	1,0	6.185	1,0	6.645	1,0	7.296	1,0
40	Militärische Angelegenheiten	17.849	3,0	17.537	2,8	18.208	2,7	18.419	2,5
50	Finanzverwaltung	11.305	1,9	9.739	1,6	10.603	1,6	11.418	1,6
51	Kassenverwaltung	10.665	1,8	11.874	1,9	13.628	2,0	15.170	2,1
52	Öffentliche Abgaben	320	0,0	328	0,1	332	0,1	335	0,0
53	Finanzausgleich	22.381	3,7	24.275	3,9	27.323	4,0	30.134	4,1
54	Bundesvermögen	19.004	3,1	20.268	3,2	28.187	4,2	24.212	3,3
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	37.572	6,2	39.796	6,4	43.148	6,4	45.704	6,2
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Finanzschuld, Währungsaustauschverträge	60.176	10,0	66.640	10,7	76.125	11,2	81.373	11,0
60	Land- und Forstwirtschaft	13.170	2,2	14.244	2,3	15.790	2,3	17.689	2,4
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	3.339	0,5	3.465	0,6	3.467	0,5	3.253	0,4
64	Bauten und Technik	24.096	4,0	24.638	3,9	24.669	3,6	26.762	3,6
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	11.445	1,9	11.894	1,9	12.320	1,8	12.270	1,7
	Summe 01 bis 65	458.918	76,1	478.696	76,6	531.568	78,3	565.024	76,4
71	Bundestheater	2.259	0,4	2.288	0,4	2.496	0,4	2.710	0,4
74	Glücksspiele (Monopol)	1.819	0,3	851	0,1	-	-	-	-
75	Alkohol (Monopol)	372	0,1	402	0,1	395	0,0	391	0,1
77	Österreichische Bundesforste	1.711	0,3	1.795	0,3	1.795	0,3	1.773	0,2
78	Post- und Telegraphenverwaltung	39.737	6,6	42.160	6,7	44.046	6,5	46.704	6,3
79	Österreichische Bundesbahnen	35.848	5,9	38.544	6,2	39.557	5,8	41.358	5,6
	Summe 71 bis 79	81.746	13,6	86.040	13,8	88.289	13,0	92.936	12,6
	Summe Allgemeiner Haushalt	540.664	89,7	564.736	90,4	619.857	91,3	657.960	89,0
	Ausgleichshaushalt								
51	Kassenverwaltung	18.360	3,1	10.649	1,7	14.616	2,2	16.940	2,3
54	Bundesvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Finanzschuld, Währungsaustauschverträge	43.648	7,2	49.473	7,9	44.416	6,5	64.607	8,7
	Summe Ausgleichshaushalt	62.008	10,3	60.122	9,6	59.032	8,7	81.547	11,0
	Gesamtausgaben	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Übersicht 2

Kap	1993		1994		1995		1996		1997		1998	
	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
01	63	0,0	72	0,0	79	0,0	62	0,0	61	0,0	61	0,0
02	1.144	0,1	1.238	0,1	1.342	0,1	1.909	0,2	1.888	0,2	1.915	0,2
03	57	0,0	58	0,0	61	0,0	61	0,0	64	0,0	66	0,0
04	113	0,0	119	0,0	124	0,0	126	0,0	129	0,0	136	0,0
05	43	0,0	44	0,0	45	0,0	45	0,0	44	0,0	49	0,0
06	251	0,0	273	0,0	264	0,0	262	0,0	263	0,0	276	0,0
10	4.481	0,5	4.890	0,6	4.625	0,5	5.012	0,6	5.403	0,6	5.920	0,5
11	18.347	2,1	19.494	2,3	20.448	2,1	21.051	2,4	21.346	2,1	22.374	2,0
12	59.625	7,0	63.441	7,4	66.674	6,9	67.251	7,6	67.713	6,8	71.018	6,3
13	1.015	0,1	1.150	0,1	1.156	0,1	1.134	0,1	1.177	0,1	1.168	0,1
14	28.914	3,4	30.935	3,6	29.778	3,1	27.157	3,1	25.736	2,6	27.548	2,5
15	57.996	6,8	80.755	9,5	84.527	8,7	92.298	10,4	88.862	8,9	87.024	7,8
16	67.696	7,9	55.242	6,5	68.447	7,1	69.631	7,9	70.208	7,0	72.354	6,5
17	6.583	0,8	6.893	0,8	5.970	0,6	9.837	1,1	11.011	1,1	11.311	1,0
18	57.476	6,7	67.644	7,9	2.801	0,3	2.353	0,3	2.952	0,3	3.541	0,3
19	-	-	-	-	59.020	6,1	55.582	6,3	54.981	5,5	56.647	5,1
20	2.695	0,3	3.015	0,4	4.037	0,4	3.903	0,4	3.957	0,4	4.397	0,4
30	7.920	0,9	8.862	1,0	9.709	1,0	9.833	1,1	10.015	1,0	10.478	0,9
40	19.349	2,3	20.137	2,4	20.460	2,1	20.693	2,3	21.132	2,1	21.360	1,9
50	11.627	1,3	12.439	1,5	12.878	1,3	24.915	2,8	41.033	4,1	45.441	4,1
51	9.967	1,2	25.600	3,0	16.239	1,7	9.187	1,0	7.057	0,7	15.553	1,4
52	206	0,0	105	0,0	129	0,0	124	0,0	131	0,0	153	0,0
53	29.955	3,5	32.187	3,8	32.230	3,3	35.721	4,0	40.796	4,1	43.663	3,9
54	23.082	2,7	19.762	2,3	17.297	1,8	18.199	2,1	18.955	1,9	9.804	0,9
55	48.868	5,7	56.045	6,6	58.672	6,1	67.924	7,7	72.295	7,2	73.606	6,6
57	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.375	0,1
59	85.331	10,0	86.095	10,1	98.438	10,2	100.113	11,3	100.017	10,0	105.384	9,4
60	17.807	2,1	20.466	2,4	33.135	3,4	29.162	3,3	26.603	2,7	25.158	2,2
63	3.281	0,4	3.432	0,4	3.515	0,4	3.094	0,4	3.521	0,4	3.727	0,3
64	26.490	3,1	26.873	3,2	26.689	2,8	27.186	3,1	103.337	10,3	17.821	1,6
65	13.403	1,6	27.359	3,2	27.252	2,8	24.368	2,8	29.139	2,9	35.179	3,1
	603.785	70,5	674.625	79,1	706.041	72,9	728.193	82,3	829.826	83,0	774.507	69,1
71	2.911	0,3	3.037	0,4	3.034	0,3	3.027	0,4	3.010	0,3	3.093	0,3
74	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	349	0,1	309	0,0	246	0,0	238	0,0	-	-	-	-
77	1.892	0,2	1.970	0,2	1.884	0,2	1.852	0,2	-	-	-	-
78	48.972	5,7	51.506	6,1	53.388	5,5	21.478	2,4	-	-	-	-
79	41.776	4,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	95.900	11,2	56.822	6,7	58.552	6,0	26.595	3,0	3.010	0,3	3.093	0,3
	699.685	81,7	731.447	85,8	764.593	78,9	754.788	85,3	832.836	83,3	777.600	69,4
51	79.626	9,3	31.033	3,6	60.018	6,2	3.445	0,4	52.886	5,3	51.095	4,6
54	1.455	0,2	1.252	0,2	4.349	0,4	1.910	0,2	-	-	-	-
57	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	95.686	8,5
59	75.361	8,8	88.807	10,4	140.473	14,5	124.875	14,1	114.448	11,4	195.667	17,5
	156.442	18,3	121.092	14,2	204.840	21,1	130.230	14,7	167.334	16,7	342.448	30,6
	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap	Bezeichnung	1989		1990		1991		1992	
		Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
	Allgemeiner Haushalt								
01	Präsidentenkanzlei	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
02	Bundesgesetzgebung	27	0,0	28	0,0	28	0,0	29	0,0
03	Verfassungsgerichtshof	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	3	0,0	5	0,0	6	0,0	5	0,0
05	Volksanwaltschaft	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
06	Rechnungshof	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	393	0,1	561	0,1	630	0,1	681	0,1
11	Inneres	469	0,1	540	0,1	543	0,1	562	0,1
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	587	0,1	552	0,1	551	0,1	550	0,1
13	Kunst	3	0,0	4	0,0	4	0,0	4	0,0
14	Wissenschaft und Forschung	1.666	0,3	1.454	0,2	1.395	0,2	1.583	0,2
15	Soziales	27.935	4,6	27.671	4,4	31.895	4,7	36.733	5,0
16	Sozialversicherung	1.547	0,3	1.857	0,3	1.558	0,2	1.224	0,2
17	Gesundheit	886	0,1	961	0,1	2.465	0,4	1.910	0,2
18	Umwelt	41.475	6,9	44.124	7,1	45.259	6,7	50.384	6,8
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	183	0,0	114	0,0	122	0,0	90	0,0
30	Justiz	3.513	0,6	3.793	0,6	4.104	0,6	4.571	0,6
40	Militärische Angelegenheiten	484	0,1	524	0,1	466	0,1	472	0,1
50	Finanzverwaltung	971	0,2	1.241	0,2	1.184	0,2	1.387	0,2
51	Kassenverwaltung	10.441	1,7	12.160	1,9	22.145	3,2	8.486	1,1
52	Öffentliche Abgaben	256.991	42,6	282.702	45,2	309.927	45,6	340.185	46,0
53	Finanzausgleich	4.039	0,7	3.502	0,6	3.972	0,6	5.079	0,7
54	Bundesvermögen	27.891	4,6	17.818	2,8	22.312	3,3	24.949	3,4
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	4.411	0,7	4.724	0,8	5.232	0,8	5.361	0,7
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	5.723	1,0	6.099	1,0	8.072	1,2	7.855	1,0
60	Land- und Forstwirtschaft	2.630	0,4	2.773	0,4	2.913	0,4	2.872	0,4
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	726	0,1	989	0,2	1.344	0,2	708	0,1
64	Bauten und Technik	4.595	0,8	4.767	0,8	4.911	0,7	5.046	0,7
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	1.136	0,2	1.203	0,2	1.336	0,2	1.411	0,2
	Summe 01 bis 65	398.729	66,2	420.170	67,2	472.378	69,6	502.141	67,9
71	Bundestheater	634	0,1	632	0,1	581	0,1	626	0,1
74	Glücksspiele (Monopol)	2.142	0,4	957	0,2	-	-	-	-
75	Alkohol (Monopol)	881	0,1	883	0,1	903	0,1	1.014	0,1
77	Österreichische Bundesforste	2.125	0,3	2.055	0,3	1.965	0,3	1.916	0,3
78	Post- und Telegraphenverwaltung	45.146	7,5	47.863	7,7	51.040	7,5	54.057	7,3
79	Österreichische Bundesbahnen	28.301	4,7	29.300	4,7	30.287	4,5	31.809	4,3
	Summe 71 bis 79	79.229	13,1	81.690	13,1	84.776	12,5	89.422	12,1
	Summe Allgemeiner Haushalt	477.958	79,3	501.860	80,3	557.154	82,1	591.563	80,0
	Ausgleichshaushalt								
51	Kassenverwaltung	18.360	3,0	10.649	1,7	14.616	2,1	16.931	2,3
54	Bundesvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
57	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	106.354	17,7	112.349	18,0	107.119	15,8	131.013	17,7
	Summe Ausgleichshaushalt	124.714	20,7	122.998	19,7	121.735	17,9	147.944	20,0
	Gesamteinnahmen	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Übersicht 3

Kap	1993		1994		1995		1996		1997		1998	
	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
01	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
02	31	0,0	30	0,0	61	0,0	61	0,0	59	0,0	34	0,0
03	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
04	5	0,0	5	0,0	3	0,0	5	0,0	5	0,0	4	0,0
05	1	0,0	1	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0	1	0,0
06	2	0,0	1	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0
10	658	0,1	881	0,1	916	0,1	821	0,1	742	0,1	781	0,1
11	675	0,1	777	0,1	1.094	0,1	1.222	0,1	1.275	0,1	1.277	0,1
12	569	0,1	602	0,1	741	0,1	929	0,1	802	0,1	860	0,1
13	3	0,0	5	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
14	1.504	0,2	1.529	0,2	1.209	0,1	967	0,1	815	0,1	844	0,1
15	38.465	4,5	53.544	6,3	56.860	5,9	61.586	7,0	59.794	6,0	58.522	5,2
16	2.548	0,3	1.021	0,1	220	0,0	1.457	0,2	219	0,0	171	0,0
17	2.005	0,2	2.107	0,2	1.980	0,2	2.193	0,2	816	0,1	825	0,1
18	53.682	6,3	59.037	6,9	236	0,0	10	0,0	11	0,0	151	0,0
19	-	-	-	-	55.717	5,7	54.547	6,2	55.426	5,5	62.344	5,6
20	91	0,0	84	0,0	98	0,0	125	0,0	114	0,0	201	0,0
30	5.036	0,6	5.651	0,7	6.004	0,6	6.358	0,7	6.700	0,7	7.017	0,6
40	469	0,1	575	0,1	543	0,1	455	0,1	676	0,1	565	0,0
50	1.298	0,2	1.256	0,1	2.038	0,2	14.149	1,6	19.956	2,0	19.497	1,7
51	13.929	1,6	18.646	2,2	36.367	3,8	35.118	4,0	22.803	2,3	21.152	1,9
52	339.107	39,6	358.402	42,0	345.773	35,7	383.470	43,3	413.189	41,3	460.220	41,1
53	4.389	0,5	4.526	0,5	4.649	0,5	3.793	0,4	4.947	0,5	4.659	0,4
54	20.910	2,4	19.757	2,3	26.112	2,7	27.149	3,1	127.549	12,7	25.392	2,3
55	5.717	0,7	10.992	1,3	12.143	1,3	16.266	1,8	21.980	2,2	18.847	1,7
57	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.375	0,1
59	9.483	1,1	8.638	1,0	14.371	1,5	11.579	1,3	11.287	1,1	19.326	1,7
60	2.957	0,3	3.066	0,4	2.373	0,2	2.557	0,3	2.538	0,2	2.709	0,2
63	676	0,1	721	0,1	923	0,1	939	0,1	970	0,1	835	0,1
64	5.254	0,6	5.602	0,7	5.711	0,6	6.291	0,7	2.587	0,3	2.283	0,2
65	1.750	0,2	4.004	0,5	4.347	0,4	7.628	0,9	9.620	1,0	923	0,1
	511.216	59,8	561.462	65,9	580.495	59,9	639.681	72,3	764.886	76,5	710.819	63,4
71	618	0,1	651	0,1	699	0,1	738	0,1	731	0,1	754	0,1
74	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	1.150	0,1	1.150	0,1	278	0,0	98	0,0	-	-	-	-
77	1.773	0,2	2.079	0,2	2.105	0,2	2.028	0,2	-	-	-	-
78	57.138	6,7	61.287	7,2	63.113	6,5	22.877	2,6	-	-	-	-
79	29.550	3,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	90.229	10,5	65.167	7,6	66.195	6,8	25.741	2,9	731	0,1	754	0,1
	601.445	70,3	626.629	73,5	646.690	66,7	665.422	75,2	765.617	76,6	711.573	63,5
51	78.929	9,2	31.135	3,7	60.026	6,2	3.445	0,4	52.888	5,3	51.281	4,6
54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
57	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	95.686	8,5
59	175.753	20,5	194.775	22,8	262.717	27,1	216.151	24,4	181.665	18,1	261.508	23,4
	254.682	29,7	225.910	26,5	322.743	33,3	219.596	24,8	234.553	23,4	408.475	36,5
	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0

Übersicht 4

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Aufgabenbereiche		1989		1990		1991		1992	
Kz	Bezeichnung	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
Ausgaben									
Bildungssektor:									
11	Erziehung und Unterricht	45.893	7,6	48.465	7,7	52.956	7,8	57.083	7,7
12	Forschung und Wissenschaft	18.776	3,1	19.480	3,1	22.966	3,4	24.527	3,3
13	Kunst	5.126	0,9	5.458	0,9	6.090	0,9	6.940	0,9
14	Kultus	437	0,1	483	0,1	503	0,1	517	0,1
	Summe	70.232	11,7	73.886	11,8	82.515	12,2	89.067	12,0
Sozialsektor:									
21	Gesundheit	4.535	0,7	5.116	0,8	6.824	1,0	6.491	0,9
22	Soziale Wohlfahrt	134.744	22,4	134.924	21,6	145.517	21,4	159.645	21,6
23	Wohnungsbau	17.021	2,8	18.479	3,0	20.614	3,1	22.493	3,0
	Summe	156.300	25,9	158.519	25,4	172.955	25,5	188.629	25,5
Wirtschaftssektor:									
32	Straßen	14.456	2,4	14.962	2,4	14.607	2,1	15.363	2,1
33	Sonstiger Verkehr	99.546	16,5	105.143	16,8	109.837	16,2	114.413	15,5
34	Land- und Forstwirtschaft	12.960	2,2	14.129	2,3	15.610	2,3	17.632	2,4
35	Energiewirtschaft	190	0,0	181	0,0	166	0,0	199	0,0
36	Industrie und Gewerbe	19.387	3,2	17.744	2,8	25.441	3,7	22.354	3,0
37	Öffentliche Dienstleistungen	5.285	0,9	4.432	0,7	3.761	0,6	2.510	0,3
38	Private Dienstleistungen	4.357	0,7	5.602	0,9	5.215	0,8	4.063	0,6
	Summe	156.181	25,9	162.193	25,9	174.637	25,7	176.534	23,9
Hoheitssektor:									
41	Landesverteidigung	18.550	3,1	18.092	2,9	18.533	2,7	18.882	2,6
42	Staats- und Rechtssicherheit	16.285	2,7	17.478	2,8	19.115	2,8	20.772	2,8
43	Übrige Hoheitsverwaltung	185.124	30,7	194.690	31,2	211.134	31,1	245.623	33,2
	Summe	219.959	36,5	230.260	36,9	248.782	36,6	285.277	38,6
	Gesamtausgaben	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0
Einnahmen									
	Bildungssektor	3.378	0,6	3.134	0,5	3.101	0,5	3.236	0,4
	Sozialsektor	71.618	11,9	73.705	11,8	80.011	11,8	90.644	12,3
	Wirtschaftssektor	116.704	19,4	109.099	17,5	118.149	17,4	122.420	16,6
	Hoheitssektor	410.972	68,1	438.920	70,2	477.628	70,3	523.207	70,7
	Gesamteinnahmen	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0	739.507	100,0

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Fortsetzung)

Übersicht 4

AB	1993		1994		1995		1996		1997		1998	
Kz	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%	Millionen Schilling	%
11	61.741	7,2	65.650	7,7	67.465	7,0	67.677	7,6	68.237	6,8	72.003	6,4
12	26.877	3,1	28.654	3,3	28.766	3,0	28.784	3,2	29.149	2,9	31.212	2,8
13	7.985	0,9	8.505	1,0	8.598	0,9	8.609	1,0	8.502	0,8	8.752	0,8
14	531	0,1	540	0,1	551	0,0	588	0,1	587	0,1	596	0,1
	97.134	11,3	103.349	12,1	105.380	10,9	105.658	11,9	106.475	10,6	112.563	10,1
21	6.964	0,8	7.337	0,8	7.257	0,7	8.490	1,0	20.114	2,0	25.257	2,3
22	183.031	21,4	200.082	23,5	213.288	22,0	218.748	24,7	214.777	21,5	216.967	19,4
23	23.633	2,8	23.038	2,7	24.156	2,5	25.320	2,9	25.257	2,5	25.131	2,2
	213.628	25,0	230.457	27,0	244.701	25,2	252.558	28,6	260.148	26,0	267.355	23,9
32	15.463	1,8	15.500	1,8	16.014	1,7	16.327	1,8	93.364	9,3	7.585	0,7
33	118.931	13,9	96.691	11,4	99.672	10,3	88.606	10,0	81.853	8,2	87.614	7,8
34	17.936	2,1	20.467	2,4	33.241	3,4	29.284	3,3	24.747	2,5	23.298	2,1
35	274	0,0	262	0,0	202	0,0	140	0,0	78	0,0	44	0,0
36	22.548	2,7	22.253	2,6	21.087	2,2	17.012	1,9	12.479	1,2	12.269	1,1
37	3.242	0,4	6.219	0,7	3.725	0,4	3.312	0,4	3.820	0,4	4.332	0,4
38	4.530	0,5	3.669	0,5	6.079	0,6	5.721	0,7	4.484	0,5	3.110	0,2
	182.924	21,4	165.061	19,4	180.020	18,6	160.402	18,1	220.825	22,1	138.252	12,3
41	19.734	2,3	20.530	2,4	20.732	2,1	20.942	2,4	21.402	2,1	21.669	1,9
42	22.484	2,6	24.579	2,9	26.295	2,7	27.015	3,0	27.622	2,8	28.944	2,6
43	320.223	37,4	308.563	36,2	392.305	40,5	318.443	36,0	363.698	36,4	551.265	49,2
	362.441	42,3	353.672	41,5	439.332	45,3	366.400	41,4	412.722	41,3	601.878	53,7
	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0
BS	3.065	0,4	3.140	0,4	2.760	0,3	2.849	0,3	2.566	0,2	2.610	0,2
SS	96.763	11,3	114.585	13,4	115.217	11,9	120.158	13,6	118.011	11,8	123.827	11,1
WS	119.917	14,0	101.050	11,9	107.816	11,1	84.123	9,5	78.598	7,9	57.511	5,1
HS	636.382	74,3	633.764	74,3	743.640	76,7	677.888	76,6	800.995	80,1	936.100	83,6
	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.018	100,0	1.000.170	100,0	1.120.048	100,0

Von den Ausgaben wurden insgesamt 14 324 Mill S (1997: 17 638 Mill S) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 1999 noch zu Lasten der Ansätze für das Finanzjahr 1998 vollzogen, das sind 1,3 % der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.4.2 Abgang des Allgemeinen Haushalts

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts gemäß Art.I BFG 1998 war in Verbindung mit Art II und den Ermächtigungen gemäß Art III durch Erlöse aus Schuldaufnahmen zu bedecken. Diese werden im Ausgleichshaushalt verrechnet.

Von der im Art III Abs 1 BFG 1998 eingeräumten Befugnis, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzjahr 1998 die Genehmigung zu Überschreitungen bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II zum BFG 1998) angeführten Ansätzen zu erteilen, hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

Von der im Art III Abs 2 BFG 1998 eingeräumten Ermächtigung, einen infolge eines Konjunkturrückganges durch Zurückbleiben der Einnahmen des Allgemeinen Haushalts entstehenden höheren Abgang in Höhe der Mindereinnahmen bis zu 3 % der veranschlagten Einnahmen durch zusätzliche Kreditoperationen zu bedecken, wurde ebenfalls nicht Gebrauch gemacht.

Mit den Budgetüberschreitungsgesetzen, BGBl I Nr 75/1998 und BGBl I Nr 188/1998, genehmigte der Nationalrat für verschiedene Maßnahmen die Überschreitung bestimmter Ausgabenansätze, deren Bedeckung durch Ausgabenrückstellungen, Mehreinnahmen sowie Rücklagenentnahmen und -auflösungen bei genau bezeichneten Ansätzen zu erfolgen hatte.

Für die Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts waren die im folgenden dargestellten Ermächtigungen vorgesehen:

	Mill S
Bedeckung des veranschlagten Abgangs des Allgemeinen Haushalts aufgrund der	
Ermächtigung gemäß Art II Abs 1 BFG 1998	67 310
+ Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 2 BFG 1998	47 415
+ Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 3 BFG 1998	1 100
	<hr/>
Gesamter Bedeckungsrahmen	115 825

Der tatsächliche Abgang des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 66 027 Mill S war dadurch haushaltsrechtlich bedeckt.

In Übersicht 5 wird die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts dargestellt und zum Bruttoinlandsprodukt in Beziehung gesetzt.

Übersicht 5

Entwicklung des Abgangs

ZI	Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
		Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
1	Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	540.664 (100)	564.736 (104)	619.857 (115)	657.960 (122)	699.685 (129)	731.447 (135)	764.593 (141)	754.788 (140)	832.836 (154)	777.600 (144)
2	Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	477.958 (100)	501.860 (105)	557.154 (117)	591.563 (124)	601.445 (126)	626.629 (131)	646.690 (135)	665.422 (139)	765.617 (160)	711.573 (149)
3	Abgang des Allgemeinen Haushalts	62.706 (100)	62.876 (100)	62.703 (100)	66.397 (106)	98.240 (157)	104.818 (167)	117.903 (188)	89.366 (143)	67.219 (107)	66.027 (105)
4	3 in % von 1	11,6	11,1	10,1	10,1	14,0	14,3	15,4	11,8	8,1	8,5
5	Brutto-Inlandsprodukt	1.676.700 (100)	1.813.500 (108)	1.945.800 (116)	2.057.300 (123)	2.125.300 (127)	2.237.900 (133)	2.328.700 (139)	2.414.600 (144)	2.514.400 (150)	2.622.600 (156)
6	3 in % von 5	3,7	3,5	3,2	3,2	4,6	4,7	5,1	3,7	2,7	2,5

3.4.3 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Über den Vollzug des Bundeshaushalts insgesamt unterrichtet zusammenfassend Übersicht 6. Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung verringerte den anfänglichen Gesamtbestand um 4 327 Mill S auf schließlich 18 444 Mill S.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.

Übersicht 6

Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 1998

Bezeichnung	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
	Schilling		
1. Voranschlagswirksame Gebarung			
1.1 Allgemeiner Haushalt			
Ausgaben	754.109.533.000,00	777.600.114.942,06	- 23.490.581.942,06
Einnahmen	686.799.824.000,00	711.573.107.872,55	+ 24.773.283.872,55
Abgang	67.309.709.000,00	66.027.007.069,51	+ 1.282.701.930,49
1.2 Ausgleichshaushalt			
Ausgaben	232.021.207.000,00	342.447.603.070,70	- 110.426.396.070,70
Einnahmen	299.330.916.000,00	408.474.610.140,21	+ 109.143.694.140,21
Überschuß	67.309.709.000,00	66.027.007.069,51	- 1.282.701.930,49
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung			
Ausgaben		7.773.608.910,30	
Einnahmen		3.445.802.219,38	
Abgang		4.327.806.690,92	
3. Kassenmäßiger Gesamtabgang		4.327.806.690,92	
4. Gesamtbestand			
Anfänglicher Gesamtbestand		22.771.393.958,17	
Kassenmäßiger Gesamtabgang		4.327.806.690,92	
Schließlicher Gesamtbestand		18.443.587.267,25	

Der in Übersicht 6 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (18 444 Mill S) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

	Mill S	
Bargeld		85
Wertzeichen	+	16
Guthabenstände bei:		
Österreichische Postsparkasse AG	+	1 631
Oesterreichische Nationalbank	+	1
sonstige Kreditunternehmungen	+	22 250
Schecks	+	2
schwebende Geldgebarungen	-	5 541
		<hr/>
Summe flüssige Mittel:		18 444

3.4.4 Periodenvergleich des Gesamthaushalts 1998

Gegenüber dem Finanzjahr 1997 stiegen die Ausgaben des Gesamthaushalts um 119 878 Mill S oder 12,0 %. Dieser Anstieg ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen (Band 2, Tabellen A.2.1.2 und A.2.1.4):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill S	%
Personalausgaben	+ 2 583	+ 1,9
Ausgaben für Anlagen	- 4 261	- 16,8
Ausgaben für Förderungen	+ 4 524	+ 8,0
übrige Ausgaben (mit Ausgaben des Ausgleichshaushalts)	+ 117 032	+ 14,9

Die gegenüber dem Vorjahr erzielten Mehreinnahmen im Gesamthaushalt von insgesamt 119 878 Mill S (+ 12,0 %) setzen sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle A.1.2):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill S	%
gestiegenes Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52)	+ 47 031	+ 11,4
höhere Einnahmen des Bundesbetriebes (Kapitel 71 Bundestheater)	+ 23	+ 3,1
Mehreinnahmen der übrigen Budgetkapitel (Kapitel 01 bis 51 und 53 bis 65) (mit Einnahmen des Ausgleichshaushalts)	+ 72 824	+ 12,4

Unter Einschluß der Zuführung von 27 Mill S an die Ausgleichsrücklage (1997: Zuführung von 31 Mill S) lag 1998 der Abgang des Allgemeinen Haushalts um 1 192 Mill S oder um 1,8 % niedriger als im vorangehenden Jahr.

3.5 Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen

3.5.1 Grundlagen

Neben § 41 Abs 3 BHG enthält das BFG 1998 in seinen Art III bis VIII Ermächtigungen zum Abweichen von den grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehenden Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen sollte zum Teil in Mehreinnahmen sowie in Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), zum Teil auch in Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und in Einzelfällen durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen gefunden werden.

3.5.2 Voranschlagsabweichungen des Allgemeinen Haushalts

Bei den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen Mehrausgaben (Überschreitungen) von 52 766 Mill S und Minderausgaben (Einsparungen) von 29 275 Mill S. Überschritten wurden die Ansätze für Personalausgaben um 2 093 Mill S, die Ansätze für Sachausgaben um 50 673 Mill S, hievon erfolgswirksam 26 626 Mill S und bestandswirksam 24 047 Mill S. Erspart wurden bei Ansätzen für Personalausgaben 1 011 Mill S, bei Ansätzen für Sachausgaben 28 264 Mill S, hievon erfolgswirksam 21 357 Mill S und bestandswirksam 6 907 Mill S.

Bei den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergaben sich gegenüber den einzelnen Voranschlagsansätzen Mehreinnahmen von 52 362 Mill S und Mindereinnahmen von 27 588 Mill S. In der erfolgswirksamen Gebarung beliefen sich die Mehreinnahmen auf 48 311 Mill S und die Mindereinnahmen auf 20 354 Mill S. In der bestandswirksamen Gebarung waren Mehreinnahmen von 4 051 Mill S und Mindereinnahmen von 7 234 Mill S zu verzeichnen.

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich zum Teil finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus. Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen 81 637 Mill S. Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 81 637 Mill S (das sind 10,5 % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts) ausreichten, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges keine Erhöhung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

Übersicht 7 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzuges in den Finanzjahren 1989 bis 1998 Auskunft.

Übersicht 7

Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel:										
Minderausgaben:										
Personalausgaben ...	2.561	499	682	5.268	5.872	1.259	1.744	1.317	1.350	1.011
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	16.489	18.259	11.609	15.487	26.162	24.952	17.211	14.843	46.712	21.357
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	3.374	2.459	4.007	6.990	5.372	2.160	3.970	4.961	9.710	6.907
Mehreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	22.724	23.431	22.521	24.359	12.367	25.108	29.738	24.408	105.619	48.311
bestandswirksame Gebarung	4.976	6.280	9.877	4.342	8.903	8.628	4.603	4.161	20.888	4.051
Summe 1.1	50.124	50.928	48.696	56.446	58.676	62.107	57.266	49.690	184.279	81.637
1.2 Erhöhung des Abgangs	-	-	-	3.336	34.120	24.118	15.630	-	-	-
Summe 1	50.124	50.928	48.696	59.782	92.796	86.225	72.896	49.690	184.279	81.637
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel:										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	10.016	9.505	8.340	14.039	35.741	26.445	30.899	18.221	35.338	20.354
bestandswirksame Gebarung	1.579	1.429	4.127	8.798	8.383	9.274	7.300	7.591	4.772	7.234
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben ...	4.658	4.570	1.734	6.818	8.736	4.725	819	1.366	3.253	2.093
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	17.445	15.935	15.835	15.975	31.898	17.100	20.719	14.799	120.843	26.626
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	13.006	16.070	18.067	14.152	8.038	28.681	13.159	7.267	19.337	24.047
Summe 2.1	46.704	47.509	48.103	59.782	92.796	86.225	72.896	49.244	183.543	80.354
2.2 Verminderung des Abgangs	3.420	3.419	593	-	-	-	-	446	736	1.283
Summe 2	50.124	50.928	48.696	59.782	92.796	86.225	72.896	49.690	184.279	81.637
3. Summe 1 bzw 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	9,3	9,0	7,9	9,1	13,3	11,8	9,5	6,6	22,1	10,5

3.5.3 Überwachung von Ansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs 2 RHG hat der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderliche Bewilligung vorlag und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 4.2 und 4.3) wird vom RH nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, auf diesen Mangel hingewiesen.

Ende 1998 lagen derartige Mängelfälle in einer Gesamtsumme von 45,0 Mill S vor; siehe Übersicht 7a.

Übersicht 7a

Zusammenstellung der nicht gedeckten Ansatzabweichungen

1	2	3	4
Kapitel	Ansatz	Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage	Nicht eingehaltene Ansatzbindungen (Nicht erzielte Mehreinnahmen)
		Millionen Schilling	
19 "Jugend und Familie" 54 "Bundesvermögen"	1/19307 2/54074	41,0 –	– 4,0

3.6 Vorbelastungen und Vorberechtigungen (einschließlich offen gebliebener Stände des Finanzjahres 1998)

Vorbelastungen und Vorberechtigungen werden in einem eigenen Verrechnungskreis erfaßt. So wie die VWV kennt auch dieser Verrechnungskreis Verpflichtungen und Berechtigungen in der Phase 3 sowie Schulden und Forderungen in der Phase 4. Bei letzteren handelt es sich beispielsweise um die erst in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Schulden bzw Forderungen. Im folgenden werden jeweils die Gesamtstände dieses Verrechnungskreises zu Ende des Finanzjahres 1998 zuzüglich der sich zu Jahresende aus der VWV ergebenden, aus dem Vollzug im Finanzjahr 1998 offen gebliebenen Stände angeführt. Der Gesamtstand der Schulden erfaßt beispielsweise somit den Stand der nichtfälligen (erst in künftigen Finanzjahren fälligen) Schulden zuzüglich der aus dem Finanzjahr 1998 offen gebliebenen (fälligen) Schulden einschließlich der empfangenen Anzahlungen und der Ersatzschulden.

3.6.1.1 Leasingverpflichtungen und -schulden

Die sich aus Leasingverträgen ergebenden Verpflichtungen sind im Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsgeschäftes voll zu erfassen und werden in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Leasingraten für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Leasingverträgen (zusammen 10 087 Mill S) sind nachgewiesen: Im Bereich BMI 136 Mill S für Dienstkraftfahrzeuge und im Bereich BMWV 9 951 Mill S, hievon 5 245 Mill S für das Universitätszentrum Althanstraße, 1 870 Mill S für die Universität für Bodenkultur, 277 Mill S für die Universität Graz, 256 Mill S für die Universität Wien, BWL-Zentrum, 233 Mill S für die Universität Salzburg, Haus Rif, 34 Mill S für die Universität für Bodenkultur, Institutsgebäude Peter Jordanstraße sowie 2 036 Mill S für elektronische Büroausstattung.

3.6.1.2 Bauträgerverpflichtungen und -schulden

Beim Abschluß von Bauträgerverträgen werden die Verpflichtungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtbaukosten voll erfaßt und in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Verpflichtungen für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Bauträgervorhaben sind in den Bereichen BMLF 374 Mill S für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft und BMWA 2 094 Mill S, hievon für Schulen der Unterrichtsverwaltung 42 Mill S, für Bauten der Landesverteidigung 12 Mill S, für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten 506 Mill S sowie für sonstige Amtsgebäude 1 534 Mill S, nachgewiesen.

3.6.2 Gesamtstand der Verpflichtungen

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Band 2, Tabelle A.3.1.2, weist eine Gesamtsumme von 797 197 Mill S aus (1997: 798 383 Mill S). Der größte Teilbetrag von 640 234 Mill S entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld in künftigen Jahren und wird in Band 2, Tabelle C.3.1.1, aufgeschlüsselt. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 1998 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 7 069 Mill S hinzuzuzählen. Sie sind in Band 2, Tabelle A.1.3, ansatzweise in einer eigenen Spalte bei den Ausgaben ausgewiesen und werden kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.1.1, zusammengefaßt. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 1998 beträgt somit 804 266 Mill S (1997: 806 268 Mill S).

Die Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes in den letzten zehn Jahren ist in Übersicht 8 dargestellt.

Übersicht 8

Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	768.130 (100)	817.417 (106)	829.676 (108)	829.936 (108)	820.931 (107)	877.669 (114)	882.861 (115)	871.616 (113)	806.268 (105)	804.266 (105)

3.6.3 Gesamtstand der Berechtigungen

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.3.2) weist 102 797 Mill S (1997: 108 759 Mill S) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 1998 offen gebliebenen Berechtigungen (ansatzweise bei den Einnahmen in Band 2, Tabelle A.1.3, kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.3.1 dargestellt) in Höhe von 1 478 Mill S folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 1998 von 104 275 Mill S (1997: 110 141 Mill S).

3.6.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden

Der Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden belief sich zum Jahresende 1998 auf 1 856 836 Mill S (Band 2, Tabelle A.3.2.1) und lag damit um 121 783 Mill S oder + 7,0 % über dem Wert des Vorjahres (1997: 1 735 053 Mill S). Der Gesamtstand setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.2.1 und A.3.2.2):

	Mill S
Empfangene Anzahlungen (fällige)	8
Ersatzschulden (fällige)	13.688
Fällige Finanz- schulden (Tilgungen)	7
Fällige sonstige Schulden	6.672
Nichtfällige Finanzschulden (Kap 59)	1.568.899
Nichtfällige Rechtssträgerschulden (Kap. 57)	30.406
Nichtfällige Währungstauschver- tragsschulden	100.245
Nichtfällige sonstige Schulden	136.911
	<hr/>
Summe VAV-Schulden	1.856.836

Über die Zusammensetzung der nichtfälligen Finanzschulden (Kap 59) von 1 568 899 Mill S und die Fälligkeiten der künftigen Tilgungsraten, getrennt nach Finanzjahren, gibt Band 2, Tabelle C.3.1.2 Aufschluß. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand von 1 497 365 Mill S beträgt + 4,8 %.

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Ausweisungen im Bericht des Staatsschuldenausschusses über die Finanzschuld des Bundes 1998 und jenen des vorliegenden Bundesrechnungsabschlusses wird auf TZ 7 verwiesen.

Die Entwicklung des Schuldenstandes des Bundes, der Zinsenverpflichtungen sowie der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen für die Jahre 1989 bis 1998 wird in den Übersichten 14 bis 17 unter TZ 7 dieses Berichtes dargestellt.

3.6.5 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Der Gesamtbestand an voranschlagsverbundenen Forderungen betrug zum Jahresende 1998 301 522 Mill S und lag damit um 25 897 Mill S über dem Vergleichswert des Vorjahres (275 625 Mill S) oder + 9,4 %. Der Forderungsbestand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.4.1 und A.3.4.2):

	Mill S
Anzahlungen für Anlagen	52
Sonstige gegebene Anzahlungen	2.934
Ersatzforderungen	1.572
Fällige Darlehens- forderungen	605
Sonstige fällige Forderungen	111.569
Nichtfällige Darlehens- forderungen	43.208
Nichtfällige Forderungen aus Währungstausch- verträgen	96.250
Nichtfällige Forderungen an Rechsträger	30.406
Sonstige nichtfällige Forderungen	14.926
	<hr/>
Summe VAV-Forderungen	301.522

3.6.6 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückstände an vom Bund einzuhebenden und allenfalls nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften aufzuteilenden öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) betragen insgesamt 78 579,4 Mill S (1997: 78 161,4 Mill S). Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenrückständen standen Guthaben von 13 607,9 Mill S (1997: 14 886,6 Mill S) gegenüber, so daß mit 31. Dezember 1998 Nettorückstände von 64 971,5 Mill S (1997: 63 274,8 Mill S) verblieben. Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (670 247,4 Mill S) waren dies 9,7 % (1997: 10,1 %).

Von den auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (78 579,4 Mill S) entfallen 75 174,6 Mill S auf fällige Rückstände (Band 2, Tabelle A.1.3) und 3 404,8 Mill S auf nichtfällige Rückstände.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für die Jahre 1989 bis 1998 zeigt die Übersicht 9.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 1998 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 36 908,8 Mill S in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 22 935,6 Mill S war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 4 200,2 Mill S waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 12 332,7 Mill S auf Insolvenzverfahren.

Übersicht 9

Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern	12.401	12.891	14.127	14.970	16.736	17.161	20.127	25.784	26.555	27.650
Umsatzsteuern	20.340	22.526	21.690	22.239	23.993	31.195	28.423	32.896	34.577	35.622
Einfuhrabgaben	836	1.046	910	873	909	1.217	771	650	831	906
Verbrauchssteuern	758	916	913	666	685	761	1.608	1.018	1.600	1.528
Stempel- und Rechtsgebühren	118	163	55	65	132	754	3.116	1.665	1.907	1.716
Verkehrssteuern	881	792	640	707	736	867	776	973	929	1.078
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1.729	1.759	1.907	2.010	2.487	2.618	2.851	5.977	6.443	6.674
Gesamtsumme Kapitel 52	37.063	40.093	40.242	41.530	45.678	54.573	57.671	68.963	72.842	75.174

Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen

Guthaben	9.471	10.288	11.631	11.035	12.197	12.703	15.007	15.008	14.886	13.608
----------------	-------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

3.6.7 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl Nr 150/1990, ist ein Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen in den Bundesrechnungsabschluss aufzunehmen. Dieser Nachweis ist in Band 2, Tabelle A.4.2 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 3 875,2 Mill S (1997: 3 477,5 Mill S); bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (670 247,4 Mill S) (1997: 623 927,2 Mill S) waren dies 0,58 % (1997: 0,56 %).

Die von den Zollämtern (bisher unberücksichtigten) gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Erlassungen) betragen rd 24,0 Mill S (1997: 139,8 Mill S).

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (670 247,4 Mill S) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 1998 0,58 % (1997: 0,58 %).

3.7 Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben

Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen der gemäß § 78 Abs 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Gemeint ist damit ein negativer Saldo der Phase 2 der Phasenbuchführung, also ein negativer Verfügungsrest (zu den Begriffen der Phasenbuchführung siehe TZ 1.5.2). Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte "Verfügungsrest" enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

Da mit den in Phase 2 (= Verfügungen) verbuchten Beträgen den haushaltsleitenden bzw anweisenden Organen die Ermächtigung zur Inanspruchnahme der vom Nationalrat genehmigten Voranschlagsbeträge

(= Phase 1) erteilt wird, zeigt ein positiver Saldo der Phase 2, daß diese Ausgabenermächtigung durch Bindungen und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen (= Phase 3), Schulden (= Phase 4) und Zahlungen (= Phase 5) führten, eingehalten wurde. Ein negativer Saldo der Phase 2 (= negativer Verfügungsrest) bedeutet daher wirtschaftlich gesehen eine "Überziehung des Kontos", das heißt eine Art "Vorgriff" auf künftige Haushalte, auch wenn es durch Auszahlungen nicht zu Mehrausgaben gekommen ist. Er zeigt an, daß über die in Phase 2 festgehaltenen Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts ("Überziehung" der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, daß Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (zB durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 1998 waren im Gesamthaushalt bei 270 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 23 853 Mill S, hievon 14 220 Mill S für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Übersicht 10 sind kurze Begründungen zu jenen negativen Verfügungsresten enthalten, die 5 % der Voranschlagsbeträge bzw den Betrag von 1 Mill S überstiegen und dementsprechend zu erläutern waren.

Übersicht 10 **Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 1998**

Kap.	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in Millionen Schilling	Begründung der zu erläuternden Positionen
02	2	1	Waren nicht zu erläutern.
03	3	0	Waren nicht zu erläutern.
04	3	1	Ausgabenrückstellung, die erst im Auslaufzeitraum verbucht werden konnte, und unbeglichene Rechnungen für vermehrte Aufwendungen.
10	16	23	Unbeglichene Rechnungen im Zusammenhang mit dem Bundesgesetzblatt und für Aufwendungen der veterinärmedizinischen Anstalten.
11	23	360	Offene Verpflichtungen für Aufwendungen der Zentralleitung, für Aufwendungen von Flugpolizei und Flugrettungsdienst sowie des Fremdenwesens, für Anlagen der Bundespolizei sowie für Förderungen der Flüchtlingsbetreuung u. Integration.
12	60	568	Offene Bestellaufträge, unbeglichene Rechnungen und sonstige offene Verpflichtungen hauptsächlich für Anlagen und Aufwendungen der Museen, für Anlagen der berufsbildenden Schulen sowie für Aufwendungen der Nationalbibliothek und Phonothek, des Bundesdenkmalamts und der Schulaufsichtsbehörden.
13	11	5	Unbeglichene Rechnungen für Kunstankäufe.
14	9	70	Waren nicht zu erläutern.
15	8	328	Vorwiegend arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG und unbeglichene Rechnungen für Aufwendungen im Bereich der Arbeitsinspektion.
17	4	9	Höherer Mittelbedarf für die Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen sowie beim Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz.
18	8	193	Offene Verpflichtungen für Aufwendungen im Rahmen der Altlastensanierung und im Zusammenhang mit der Ausgliederung des Umweltbundesamtes.
19	11	875	Rückzahlung der Schuld des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.
20	11	63	Offene Verpflichtungen vorwiegend für Aufwendungen und Anlagen der Zentralleitung sowie für internationale Konferenzen in Österreich.
30	10	149	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen hauptsächlich für Aufwendungen und Anlagen d. Justizanstalten sowie für Aufwendungen d. Zentralleitung.
40	8	459	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen für Aufwendungen von Heer und Heeresverwaltung sowie der Zentralleitung infolge von Liefer- und Abnahmeverzögerungen sowie unbeglichene Rechnungen im Zusammenhang mit Mietzinsnachzahlungen an die BIG.
50	5	4	Waren nicht zu erläutern.
51	5	14.220	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
59	1	5	Fällige nicht eingelöste Finanzschulden in fremder Währung.
60	22	771	Offene Verpflichtungen und Schulden aus dem Milchankauf und bei verschiedenen Betriebsaufwendungen.
63	7	119	Ausständige Bareinlage an die Österreichische Donaubetriebs AG, offene Verpflichtungen für Aufwendungen des österr. Patentamts sowie Verzögerungen bei der Abwicklung von Tourismusförderungen und unbeglichene Rechnungen bei Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich).
64	32	5.362	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen vorwiegend für Anlagen und Aufwendungen der Bundesimmobilienverwaltung, der Bundesstraßenverwaltung, der Bundesstraßen, der Wasserstraßendirektion, der Schulen der Wissenschafts- und Unterrichtsverwaltung, der land- und forstwirtschaftlichen Schulen und Anstalten, der sonstigen Bundesgebäude sowie für Aufwendungen für Bauten für die Landesverteidigung und für den Liegenschaftserwerb im Tauschweg.
65	7	182	Verpflichtungen vorwiegend aus der Förderung regional- und strukturpolitischer sowie verkehrswirtschaftlicher Maßnahmen und aus der Technologieförderung.
71	4	86	Offene Bestellungen und unbeglichene Rechnungen für den laufenden Spielbetrieb sowie für erforderliche Sanierungsmaßnahmen.
02 – 71	270	23.853	

3.8 Haushaltsrücklagen

Der Bundesminister für Finanzen war gemäß § 53 Abs 1 BHG sowie Art X Abs 1 Z 1 BFG 1998 ermächtigt, nicht in Anspruch genommene Teile bestimmter Ausgabenansätze einer Haushaltsrücklage zuzuführen (Allgemeine Rücklage). Gemäß § 53 Abs 2 BHG war er zur Rücklagenzuführung hinsichtlich der während des Finanzjahres nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen verpflichtet (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage). Ferner hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 3 BHG einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen und einen Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Anderen als den in § 53 Abs 1 bis 3 BHG angeführten Rücklagenzuführungen durfte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 4 BHG nur aufgrund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung zustimmen. Diese Zuführungsermächtigung wurde in Art X Abs 1 Z 2 und 3 BFG 1998 ausgesprochen (besondere Rücklage). Gemäß Art X Abs 2 BFG 1998 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1998 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage). Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen mit der gemäß der 3. BFG-Novelle 1998, BGBl I Nr 187, neugeschaffenen Bestimmung im Art X Abs 1 Z 4 BFG 1998 ermächtigt, durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene bestimmte Voranschlagsbeträge der Ausgabenansätze mit der Unterteilung 8 (Ermessensausgaben) in Höhe von 50 vH im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr zu reservieren. Zu Entnahmen aus Haushaltsrücklagen, die aus früheren Finanzjahren stammen, war der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 6 BHG ermächtigt, wobei gemäß § 53 Abs 7 erster Satz BHG von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen ist, als dies der Erfüllung fälliger Verpflichtungen dient. Gemäß § 53 Abs 7 zweiter Satz BHG sind jene Haushaltsrücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und zur Bedeckung des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes zu verwenden, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist.

Entwicklung 1998	Mill S
Anfänglicher Bestand an Haushaltsrücklagen	21 584
Entnahmen	- 3 174
Auflösungen	- 904
Zuführungen	+ 14 957
	<hr/>
Schließlicher Bestand an Haushaltsrücklagen	32 463

Weitere Ausführungen über die Haushaltsrücklagen enthält die TZ 5.5; über Stand und Entwicklung geben die Übersichten 11 und 12 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.4 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.4 im Band 2 entnommen werden.

3.9 Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur EU

In der Folge werden jene Kapitel bzw jener Bereich angeführt, zu deren Gunsten bzw Lasten Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der EU-Zahlungen erzielt bzw geleistet wurden (Bruttonachweisung).

Zu den Einnahmen werden Zuschüsse, Förderungen, Rückerstattungen, Einhebungsvergütungen, Kostenersätze und Kostenbeiträge gerechnet. Zu den Ausgaben zählen Eigenmittel, Mitgliedsbeiträge, Ausfuhrerstattungen, Auszahlungen von überwiesenen EU-Mitteln, Kofinanzierungen bzw Vorfinanzierungen (EU-Anteil und nationaler Bundesanteil), EU-Dienstreisen und besondere Verwaltungsaufwendungen für die EU.

Es handelt sich somit einerseits um Zahlungen zwischen dem Bundeshaushalt und den EU-Haushalten, insbesondere den Gesamthaushalt der EU, sowie andererseits um EU-induzierte Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes zulasten bzw zugunsten von Wirtschaftsteilnehmern in Österreich.

Weiters wird bemerkt, daß durch die derzeitige Verrechnung (zB Bruttovorfinanzierung) einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, oft nicht Rechnung getragen wird.

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben
		(voranschlagswirksam verrechnet)	
in Schilling			
02	Bundesgesetzgebung	1 859 805,39	37 969 291,56
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	40 823 682,52	767 242 814,29
11	Inneres	7 292 021,--	28 233 431,95
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	20 002 329,69	26 838 355,81
13	Kunst	–	15 474 500,--
14	Wissenschaft und Forschung	19 010 130,01	121 411 134,79
15	Soziales	185 923 971,64	4 115 366 028,45
17	Gesundheit	1 041 200,--	1 100 000,--
18	Umwelt	9 910 020,38	269 233 165,02
20	Äußeres	8 261 222,61	48 994 793,76
30	Justiz	2 151 513,20	5 252 005,30
40	Militärische Angelegenheiten	17 703,02	64 491 305,87
50	Finanzverwaltung	407 405 984,43	776 602 215,27
51	Kassenverwaltung	15 600 646 019,98	–
52	Öffentliche Abgaben	3 283 705 488,45	26 225 810 365,95 ¹¹⁾
60	Land- und Forstwirtschaft	26 184 727,03	15 196 021 386,22
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	7 459 659,76	26 663 826,10
64	Bauten und Technik	–	3 704 804,--
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	2 824 046,17	276 400 195,47
(nicht voranschlagswirksam verrechnet)			
in Schilling			
Bereich 65	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	113 853 443,75	113 526 399,37
Gesamtsumme		19 738 372 969,03	48 120 336 019,18

Insgesamt flossen daher 28 381 963 050,15 S im Rahmen der EU-Gebarung, was aber nicht als "Nettozahlungen an die EU" gleichgesetzt werden darf, weil – wie oben ausgeführt – auch nationale Anteilzahlungen in den Ausgaben enthalten sind.

¹¹⁾ EU-Agrarabschöpfungen (2/52364/8441) und Beitrag zur EU (2/52904).

3.9.1 **Besondere Einnahmen-Rücklage** (gemäß Art X Abs 2 BFG 1998)

Wie in TZ 3.8 ausgeführt, war der Bundesminister für Finanzen gemäß Art X Abs 2 BFG 1998 in der Fassung Bundesgesetz BGBl I Nr 74/1998 ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1998 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer besonderen Einnahmen-Rücklage zuzuführen (siehe auch Tabelle A.5.4).

Der Endbestand dieser Rücklage beträgt aufgrund von Entnahmen in der Höhe von 418 Mill.S und Zuführungen von 239 Mill S Ende 1998 376 Mill S (1997: 555 Mill S).

4. **Bericht zur Voranschlagsvergleichsrechnung**

4.1 **Allgemeine Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen des Gesamthaushalts**

Bei den Erläuterungen ist im folgenden einnahmen- und ausgabenseitig aufgrund der Haushaltsgliederung gemäß § 16 Abs 1 BHG vom Rahmen des Gesamthaushalts in der Höhe von 1 120 048 Mill S auszugehen.

4.1.1 **Gliederung der Gesamtausgaben 1998**

	Mill S	%
Die Gesamtausgaben (1 120 048 Mill S)		
setzen sich wie folgt zusammen		
– Erfolgswirksame Ausgaben	735 315	65,7
– Bestandswirksame Ausgaben	384 733	34,3
Aufteilung der Gesamtausgaben nach dem Verpflichtungsgrund		
– Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen.	502 229	44,8
– Ermessensausgaben	617 819	55,2
<hr/>		
Nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten lassen sich die Gesamtausgaben in der vorgenannten Höhe aufteilen in		
Personalausgaben (Ges. Verpfl. im Allg. Haushalt)	136 402	12,2
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	641 198	57,2
<hr/>		
Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	777 600	69,4
Ausgaben des Ausgleichshaushalts	342 448	30,6

Eine genauere Aufteilung der Gesamtausgaben nach dem Verpflichtungsgrund – kapitelweise dargestellt und den Voranschlagsbeträgen gegenübergestellt – ist in Band 2, Tabelle A.2.1.1 dargestellt; die kapitelweise Aufteilung nach Personal- und Sachausgaben enthält die Tabelle A.2.1.2.

4.1.1.1 Personalausgaben 1998

	Mill S	%
Von den Personalausgaben (136 402 Mill S) entfielen auf		
– Aktivbezüge	105 305	77,2
– Pensionen	31 097	22,8
Von den Aktivbezügen entfielen auf		
– Geldbezüge für Beamte	64 641	61,4
– Geldbezüge für Vertragsbedienstete	17 891	17,0
– Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	22 773	21,6
Von den Veränderungen gegenüber dem Voranschlag der Personalausgaben (das sind alle Ausgabenansätze mit der Unterteilung 0) entfielen auf		
– Aktivbezüge	+ 809	+ 0,8
– Pensionen	+ 273	+ 0,9

4.1.1.2 Sachausgaben 1998 (Gesamthaushalt)

	Mill S	%
Von den Sachausgaben (983 646 Mill S) entfielen auf		
– Erfolgswirksame Ausgaben	598 913	60,9
– Bestandswirksame Ausgaben	384 733	39,1
Aufteilung der Sachausgaben nach dem Verpflichtungsgrund		
– Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	365 827	37,2
– Ermessensausgaben	617 819	62,8
Aufteilung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen		
– Anlagen	21 029	2,1
– Förderungen	60 818	6,2
– Übrige Sachausgaben (Aufwendungen)	901 799	91,7

Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3, A.2.1.4 und A.2.3.2 dargestellt.

4.1.2 Gliederung der Gesamteinnahmen 1998

	Mill S	%
Von den Gesamteinnahmen (1 120 048 Mill S) entfielen auf		
– Erfolgswirksame Einnahmen	701 427	62,6
– Bestandswirksame Einnahmen	418 621	37,4
Bei den Gesamteinnahmen ist zu unterscheiden		
– Einnahmen aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten (zweckgebundene Einnahmen)	134 212	12,0
– Sonstige Einnahmen zur Bedeckung aller Ausgabenarten (Grundsatz der Gesamtbedeckung).	985 836	88,0
<hr/>		
Die wesentlichen Positionen betrafen dabei die		
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben(netto)	460 220	41,1
Einnahmen des Bundesbetriebes	754	0,0
Weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	250 599	22,4
<hr/>		
Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	711 573	63,5
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	408 475	36,5

Eine kapitelweise Aufgliederung der Einnahmen enthält Band 2, Tabellen A.2.2.1 und A.2.2.2.

4.1.3 Absetzungen

Das Ausmaß der durchgeführten Absetzungen, welche das Bruttoergebnis des Finanzjahres 1998 vermindern, ist Band 2, Tabellen A.4.1.1 und A.4.1.2, zu entnehmen.

4.1.4 Richtlinien für die ansatzweisen Erläuterungen

Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 5 Mill S werden ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) unter TZ 4.2 und 4.3 erläutert.

Wie in TZ 3.5.3 dargestellt, wird seit 1991 auf die gegebenen haushaltsrechtlichen Grundlagen von ansatzweisen Voranschlagsabweichungen nicht mehr gesondert hingewiesen.

Nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, wird auf diesen Mangel ansatzweise ab 0,5 Mill S in den Erläuterungen hingewiesen.

Die finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen werden in den Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen (TZ 4.2 und 4.3) kapitelweise in Kursivdruck zusammengefaßt. Dabei werden jene Budgetkapitel besprochen, bei denen die Summen der ansatzweisen Mehr- oder Minderausgaben bzw Mehr- oder Mindereinnahmen den Betrag von 100 Mill S übersteigen.

4.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben**1/02 Bundesgesetzgebung**

Mehrausgaben von 373 Mill S entstanden hauptsächlich infolge Zuwendungen an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (300 Mill S) sowie für Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen des Nationalrats (64 Mill S) und des Bundesrats (9 Mill S).

Die Minderausgaben betragen 66 Mill S.

1/021 Nationalrat

1/02106 Förderungen(+ 150,0 %) + 300 000 000,-- S

Mehrausgaben für Zuwendungen des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gemäß Art VII Z 1 BFG 1998.

1/02107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 11,6 %) + 64 373 147,79 S

Mehrausgaben vor allem wegen Inanspruchnahme des Pensionskassensystems durch Mitglieder des Nationalrates für Rechnungszinsen gemäß § 48 des Pensionskassengesetzes (3,0 Mill S), für Überweisungsbeträge an Pensionsversicherungsträger (5,0 Mill S), Pensionskassen (63,0 Mill S) und Versicherungsanstalten (3,4 Mill S).

Minderausgaben, weil einmalige Entschädigungen (7,6 Mill S) und Ruhebezüge (7,2 Mill S) für ausgeschiedene Mandatäre nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen.

1/02108 Aufwendungen(- 13,2 %) - 6 862 853,01 S

Minderausgaben vor allem, weil Kostenersätze für Aufwendungen gemäß § 10 des Bundesbezügegesetzes nicht im Ausmaß der Vergütungsobergrenze in Anspruch genommen wurden (5,2 Mill S).

1/022 Bundesrat

1/02207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 11,0 %) + 8 838 430,39 S

Mehrausgaben vor allem wegen Inanspruchnahme des Pensionskassensystems durch Mitglieder des Bundesrates für Überweisungsbeträge an Pensionskassen (10,8 Mill S).

Minderausgaben, weil Ruhebezüge (2,7 Mill S) nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen.

1/024 Parlamentsdirektion

1/02403 Anlagen(- 15,5 %) - 7 674 048,35 S

Minderausgaben vor allem bei Amtseinrichtung (4,6 Mill S) und Parlamentseinrichtung (6,3 Mill S) aufgrund der Aufschiebung geplanter Anschaffungen.

Mehrausgaben bei Hardware (ADV) (4,5 Mill S) für die Einbindung der digitalen Sprachaufzeichnung in das parlamentarische Informations- und Kommunikationssystem PARLINKOM.

1/02408 Aufwendungen(- 16,7 %) - 38 988 192,19 S

Minderausgaben vor allem, weil die Anschaffung von Amtsausstattung (3,7 Mill S) und Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden (39,0 Mill S) teils verschoben

ben, teils kostengünstiger durchgeführt wurden, und Leistungen der Post (5,0 Mill S) in geringerem Umfang in Anspruch genommen wurden.

Mehrausgaben für die Refundierung von Bezügen (5,4 Mill S) von Bediensteten gemäß P.4(7) des Stellenplanes.

1/06 Rechnungshof

1/06000 Personalausgaben(– 4,5 %) – 10 136 871,93 S

Minderausgaben vor allem für Vertragsbedienstete A/I (5,9 Mill S) da Nachbesetzungen teilweise unmittelbar mit öffentlich-rechtlich Bediensteten erfolgten bzw Vertragsbedienstete in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse übernommen wurden.

1/06008 Aufwendungen(– 18,3 %) – 9 870 943,24 S

Minderausgaben vor allem wegen geringerer Durchführung von Inlandreisen (3,3 Mill S) und geringerer Ausgaben für die Beiziehung externer Sachverständiger (3,8 Mill S).

1/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Mehrausgaben von 1 099 Mill S entstanden vorwiegend bei Aufwendungen für regional- und strukturpolitische Maßnahmen (688 Mill S), Förderungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit zentral- und osteuropäischen Republiken sowie neuen unabhängigen Staaten (120 Mill S), Aufwendungen (91 Mill S) und Förderungen (56 Mill S) der Zentralleitung, durch die vermehrte Inanspruchnahme von Mitteln des Innovations- und Technologiefonds (40 Mill S), durch höhere Ausgaben für das Bundesgesetzblatt (30 Mill S), vermehrte Förderungen-Gesetzliche Verpflichtungen im Rahmen der Sportförderung (20 Mill S) sowie Förderungen der Volksgruppen (15 Mill S).

Minderausgaben von 230 Mill S betrafen hauptsächlich Aufwendungen für den Strahlenschutz (36 Mill S), verminderte Ausgaben im Veterinärwesen bei der Epizootie (32 Mill S), geringere Förderungen im Rahmen der Sportförderung (20 Mill S), Anlagen der Zentralleitung (16 Mill S), Personalausgaben (15 Mill S) und Aufwendungen (11 Mill S) des Statistischen Zentralamts, die verminderte Presseförderung (14 Mill S) sowie Personalausgaben und Aufwendungen des unabhängigen Bundesasylsenats (zusammen 17 Mill S) und Personalausgaben der Bundessportheime und Sporteinrichtungen (12 Mill S). Weitere Minderausgaben entstanden bei den Aufwendungen, Förderungen, Personalausgaben und Anlagen der Verwaltungsakademie (zusammen 14 Mill S), bei Aufwendungen, Personalausgaben und Anlagen der Lebensmitteluntersuchungsanstalten (zusammen 13 Mill S) und der veterinärmedizinischen Anstalten (zusammen 8 Mill S).

1/100 Bundeskanzleramt

1/1000 Zentralleitung

1/10000 Personalausgaben(+ 1,8 %) + 8 299 881,46 S

Mehrausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (11,3 Mill S) infolge Auswirkungen der Besoldungsreform und bei den Belohnungen und Geldaushilfen (3,4 Mill S) aus Anlaß der EU-Ratspräsidentschaft.

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbedienstetenentgelten (8,9 Mill S) infolge gestiegener Fremdvergaben.

1/10003 Anlagen(- 24,8 %) - 16 380 552,41 S

Minderausgaben vor allem bei ADV-Hardware (11,9 Mill S) und Datenfernübertragungseinrichtungen (3,2 Mill S) infolge vermehrt abgeschlossener Bereitstellungsverträge und nicht umgesetzter Büroautomationsprojekte.

1/10004 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) + 10 340 544,- S

Mehrausgaben infolge nicht veranschlagter Zahlungen für die allgemeine Seniorenförderung (10,3 Mill S).

1/10006 Förderungen(+ 82,2 %) + 55 928 883,19 S

Mehrausgaben vor allem für das Wohnbauprogramm Palästina (35,7 Mill S), für Sondermaßnahmen der Bundesregierung (Inland) (13,2 Mill S) – insbesondere für das Internationale Menschenrechtsjahr 1998, die Aktion "Licht ins Dunkel", das Grubenunglück in Lassing und für die Sanierung der Roma-Siedlung – sowie für die Förderung von Fraueninitiativen (12,6 Mill S) infolge weiteren Ausbaus von Interventions- und Frauenservicestellen.

Minderausgaben vor allem bei den Sondermaßnahmen der Bundesregierung (Ausland) (1,6 Mill S), beim Bundesseniorenbeirat (1,5 Mill S), beim Betriebskindergarten (1,3 Mill S) und für die Europäischen Integrationsangelegenheiten (1,0 Mill S).

1/10008 Aufwendungen(+ 15,9 %) + 91 371 918,09 S

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten des Bundespressedienstes an Unternehmungen (140,5 Mill S) insbesondere für die Europa-Informationsinitiative und die Lehrlingsoffensive, für den außerordentlichen Mitgliedsbeitrag für das Österreichische Institut für Raumplanung (11,9 Mill S) infolge unterbliebener Veranschlagung und bei Personalkosten aufgrund von Arbeitsleihverträgen (4,2 Mill S) infolge gestiegenen Personalbedarfs im Kabinett des Bundeskanzlers und im Büro der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz.

Minderausgaben vor allem bei Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (10,7 Mill S) infolge restriktiver Auftragsvergaben, bei Integrationsangelegenheiten (10,3 Mill S) aufgrund von Projektverzögerungen und verspätet vorgelegter Abrechnungen, bei Entgelten an Einzelpersonen (7,8 Mill S) infolge rückgängiger Beauftragungen, bei Miet- und Pachtzinsen für ADV-Hardware (6,4 Mill S) infolge Einsparung, bei ADV-Programmerstellung (5,2 Mill S) infolge Zurückstellung verschiedener Projekte sowie bei sonstigen Leistungen der Post (3,2 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme des Europa-Telefons. Weitere Minderausgaben betrafen Energiebezüge (4,5 Mill S), die Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (3,7 Mill S) und von Gebäuden (2,9 Mill S), Entgelte an Unternehmungen (2,5 Mill S), Lizenzgebühren für ADV-Software (2,2 Mill S), Druckwerke (2,1 Mill S), Gerichtskosten (1,9 Mill S) sowie Entschädigungen für den Auslandsdienst des Kurzwellenfunks (1,7 Mill S).

1/1001 Verwaltungsakademie

1/10018 Aufwendungen(- 13,7 %) - 6 917 556,80 S

Minderausgaben betrafen vor allem Bibliothekserfordernisse (1,5 Mill S), sonstige ADV-Leistungen (1,3 Mill S) und ADV-Programmerstellungen (1,0 Mill S).

1/10038 Bundesgesetzblatt(+ 117,3 %) + 30 338 262,91 S

Mehrausgaben vor allem infolge des gestiegenen Umfangs der Bundesgesetzblätter (30,3 Mill S).

1/1004	Regional- und strukturpolitische Maßnahmen	
1/10048	Aufwendungen	+ 687 798 163,58 S
	Mehrausgaben infolge nicht vorhersehbarer und nur mit einem Erinnerungsbetrag veranschlagter EU-Strukturfondsmittel (687,8 Mill S).	
1/1005	Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF) (zweckgebundene Gebarung)	
1/10058	Aufwendungen(+ 9,9 %)	+ 39 629 000,-- S
	Mehrausgaben vor allem infolge vermehrter Inanspruchnahme der zweckgebundenen Mittel des BMWV (40,6 Mill S).	
1/1006	Zusammenarbeit mit Zentral- und Osteuropäischen Republiken und den Neuen Unabhängigen Staaten	
1/10066	Förderungen(+ 83,9 %)	+ 120 000 000,-- S
	Mehrausgaben betrafen vor allem dringliche Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der kriegsbetroffenen Gebiete in Ex-Jugoslawien und entstanden aus Anlaß der Kosovo-Krise (130,0 Mill S).	
	Minderausgaben vor allem bei Beratungsmaßnahmen infolge notwendiger Umschichtungen zugunsten von Hilfsmaßnahmen (10,0 Mill S).	
1/1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)	
1/10080	Personalausgaben(- 29,5 %)	- 13 854 831,60 S
	Minderausgaben vor allem bei Beamtenbezügen (20,8 Mill S) und Mehrleistungsvergütungen (3,9 Mill S) infolge verspäteter Aufnahme des Vollbetriebs.	
	Mehrausgaben vor allem bei Vertragsbedienstetenentgelten (9,1 Mill S) infolge eines lediglich veranschlagten Erinnerungsbetrages.	
1/1009	EU-Ratspräsidentschaft	
1/10098	Aufwendungen(- 16,7 %)	- 7 513 866,90 S
	Minderausgaben vor allem bei Entgelten an Einzelpersonen (3,3 Mill S) und Mieten (3,1 Mill S) infolge Verzögerungen bei der Abrechnung.	
1/102	Statistisches Zentralamt	
1/10200	Personalausgaben(- 3,2 %)	- 14 590 275,98 S
	Minderausgaben vor allem bei Vertragsbedienstetenentgelten (13,3 Mill S) infolge restriktiver Personalbewirtschaftung sowie daraus resultierend bei Dienstgeberbeiträgen (3,0 Mill S).	
	Mehrausgaben vor allem bei Beamtenbezügen (3,7 Mill S) infolge der Neuorganisation des Statistischen Zentralamtes.	
1/10208	Aufwendungen(- 6,8 %)	- 11 208 674,76 S
	Minderausgaben vor allem bei Druckwerken für Statistik/Verwaltung (6,5 Mill S) infolge nicht in Auftrag gegebener Erhebungen mangels gesetzlicher Grundlagen, bei Leistungen der Post (3,8 Mill S) infolge Reduzierung und Verschiebung von Erhebungen und bei Energiebezügen (3,2 Mill S) aufgrund der durch den milden Winter bedingten niedrigeren Heiz- und Stromkosten.	

1/104	Presse- und Parteienförderung		
1/1046	Presseförderung (Besondere Förderung)		
1/10466	Förderungen	(- 8,5 %)	- 14 083 000,-- S
Minderausgaben vor allem bei Zuschüssen an Unternehmungen (11,5 Mill S) infolge fehlender Förderungsvoraussetzung für den "Standard".			
1/105	Volkgruppenförderung		
1/10506	Förderungen	(+ 28,5 %)	+ 14 999 467,48 S
Mehrausgaben vor allem bei den Volkgruppenradios (15,0 Mill S) infolge unterbliebener Veranschlagung.			
1/107	Sportangelegenheiten		
1/1070	Sportförderung		
1/10704	Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(+ 5,0 %)	+ 20 000 000,-- S
Mehrausgaben bei der besonderen Sportförderung (Sporttoto) (20,0 Mill S) infolge gesetzlich geregelter Aufstockung der Totomittel.			
1/10706	Förderungen	(- 10,2 %)	- 20 064 583,95 S
Minderausgaben vor allem bei den Sportanlagen der Gemeinde Innsbruck (20,0 Mill S) infolge Verzögerungen bei der Erstellung der Förderungsvereinbarung sowie für die Alpine Ski-WM St. Anton 2001 (10,0 Mill S) infolge nicht zustande gekommener Verträge.			
Mehrausgaben vor allem bei sonstigen Sportstätten (9,7 Mill S) infolge verstärkter Förderung von Sportanlagen.			
1/1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen		
1/10750	Personalausgaben	(- 14,3 %)	- 11 524 155,15 S
Minderausgaben vor allem bei Vertragsbedienstetenentgelten (8,8 Mill S), Dienstgeberbeiträgen (1,6 Mill S) und Mehrleistungvergütungen (1,0 Mill S) infolge Personaleinsparung.			
1/10758	Aufwendungen	(+ 8,1 %)	+ 5 450 012,67 S
Mehrausgaben betrafen vor allem den Überweisungsbetrag an die Länder gemäß Finanzausgleich (2,5 Mill S) und die Instandhaltung von Gebäuden (2,1 Mill S).			
1/108	Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten und Gentechnologie		
1/1081	Strahlenschutz		
1/10818	Aufwendungen	(- 32,7 %)	- 35 897 659,48 S
Minderausgaben vor allem für angemietete Postleitungen (11,4 Mill S) infolge Senkung der Tarife für die Leitungsmieten des Strahlenfrühwarnsystems, bei Leistungsaufträgen (11,2 Mill S) infolge Projektverzögerungen und Verzögerungen bei der Geräteumrüstung im Bereich des Strahlenfrühwarnsystems sowie beim Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf (8,4 Mill S) infolge geringerer Aufarbeitung und Konditionierung von mittelaktiven und kontaminierten Abfällen.			

1/1082 Veterinärwesen

1/10827 Epizootie(- 55,0 %) - 32 453 858,97 S

Minderausgaben vor allem bei Entgelten an Einzelpersonen (17,3 Mill S) infolge geringeren Bedarfs an TBC-Untersuchungen sowie bei Handelswaren (10,0 Mill S) infolge Entfalls der Kostenbeteiligung beim Aufbau einer internationalen Impfstoffbank und infolge geringeren Bedarfs an Tollwutködern entsprechend der günstigen Tollwutsituation.

1/109 Dienststellen**1/1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**

1/10908 Aufwendungen(- 11,2 %) - 5 724 555,50 S

Minderausgaben hauptsächlich bei Gebrauchs- und Verbrauchsgütern sowie chemischen Mitteln (zusammen 3,3 Mill S) infolge geänderter Analysemethoden im Rahmen der Lebensmitteluntersuchungen.

1/11 Inneres

Minderausgaben von 435 Mill S betrafen vor allem Anlagen der Zentraleitung (73 Mill S) sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes (37 Mill S), Personalausgaben (72 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (13 Mill S) der Bundespolizei, Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen des Zivildienstes (47 Mill S), Personalausgaben (32 Mill S) und Anlagen (17 Mill S) der Bundesgendarmerie, Förderungen (31 Mill S) und Aufwendungen (26 Mill S) für Einrichtungen zur Flüchtlingsbetreuung und Integration, Anlagen von Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung (19 Mill S) sowie Personalausgaben der Bundespolizei (18 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich.

Mehrausgaben von 186 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen (54 Mill S) und Personalausgaben (37 Mill S) der Zentraleitung, Aufwendungen der Bundesgendarmerie (28 Mill S) sowie von Flugpolizei und Flugrettungsdienst (13 Mill S) sowie Anlagen und Aufwendungen des öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen samt Außenstellen (zusammen 19 Mill S).

1/110 Bundesministerium für Inneres**1/1100 Zentraleitung**

1/11000 Personalausgaben(+ 4,2 %) + 37 127 061,35 S

Mehrausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (18,0 Mill S), den Mehrleistungsvergütungen (12,8 Mill S), den sonstigen Nebengebühren (3,6 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (2,1 Mill S) in erster Linie wegen vermehrter Zuteilungen von Exekutivbeamten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität bzw durch die Errichtung der neuen Sondereinheit für Observation (SEO).

1/11003 Anlagen(- 18,5 %) - 73 147 179,88 S

Minderausgaben vor allem bei den Datenfernübertragungseinrichtungen (43,2 Mill S) durch Verzögerungen beim Ausbau des Büroautomations- und Kommunikationssystems und der ADV-Hardware (38,4 Mill S) insbesondere durch das Vorziehen der Aufrüstung eines Großrechners zu Lasten des Jahres 1997. Weitere Minderausgaben traten bei den sonstigen technischen Einrichtungen (10,9 Mill S), den Datenfernübertragungseinrichtungen-Schengen (6,4 Mill S), der ADV-Hardware und Software-Schengen (zusammen 4,6 Mill S) sowie den ADV-Hilfsmaschinen (3,6 Mill S) ein.

Mehrausgaben bei der ADV-Software (20,6 Mill S) durch die Beschaffung von kostengünstigen Lizenzen, bei den sonstigen technischen Geräten (10,1 Mill S) sowie bei den sonstigen Kraftfahrzeugen (3,5 Mill S).

1/11008 Aufwendungen(+ 9,4 %) + 53 812 069,27 S

Mehrausgaben für ADV-Konzepte, Analysen und Gutachten-Schengen (34,2 Mill S) infolge eines zusätzlichen Bedarfes für die Systeme N.SIS, SIRENE, VISION bzw diverser Outsourcing-Projekte, bei den ADV-Instandhaltungen (23,8 Mill S) durch vermehrte ADV-Installationen, den ADV-Lizenzgebühren (9,6 Mill S) und den ADV-Verbrauchsgütern (5,1 Mill S) durch forcierten Ankauf von Büroautomations- und Kommunikationsgeräten, der sonstigen Amtsausstattung (4,3 Mill S), den sonstigen Leistungen (3,8 Mill S), der ADV-Programmerstellung-Schengen (3,4 Mill S), den ADV-Vergütungen an das BMF (3,3 Mill S) sowie bei den Auslandsdienstreisen, Instandhaltungen von Maschinen und sonstigem Inventar, sonstigen Transporten (Dienstreisen), Herstellung von Datenfernübertragungsleitungen, Mieten und ADV-Programmerstellungen bzw im Zusammenhang mit der Durchführung von durch die EU mitfinanzierten Veranstaltungen und Seminaren (zusammen 16,0 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen im Rahmen der im Aufbau befindlichen Sicherheitsakademie (10,3 Mill S), den übrigen Gerichtskosten (9,3 Mill S) durch geringere Zahlungen aufgrund von VwGH-Erkenntnissen, der Instandhaltung von Gebäuden (8,4 Mill S) durch Ausgabenrückstellungen, sowie bei den Schadensvergütungen (5,4 Mill S), den Ausgaben im Rahmen der EU-Präsidentschaft 1998 (7,1 Mill S), den Mieten von Datenfernübertragungseinrichtungen (6,8 Mill S) und bei den Beiträgen an das Schengener-Generalsekretariat (3,5 Mill S).

1/1101 Zahlungen an die BIG

1/11018 Aufwendungen(- 4,9 %) - 7 900 667,83 S

Minderausgaben vor allem durch die Reduktion von Nutzflächen bei der BPD Klagenfurt infolge von Abbrucharbeiten (29,6 Mill S), bei den Betriebskosten (8,4 Mill S) sowie bei den Zuschlagsmieten im Bereich der Bundespolizei (1,3 Mill S).

Mehrausgaben vor allem durch die Generalsanierung der Roßbauerkaserne (16,2 Mill S) sowie durch die Übernahme der Bundesamtsgebäude Deutschlandsberg, Eisenstadt, Murau und Krems in die BIG-Betreuung (14,9 Mill S).

1/111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

1/1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

1/11103 Anlagen(- 67,3 %) - 37 142 043,40 S

Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffung von Hub-schraubereinheiten (28,9 Mill S) und dadurch bedingt auch bei den sonstigen technischen Geräten (7,2 Mill S) sowie bei den Ersatzteilen (1,4 Mill S).

1/11108 Aufwendungen(+ 18,4 %) + 12 998 263,80 S

Mehrausgaben aufgrund altersbedingter Intensivierung der Instandhaltungsarbeiten an Luftfahrzeugen (17,1 Mill S) sowie für Versicherungsleistungen, sonstige Leistungen und für Druckwerke (zusammen 4,0 Mill S).

Minderausgaben bei den Treibstoffen durch eine geringere Anzahl von Flugstunden (4,2 Mill S) sowie bei den Ersatzteilen (3,4 Mill S).

1/1113 Opferschutzeinrichtungen

1/11136 Förderungen + 9 397 437,59 S

Die Förderung von Interventionsstellen stellt ein neues Aufgabengebiet dar und war 1998 noch nicht veranschlagt.

1/1117 Zivildienst

1/11177 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 9,5 %) - 47 144 610,11 S

Minderausgaben durch den Rückgang bei den Zahlungen für Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (50,6 Mill S) und bei den Reisekostenvergütungen (2,8 Mill S).

Mehrausgaben sind bei den Pauschalvergütungen (5,2 Mill S) und bei der Sozialversicherung für Zivildienstleistende (1,4 Mill S) entstanden.

1/1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

1/11183 Anlagen (zweckgebundene Gebarung)(- 48,5 %) - 19 399 925,83 S

Minderausgaben durch Verzögerungen bei der Beschaffung von technischen Geräten (11,6 Mill S) und Sonderanlagen (7,8 Mill S).

1/11188 Aufwendungen (zweckgebundene Gebarung)(- 25,6 %) - 7 688 042,56 S

Minderausgaben bei den Verbrauchsgütern (3,4 Mill S) und bei der Instandhaltung von Geräten sowie sonstigen Leistungen (zusammen 4,3 Mill S).

1/113 Bundespolizei**1/1130 Bundespolizei**

1/11300 Personalausgaben(- 1,1 %) - 72 048 628,31 S

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (100,8 Mill S), Dienstgeberbeiträgen für Beamte (15,8 Mill S) und bei den Jubiläumszuwendungen (8,7 Mill S) infolge der restriktiven Planstellen-Nachbesetzungen.

Mehrausgaben vor allem bei den Vertragsbedienstetenentgelten (21,5 Mill S) aufgrund der tatsächlichen Auswirkungen des jährlichen Struktureffektes bzw der allgemeinen Bezugserhöhung, bei den Mehrleistungsvergütungen (18,2 Mill S) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (7,9 Mill S) und den sonstigen Nebengebühren (4,2 Mill S).

1/11307 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 7,8 %) - 12 704 886,69 S

Minderausgaben bei den Familienbeihilfen infolge zu hoher Veranschlagung (14,4 Mill S).

Mehrausgaben ergaben sich vor allem bei den öffentlichen Abgaben und bei den Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen (1,8 Mill S).

1/1131 Bundespolizei (zweckgebundene Gebarung)

1/11310 Personalausgaben(- 22,0 %) - 17 764 996,31 S

Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (15,6 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung. Weitere Minderausgaben ergaben sich vor allem bei den Beamtenbezügen und sonstigen Nebengebühren (1,9 Mill S).

1/114	Bundesgendarmerie	
1/1140	Bundesgendarmerie	
1/11400	Personalausgaben	(- 0,4 %) - 32 332 964,20 S

Minderausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (172,6 Mill S), den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (18,5 Mill S) und den Vertragsbedienstetenentgelten VB II Z (16,2 Mill S) hauptsächlich infolge der restriktiven Nachbesetzung von Planstellen. Weitere Minderausgaben ergaben sich bei den Vertragsbedienstetenentgelten VB II/R Z, den Nebentätigkeitsvergütungen sowie Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (zusammen 2,9 Mill S).

Meherausgaben bei Mehrleistungsvergütungen (144,4 Mill S), sonstigen Nebenbühren (12,9 Mill S), Vertragsbedienstetenentgelten VB I Z (10,9 Mill S) und Jubiläumszuwendungen (10,2 Mill S) vor allem infolge des personellen Ausbaues des Grenzdienstes und verstärkter Aktivitäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

1/11403	Anlagen	(- 4,8 %) - 16 948 018,46 S
----------------	----------------------	-----------------------------

Minderausgaben bei der erkennungsdienstlichen Ausstattung (69,4 Mill S), bei den Fernmeldeeinrichtungen (6,8 Mill S) und bei der Amtsausstattung (6,7 Mill S) infolge von Verzögerungen bei der Ausstattung des Grenzdienstes sowie bei Bewaffnung und Schießanlagen (5,0 Mill S).

Meherausgaben im wesentlichen bei den sonstigen Kraftfahrzeugen (39,3 Mill S) infolge eines vermehrten Kfz-Austausches, bei den Fernmeldeeinrichtungen-Datennetzen durch den Ausbau des BMI-Netzes bzw der Landesleitzentralen (16,7 Mill S) sowie bei Bekleidung und Ausrüstung (8,5 Mill S) und den Kücheneinrichtungen (4,7 Mill S).

1/11408	Aufwendungen	(+ 1,9 %) + 28 495 576,36 S
----------------	---------------------------	-----------------------------

Meherausgaben vor allem bei den Mietenvorauszahlungen (21,0 Mill S), pauschalierten Inlandreisen (17,4 Mill S), Lizenzgebühren (16,0 Mill S), Bekleidung und Ausrüstung (14,2 Mill S), sonstigen Leistungen (11,1 Mill S), Reinigungskosten (10,6 Mill S), Instandhaltungen von sonstigen Kraftfahrzeugen (9,7 Mill S), Planungskosten (8,4 Mill S), Mieten (7,1 Mill S), Instandhaltungen von Sonderanlagen (5,4 Mill S) und Gebäuden (5,3 Mill S), Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (4,5 Mill S), Schulungskosten (3,6 Mill S) sowie Entsorgungsentgelten (3,3 Mill S) im wesentlichen bedingt durch den Grenzdienst. Weitere Meherausgaben ergaben sich bei den sonstigen Ersatzteilen, der Munitionsbeschaffung, den sonstigen Verbrauchsgütern, der Instandhaltung von Kommunikationstechnik sowie den Versicherungszahlungen (insgesamt 10,6 Mill S).

Minderausgaben im wesentlichen bei den Leistungen der Post (67,9 Mill S), den Inlandreisen (16,2 Mill S), den Treibstoffkosten (8,8 Mill S), der sonstigen Amtsausstattung (8,1 Mill S), den freiwilligen Sozialleistungen (5,8 Mill S), den Aufwandsentschädigungen (5,3 Mill S), den Energiebezügen (4,6 Mill S) und den Transferzahlungen an den Gendarmeriemassafonds (3,5 Mill S) vorwiegend durch Einsparungen, Bedarfsüberschätzung bzw gesetzliche Änderungen.

1/1141	Bundesgendarmerie (zweckgebundene Gebarung)	
1/11413	Anlagen	(- 34,2 %) - 6 537 601,69 S

Minderausgaben bei den Fernmeldeeinrichtungen-Datennetzen im Bereich der Fotogrammetrie (8,4 Mill S).

Meherausgaben ergaben sich bei Bekleidung und Ausrüstung und den Amtsausstattungserfordernissen (1,9 Mill S).

1/115 Besondere Einrichtungen**1/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

1/11506 Förderungen(- 22,2 %) – 30 704 484,66 S

Minderausgaben im wesentlichen durch den Rückgang von Kriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina (24,9 Mill S) sowie im Bereich der privaten Träger von Betreuungsstrukturen (5,9 Mill S).

1/11508 Aufwendungen(- 13,0 %) – 25 663 469,97 S

Minderausgaben vor allem aufgrund der geringeren Anzahl von Asylwerbern in der Bundesbetreuung (61,1 Mill S) und bei den Beiträgen zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen (4,5 Mill S).

Mehrausgaben vor allem durch die gestiegenen Kranken- und Heilanstaltskosten für Kriegsflüchtlinge (37,6 Mill S) sowie bei den Lebensmitteln (4,2 Mill S).

1/1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

1/11513 Anlagen + 10 576 779,44 S

Mehrausgaben für Sonderanlagen im Zusammenhang mit der Durchführung der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Gründung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen.

1/11518 Aufwendungen(+ 81,4 %) + 8 547 739,59 S

Mehrausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen im Zusammenhang mit der Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen (10,7 Mill S).

Minderausgaben ergaben sich vor allem bei den Instandhaltungsarbeiten (1,8 Mill S).

1/1152 Bundesasylamt

1/11520 Personalausgaben(- 15,1 %) – 6 165 503,10 S

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (8,9 Mill S) und sonstigen Nebengebühren (0,7 Mill S) durch verzögerte Personalaufnahmen.

Mehrausgaben bei den Vertragsbedienstetenentgelten (3,5 Mill S).

1/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Mehrausgaben von 2 184 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der allgemeinbildenden Pflichtschulen (1 192 Mill S), Personalausgaben an allgemeinbildenden höheren Schulen (241 Mill S), an technischen und gewerblichen Lehranstalten (217 Mill S), an Handelsakademien und Handelsschulen (191 Mill S), an den Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (127 Mill S), an den BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik (25 Mill S) sowie den pädagogischen Akademien (16 Mill S). Weiters entstanden sie bei Aufwendungen der Museen (30 Mill S), den Förderungen im Rahmen der Erwachsenenbildung (24 Mill S) sowie im zweckgebundenen Gebäungsbereich beim Bundesdenkmalamt (11 Mill S).

Minderausgaben von 653 Mill S entstanden insbesondere bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (145 Mill S) und Aufwendungen (12 Mill S) beim Zweckaufwand im Bereich BMUK, bei Aufwendungen für Zahlungen an die BIG (70 Mill S), bei Förderungen des Denkmalfonds im zweckgebundenen Gebäu-

rungsbereich (50 Mill S) und des allgemeinbildenden Schulwesens (11 Mill S), bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen an berufsbildenden Pflichtschulen (48 Mill S), allgemeinbildenden höheren Schulen (23 Mill S) und pädagogischen Akademien (20 Mill S), bei Anlagen (36 Mill S) und Personalausgaben (17 Mill S) der Museen sowie bei Aufwendungen der Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (20 Mill S) und der technischen und gewerblichen Lehranstalten (14 Mill S); weiters bei Förderungen (28 Mill S) sowie Bezugsvorschüssen (16 Mill S) im Bereich der Zentralleitung, bei Aufwendungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich der technischen und gewerblichen Lehranstalten (16 Mill S) und bei den Personalausgaben (13 Mill S) und Förderungen (10 Mill S) des Bundesdenkmalamts.

**1/120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle
Angelegenheiten**

1/12003 Anlagen(+ 12,8 %) + 8 656 906,88 S

Mehrausgaben beim Erwerb von Rechten (27,8 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben vor allem bei der Schulraumbeschaffung (9,2 Mill S), für Software, für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, für Maschinen und maschinelle Anlagen sowie für Hardware (zusammen 8,6 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.

1/12005 Bezugsvorschüsse(- 32,3 %) - 16 276 244,- S

Minderausgaben vor allem infolge geringerer Gewährung von sonstigen Bezugsvorschüssen (13,8 Mill S).

1/12006 Förderungen(- 21,3 %) - 28 104 521,40 S

Minderausgaben für Anniversarien (16,4 Mill S), für die Interkulturförderung (11,8 Mill S) und für sonstige gemeinnützige Einrichtungen (5,9 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen; weiters bei der allgemeinen Kulturförderung (11,1 Mill S), bei der Förderung von Minderheiten (3,9 Mill S), beim Bildungsfilm (3,7 Mill S) sowie beim Verein Österreichische Schule Prag (3,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben beim Pastoralbesuch des Papstes (13,0 Mill S), bei den Zuschüssen an Unternehmungen (8,8 Mill S) und bei den Baukostenzuschüssen (3,9 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/12007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 1,1 %) + 6 730 784,65 S

Mehrausgaben vor allem beim Kultus - Ständige Leistungen (5,1 Mill S) infolge allgemeiner Bezugserhöhungen.

1/1201 Zahlungen an die BIG

1/12018 Aufwendungen(- 3,9 %) - 69 634 702,39 S

Minderausgaben für Schulraum-Normmieten (119,7 Mill S) infolge Budgetbindungen.

Mehrausgaben für Zuschlagsmieten (40,9 Mill S) und für Mieterinvestitionen (8,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
1/1220	Allgemein-pädagogische Erfordernisse	
1/12207	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 19,0 %) - 145 082 822,22 S
	Minderausgaben für Schülerbeihilfen (87,5 Mill S), für die Studienförderung (49,4 Mill S) und für Gutachterkommissionen (4,1 Mill S) infolge geringeren Anfalls; weiters für laufende Transferzahlungen an Länder (4,1 Mill S) infolge Schließung einer Privatschule.	
1/12208	Aufwendungen	(- 5,6 %) - 12 485 779,21 S
	Minderausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,2 Mill S) sowie von Einzelpersonen (3,6 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung; weiters für Forschungsaufträge (3,5 Mill S) infolge Verzögerung von Projekten sowie für Transferzahlungen an das Ausland (3,0 Mill S) infolge Mitfinanzierung durch die Länder.	
	Mehrausgaben für Entgelte an Einzelpersonen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (6,2 Mill S) infolge der schwer abschätzbaren Höhe der von der EU zur Verfügung gestellten Mittel.	
1/1221	Erwachsenenbildung	
1/12216	Förderungen	(+ 14,2 %) + 24 208 074,25 S
	Mehrausgaben für die Nachholung von Bildungsabschlüssen zur Sicherung der Jugendausbildung (16,0 Mill S) und bei den Kofinanzierungen der EU (5,9 Mill S) infolge zusätzlich zur Verfügung gestellter EU-Kofinanzierungsmittel; weiters Mehrausgaben bei den gesamtösterreichischen Einrichtungen - Strukturverbessernde Maßnahmen (11,2 Mill S), bei den gesamtösterreichischen Einrichtungen - Zuschüsse zu Personal- und Sachausgaben (11,1 Mill S), bei den sonstigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung (10,2 Mill S) und bei der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (3,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
	Minderausgaben beim Förderungsschwerpunkt Innovative Bildungsangebote (6,5 Mill S), bei Projekten im Rahmen der Europäischen Integration (5,9 Mill S), beim Entwicklungsplan - Projektförderung (5,5 Mill S), bei gemeinnützigen Einrichtungen (5,3 Mill S), bei der Bildungsinformation und Bildungsberatung (5,0 Mill S) sowie für die Nachholung von Bildungsabschlüssen (4,1 Mill S) infolge Umschichtungen; weitere Minderausgaben beim Volksbüchereiwesen - Entwicklungsplan (3,2 Mill S) und beim Volksbüchereiwesen - pädagogische Mitarbeiter (3,1 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.	
1/1225	Allgemeinbildendes Schulwesen	
1/12256	Förderungen	(- 10,0 %) - 10 544 000,-- S
	Minderausgaben bei Zuschüssen für sonstige Anlagen (3,7 Mill S) und bei der Internationalen Schule Wien (3,4 Mill S) infolge Sparmaßnahmen sowie beim Waldorfschulen-Verband (zusammen 2,0 Mill S).	
1/1229	Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/12296	Förderungen	(- 100,0 %) - 50 120 000,-- S
	Minderausgaben bei Baukostenzuschüssen (50,0 Mill S) mangels entsprechender Einnahmen.	

1/124	Nachgeordnete Dienststellen	
1/1242	Sonstige Einrichtungen für Jugend- erziehung	
1/12428	Aufwendungen	(+ 10,2 %) + 5 998 387,58 S
	Mehrausgaben vor allem für Leistungen von Dritten (7,1 Mill S) infolge höherer Teilnehmerzahl an der "Wien-Aktion" und "Europa-Aktion" sowie wegen Preiserhöhungen.	
1/1244	Museen	
1/12440	Personalausgaben	(- 3,9 %) - 16 505 578,10 S
	Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten (zusammen 19,4 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (5,6 Mill S) infolge Personalreduzierung.	
	Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (6,9 Mill S) infolge Vorrückungen.	
1/12443	Anlagen	(- 16,8 %) - 35 620 487,79 S
	Minderausgaben vor allem für Betriebsausstattung (42,9 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.	
	Mehrausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (4,2 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen.	
1/12448	Aufwendungen	(+ 7,4 %) + 29 894 203,35 S
	Mehrausgaben vor allem für Leistungen an Gewerbebetriebe und Firmen (48,0 Mill S), für Werkverträge (5,7 Mill S) und sonstige Transporte (4,3 Mill S) entstanden durch verstärkten Ausstellungsbetrieb, die Restaurierung des Technischen Museums und Vorarbeiten für die Ausgliederung des Kunsthistorischen Museums.	
	Minderausgaben bei der Stiftung Leopold (12,2 Mill S) und bei Entgelten für Leistungen von Einzelpersonen (9,1 Mill S) infolge Ausgabenrückstellung.	
1/1247	Bundesdenkmalamt	
1/12470	Personalausgaben	(- 11,3 %) - 12 524 888,10 S
	Minderausgaben für Bezüge von Beamten (6,1 Mill S), für Dienstgeberbeiträge (3,2 Mill S) sowie für Entgelte von Vertragsbediensteten (2,9 Mill S) infolge Nichtnachbesetzungen.	
1/12476	Förderungen	(+ 6,4 %) + 9 999 216,37 S
	Mehrausgaben für Baukostenzuschüsse an Gemeinden (18,8 Mill S) und für sonstige gemeinnützige Einrichtungen (3,9 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.	
	Minderausgaben für Baukostenzuschüsse im privaten Bereich (13,9 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.	
1/1248	Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)	
1/12486	Förderungen	(+ 34,2 %) + 10 752 602,48 S
	Mehrausgaben für Baukostenzuschüsse (zusammen 10,3 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise.	

1/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
1/1260	Schulaufsichtsbehörden	
1/12600	Personalausgaben	(+ 1,2 %) + 7 497 544,20 S
	Mehrausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (4,0 Mill S) sowie für Bezüge von Beamten (2,9 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/12607	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(– 10,2 %) – 9 076 170,09 S
	Minderausgaben vor allem bei Bediensteten gemäß Punkt 3 (7) des Stellenplans (8,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
1/127	Allgemeinbildende Schulen	
1/1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	
1/12700	Personalausgaben	(+ 2,2 %) + 240 999 055,13 S
	Mehrausgaben für Mehrleistungsvergütungen (177,4 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten (24,2 Mill S), für Dienstgeberbeiträge (29,6 Mill S) sowie für Jubiläumsszuwendungen (9,1 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/12703	Anlagen	(– 8,0 %) – 9 123 864,95 S
	Minderausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (5,2 Mill S) sowie für Software (3,7 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen.	
1/12707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(– 6,5 %) – 23 154 900,94 S
	Minderausgaben für Unterrichtspraktikanten (7,3 Mill S) sowie für kirchlich bestellte Religionslehrer (zusammen 7,1 Mill S) infolge geringerer Verwendung; weiters bei der Besoldung der im Dienstverhältnis zu privaten Schulerhaltern stehenden Lehrer (5,4 Mill S) sowie für Austauschlehrer und Assistenten (3,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
	Mehrausgaben für Nebengebühren (4,3 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.	
1/1272	Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)	
1/12728	Aufwendungen	(+ 75,7 %) + 5 195 289,99 S
	Mehrausgaben vor allem für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Energiebezüge (zusammen 3,1 Mill S).	
1/1275	Allgemeinbildende Pflichtschulen	
1/12757	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(+ 3,7 %) + 1 191 515 955,64 S
	Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (1 194,8 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.	
1/1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	
1/12760	Personalausgaben	(– 11,4 %) – 7 939 195,20 S
	Minderausgaben vor allem für Entgelte von Vertragsbediensteten (zusammen 4,2 Mill S) sowie für Bezüge von Beamten (1,6 Mill S) infolge Ausgliederung.	

1/128	Berufsbildende Schulen	
1/1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	
1/12800	Personalausgaben	(+ 4,8 %) + 217 359 269,85 S
<p>Mehrausgaben vor allem für Mehrleistungsvergütungen (213,2 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung; weiters für Bezüge von Beamten (36,7 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen und allgemeiner Bezugerhöhung; schließlich Mehrausgaben bei Vergütungen für Nebentätigkeit (6,6 Mill S) sowie für Jubiläumsszuwendungen (5,6 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.</p> <p>Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten (zusammen 48,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.</p>		
1/12803	Anlagen	(+ 4,9 %) + 6 012 184,08 S
<p>Mehrausgaben vor allem für Maschinen und maschinelle Anlagen (5,4 Mill S) sowie für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (3,3 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen.</p>		
1/12808	Aufwendungen	(- 3,5 %) - 14 062 317,92 S
<p>Minderausgaben vor allem für Energiebezüge (7,4 Mill S) infolge geringeren Anfalls; weiters für Miet- und Pachtzinse (4,6 Mill S) infolge geringerer Anzahl von Anmietungen; ferner für die Instandhaltung von sonstigen Anlagen (3,2 Mill S) infolge verstärkter Eigenleistungen sowie beim Fahrtkostenzuschuß (3,2 Mill S) infolge rationelleren Personaleinsatzes; schließlich Minderausgaben für Roh- und Hilfsstoffe, Brennstoffe, sonstige Verbrauchsgüter, Inlandreisen und Leistungen von Dritten (zusammen 13,3 Mill S).</p> <p>Mehrausgaben für geringwertige Einrichtungserfordernisse (13,8 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen sowie für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland (3,9 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.</p>		
1/1281	Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	
1/12810	Personalausgaben	(+ 4,2 %) + 127 329 076,84 S
<p>Mehrausgaben für Mehrleistungsvergütungen (60,2 Mill S) infolge höheren Anfalls; weiters für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (58,5 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (32,9 Mill S) infolge vermehrter Personalaufnahmen.</p> <p>Minderausgaben für Bezüge von Beamten (26,7 Mill S) infolge Personalreduzierung.</p>		
1/12813	Anlagen	(+ 11,1 %) + 6 124 776,06 S
<p>Mehrausgaben vor allem für Maschinen und maschinelle Anlagen (9,1 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen.</p>		
1/12817	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 5,3 %) - 5 134 051,81 S
<p>Minderausgaben vor allem für sonstige Ersatzleistungen gemäß Privatschulgesetz (4,1 Mill S) infolge verspäteter Vorlage von Abrechnungen.</p>		
1/12818	Aufwendungen	(- 7,6 %) - 20 475 422,61 S
<p>Minderausgaben vor allem bei sonstigen Leistungen von Dritten (5,9 Mill S) infolge Sparmaßnahmen; weiters für Lebensmittel (3,5 Mill S) infolge geringeren Anfalls; ferner für Energiebezüge (3,4 Mill S) infolge günstigen Witterungsverlaufes; schließlich Minderausgaben für Inlandreisen (3,2 Mill S) infolge geringerer Anzahl von Schulveranstaltungen.</p>		

1/1282 Handelsakademien und Handelsschulen

1/12820 Personalausgaben(+ 5,9 %) + 190 998 654,70 S

Mehrausgaben für Mehrleistungsvergütungen (147,0 Mill S), für Dienstgeberbeiträge (21,7 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (17,6 Mill S) sowie für Bezüge von Beamten (6,9 Mill S) infolge zusätzlicher Klasseneröffnungen; weiters für Jubiläumszuwendungen (3,1 Mill S) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.

Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten II (4,7 Mill S) infolge Reduzierung von Planstellen.

1/12823 Anlagen(+ 13,4 %) + 6 243 259,93 S

Mehrausgaben vor allem für Maschinen und maschinelle Anlagen (9,5 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen.

1/12828 Aufwendungen(- 3,9 %) - 8 055 431,02 S

Minderausgaben vor allem für Inlandreisen (5,5 Mill S) infolge geringerer Anzahl von Schulveranstaltungen sowie für sonstige Leistungen von Dritten (3,2 Mill S) infolge geringeren Anfalls; weiters für Brennstoffe, Energiebezüge, Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen sowie für sonstige Gebühren und Kostenersätze (zusammen 7,3 Mill S).

Mehrausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter (8,9 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen.

1/1283 Technische und gewerbliche Lehranstalten (zweckgebundene Gebarung)

1/12838 Aufwendungen(- 29,6 %) - 15 607 902,11 S

Minderausgaben vor allem für Werkverträge (10,8 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung sowie für geringwertige Werkzeuge, geringwertige Einrichtungserfordernisse und fertig bezogene Teile (zusammen 5,3 Mill S).

Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Dritten (3,3 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1285 Berufsbildende Pflichtschulen

1/12857 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 3,7 %) - 47 716 472,51 S

Minderausgaben bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (47,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

1/12868 Aufwendungen(- 14,6 %) - 5 532 071,21 S

Minderausgaben vor allem für Lebensmittel (4,7 Mill S) infolge rationellerer Beschaffung.

1/129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung**1/1290 Pädagogische Akademien**

1/12900 Personalausgaben(+ 1,8 %) + 16 278 573,09 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (32,3 Mill S) sowie für Mehrleistungsvergütungen (3,2 Mill S) infolge vermehrter Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Bundesdienstverhältnis.

Minderausgaben für Entgelte von Vertragsbediensteten I/L (20,3 Mill S) infolge vermehrter Pragmatisierungen.

1/12907 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 17,0 %) - 19 771 985,94 S

Minderausgaben vor allem für Bedienstete gemäß Punkt 3 (7) des Stellenplans (8,0 Mill S) und für Mehrleistungsvergütungen (5,5 Mill S) infolge vermehrter Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Bundesdienstverhältnis sowie für Lehrbeauftragte und Gastvortragende (3,8 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise.

Mehrausgaben vor allem für Lehrbeauftragte Z (3,1 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise.

1/12908 Aufwendungen(- 8,4 %) - 7 730 042,26 S

Minderausgaben vor allem für Leistungen von Dritten (3,5 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen sowie für Energiebezüge und beim Mitgliedsbeitrag "Pädagogische Akademie Burgenland" (zusammen 2,9 Mill S).

1/1291 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

1/12910 Personalausgaben(+ 4,4 %) + 25 392 872,02 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (14,6 Mill S), für Mehrleistungsvergütungen (5,5 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (4,1 Mill S) vor allem infolge vermehrter Personalaufnahmen.

1/13 Kunst

1/130 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/1300 Bildende Künste und Ausstellungen

1/13006 Förderungen(+ 20,9 %) + 13 883 520,43 S

Mehrausgaben bei Zuschüssen an gemeinnützige Einrichtungen (11,0 Mill S) und an Unternehmungen (4,7 Mill S) aufgrund zusätzlicher Ansuchen von Kunstverlagen, Galerien und Einrichtungen der bildenden Kunst sowie für die Instandsetzung des Dr. Karl Renner-Geburtshauses (4,0 Mill S).

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (7,1 Mill S) aufgrund einer geringeren Anzahl von Ansuchen.

1/1301 Musik und darstellende Kunst

1/13016 Förderungen(- 1,9 %) - 7 863 893,42 S

Minderausgaben bei Orchester und Musikvereinigungen (11,2 Mill S) und bei den privaten Haushalten (6,6 Mill S) durch verstärkte Inanspruchnahme von Kunstförderungsbeitragsmitteln und bei der Errichtung der Probebühne für die Bregenzer Festspiele (5,0 Mill S).

Mehrausgaben für den Veranstaltungspark Wiesen (7,6 Mill S) und für das Wiener Konzerthaus (6,4 Mill S) aufgrund des raschen Baufortschrittes.

1/13018 Aufwendungen(+ 10,3 %) + 7 999 613,40 S

Mehrausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen (7,8 Mill S) für die Durchführung kultureller Projekte bedingt durch die EU-Präsidentschaft.

1/1302 Literatur

1/13026 Förderungen(- 15,2 %) - 29 030 625,99 S

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (15,8 Mill S), Kuratorenprojekten (15,0 Mill S), gemeinnützigen Einrichtungen (12,4 Mill S) und dem Verein Kulturkontakt-Kontaktstelle für Kulturförderung (5,1 Mill S) aufgrund einer geringeren Anzahl von Ansuchen.

Mehrausgaben vorwiegend bei den Zuschüssen an Unternehmungen (7,9 Mill S) aufgrund verstärkter Verlagsförderung und bei der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur/Literaturhaus (5,7 Mill S).

1/1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung)

1/13036 Förderungen(+ 26,8 %) + 18 243 921,31 S

Mehrausgaben bei den gemeinnützigen Einrichtungen (20,0 Mill S) durch die Umschichtung von anderen Förderungsansätzen sowie für die Durchführung kultureller Vorhaben (10,6 Mill S) bedingt durch die EU-Präsidentschaft.

Minderausgaben beim kulturpolitischen Maßnahmenkatalog (15,8 Mill S), weil keine innovativen Projekte vorgelegt wurden.

1/1304 Filmwesen

1/13046 Förderungen(+ 6,3 %) + 10 754 740,97 S

Mehrausgaben bei den gemeinnützigen filmkulturellen Einrichtungen (6,9 Mill S) sowie beim Österreichischen Filminstitut (5,8 Mill S).

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (6,3 Mill S) aufgrund einer geringeren Anzahl von Projektansuchen.

1/14 Wissenschaft und Forschung

Minderausgaben von 721 Mill S entstanden hauptsächlich bei den Aufwendungen (154 Mill S), Anlagen (143 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (8 Mill S) im nicht zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie bei Personalausgaben (58 Mill S), Aufwendungen (35 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (11 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich der Universitäten, bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen an hochschulischen Einrichtungen (100 Mill S) sowie für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (17 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen Personalausgaben (31 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (23 Mill S), Aufwendungen (19 Mill S) und Anlagen (16 Mill S) der Kunsthochschulen, Aufwendungen der Forschungseinrichtungen (29 Mill S) sowie geringere Personalausgaben der wissenschaftlichen Anstalten (18 Mill S).

Mehrausgaben von 415 Mill S betrafen hauptsächlich Förderungen für die wissenschaftliche Forschung (153 Mill S), für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (15 Mill S) und für Fachhochschulen (15 Mill S), Personalausgaben der Universitäten (90 Mill S), Aufwendungen (42 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (28 Mill S) und Förderungen (22 Mill S) für die anwendungsorientierte Forschung, Zahlungen an die BIG (18 Mill S) sowie Aufwendungen der Zentralleitung im Verwaltungsbereich Wissenschaft (11 Mill S).

1/140	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
1/1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	
1/14000	Personalausgaben	(- 2,8 %) - 6 506 791,43 S
	Minderausgaben überwiegend bei Entgelten der Vertragsbediensteten (8,1 Mill S) aufgrund Nichtbesetzung von Planstellen.	
1/14005	Bezugsvorschüsse	(- 36,2 %) - 9 039 510,-- S
	Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Bezugsvorschüssen (7,1 Mill S) infolge geringerer Antragstellungen.	
1/14008	Aufwendungen	(+ 10,9 %) + 11 119 983,95 S
	Mehrausgaben hauptsächlich bei der Instandhaltung von Gebäuden (18,9 Mill S) aufgrund vermehrt angefallener Renovierungsarbeiten im neuen Amtsgebäude in der Teinfaltstraße, sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (3,3 Mill S) infolge der früheren Inbetriebnahme dieses Objektes.	
	Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (10,6 Mill S) infolge verstärkter Einsparungsbemühungen.	
1/14018	Zahlungen an die BIG	(+ 1,0 %) + 18 169 994,15 S
	Mehrausgaben bei den Zuschlagsmieten (77,2 Mill S) aufgrund von früher fertiggestellten Bauvorhaben, insbesondere der Chemischen Institute der Technischen Universität Wien am Getreidemarkt.	
	Minderausgaben bei den Normmieten (29,3 Mill S) vor allem durch die Einstellung der Mietzahlung für das Gebäude Favoritenstrasse/Taubstummengasse aufgrund von Adaptierungsarbeiten, bei den Betriebskosten (19,5 Mill S), weil deren Höhe noch nicht feststand und daher nur Teilzahlungen geleistet wurden. Schließlich auch Minderausgaben bei den Mieterinvestitionen (10,3 Mill S), weil nicht für alle im Jahr 1998 in Angriff genommenen Vorhaben Abschlußrechnungen vorlagen.	
1/141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/1410	Hochschulische Einrichtungen	
1/14107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 6,5 %) - 100 167 951,60 S
	Minderausgaben bei der Studienförderung (100,2 Mill S) aufgrund der geringeren Zahl von Zuerkennungen und einer deutlich geringeren durchschnittlichen Studienbeihilfe pro Student.	
1/1413	Forschungsvorhaben	
1/14138	Aufwendungen	(- 5,1 %) - 10 028 520,54 S
	Minderausgaben überwiegend bei den Entgelten an universitäre Einrichtungen (7,5 Mill S), den Forschungsschwerpunkten (Einzelpersonen) (6,4 Mill S) sowie bei den Technologieschwerpunkten (Unternehmungen) (3,8 Mill S) infolge verminderter Auftragsvergabe.	
	Mehrausgaben bei der Stimulierung europäischer Forschungskooperation und den Entgelten an juristische Personen (insgesamt 4,8 Mill S) sowie bei den Forschungsschwerpunkten (Unternehmungen) (3,6 Mill S) aufgrund vermehrter Forschungsprojekte.	

1/1414 Wissenschaftliche Forschung

1/14146 Förderungen(+ 25,5 %) + 153 000 000,-- S

Mehrausgaben bei der Sonderdotation (Technologiemilliarde) (153,0 Mill S) infolge vermehrter Vergabe von Projekten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

1/1415 Anwendungsorientierte Forschung

1/14156 Förderungen + 22 127 000 ,-- S

Mehrausgaben bei den Fachhochschul - Kooperationen (Technologiemilliarde) (22,1 Mill S) infolge der Finanzierung der Aktion "Kooperation Fachhochschulen mit der Wirtschaft".

1/14157 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 12,5 %) + 27 698 406,25 S

Mehrausgaben ergaben sich aus dem österreichischen Anteil am EUMETSAT-Polarsystem-Programm (EPS), welches 1998 neu gestartet wurde (41,4 Mill S).

Minderausgaben beim ESA-Beitrag (13,7 Mill S) infolge von Kursschwankungen.

1/14158 Aufwendungen(+ 16,7 %) + 41 868 180,-- S

Mehrausgaben bei den Impulsprogrammen (21,2 Mill S) und den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen im Rahmen der Technologiemilliarde (20,9 Mill S) aufgrund der Finanzierung von Referenzprojekten und der Zahlung eines Gesellschafterzuschusses an die TECHGATE Vienna GmbH. Weitere Mehrausgaben bei den Vorhaben ESA-ARTES (36,4 Mill S), ESA-MSG (22,2 Mill S), ESA-PP (21,5 Mill S), ESA-FESTIP (5,5 Mill S), ESA-GSTP (5,3 Mill S) sowie PRODEX (3,2 Mill S) infolge der Verschiebung des Zahlungsplanes.

Minderausgaben bei den Vorhaben ESA-ASTP 4 (37,5 Mill S), ESA-DRTM (36,7 Mill S) sowie ESA-ARIANE V (19,3 Mill S) aufgrund der Verschiebung des Zahlungsplanes.

1/1416 Forschungseinrichtungen

1/14168 Aufwendungen(- 27,9 %) - 29 040 929,09 S

Minderausgaben bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (17,1 Mill S), den Vorträgen, Seminaren und Tagungen (Unternehmungen) (7,8 Mill S) und den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (7,8 Mill S) infolge geringer Inanspruchnahme dieser Dienstleistungen.

Mehrausgaben bei den START-Wittgenstein-Programmen (3,9 Mill S) aufgrund der gestiegenen Anzahl von Programmen.

1/1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

1/14186 Förderungen(+ 29,5 %) + 14 733 230,97 S

Mehrausgaben bei den Zuschüssen an gemeinnützige Einrichtungen (zusammen 16,9 Mill S) und an Unternehmungen (8,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (6,3 Mill S) und den Zuschüssen an universitäre Einrichtungen (5,1 Mill S) aufgrund geringerer Antragstellung.

1/14187 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 7,2 %) - 16 555 642,23 S

Minderausgaben beim Beitrag für die CERN (18,7 Mill S) infolge einer Budgetkürzung in der Organisation und eines günstigen Wechselkurses.

1/14188 Aufwendungen(+ 6,7 %) + 8 348 516,90 S

Mehrausgaben überwiegend bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (17,7 Mill S), den Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen (8,5 Mill S), den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (7,8 Mill S), bei den Entgelten an universitäre Einrichtungen, den Werkverträgen und den Vorträgen, Seminaren und Tagungen (Unternehmungen) (zusammen 7,2 Mill S) sowie den Beiträgen für internationale Organisationen (6,3 Mill S) aufgrund der nicht in dieser Höhe erwarteten Ausgaben für die EU-Präsidentschaft. Weitere Mehrausgaben bei den Verpflichtungen aus dem wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeitsabkommen, sonstigen Transporten, Entgelten für sonstige Leistungen (EP), sonstigen Miet- und Pachtzinsen, Druckwerken sowie Forschungspublikationen (zusammen 7,3 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei der internationalen Forschungskooperation (27,0 Mill S), den Vorträgen, Seminaren, Tagungen (Unternehmungen) (10,2 Mill S) sowie bei der Stimulierung bilateraler Wissenschaftsbeziehungen (Unternehmungen) (9,8 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

1/142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

1/1420 Universitäten

1/14200 Personalausgaben(+ 0,8 %) + 89 819 241,97 S

Mehrausgaben vor allem bei den Bezügen von Beamten (zusammen 131,9 Mill S) sowie den Dienstgeberbeiträgen (22,8 Mill S) infolge von Vorrückungen bzw Beförderungen und Bezugserhöhungen.

Minderausgaben bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (zusammen 47,5 Mill S), den Entgelten für Vertragsbedienstete (11,3 Mill S) sowie den Mehrleistungsvergütungen (7,9 Mill S) aufgrund geringerer Nachbesetzungen.

1/14203 Anlagen(- 10,7 %) - 143 250 256,49 S

Minderausgaben bei den Ersteinrichtungen (147,3 Mill S) aufgrund von Liefer-, Planungs- und Bauverzögerungen sowie bei den Maschinen und maschinellen Anlagen (93,4 Mill S) infolge verminderter Anschaffungen. Weitere Minderausgaben im Bereich der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (37,4 Mill S) aufgrund der Auflösungen von Anmietungen und Zurückstellung von notwendigen Anschaffungen im Hinblick auf eine Übersiedlung in Neubauprojekte, bei den Unterrichts- und Forschungserfordernissen (34,5 Mill S) infolge verminderter Anschaffungen sowie bei den DFÜ-Einrichtungen (3,8 Mill S) infolge verminderter Anschaffungen und Auflöserung von Anmietungen.

Mehrausgaben bei der ADV-Hardware (157,2 Mill S), der Software (zusammen 14,7 Mill S) und der ADV-Betriebsausstattung (3,4 Mill S) infolge vermehrter Neu- und Wiederbeschaffung von moderner Informationstechnologie.

1/14207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 1,1 %) - 7 962 434,61 S

Minderausgaben überwiegend bei den Abgeltungen von Lehrtätigkeit (Remunerationen, Vergütungen) (141,3 Mill S) und Lehrveranstaltungs-Abgeltungen (53,5 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme von Remunerationen und Vergütungen sowie aufgrund der Übertragung der Abgeltung der zusätzlichen Lehrtätigkeit der Bundesbediensteten zu den Kollegengeldern und Nebentätigkeiten. Weitere Minderausgaben bei den Prüfungsentschädigungen (18,4 Mill S) infolge der Absenkung der Prüfungsgebühren.

Mehrausgaben bei den Mitarbeitern im Lehrbetrieb (96,5 Mill S) durch den vermehrten Einsatz von kostengünstigeren Studienassistenten sowie den Dienstgeberbeiträgen (69,2 Mill S) infolge der Einbeziehung aller Lehrbeauftragten in die Lohnsteuerpflicht. Weitere Mehrausgaben bei den Lehrauftrags-Remunerationen (25,6 Mill S) und bei den Gastprofessoren-Vergütungen (5,2 Mill S) aufgrund vermehrter Lehrtätigkeit, bei den Ausbildungsbeihilfen und -beiträgen (BGBl Nr 430/75 u 184/86) (7,9 Mill S) infolge der Verlängerung des Studiums der Zahnmedizin.

1/14208 Aufwendungen(- 4,2 %) - 154 047 930,13 S

Minderausgaben entstanden bei Energiebezügen (69,9 Mill S), Leistungen der Post (68,8 Mill S), Reinigung der Universitäten (Unternehmungen) (39,8 Mill S), geringwertigen Wirtschaftsgütern (39,7 Mill S), Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (36,2 Mill S), Miet- und Pachtzinsen/Hardware (ADV) (30,4 Mill S), Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (19,3 Mill S), Bibliothekserfordernissen (Instandhaltung) (17,5 Mill S), sonstigen Transporten (14,5 Mill S), Instandhaltung von sonstigen Anlagen (13,8 Mill S), Aufwandsentschädigungen (13,2 Mill S), Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (ADV) (11,0 Mill S), Schreib-, Zeichen- und sonstigen Büromitteln (10,8 Mill S), Fahrtkostenzuschüssen (9,5 Mill S), Inlandreisen (9,2 Mill S), Chemikalien (8,8 Mill S), Programmerstellung ADV (7,5 Mill S) und den Exkursionen (5,3 Mill S) infolge von Bauverzögerungen sowie durch Einsparungs- und Verbesserungsmaßnahmen.

Mehrausgaben aufgrund Neueinrichtung und Inbetriebnahme von Gebäuden sowie wegen gestiegener Studentenzahlen betrafen die Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (82,6 Mill S), Miet- und Pachtzinse (78,3 Mill S), Werkverträge (22,9 Mill S), Lizenzgebühren (ADV-Software) (22,1 Mill S), Druckwerke (21,7 Mill S), ADV-Gebrauchsgüter (10,2 Mill S), Vergütungen an das BMWV (7,3 Mill S), sonstige Verbrauchsgüter (6,2 Mill S), Vergütungen an das BMWA (BuT) (5,7 Mill S), Instandhaltung von Gebäuden (4,8 Mill S), Mieten von Datenfernübertragungsleitungen (4,2 Mill S), geringwertige Ersatzteile (ADV) (3,3 Mill S) sowie Dienstgeberbeiträge/ÜB (Werkverträge) (3,2 Mill S).

1/1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

1/14210 Personalausgaben(- 43,0 %) - 58 073 210,70 S

Minderausgaben vor allem bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (57,5 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (12,4 Mill S) infolge des verringerten Personalstandes.

Mehrausgaben bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (12,3 Mill S) aufgrund zu geringer Veranschlagung.

1/14217 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 26,5 %) - 10 617 882,54 S

Minderausgaben bei der Abgeltung von Lehrtätigkeit (Remunerationen, Vergütungen) (6,8 Mill S) und den Anteilen der Universitätslehrkräfte an Taxen (6,1 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

1/14218 Aufwendungen(- 18,5 %) - 35 139 289,98 S

Minderausgaben bei den Handelswaren zur entgeltlichen Abgabe und Chemikalien (zusammen 13,1 Mill S), den sonstigen Verbrauchsgütern (12,0 Mill S), den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (9,7 Mill S), den Aufwandsentschädigungen (7,9 Mill S), den Studienbeihilfen und -unterstützungen und den übrigen Ausgaben (zusammen 5,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,7 Mill S) sowie den Werkverträgen (3,7 Mill S) aufgrund vermehrter Inanspruchnahme dieser Dienstleistungen.

1/1423 Bibliotheken

1/14230 Personalausgaben(- 44,3 %) - 6 609 822,20 S

Minderausgaben vor allem bei den Bezügen von Beamten und den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 5,1 Mill S) infolge der Nichtbesetzung von Planstellen.

1/14238 Aufwendungen(- 20,8 %) - 6 433 962,67 S

Minderausgaben bei den Miet- und Pachtzinsen und den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (zusammen 5,5 Mill S) aufgrund der Verschiebung einer großen Veranstaltung des National Focal Points sowie den Entgelten für Auftragsforschung (Unternehmungen) (3,4 Mill S) infolge der verspäteten Vorlage der Endberichte von Forschungsaufträgen zur Abrechnung.

Mehrausgaben bei den Patent- und Lizenzgebühren (3,4 Mill S) vor allem aufgrund der Bezahlung des Literaturgroschens für die Jahre 1996 bis 1998.

1/1424 Wissenschaftliche Anstalten

1/14240 Personalausgaben(- 8,3 %) - 18 217 227,26 S

Minderausgaben vor allem bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (6,5 Mill S), Bezügen der Beamten (5,7 Mill S) infolge der Nichtbesetzung von Planstellen sowie den Vergütungen für Nebentätigkeit, den Mehrleistungsvergütungen und den Jubiläumszuwendungen (zusammen 4,3 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme.

1/14243 Anlagen(- 14,6 %) - 5 848 251,21 S

Minderausgaben bei der Hardware (ADV), der Software (ADV), der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, den Maschinen und maschinellen Anlagen sowie den Hilfsmaschinen (ADV) (insgesamt 9,9 Mill S) aufgrund von Lieferverzögerungen.

Mehrausgaben bei der Hardware (ADV) für mittelfristige Wettervorhersagen (4,5 Mill S) infolge von vermehrter Investitionstätigkeit.

1/143 Kunsthochschulen

1/1430 Kunsthochschulen

1/14300 Personalausgaben(- 2,6 %) - 31 461 020,33 S

Minderausgaben infolge zu hoher Veranschlagung vor allem bei den Mehrleistungsvergütungen (24,3 Mill S) sowie bei den Bezügen von Beamten (17,0 Mill S) aufgrund der Nichtbesetzung von Planstellen.

Mehrausgaben vor allem bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (5,8 Mill S) aufgrund der höheren Abgeltung infolge der Neuregelung der Lehrtätigkeit als Nebentätigkeit sowie bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (5,1 Mill S) infolge dringend erforderlicher Nachbesetzungen.

1/14303 Anlagen(- 23,0 %) - 16 094 433,13 S

Minderausgaben aufgrund von Bauverzögerungen bei den Ersteinrichtungen (16,1 Mill S) sowie überwiegend bei den Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, der Software und den Maschinen und maschinellen Anlagen (zusam-

men 5,3 Mill S) durch die Sperre des Haupthauses der Universität Mozarteum infolge gesundheitsgefährdender Emissionen.

Mehrausgaben bei der Hardware (ADV) (5,5 Mill S) aufgrund der Erweiterung von Großanlagen.

1/14307 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 9,8 %) - 23 157 471,93 S

Minderausgaben bei den Abgeltungen von Lehrtätigkeit (Remunerationen, Vergütungen) (34,2 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme und aufgrund der Übertragung der Abgeltung der zusätzlichen Lehrtätigkeit der Bundesbediensteten zu den Kollegengeldern und Nebentätigkeiten.

Mehrausgaben aufgrund der verstärkten Betreuung von Gastprofessoren mit Klassenleitungen an Stelle von Hochschulprofessoren bei den Entschädigungen für Gastprofessoren (Leitungsfunktion) (6,6 Mill S) sowie bei den sonstigen Dienstgeberbeiträgen (5,0 Mill S) infolge der Einbeziehung aller Lehrbeauftragten in die Lohnsteuerpflicht.

1/14308 Aufwendungen(- 6,9 %) - 18 920 511,32 S

Minderausgaben bei Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen, bei geringwertigen Wirtschaftsgütern, Stipendien und Studienunterstützungen sowie den Bibliothekserfordernissen (Instandhaltung) (zusammen 8,2 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung. Weitere Minderausgaben bei den Energiebezügen (6,5 Mill S) aufgrund der verzögerten Inbetriebnahme von Objekten sowie bei den sonstigen Transporten (4,1 Mill S) infolge der Verschiebung der Übersiedlung von großen Bereichen der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien.

1/146 Fachhochschulen

1/14606 Förderungen(+ 2,6 %) + 14 869 997,-- S

Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (257,1 Mill S) aufgrund zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei den Zuschüssen an Vereine (206,6 Mill S) aufgrund geringerer Inanspruchnahme, den laufenden Transferzahlungen an sonstige juristische Personen, Kammern, Länder und Gemeinden (zusammen 35,6 Mill S) wegen geringerer Schaffung von Studienplätzen.

1/15 Soziales

Mehrausgaben von 2 602 Mill S betrafen vor allem Leistungen nach dem AIVG (856 Mill S), Förderungen im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (668 Mill S), Aufwendungen (381 Mill S) und Förderungen (51 Mill S) für Zahlungen im Zusammenhang mit der EU, den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (349 Mill S), Förderungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (EU) (160 Mill S), Maßnahmen zur Sicherung der Jugendausbildung (71 Mill S), den Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung (27 Mill S), Personalausgaben der Ämter des AMS (18 Mill S) sowie die Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AIVG (10 Mill S).

Minderausgaben von 1 481 Mill S entstanden insbesondere bei Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (501 Mill S), bei Versorgungsgebühren (161 Mill S), bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (41 Mill S) und Darlehen (133 Mill S) gemäß § 51a AMFG und bei Förderungen-Darlehen (88 Mill S) und Aufwendungen (48 Mill S) im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG. Weiters bei Überweisungen an das AMS (76 Mill S), bei der Sonderunterstützung (64 Mill S), beim Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (60 Mill S), bei Aufwendungen (55 Mill S), Anlagen (11 Mill S) und Förderungen (10 Mill S) der Zentralleitung,

bei der Krankenversicherung (49 Mill S) und Heilfürsorge (46 Mill S), bei Förderungen nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz (30 Mill S) sowie bei den Aufwendungen (21 Mill S) und Personalausgaben (20 Mill S) der Bundessozialämter.

1/150 Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

1/1500 Zentraleitung

1/15000 Personalausgaben(- 1,3 %) - 5 265 355,27 S

Minderausgaben bei Vertragsbediensteten (50,7 Mill S) weil zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 1998 noch exakte Werte betreffend Zuordnung der Mittel für Beamte bzw Vertragsbedienstete fehlten.

Mehrausgaben für Beamte (46,7 Mill S) infolge der Übernahme von Personal aus dem ehemaligen Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz.

1/15003 Anlagen(- 33,2 %) - 11 039 779,13 S

Minderausgaben bei ADV-Hard- und -Software (zusammen 14,1 Mill S) im wesentlichen wegen Nichtigerklärung einer Ausschreibung (federführend BRZ) sowie Verzögerungen in der Endabnahme verschiedener Vorhaben.

Mehrausgaben für Datenfernübertragungsleitungen und diverse Ausgabenzwecke (3,3 Mill S).

1/15006 Förderungen(- 13,0 %) - 10 064 169,18 S

Minderausgaben bei Subventionen an private Institutionen (15,4 Mill S) infolge gemeinsamer Veranschlagung der Förderungen sowie beim Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (5,6 Mill S) infolge Änderung des Fördervertrages.

Mehrausgaben für die Arbeiterkammer (11,0 Mill S) infolge der gemeinsamen Veranschlagung.

1/15008 Aufwendungen(- 22,1 %) - 55 498 580,12 S

Minderausgaben bei diversen ADV-Posten (19,7 Mill S) hauptsächlich wegen Nichtigerklärung einer Ausschreibung (federführend BRZ) sowie Verzögerungen in der Endabnahme verschiedener Vorhaben, bei Leistungen von Dritten (12,7 Mill S) und Werkverträgen (3,1 Mill S) infolge restriktiver Maßnahmen, bei Mieten für Räumlichkeiten (10,6 Mill S) im wesentlichen aufgrund der Lösung eines Mietvertrages, bei Leistungen der Post (5,1 Mill S) infolge einer Überschätzung des schließlichen Aufwands, bei Zahlungen im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft (4,6 Mill S) infolge sparsamer Bewirtschaftung; bei Energiebezügen (3,5 Mill S) infolge des neuen Aufteilungsschlüssels aufgrund der Kompetenzänderung der Bundesministerien sowie bei diversen Ausgabenzwecken (16,8 Mill S).

Mehrausgaben vor allem für Schadensvergütungen (19,2 Mill S) infolge Zustandekommens eines außergerichtlichen Vergleiches zwischen der ARGE-Kostenrechnung und der Republik Österreich.

1/1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

1/15016 Förderungen + 50 769 952,35 S

Mehrausgaben aufgrund von Rücklagenentnahme sowie aus Rückflüssen von der EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds.

1/15018	Aufwendungen	+ 380 811 364,14 S
	Mehrausgaben aus Rückflüssen von der EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds.	
1/15057	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik(+ 14,0 %)	+ 349 381 237,83 S
	Mehrausgaben infolge Abgangsdeckung der zweckgebundenen Gebarung der Arbeitsmarktpolitik.	
1/151	Bundesministerium; Opferfürsorge	
1/15127	Versorgungsgebühren(- 3,7 %)	- 8 163 332,69 S
	Minderausgaben bei Rentengebühren für Opfer (3,1 Mill S) und für Witwen bzw Lebensgefährtinnen (5,1 Mill S) infolge stärkeren Rückganges der Versorgungsberechtigten.	
1/1516	Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz	
1/15166	Förderungen(- 100,0 %)	- 30 000 000,-- S
	Minderausgaben infolge verzögerter Durchführung von Projekten der Altenbetreuung.	
1/153	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	
1/1534	Pflegevorsorge (Kostenersatz)	
1/15347	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz(- 3,0 %)	- 500 887 383,33 S
	Minderausgaben bei Kostenersätzen an Sozialversicherungsträger infolge der Auswirkungen des Strukturanpassungsgesetzes im Bereich der Pflegevorsorge (626,6 Mill S).	
	Mehrausgaben für Kostenersätze an die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten infolge zu niedriger Veranschlagung (125,3 Mill S).	
1/155	Arbeitsmarktpolitik (I)	
1/1550	Ämter des AMS	
1/15500	Personalausgaben(+ 2,7 %)	+ 18 132 536,37 S
	Mehrausgaben für Beamte (22,4 Mill S) im wesentlichen infolge zu geringer Veranschlagung sowie durch Fehleinschätzung des personellen Abganges aufgrund von möglichen Pensionierungen.	
	Minderausgaben bei Mehrleistungsvergütungen (4,0 Mill S) aufgrund restriktiver Maßnahmen.	
1/15507	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 29,7 %)	- 6 231 856,-- S
	Minderausgaben bei Familienbeihilfen.	
1/15508	Aufwendungen(- 25,5 %)	- 5 600 357,25 S
	Minderausgaben bei Inlandreisen (10,7 Mill S) infolge Überschätzung und bei diversen Ausgabenzwecken (2,1 Mill S).	
	Mehrausgaben für Sozialleistungen (7,3 Mill S) infolge Nichtveranschlagung des Zuschusses zum Mittagstisch.	

1/1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

1/15515 Förderungen (D)(- 88,0 %) - 88 000 000,-- S

Minderausgaben bei Betrieben infolge geringerer Inanspruchnahme von Darlehen (88,0 Mill S).

1/15516 Förderungen(+ 13,7 %) + 668 470 456,24 S

Mehrausgaben für Betriebe (755,1 Mill S), private Institutionen (392,6 Mill S), für Gemeinschaftsinitiativen betreffend private Institutionen, Betriebe und Berufsförderungsinstitute sowie Kammern der gewerblichen Wirtschaft (190,3 Mill S), für Berufsförderungsinstitute (140,8 Mill S), die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (40,0 Mill S) sowie für Investitionen der Kammern der gewerblichen Wirtschaft (33,4 Mill S); weitere Mehrausgaben für Gemeinden (9,9 Mill S), Länder (9,7 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (8,0 Mill S), Unternehmen mit Bundesbeteiligungen (5,4 Mill S), Gemeindeverbände (4,9 Mill S) und Arbeiterkammern (3,2 Mill S) vor allem infolge Veranschlagung mit Erinnerungsbeträgen.

Minderausgaben bei Einzelpersonen (502,3 Mill S), Betrieben (175,6 Mill S), Gemeinden (77,4 Mill S), Sozialversicherungsträgern (68,6 Mill S), Berufsförderungsinstituten (50,3 Mill S), Investitionen von privaten Institutionen (20,8 Mill S), Landwirtschaftskammern (7,6 Mill S), Arbeiterkammern (6,6 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (5,7 Mill S), sowie Gemeinschaftsinitiativen betreffend Einzelpersonen (5,1 Mill S) und Länder (4,1 Mill S) vor allem infolge Verzögerung bei der Abwicklung.

1/15518 Aufwendungen(- 29,1 %) - 48 066 862,41 S

Minderausgaben bei Leistungen an Dritte (72,7 Mill S), für Forschung (9,4 Mill S) und Gemeinschaftsinitiativen/nationaler Anteil (6,3 Mill S) infolge Überschätzung des Bedarfes.

Mehrausgaben im Rahmen der Kofinanzierung durch die EU bei Leistungen an Dritte-Ziel 3 (27,1 Mill S) und Ziel 4 (12,9 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1553 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

1/15536 Förderungen(+ 12,8 %) + 160 474 058,66 S

Mehrausgaben für Förderungen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds betrafen vor allem Betriebe (133,4 Mill S), private Institutionen (95,6 Mill S), Länder (7,8 Mill S), Arbeiterkammern (4,0 Mill S) und Berufsförderungsinstitute (3,5 Mill S) infolge eines aufgrund der aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erkannten Bedarfes an zusätzlicher Förderung.

Minderausgaben bei Einzelpersonen (59,3 Mill S) und bei Berufsförderungsinstituten (23,3 Mill S) infolge Verzögerung bei der Abwicklung.

1/15547 Sonderunterstützung(- 4,5 %) - 63 540 443,52 S

Minderausgaben bei Überweisungen an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus für die Durchführung des SUG (123,4 Mill S) und an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (15,4 Mill S) infolge Überschätzung.

Mehrausgaben für Unterstützungsleistungen gemäß § 1 (1) Z 2 SUG (59,1 Mill S) sowie für Krankenversicherungsbeiträge (16,3 Mill S) infolge Unterschätzung der Zahl der Antragsteller zum Zeitpunkt des Auslaufens der allgemeinen Sonderunterstützung.

1/15554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AIVG(+ 98,4 %) + 10 325 760,92 S

Mehrausgaben infolge Unterschätzung im Zusammenhang mit der Umstellung der Auszahlung ab 1.1.1998 über die Gebietskrankenkassen.

1/15557 Leistungen nach dem AIVG(+ 2,2 %) + 855 526 981,89 S

Mehrausgaben betrafen vor allem die Notstandshilfe (1 464,0 Mill S) und die Krankenversicherungsbeiträge für Notstandshilfebezieher (278,0 Mill S) infolge des Anstiegs der Arbeitslosenrate von prognostizierten 6,9 % auf 7,2 %, die Sondernotstandshilfe (6,9 Mill S) infolge Unterschätzung des Zugangs in die Notstandshilfe aufgrund der Verkürzung des Karenzurlaubsgeldbezuges. Weitere Mehrausgaben beim Karenzurlaubsgeld (1 113,6 Mill S), Versicherungsbeiträgen für Bezieher von Karenzurlaubsgeld (408,4 Mill S) und Teilzeitbeihilfen einschließlich Krankenversicherungsbeiträgen (4,8 Mill S) infolge Unterschätzung der Restauszahlungen an die Gebietskrankenkassen, ferner für Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (159,7 Mill S) sowie für die neuen Leistungsarten Weiterbildungsgeld und Solidaritätsprämie einschließlich Krankenversicherungsbeiträge (12,6 Mill S) infolge Unterschätzung.

Minderausgaben bei Überweisungen an die Krankenversicherungsträger für Karenzurlaubsgeld (1 707,0 Mill S) infolge Überschätzung der Restauszahlungen an die Gebietskrankenkassen, beim Arbeitslosengeld (779,2 Mill S) und bei Krankenversicherungsbeiträgen für Bezieher von Arbeitslosengeld (110,1 Mill S) infolge stärkerer Verlagerung zur Notstandshilfe.

**1/15565 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen
gemäß § 51a AMFG (D)(- 88,7 %) - 133 000 000,-- S**

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Darlehen.

**1/15566 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen
gemäß § 51a AMFG(- 27,4 %) - 41 125 000,-- S**

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Zuschüssen.

1/1557 Überweisung an das AMS

1/15577 Überweisung an das AMS(- 37,9 %) - 76 096 519,66 S

Minderausgaben infolge der bereits im Jahr 1997 erfolgten Überweisung von rd 76,1 Mill S.

**1/15587 Kostenersatz an die Träger der Kranken-
versicherung(+ 8,1 %) + 26 706 932,86 S**

Mehrausgaben infolge der Abrechnung der Dezemberbeiträge sowie der Pauschale.

**1/15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlecht-
wetterentschädigung im Baugewerbe(- 100,0 %) - 60 000 000,-- S**

Minderausgaben infolge einer positiven Gebarung der Schlechtwetterentschädigung.

1/156 Arbeitsmarktpolitik (II)

1/15626 Sicherung der Jugendausbildung + 70 963 399,-- S

Mehrausgaben für Berufsförderungsinstitute (41,0 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (13,7 Mill S), private Institutionen (12,9 Mill S) und Landwirtschaftskammern (3,3 Mill S) infolge Nichtveranschlagung dieses mit der BFG-Novelle 1998 geschaffenen Ansatzes.

1/157	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung	
1/1570	Bundessozialämter	
1/15700	Personalausgaben	(- 5,6 %) - 20 495 829,36 S
	Minderausgaben bei Vertragsbediensteten (45,7 Mill S) wegen Überschätzung des Aufwands.	
	Mehrausgaben für Beamte (24,7 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/15707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 46,9 %) - 5 738 568,85 S
	Minderausgaben bei Familienbeihilfen.	
1/15708	Aufwendungen	(- 8,4 %) - 20 656 194,21 S
	Minderausgaben bei Leistungen des Bundesrechenzentrums (7,9 Mill S) infolge fehlender Rechnungslegung, bei Geldverkehrsspesen (5,4 Mill S) und bei diversen Ausgabenzwecken (7,4 Mill S).	
1/15737	Heilfürsorge	(- 34,3 %) - 46 280 699,35 S
	Minderausgaben bei Zahlungen an Sozialversicherungsträger (29,8 Mill S), bei Leistungen an Dritte (10,0 Mill S) und bei sonstigen Leistungen an Länder (3,1 Mill S) infolge Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung im Jahre 1997 sowie bei diversen Ausgabenzwecken (3,1 Mill S).	
1/15757	Orthopädische Versorgung	(- 6,2 %) - 5 892 498,67 S
	Minderausgaben bei verschiedenen Ausgabenzwecken (8,8 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme orthopädischer Hilfsmittel.	
	Mehrausgaben für Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (3,1 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/15767	Versorgungsgebühren	(- 2,9 %) - 160 646 413,95 S
	Minderausgaben in der Kriegsofferversorgung bei Rentengebühren für Witwen bzw Witwer (114,4 Mill S) und für Beschädigte (28,6 Mill S), beim Sterbegeld (18,8 Mill S), Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (5,1 Mill S) sowie bei Rentengebühren für Eltern (4,6 Mill S) infolge stärkeren Rückganges der Versorgungsberechtigten.	
	Mehrausgaben in der Heeresversorgung für Beschädigte (5,8 Mill S) und in der Kriegsofferversorgung für Waisen (4,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/15777	Krankenversicherung	(- 21,3 %) - 48 879 501,08 S
	Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Krankenversicherungsleistungen.	
1/159	Verschiedene Dienststellen	
1/1592	Arbeitsinspektion	
1/15928	Aufwendungen	(- 12,4 %) - 7 382 098,33 S
	Minderausgaben bei Inlandreisen (4,3 Mill S) infolge Nichterreicherung der geplanten Ausweitung der Außendienste sowie bei diversen Ausgabenzwecken (3,1 Mill S).	

1/16 Sozialversicherung

Mehrausgaben von 2 340 Mill S betrafen vor allem Bundesbeiträge an die PVA der Angestellten (1 269 Mill S), an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (631 Mill S), den Betrag gemäß § 31 Abs 2 BSVG (71 Mill S) sowie die Überweisung gemäß § 34 Abs 1 GSVG (34 Mill S) und Ausgleichszulagen an die SVA der Bauern (219 Mill S), an die PVA der Arbeiter (95 Mill S) und an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (18 Mill S).

Minderausgaben von 980 Mill S betrafen vorwiegend Bundesbeiträge an die SVA der Bauern (634 Mill S), an die VA des österreichischen Bergbaues (32 Mill S) sowie an die VA der österreichischen Eisenbahnen (17 Mill S), weiters Leistungen zur Krankenversicherung an die SVA der Bauern (260 Mill S) und den Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld im Zusammenhang mit Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (22 Mill S).

1/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

1/16027 VA der österreichischen Eisenbahnen; Bundesbeitrag(- 3,6 %) - 16 600 000,-- S

Minderausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/16037 PVA der Angestellten; Bundesbeitrag(+ 14,1 %) + 1 268 700 000,-- S

Mehrausgaben infolge höheren Pensionsaufwandes und geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/16047 VA des österreichischen Bergbaues; Bundesbeitrag(- 1,8 %) - 32 200 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Aufwendungen der Anstalt.

1/16057 Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG(+ 0,4 %) + 34 000 000,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen der Anstalt gemäß § 27 GSVG.

1/16067 SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag(+ 16,3 %) + 631 000 000,-- S

Mehrausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt bei den neuen Versicherten.

1/16077 Betrag gemäß § 31 (2) BSVG(+ 1,6 %) + 71 000 000,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen der Anstalt gemäß § 24 Abs 2 BSVG.

1/16087 SVA der Bauern; Bundesbeitrag(- 8,2 %) - 634 200 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Aufwendungen und höherer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

1/16107 PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen(+ 1,6 %) + 94 601 844,53 S

Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes sowie Begleichung des Abrechnungsrestes 1997.

1/16137 PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen(- 1,2 %) - 7 400 000,-- S

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/16157 SVA der gewerblichen Wirtschaft; Ausgleichszulagen(+ 1,8 %) + 18 449 063,11 S

Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes sowie Begleichung des Abrechnungsrestes 1997.

1/16167 SVA der Bauern; Ausgleichszulagen(+ 7,1 %) + 218 589 392,97 S

Mehrausgaben infolge geänderter Gesetzeslage (Herabsetzung des fiktiven Ausgedinges).

1/162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

1/16217 SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung(- 29,7 %) - 260 000 000,-- S

Minderausgaben infolge geänderter Gesetzeslage (Neufestsetzung der Höhe des Bundesbeitrages).

1/16237 Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen(- 22,7 %) - 5 906 239,18 S

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

1/16507 Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld(- 6,9 %) - 22 200 000,-- S

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/17 Gesundheit

Minderausgaben von 1 054 Mill S entstanden vor allem beim klinischen Mehraufwand an den Universitätskliniken (630 Mill S), infolge geringerer Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG) (162 Mill S), durch verminderte Förderungen der Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information im zweckgebundenen Gebarungsbereich (96 Mill S), bei Aufwendungen der Vorsorgemedizin; epidemiologische Maßnahmen (58 Mill S) und der bakteriologisch-serologischen und sonstigen Untersuchungsanstalt (10 Mill S), bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für den Mutter-Kind-Paß im zweckgebundenen Gebarungsbereich (49 Mill S) sowie bei Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen (16 Mill S).

Die Mehrausgaben betragen 9 Mill S.

1/172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

1/1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen

1/17208 Aufwendungen(- 30,0 %) - 58 350 684,89 S

Minderausgaben vor allem infolge Minderbedarfes an Impfstoffen und Aufklärungsmaterial sowie aufgrund der Beteiligung der Länder und der Sozialversicherung an den Kosten für Impfstoffe (46,6 Mill S) sowie bei Entgelten an Dritte infolge geringerer Inanspruchnahme von Expertenleistungen und Rückstellung von Studien und Werbekampagnen (13,8 Mill S).

1/17218 Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)(- 13,4 %) – 630 087 628,64 S

Minderausgaben bei dem gemäß § 55 des Krankenanstaltengesetzes zu leistenden Kostenbeitrag für den Betrieb der Universitätskliniken (338,4 Mill S), bei Ersetzen des klinischen Mehraufwandes für Klinikneu-, -aus- und -umbauten (168,9 Mill S) und für die Anschaffung medizintechnischer Geräte (111,8 Mill S) infolge Verzögerung bei Projektentwicklungen bzw längerer Dauer von Abrechnungs- und Prüfverfahren sowie bei den Kostenersätzen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien (11,0 Mill S), die nach Maßgabe des Finanzierungsbedarfes zu leisten waren.

1/1723 Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information (zweckgebundene Gebarung)

1/17236 Förderungen(- 95,9 %) – 95 913 787,96 S

Minderausgaben bei der Auszahlung der Mittel gemäß Gesundheitsförderungsgesetz, da der Fonds Gesundes Österreich seine diesbezügliche Tätigkeit erst gegen Jahresende aufnehmen konnte.

1/1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgebundene Gebarung)

1/17247 Aufwendungen (gesetzliche Verpflichtungen)(- 9,6 %) – 49 466 907,-- S

Minderausgaben bei Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen aufgrund geringeren Bedarfs.

1/174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)(- 2,6 %) – 162 243 587,-- S

Minderausgaben bei den gemäß § 57 Abs 1 Z 1 des Krankenanstaltengesetzes an die Landesfonds zu leistenden umsatzsteuerabhängigen Zweckzuschüssen infolge geringeren Umsatzsteueraufkommens.

1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz(- 16,9 %) – 6 748 392,20 S

Minderausgaben bei Leistungen an die Länder (4,0 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme bzw verzögerter Abrechnungen im Bereich der Pflegegebühren, sowie bei Leistungen an Dritte (2,5 Mill S).

1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen(- 78,5 %) – 16 492 374,52 S

Minderausgaben infolge nicht erfolgter Kostenersätze für Untersuchungen nach dem Bazillenausscheidergesetz (14,5 Mill S) sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (zusammen 2,0 Mill S).

1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen(+ 20,3 %) + 9 146 798,-- S

Mehrausgaben infolge Anstiegs der Zahl der Anspruchsberechtigten nach dem Studienförderungsgesetz.

1/179 Dienststellen

1/1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten

1/17928 Aufwendungen(- 8,8 %) – 9 550 031,67 S

Minderausgaben bei Instandhaltungen (2,1 Mill S) sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (6,9 Mill S).

1/18 Umwelt

Minderausgaben von 436 Mill S entstanden vorwiegend bei Förderungen (203 Mill S) und Aufwendungen (52 Mill S) der Altlastensanierung im zweckgebundenen Gebarungsbereich, bei Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft (85 Mill S) und von sonstigen Umweltmaßnahmen (69 Mill S), bei Aufwendungen im Rahmen umweltpolitischer Maßnahmen (10 Mill S) sowie den Anlagen der Zentralstelle (10 Mill S).

Die Mehrausgaben betragen 89 Mill S.

1/180 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

1/18000 Personalausgaben(+ 7,9 %) + 13 439 000,-- S

Mehrausgaben für Beamte (18,9 Mill S) insbesondere aufgrund der Gehaltserhöhung 1998, der 3. Etappe der Besoldungsreform sowie von Pragmatisierungen.

Minderausgaben für Vertragsbedienstete (6,3 Mill S) aufgrund von Pragmatisierungen.

1/18003 Anlagen(- 68,4 %) - 9 920 414,64 S

Minderausgaben insbesondere für ADV-Hardware (8,8 Mill S) durch Verzögerungen eines ADV-Projektes.

1/186 Umweltschutz**1/1860 Umweltpolitische Maßnahmen**

1/18608 Aufwendungen(- 4,4 %) - 10 181 585,67 S

Minderausgaben insbesondere bei Entgelten an Unternehmungen und juristische Personen und für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (7,3 Mill S) durch Zurückstellung von Auftragsvergaben sowie bei Leistungen an die Nationalpark Donau-Auen GmbH (5,6 Mill S) durch die nicht erfolgte Erweiterung von Flächensicherungsmaßnahmen und der Verbesserung der Infrastruktur im Rahmen der § 15a Vereinbarung.

1/1862 Altlastensanierung (zweckgebundene Gebarung)

1/18626 Förderungen(- 47,7 %) - 202 545 191,79 S

Minderausgaben bei Investitionszuschüssen, weil Auszahlungen nur entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten erfolgten.

1/18628 Aufwendungen(- 68,9 %) - 51 667 515,97 S

Minderausgaben bei Zahlungen gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes (47,6 Mill S) und bei Ersatzleistungen an die Länder gemäß § 12 Abs 3 des Altlastensanierungsgesetzes (4,0 Mill S).

1/1863 Siedlungswasserwirtschaft

1/18636 Förderungen(- 4,4 %) - 85 003 166,88 S

Minderausgaben bei Investitionsförderungen aufgrund geringerer Einnahmen aus dem Finanzausgleich (186,6 Mill S).

Mehrausgaben bei Investitionsförderungen (Zinsen) aufgrund einer Rücklagenentnahme (101,6 Mill S).

1/1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

1/18646 Förderungen(- 14,0 %) - 68 673 532,33 S

Minderausgaben bei Investitionszuschüssen (27,9 Mill S) und Umweltschutzmaßnahmen im Ausland (40,7 Mill S), weil Auszahlungen nur nach den jeweiligen Projektfortschritten erfolgten.

1/18648 Aufwendungen(+ 44,5 %) + 28 637 527,15 S

Mehrausgaben für Zahlungen an die Österreichische Kommunalkredit AG (Abwicklungsstelle für Umweltförderungen) aufgrund eines höheren Aufwandes bei der Förderungsabwicklung 1998.

1/18656 EU-Förderungen + 40 885 038,20 S

Mehrausgaben vor allem bei den Strukturfonds Siedlungswasserwirtschaft (25,0 Mill S), sonstige Umweltmaßnahmen (14,1 Mill S) und Altlastensanierung (1,2 Mill S) aufgrund mangelnder Vorhersehbarkeit der Höhe der Förderungen durch die EU, die sich erst im Zuge der jeweiligen Projekte ergeben.

1/187 Umweltbundesamt

1/18700 Personalausgaben(- 7,0 %) - 6 553 186,31 S

Minderausgaben für Vertragsbedienstete (12,9 Mill S) aufgrund von Austritten und Pragmatisierungen.

Mehrausgaben für Beamte (6,4 Mill S) aufgrund der Gehaltserhöhung 1998, Auswirkungen der Besoldungsreform und Pragmatisierungen.

1/18703 Anlagen(+ 24,4 %) + 5 781 873,39 S

Mehrausgaben für die Einrichtung von Labors und entsprechende Ausstattung (10,0 Mill S).

Minderausgaben insbesondere bei DFÜ-Einrichtungen (3,1 Mill S).

1/19 Jugend und Familie

Mehrausgaben von 2 348 Mill S betrafen Rückzahlungen und Überweisungen (2 025 Mill S) sowie Ausgaben für Unterhaltsvorschüsse (122 Mill S), Familienbeihilfen (101 Mill S) und Schülerfreifahrten (89 Mill S).

Minderausgaben von 1 263 Mill S gab es vorwiegend bei sonstigen familienpolitischen Maßnahmen (1 126 Mill S) sowie bei Ausgaben für Geburtenbeihilfen (114 Mill S) und Schulfahrt- und Lehrlingsfahrtbeihilfen (21 Mill S).

1/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)

1/19307 Familienbeihilfen(+ 0,3 %) + 101 021 624,88 S

Mehrausgaben bei der Sektion B (103,2 Mill S) im Zusammenhang mit der Anhebung der Familienbeihilfen durch das Budgetbegleitgesetz 1998, BGBl I Nr 79.

Überschreitung ohne gesetzliche Grundlage (41,0 Mill S).

1/19317 Geburtenbeihilfen(- 53,9 %) - 113 646 896,92 S

Minderausgaben für den Mutter-Kind-Paß-Bonus (77,4 Mill S) und für Kleinkindbeihilfen (36,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Nicht eingehaltene Ansatzbindung (6,4 Mill S). Demgegenüber jedoch geringere Inanspruchnahme der Überschreitungsbewilligung beim Ansatz 1/19389.

1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen(- 44,9 %) - 21 094 983,-- S

Minderausgaben für Schulfahrtbeihilfen (20,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/19337 Schülerfreifahrten(+ 2,4 %) + 88 613 865,77 S

Mehrausgaben für Fahrpreisersätze an die Post und sonstige Verkehrsunternehmungen (136,4 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung, für Zahlungen an die ÖBB (37,7 Mill S) und Vergütungen an private Schienenbahnen (24,6 Mill S) infolge der Geltendmachung von Ansprüchen auf Vergütung von Einnahmefällen gemäß § 50h Abs 6 FLAG 1967 sowie für Kostenersätze an Schulerhalter oder an Gemeinden (13,7 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben für Fahrpreisersätze an die ÖBB (75,8 Mill S) und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften (41,3 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung sowie für Fahrpreise im Gelegenheitsverkehr (3,9 Mill S) infolge rückläufiger Vertragsabschlüsse.

1/19347 Schulbücher(+ 0,5 %) + 5 993 350,-- S

Mehrausgaben für Anschaffungskosten von Schulbüchern (9,5 Mill S) infolge von Lehrplanänderungen sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben aus der Einlösung der Schulbuchgutscheine (3,9 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen

1/19387 Sonstige Maßnahmen(- 8,3 %) - 1 125 621 302,49 S

Minderausgaben für Beiträge zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Krankenversicherung) (552,1 Mill S), für Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld (237,9 Mill S), für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (191,0 Mill S), für den Teilzeitbeihilfenersatz gemäß § 39a Abs 4 FLAG 1967 (79,6 Mill S), für Überweisungen an das BMAGS (Mutter-Kind-Paß) (49,5 Mill S), für Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz) (10,5 Mill S), für Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten (4,6 Mill S) und für Teilzeitbeihilfe gemäß § 39 Abs 3 FLAG 1967 (3,3 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Pensionsbeiträge im Zusammenhang mit Ersatzzeiten aufgrund der Erziehung eines Wahl- oder Pflegekindes (4,4 Mill S) infolge deren erstmaliger Inanspruchnahme gemäß § 227a Abs 8 ASVG, § 107a Abs 8 BSVG beziehungsweise § 116a Abs 8 GSVG.

1/19389 Unterhaltsvorschüsse(+ 13,2 %) + 121 546 444,67 S

Mehrausgaben für Unterhaltsvorschüsse (121,5 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/19397 Rückzahlungen und Überweisungen(+ 52,7 %) + 2 025 102 599,43 S

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Überweisung des Überschusses des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen in Höhe von 5 868 052 599,43 S.

1/20 Äußeres

Mehrausgaben von 333 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen (108 Mill S), Anlagen (46 Mill S) und Personalausgaben (33 Mill S) der Vertretungsbehörden, Förderungen der Entwicklungshilfe (100 Mill S) und Aufwendungen der Zentralleitung (35 Mill S).

Minderausgaben von 265 Mill S gab es vorwiegend bei Aufwendungen für die EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget) (141 Mill S) und (Ressortbudget) (16 Mill S), bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Beiträge an internationale Organisationen (47 Mill S) sowie bei Ausgaben für internationale Konferenzen in Österreich (18 Mill S).

1/200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**1/2000 Zentralleitung**

1/20006 Förderungen(- 12,9 %) - 9 962 621,98 S

Minderausgaben vor allem bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern in Wien (5,9 Mill S) infolge nicht verlängerter Unterstützungen und bei der Österreich Institut GesmbH (3,5 Mill S) infolge verzögerter Errichtung von Instituten in Warschau und Krakau.

1/20008 Aufwendungen(+ 16,2 %) + 35 461 340,04 S

Mehrausgaben vor allem infolge stark gestiegener Kostenbeiträge zu Institutionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (16,8 Mill S), bei Mieten von DFÜ-Leitungen (14,6 Mill S) infolge vermehrter Nutzung von Electronic-Mails, bei sonstigen ADV-Leistungen (6,8 Mill S) infolge vermehrter Betrauung von Fremdfirmen, bei Leistungen der Post (5,8 Mill S) infolge vermehrter Inanspruchnahme von elektronischen Kommunikationsmitteln, bei Entgelten an Unternehmungen (Werkleistungen) (5,3 Mill S) und bei Auslandsreisen/Dienstreisen (4,3 Mill S) infolge gestiegenen Bedarfs.

Die Minderausgaben betrafen vor allem die Auslandzulagen Z (2,5 Mill S), die Instandhaltung von ADV-Maschinen und maschinellen Anlagen (2,3 Mill S), die ADV-Schulung und Weiterbildung (2,1 Mill S), sonstige Transporte (1,9 Mill S) und die Entgelte an Einzelpersonen (Werkleistungen) (1,4 Mill S).

1/2003 Beiträge an internationale Organisationen

1/20037 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 11,5 %) - 47 152 200,45 S

Minderausgaben vor allem infolge reduzierter oder eingestellter Beitragszahlungen Österreichs für die Überprüfungscommission der Vereinten Nationen in Angola III (UNAVEM III) (34,7 Mill S) und für die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien (UNTAES) (27,1 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen den Beitrag zum Budget der Vereinten Nationen (10,3 Mill S) infolge verminderter Beitragsquote, das UN-Nahostkontingent (UNIFIL) (5,4 Mill S) infolge unterbliebener Zahlung des Beitrages für das zweite Halbjahr 1998 und den Beitrag zur Chemiewaffen-Kontrollorganisation (3,2 Mill S) infolge nachträglicher Festlegung des Mitgliedsbeitrages.

Mehrausgaben vor allem für die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Angola (MONUA) (12,1 Mill S), für die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina (UNMIBH) (9,3 Mill S) und für die UN-Mission in der Central African Republic (MINURCA) (5,2 Mill S) infolge Ausweitung von friedenserhaltenden Operationen. Weitere Mehrausgaben betrafen das internationale Ruandatribunal (4,7 Mill S), das internationale Jugoslawientribunal (3,5 Mill S) und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) (3,4 Mill S) infolge nachträglicher Festlegung des Mitgliedsbeitrages.

1/20048 Internationale Konferenzen in Österreich(- 45,2 %) - 17 747 942,96 S

Minderausgaben insbesondere bei Entgelten an Unternehmungen (Werkleistungen) (17,5 Mill S) infolge unterbliebener bzw nicht im vorhergesehenen Ausmaß abgehaltener Konferenzen.

1/2005 EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget)

1/20053 Anlagen(- 80,3 %) - 8 836 307,37 S

Minderausgaben vor allem bei Telekommunikation (5,0 Mill S) und Amtsausstattung (2,8 Mill S) infolge kostenloser Zurverfügungstellung durch das österreichische Bundesheer bzw Sponsoring.

1/20058 Aufwendungen(- 48,8 %) - 141 018 039,95 S

Minderausgaben vor allem bei Leistungen der Post (33,0 Mill S) und bei sonstiger Nachrichtenübermittlung (31,0 Mill S) infolge überwiegend nicht abgerechneter Leistungen, bei Entgelten an Einzelpersonen (Werkleistungen) (19,0 Mill S) infolge geringerer Beauftragung, bei Kraftwagenmieten (15,0 Mill S) infolge Sponsoring, bei sonstigen Druckwerken (13,5 Mill S), Büromitteln (7,7 Mill S) und Entgelten an Unternehmungen (Werkleistungen) (6,4 Mill S) infolge nicht gänzlich abgerechneter Leistungen, bei Repräsentationsausgaben (6,0 Mill S) infolge Sponsoring sowie bei sonstigen Transporten (2,9 Mill S) infolge kostenloser Durchführung durch das österreichische Bundesheer.

1/2006 EU-Ratspräsidentschaft (Ressortbudget)

1/20068 Aufwendungen(- 25,6 %) - 15 953 173,90 S

Minderausgaben vor allem bei Auslandsreisen/Dienstreisen Z (7,9 Mill S) und Repräsentationsausgaben (7,2 Mill S) infolge überhöhter Veranschlagung. Weitere Minderausgaben betrafen Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (2,8 Mill S), Leistungen der Post (2,7 Mill S) und sonstige Nachrichtenübermittlungen (1,5 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen (Werkleistungen) (7,0 Mill S) infolge vermehrten Bedarfs an Arbeitsleihkräften.

1/201 Vertretungsbehörden

1/20100 Personalausgaben(+ 6,8 %) + 32 701 477,16 S

Mehrausgaben vor allem für Beamte (18,2 Mill S) infolge Optierungen in das neue Besoldungsschema und daraus resultierender Nachzahlungen sowie für Vertragsbedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (VB I/R) (Ausland) (13,5 Mill S) infolge überwiegend angehobener Entlohnung bei gleichzeitig gestiegenen Fremdwährungskursen.

1/20103 Anlagen(+ 31,7 %) + 45 694 207,84 S

Mehrausgaben vor allem bei Instandsetzung von Gebäuden (23,2 Mill S) infolge unvorhergesehener Zahlungen, durch den Erwerb eines Gebäudes (9,9 Mill S) und eines Grundstückes (8,0 Mill S) für die Österreichischen Botschaften in Skopje und Wilna, ferner bei Amtsausstattung (7,0 Mill S) infolge Wiedereröffnung bzw Adaptierung von Botschaften und Residenzen sowie bei ADV-Hardware (5,5 Mill S) infolge Serverausrüstung bei mehreren Vertretungsbehörden. Weitere Mehrausgaben betrafen ADV-Software (2,9 Mill S) und ADV-Hilfsmaschinen (2,6 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei im Bau befindlichen Gebäuden (10,0 Mill S) infolge Verzögerungen beim Neubau des Amtsgebäudes in Abuja.

1/20107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 26,5 %) - 9 494 486,35 S

Minderausgaben vor allem bei Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG (6,9 Mill S) infolge strengerer Auslegung der Anspruchsvoraussetzungen sowie erhöhter Rückersätze offener Vorschüsse aus Vorjahren und bei Familienbeihilfen Z (1,8 Mill S).

1/20108 Aufwendungen(+ 12,0 %) + 108 361 870,04 S

Mehrausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Mietobjekten (29,2 Mill S) und von bundeseigenen Gebäuden (5,4 Mill S) infolge unumgänglich notwendiger Sanierung mehrerer Botschaften und Residenzen, bei Auslandsreisen/Übersiedlungen (24,6 Mill S) infolge überwiegender Abrechnung der 1997 vorgenommenen Versetzungen, bei Kursdifferenzen aus der Fremdwährungsgebärung (20,3 Mill S) infolge abgewerteter Fremdwährungskurse und bei Auslandszulagen (17,5 Mill S) – insbesondere Kaufkraft-Ausgleichszulage und Wohnungszuschuß – infolge gestiegener Mietkosten und Fremdwährungskurse – vorwiegend des US-Dollars –, ferner bei sonstigen Transporten (5,6 Mill S) infolge Neuausstattung, Übersiedlung bzw Rückübersiedlung diverser Botschaften und Residenzen, bei Mieten von DFÜ-Leitungen (4,3 Mill S) infolge gestiegenen Bedarfs, bei Entgelten an Unternehmungen (Werkleistungen) (3,5 Mill S) infolge vermehrt ausgelagerter Tätigkeiten und bei sonstigen ADV-Leistungen (3,4 Mill S) infolge erforderlicher Programminstallationen.

Minderausgaben vor allem bei sonstigen Druckaufträgen (5,5 Mill S) infolge vorrätiger Drucksorten.

1/205 Entwicklungshilfe

1/20506 Förderungen(+ 12,4 %) + 100 000 000,-- S

Mehrausgaben vor allem infolge der Verwirklichung zusätzlicher Vorhaben im Rahmen der Entwicklungshilfe (396,2 Mill S).

Minderausgaben vor allem wegen der Zurückstellung der Förderung verschiedener Hilfsmaßnahmen (296,2 Mill S).

1/30 Justiz

Minderausgaben von 139 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (67 Mill S), Anlagen (32 Mill S) und Personalausgaben (14 Mill S) der Justizbehörden in den Ländern sowie Aufwendungen der Justizanstalten (11 Mill S).

Die Mehrausgaben betragen 91 Mill S.

1/300 Bundesministerium für Justiz

1/30018 Zahlungen an die BIG(+ 23,1 %) + 7 415 231,29 S

Mehrausgaben in den Bereichen Mieten (14,7 Mill S) und Betriebskosten (1,8 Mill S) infolge der Übergabe der beiden Gerichtsgebäude Murau und Klagenfurt an die BIG.

Minderausgaben für Mieten im Bereich der Justizanstalten (9,1 Mill S), weil zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Aufteilungsschlüssel zwischen Justizanstalten und Justizbehörden bei gemischt genützten Gebäuden noch nicht bekannt war.

1/301 Oberster Gerichtshof und Generalprokurator

1/30100 Personalausgaben(- 6,3 %) - 7 401 428,30 S

Minderausgaben durch Ernennung jüngerer Richter (6,5 Mill S) und Einsparungen bei Vertragsbediensteten (0,9 Mill S).

1/302 Justizbehörden in den Ländern

1/30200 Personalausgaben(- 0,4 %) - 13 831 395,68 S

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten (21,9 Mill S) infolge geringerer Planstellenbesetzung sowie bei den Jubiläumszuwendungen (7,0 Mill S).

Mehrausgaben bei den Beamten (13,3 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (2,4 Mill S) infolge vermehrter Besetzung.

1/30203 Anlagen(- 20,8 %) - 31 965 695,18 S

Minderausgaben entstanden durch Nichtverwirklichung vorgesehener Einrichtungs- und Sicherheitsprojekte (34,2 Mill S) sowie im Bereich Hilfsmaschinen (ADV) (1,0 Mill S) und ADV-Betriebsausstattung (1,4 Mill S).

Mehrausgaben durch Anschaffung einer größeren Anzahl von Personalcomputern (5,0 Mill S).

1/30207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 5,9 %) - 66 705 492,03 S

Minderausgaben durch eine geringere Zahl von Sachverständigengutachten mit hohen Gebühren (36,7 Mill S) und weniger Verfahren mit Sachverständigenbestellungen (5,6 Mill S), durch weniger Rechtspraktikanten als veranschlagt (17,5 Mill S) sowie weniger Anspruchsberechtigte bei Familienbeihilfen (4,5 Mill S) und Mutter-Kind-Paß-Bonus (1,5 Mill S).

1/30208 Aufwendungen(+ 3,5 %) + 62 929 824,34 S

Mehrausgaben entstanden durch unvorhergesehene hohe Nutzungsentgelte für das Bundesrechenzentrum und die Applikationsentwicklung Redesign (53,3 Mill S), zu leistende Mietenvorauszahlungen für die Unterkunft des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien aufgrund eines Vergleiches. (24,4 Mill S), Pauschalvergütungen an den österreichischen Rechtsanwaltskammertag aufgrund einer größeren Zahl überlanger Verfahren (22,7 Mill S), die gesetzliche Erhöhung von Vollzugsgebühren (12,7 Mill S) und die Ausstattung von Handbibliotheken zusätzlicher Richter und von Amtsbibliotheken (10,3 Mill S). Ferner Mehrausgaben durch erhöhte Kosten bei Schuldenregulierungsverfahren (3,9 Mill S), für die Generalsanierungen der Bezirksgerichte Bad Radkersburg, Wolfsberg und Knittelfeld (3,1 Mill S) sowie für Mietaufwendungen für das Bezirksgericht Meidling und aufgrund von angemieteten Ausweichunterkünften für das BG Liesing (3,1 Mill S).

Minderausgaben bei den Entgelten für sonstige Leistungen infolge zu hoher Veranschlagung (45,1 Mill S), bei Leistungen der Post durch Tarifänderungen (7,2 Mill S), bei Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (ADV) durch Herausnahme von Geräten aus dem Wartungsplan sowie geringerer Verkabelungsarbeiten (5,9 Mill S), bei Inlandreisen durch Abzüge bei Tagesgebühren im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen (4,1 Mill S), durch geringere Heizkosten (4,2 Mill S) und durch Einsparungen bei sonstigen Roh- und Hilfsstoffen (2,5 Mill S) sowie Brennstoffen (1,5 Mill S).

1/303 Justizanstalten

1/30303 Anlagen(+ 24,4 %) + 11 000 000,-- S

Mehrausgaben bei Anstaltsausstattungen (14,2 Mill S) und Amtsausstattungen (3,4 Mill S) durch Neueinrichtungen im Zusammenhang mit Zu- und Ausbauten in den Justizanstalten Stein, Wien-Simmering, Hirtenberg, Graz-Jakomini, Wels und Salzburg, sowie für die Ausstattung der Justizanstalten mit EDV-Geräten im Rahmen des Projektes IVV - Integrierte Vollzugsverwaltung (7,6 Mill S).

Minderausgaben bei sonstigen Kraftfahrzeugen (4,2 Mill S) infolge planmäßiger Einsparungen sowie bei Maschinen und maschinellen Anlagen (3,2 Mill S), Sonderanlagen (2,6 Mill S), Hard- und Software (2,0 Mill S) und im Bau befindlichen Gebäuden - Justizanstalten (1,6 Mill S).

1/30308 Aufwendungen(- 1,0 %) - 11 000 000,-- S

Minderausgaben ergaben sich bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen infolge geringerer Krankenhausaufenthalte, der Eröffnung einer psychiatrischen Abteilung in der Justizanstalt Wien-Josefstadt und durch den vermehrten Einsatz von Fachärzten in Justizanstalten (40,0 Mill S), bei den Energiebezügen (6,0 Mill S), bei Brennstoffen aus der Auflösung eines Glashauses und der Inbetriebnahme einer Biomasseanlage in den Justizanstalten Suben und Klagenfurt (3,1 Mill S), bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen infolge zu hoher Veranschlagung (3,6 Mill S), bei Lebensmitteln (1,8 Mill S) und bei der Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (1,0 Mill S).

Mehrausgaben entstanden durch die Valorisierung der Sätze für Vergütungen für Gefangenearbeit und erhöhten Gefangenenstand (22,4 Mill S) sowie bei sonstigen Leistungen (ADV) im Zusammenhang mit dem Projekt Integrierte Vollzugsverwaltung (12,4 Mill S). Weiters Mehrausgaben durch höhere Aufwendungen für Betreuung und Gesundheitsvorsorge der Gefangenen (6,6 Mill S), bei Anstaltsausstattungen (4,8 Mill S) und Amtsausstattungen (3,6 Mill S) durch Neueinrichtungen im Zusammenhang mit Zu- und Ausbauten in den Justizanstalten Stein, Wien-Simmering, Hirtenberg, Graz-Jakomini, Wels und Salzburg.

1/40 Militärische Angelegenheiten

Minderausgaben von 307 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (250 Mill S) und Aufwendungen (30 Mill S) bei Heer und Heeresverwaltung sowie Anlagen der Zentralstelle (14 Mill S).

Mehrausgaben in Höhe von 259 Mill S betrafen vorwiegend Personalausgaben bei Heer und Heeresverwaltung (235 Mill S) sowie der Zentralstelle (10 Mill S).

1/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40000 Personalausgaben(+ 1,5 %) + 9 998 471,11 S

Mehrausgaben bei Beamtenbezügen (10,9 Mill S) infolge Optionen ins neue Besoldungsschema und Arbeitsplatzaufwertungen und für Jubiläumszuwendungen infolge schwer schätzbarer vorzeitiger Ruhestandsversetzungen (4,0 Mill S).

Minderausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (3,3 Mill S) und bei den sonstigen Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (1,4 Mill S) infolge Personalreduzierung wegen der Ausgliederung zweier Abteilungen aus der Zentralstelle.

1/40003 Anlagen(- 27,0 %) - 14 050 916,47 S

Minderausgaben infolge Verzögerung der Einführung des Kanzleinformaticsystems (12,9 Mill S) und eingetretener Lieferverzögerungen bei Amts- und Betriebsausstattungen (1,9 Mill S).

1/40008 Aufwendungen(+ 5,6 %) + 5 000 000,-- S

Mehrausgaben für den gestiegenen Bedarf an ADV-Gebrauchsgütern (3,4 Mill S), sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden wegen der Inanspruchnahme einer Firma für die Prüfung der Ämterzusammenlegung (3,3 Mill S), sonstige Transporte (2,0 Mill S) wegen gesteigener Reisetätigkeit und die Programmerstellung für das Kanzleinformationssystem (1,2 Mill S).

Minderausgaben für Leistungen der Post (4,9 Mill S) infolge rückläufiger Kostenentwicklung und Installation des militärischen Ortsverbundes Wien.

1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100 Personalausgaben(+ 2,5 %) + 234 548 000,-- S

Mehrausgaben bei Bezügen (204,1 Mill S) und Dienstgeberbeiträgen für Beamte (24,7 Mill S), im wesentlichen verursacht durch laufend steigende Mehrkosten beim Grenzeinsatz, weiters bei den Entgelten für Vertragsbedienstete I infolge vermehrter Übernahme von Militärpersonen auf Zeit ins Vertragsbedienstetenschema, durch Personalvermehrung wegen der Eingliederung von Dienststellen der Zentralstelle und der Durchführung von Neuaufnahmen nach Vorgabe des Ministerrates (81,9 Mill S), für die Lehrlingsoffensive der Bundesregierung (4,1 Mill S) sowie den daraus resultierenden Mehrausgaben bei den sonstigen Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (21,3 Mill S) und für Militärpersonen auf Zeit (4,1 Mill S) aufgrund zu niedrig veranschlagter Mittel; ferner Mehrausgaben für Jubiläumsszuwendungen infolge vorzeitiger Ruhestandsversetzungen (20,7 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich bei den Mehrleistungsvergütungen wegen Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Journaldienste, der Aufnahmesperre und der Einschränkung von Übungsvorhaben (99,9 Mill S), weiters aufgrund verringerter Übernahmen von Zeitsoldaten als Militärpersonen auf Zeit (24,8 Mill S) sowie infolge niedrigerer Überweisungsbeiträge an die Sozialversicherungsträger (2,3 Mill S).

1/40107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 10,0 %) - 250 144 635,-- S

Minderausgaben bei den Entschädigungen für Waffenübungen (141,2 Mill S), freiwilligen Waffenübungen (23,2 Mill S) und bei Heilungskosten für Wehrpflichtige (3,2 Mill S) wegen verminderter Übungstätigkeiten; weiters beim Entgelt (61,0 Mill S) und bei der Krankenfürsorge für Zeitsoldaten (7,1 Mill S) aufgrund geringerer durchschnittlicher Stände als bei der Veranschlagung angenommen wurde; ferner bei Geldleistungen für Auslandeinsätze infolge Verringerung der Kontingente (23,3 Mill S) und schließlich für Familienbeihilfen (17,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe wegen Anstiegs der Wohnkosten (15,3 Mill S) und bei der Prämie im Grundwehrdienst (9,8 Mill S), weil eine höhere Anzahl von Wehrpflichtigen die vorbereitende Kaderausbildung erfolgreich abschloß.

1/40108 Aufwendungen(- 0,4 %) - 30 401 880,80 S

Minderausgaben betrafen die Beschaffung von Feuerleitsystemen für die Jagdpanzer Kürassier A1 infolge Erstreckung des Liefertermines.

1/402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

1/40208 Soldatenheime(- 4,7 %) - 5 009 288,03 S

Minderausgaben infolge geringerer Umsätze.

1/50 Finanzverwaltung

Mehrausgaben von 3 240 Mill S betrafen vorwiegend Förderungsmaßnahmen des BMF im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen (2 628 Mill S), Personalausgaben des Amtes der Post und Telekom Austria AG (203 Mill S), den Zweckaufwand des BMF für die Zurückstellung von Silbermünzen (194 Mill S), Aufwendungen im IT-Bereich (158 Mill S) sowie Aufwendungen für die Oesterreichische Kontrollbank-AG (32 Mill S).

Minderausgaben von 1 218 Mill S betrafen hauptsächlich die Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen (299 Mill S), Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften (234 Mill S) sowie sonstige Förderungen (120 Mill S). Weiters Personalausgaben (116 Mill S), Aufwendungen (105 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (22 Mill S) der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen, Zuschüsse an die Oesterreichische Kontrollbank-AG (106 Mill S), Personalausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes (57 Mill S), verminderte Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Schäden im Ausland (44 Mill S), Bezugsvorschüsse (29 Mill S) und den Zuschuß an die Finanzierungsgarantie GesmbH (23 Mill S).

1/500 Bundesministerium für Finanzen**1/5000 Zentraleitung**

1/50007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 31,7 %) - 12 386 373,45 S

Minderausgaben für Ausgleichstaxen (10,1 Mill S) im wesentlichen mangels Vorschreibung vom Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen.

1/50008 Aufwendungen(- 2,0 %) - 5 254 568,11 S

Minderausgaben für Werkleistungsentgelte im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft (13,8 Mill S), für Amtshaftungsentschädigungen (7,8 Mill S) und für Auslandsdienstreisen (5,3 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung und für Werkleistungen juristischer Personen (4,2 Mill S) infolge deren verzögerter Abwicklung.

Mehrausgaben für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (13,9 Mill S) im Zusammenhang mit der Einführung des EURO und für Personen, die in keinem Dienstverhältnis zum Bund standen (3,9 Mill S) infolge zeitnäherer Abrechnung.

1/5002 IT-Bereich

1/50028 Aufwendungen(+ 17,7 %) + 157 787 999,65 S

Mehrausgaben für ADV-Entgelte an die Bundesrechenzentrum GmbH (99,5 Mill S) im Zusammenhang mit Investitionen und Dienstleistungen für die Finanz- und Zollverwaltung sowie für sonstige ADV-Leistungen von Firmen (74,9 Mill S) im Zusammenhang mit der Reorganisation der Haushaltsverrechnung des Bundes und dem weiteren Ausbau des Corporate Network Austria (CNA).

Minderausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden (11,5 Mill S) infolge der Verschiebung geplanter Vorhaben und für die Verwaltung des Amtsgebäudes der

Bundesrechenzentrum GmbH (4,5 Mill S) infolge Pauschalierung der Entgelte im 1. Halbjahr 1998.

1/501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen(+ 242,1 %) + 193 668 178,12 S

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Zurückstellung von Silbermünzen gemäß § 21 Abs 1 des Scheidemünzengesetzes 1988, BGBl Nr 597 idgF.

1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen(- 36,0 %) - 299 236 548,81 S

Minderausgaben für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten aufgrund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung (181,6 Mill S) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen (117,7 Mill S) infolge Verzögerungen bei der Verwirklichung der Abkommen.

1/502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)

1/50204 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 21,7 %) + 2 628 443 120,01 S

Mehrausgaben für Transferzahlungen an Länder (1 750,8 Mill S), für Beihilfen und Ausgleichszahlungen (799,7 Mill S) sowie für Transferzahlungen an das Österreichische Rote Kreuz (77,9 Mill S) im Zusammenhang mit dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, BGBl Nr 746/1996 idgF.

1/5023 ÖKB-AG

1/50236 Förderungen-Zuschuß(- 35,3 %) - 105 812 195,21 S

Minderausgaben beim allgemeinen Zuschuß für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der ÖKB-AG (86,7 Mill S) und für Finanzierungen aufgrund des Schwellenländerprogrammes (21,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/50238 Aufwendungen + 32 100 255,67 S

Mehrausgaben für den Studienfonds der ÖKB-AG (30,0 Mill S).

1/5025 Hagel-Frostversicherung (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgebundene Gebarung)

1/50256 Förderungen(- 7,4 %) - 11 037 632,20 S

Minderausgaben infolge einer niedrigeren förderbaren Prämiensumme.

1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie GesmbH(- 88,5 %) - 22 570 189,61 S

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Finanzierungshilfen für Betriebsanierungen.

1/50295 Bezugsvorschüsse(- 35,5 %) - 29 222 499,- S

Minderausgaben für sonstige Bezugsvorschüsse (23,3 Mill S) und Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke (6,3 Mill S) der Post und Telekom Austria AG sowie für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke der Finanzlandesdirektionen (3,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für sonstige Bezugsvorschüsse der Finanzlandesdirektionen (5,1 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/50296 Sonstige Förderungen(- 26,2 %) - 120 142 142,46 S

Minderausgaben bei den Zuschüssen für Betriebsneugründungen (110,2 Mill S) wegen Verzögerungen bei der Abwicklung verschiedener Projekte, bei Zahlungen an verschiedene Trust Funds (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung-EBRD, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung-IBRD und Internationale Finanzkorporation-IFC) im Zusammenhang mit Kooperationsabkommen (15,7 Mill S) sowie bei Zuschüssen an private Institutionen (7,6 Mill S) im Zusammenhang mit der EURO-Kampagne.

Mehrausgaben für den Studienfonds der Finanzierungsgarantie GesmbH (22,0 Mill S).

1/503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

1/5031 Schäden im Ausland

1/50317 Entschädigungszahlungen(- 37,6 %) - 43 839 720,97 S

Minderausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Entschädigungsgesetzes CSSR, BGBl Nr 452/1975 (32,2 Mill S), weil die Abwicklung umfangreiche Erhebungsarbeiten erforderte, und im Zusammenhang mit der Vollziehung des Verteilungsgesetzes DDR, BGBl Nr.189/1988 (11,7 Mill S), weil die Bundesverteilungskommission weniger Fälle als erwartet positiv entschieden hat und der endgültige Verteilungsplan noch nicht erstellt wurde.

1/504 Finanzlandesdirektionen

1/5040 Dienststellen

1/50400 Personalausgaben(- 1,8 %) - 115 793 339,35 S

Minderausgaben für Vertragsbedienstete I und II (46,2 Mill S) und sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (42,2 Mill S) infolge der Sparmaßnahmen, für sonstige Nebengebühren (18,1 Mill S) infolge der Verringerung des Empfängerkreises, für Belohnungen und Geldaushilfen (12,2 Mill S) sowie für Jubiläumszuwendungen (3,4 Mill S).

Mehrausgaben für Beamte (8,1 Mill S) aufgrund der Besoldungsreform und für Vergütungen für Nebentätigkeit (8,0 Mill S).

1/50407 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 13,4 %) - 22 351 006,34 S

Minderausgaben für Familienbeihilfen (21,7 Mill S) infolge einer zu hohen Veranschlagung.

1/50408 Aufwendungen(- 8,8 %) - 104 758 198,30 S

Minderausgaben für Druckwerke (24,6 Mill S) infolge der Vergabe von Druckaufträgen nach den Grundsätzen des freien Wettbewerbes, für sonstige Miet- und Pachtzinse (18,3 Mill S) infolge eines geringeren Bedarfes an Anmietungen insbesondere aufgrund der Fertigstellung des Amtsgebäudes in Graz und der Generalsanierung des Amtsgebäudes der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenländ, für Leistungen der Post (14,5 Mill S), für Energiebezüge (10,1 Mill S), für Aufwandsentschädigungen (8,8 Mill S), für Druckwerke für die Bibliothek (8,2 Mill S) und für Miet- und Pachtzinse (4,6 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung, für Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (3,2 Mill S), weil ua die Endabrechnung für den Neubau des Zollamtes Innsbruck, Zweigstelle Hall, noch immer nicht gelegt wurde, für freiwillige Sozialleistungen (3,2 Mill S) infolge einer Verringerung der Anzahl der Anspruchsberechtigten und für Brennstoffe (3,1 Mill S) infolge einer zu hohen Veranschlagung.

Mehrausgaben für Verbrauchsmaterialien für Personalcomputer (4,2 Mill S) infolge des hohen technischen Ausstattungsgrades der Finanzverwaltung.

1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften(- 23,4 %) - 233 567 138,-- S

Minderausgaben infolge Verringerung der Höhe der Erstattungssätze und des Rindfleischexportes.

1/50428 Zahlungen an die BIG(+ 10,9 %) + 5 885 504,64 S

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Übertragung zusätzlicher Liegenschaften der Finanz- und Zollverwaltung an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH.

1/50438 Gebarung gemäß § 22 KHVG(+ 50,8 %) + 5 588 260,-- S

Mehrausgaben im Zusammenhang mit den Mehreinnahmen beim Ansatz 2/50434.

1/507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

1/5070 Bundespensionsamt

1/50708 Aufwendungen(- 26,3 %) - 12 818 306,68 S

Minderausgaben für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (8,3 Mill S) infolge geringerer Entgelte an die Bundesrechenzentrum GmbH als erwartet und für Instandhaltung von Gebäuden (4,0 Mill S) mangels eines entsprechenden Bedarfes nach der Übersiedlung des Bundespensionsamtes.

1/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

1/5080 Österreichisches Postsparkassenamt

1/50800 Personalausgaben(- 8,7 %) - 57 248 950,14 S

Minderausgaben für Vertragsbedienstete I und sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (40,1 Mill S) infolge der Sparmaßnahmen und der vermehrten Begründung von Arbeitsverhältnissen bei der Österreichischen Postsparkasse AG sowie für sonstige Belohnungen und Geldaushilfen (16,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/5083 Amt der Post und Telekom Austria AG

1/50830 Personalausgaben(+ 1,3 %) + 203 439 613,67 S

Mehrausgaben für Beamte (681,0 Mill S) und Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Beamte (28,6 Mill S) infolge der allgemeinen Bezugserhöhung sowie für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (10,0 Mill S).

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (212,4 Mill S), für Belohnungen und Geldaushilfen (133,0 Mill S), für sonstige Nebengebühren (91,8 Mill S), für Jubiläumszuwendungen (45,2 Mill S), für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (17,0 Mill S) und für Vergütungen für Nebentätigkeit (16,6 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/50838 Aufwendungen(+ 0,6 %) + 7 109 681,30 S

Mehrausgaben für Inlandreisen (3,8 Mill S) und für Fahrtkostenzuschüsse (3,3 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

51 Kassenverwaltung

Minderausgaben von 27 972 Mill S entstanden hauptsächlich bei der Tilgung (23 905 Mill S) sowie bei Zinsen und Begebungskosten (75 Mill S) von kurzfristigen Verpflichtungen des Bundes, bei den Pauschalvorsorgen für Sachausgaben (zusammen 2 625 Mill S), bei Förderungen der Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive (1 000 Mill S), beim Erwerb von Bundstiteln (250 Mill S) und bei den Effekten und Geldverkehrskosten (zusammen 107 Mill S).

Mehrausgaben von 14 937 Mill S betrafen vor allem Zuführungen an die besondere Rücklage (10 797 Mill S), an die an die allgemeine Rücklage (2 000 Mill S), an die zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (1 157 Mill S), an die besondere Aufwendungen-Rücklage (655 Mill S), an die besondere Einnahmen-Rücklage (239 Mill S) sowie an die Ausgleichsrücklage (27 Mill S). Weiters betrafen sie Aufwendungen beim Innovations- und Technologiefonds (40 Mill S) und Kursverluste (22 Mill S).

1/510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

1/51003 Erwerb von Bundstiteln(- 100,0 %) - 250 001 000,-- S

Minderausgaben infolge Umbuchung der Wertpapiergebarung des Bundes in den Ausgleichshaushalt des Kapitels 59 gemäß Art I des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl I Nr 79.

1/51038 Kursverluste(+ 51,3 %) + 22 130 915,32 S

Mehrausgaben infolge buchmäßiger Kursverluste aus der Veranlagung von ECU-Erlösen (51,6 Mill S) und infolge von Devisentermingeschäften (13,6 Mill S).

Minderausgaben infolge Umbuchung der Wertpapiergebarung des Bundes in den Ausgleichshaushalt des Kapitels 59 gemäß Art I des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl I Nr 79 (43,1 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 2/51034).

1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten

1/51047 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 72,8 %) - 39 335 290,32 S

Minderausgaben für die KEST (51,0 Mill S) infolge der Novelle des Bundesfinanzierungsgesetzes, BGBl I Nr 124/1997.

Nicht vorhersehbare Mehrausgaben für die Börsenumsatzsteuer (11,7 Mill S).

1/51048 Aufwendungen(- 100,0 %) - 67 490 274,-- S

Minderausgaben infolge Umbuchung der Wertpapiergebarung des Bundes in den Ausgleichshaushalt des Kapitels 59 gemäß Art I des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl I Nr 79.

1/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)**1/5110 Innovations- und Technologiefonds**

1/51108 Aufwendungen(+ 9,9 %) + 39 627 396,-- S

Mehrausgaben bei den Überweisungen an das Bundeskanzleramt wegen höherer Anforderungen.

1/5111 Siedlungswasserwirtschaft

1/51117 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 100,0 %) - 10 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund des Wegfalls der KEST-Pflicht bei der Siedlungswasserwirtschaft.

1/512 Rücklagen

Die Zuführung nicht in Anspruch genommener Teile von Ausgabenansätzen und solcher von zweckgebundenen Einnahmen an Haushaltsrücklagen gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes und des Bundesfinanzgesetzes 1998 erfolgt durch buchmäßige Ausweisung von Mehrausgaben in entsprechender Höhe bei den nachstehenden Verrechnungsansätzen der Kassenverwaltung (Titel 1/512). Diesen Mehrausgaben stehen als Bedeckung einzelne Ausgabensparungen und zweckgebundene Mehreinnahmen sowie Reste von nicht in Anspruch genommenen Rücklagenentnahmen bei den in Frage kommenden Voranschlagsansätzen gegenüber.

1/51219 Zuführung an allgemeine Rücklage + 1.999 824 000,-- S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51249 Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage + 1 157 332 351,01 S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51259 Zuführung an Ausgleichsrücklage + 27 386 892,23 S

Mehrausgaben aufgrund der Abschlußbuchung gemäß § 53 Abs 3 BHG, womit der Einnahmenüberschuß im Gesamthaushalt ausgeglichen wurde.

1/51269 Zuführung an besondere Rücklage + 10 796 820 000,-- S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51279 Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage + 239 135 863,78 S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51289 Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage + 654 950 000,-- S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/518 Sonstige Pauschalvorsorgen**1/5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben**

Diese Pauschalvorsorge für Sachausgaben war zur Bedeckung der bei den einzelnen anweisenden Organen tatsächlich anfallenden unaufschiebbaren Mehrausgaben, insbesondere solcher für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, weiters für die Durchführung von unvorhersehbaren Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem sowie für Auslandseinsätze gemäß BGBl I Nr 38/1997 vorgesehen.

1/51816 Förderungen - 24 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden 6,0 Mill S zur Bedeckung von bestimmten Mehrausgaben (Sondermaßnahmen der Bundesregierung) gebunden.

1/51817 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) - 1 473 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz erfolgte keine Bindung.

1/51818 Aufwendungen – 1 128 425 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 50,4 Mill S zur Bedeckung von entsprechenden Mehrausgaben gebunden (vor allem für Projekte, die vom BKA und vom BMUK unterstützt wurden, sowie für Repräsentationsverpflichtungen des Bundespräsidenten im Zusammenhang mit dem österreichischen EU-Vorsitz).

1/5183 Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive

Diese Pauschalvorsorge war zur Bedeckung der bei bestimmten Voranschlagsansätzen entstandenen Mehrausgaben vor allem für Förderungen zugunsten der Technologie- und Exportoffensive vorgesehen.

1/51836 Förderungen – 1 000 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 929,4 Mill S zur Bedeckung von Mehrausgaben für entsprechende Forschungsprojekte gebunden.

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben

5191 Kurzfristige Verpflichtungen

1/51918 Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Zinsen und Begebungskosten)(– 48,9 %) – 74 580 730,43 S

Minderausgaben für Zinsen in fremder (56,8 Mill S) und in inländischer Währung (25,1 Mill S) infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkern.

Mehrausgaben infolge von Devisentermingeschäften (7,4 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 8/51919 und Ansatz 2/51904).

7/51919 Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)(– 31,9 %) – 23 905 212 657,11 S

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in fremder (18 604,2 Mill S) und in inländischer Währung (11 065,0 Mill S).

Mehrausgaben infolge von Devisentermingeschäften (5 763,9 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 8/51919).

1/52 Öffentliche Abgaben

1/527 Verschiedene Kosten

1/52718 Verkaufsvergütungen(– 7,7 %) – 10 286 710,93 S

Minderausgaben bei den Verkaufsvergütungen für Stempelmarken (4,8 Mill S) und für Steuerausweise gemäß Straßenbenützungsabgabegesetz (5,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/53 Finanzausgleich

Mehrausgaben von 1 664 Mill S betrafen vorwiegend die Bedarfszuweisung an die Länder (1 115 Mill S), Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen (474 Mill S) und für Schäden im Vermögen der Gemeinden (45 Mill S) sowie Zahlungen an die Länder (25 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich.

Minderausgaben von 1 022 Mill S entstanden vor allem beim Katastrophenfonds; bei der Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (422 Mill S), bei

Schäden im Vermögen des Bundes (102 Mill S) und privater Personen (30 Mill S) sowie bei Ausgaben für die Hagelversicherung (11 Mill S). Weiters betrafen sie den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder (210 Mill S), Finanzaufweisungen für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (114 Mill S), Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz (77 Mill S), Zuschüsse für Krankenanstalten (39 Mill S) sowie Bedarfsaufweisungen an Gemeinden (15 Mill S).

1/530 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder(- 14,3 %) - 210 480 508,-- S

Minderausgaben, weil der aus Bundesmitteln zu leistende Kopfquotenausgleich, der von jeder Änderung des örtlichen Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängt, schwer abschätzbar ist.

1/53027 Bedarfsaufweisung an Länder(+ 16,8 %) + 1 115 445 527,-- S

Mehrausgaben entsprechend dem höheren Aufkommen an den für die Bemessung der Bedarfsaufweisung maßgeblichen Abgaben (Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) in den Monaten Oktober 1997 bis September 1998.

1/53047 Finanzaufweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen(- 14,8 %) - 113 856 048,-- S

Minderausgaben aufgrund des niedrigeren Aufkommens an der für die Bemessung der Finanzaufweisung maßgeblichen Abgabe (Energieabgabe) in den Monaten November 1997 bis Oktober 1998.

1/53058 Bedarfsaufweisungen an Gemeinden(- 100,0 %) - 15 000 000,-- S

Minderausgaben, da von keiner Gemeinde die gesetzlichen Voraussetzungen (BGBl Nr 346/1982) erfüllt wurden.

1/53097 Finanzaufweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten(+ 0,3 %) + 5 104 800,-- S

Mehrausgaben bei den Aufweisungen nach § 20 Abs 4 FAG wegen des höheren Aufkommens an Mineralölsteuer (53,2 Mill S).

Minderausgaben bei den Aufweisungen nach § 20 Abs 3 Z 1 FAG (24,1 Mill S) und § 20 Abs 3 Z 2 FAG (24,1 Mill S) aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Energieabgabe.

1/532 Zweckaufschüsse des Bundes I

1/53207 Aufschüsse für Krankenanstalten(- 2,9 %) - 39 034 594,-- S

Minderausgaben aufgrund des geringeren Aufkommens an Umsatzsteuer (73,6 Mill S).

Mehrausgaben infolge der FAG-Novelle (BGBl I Nr 79/1998) (34,5 Mill S).

1/53217 Aufschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz(- 19,2 %) - 76 618 464,82 S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesaufschüssen zu den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mitteln für den Wohnbau (Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982: 12,6 Mill S bzw 1983: 64,0 Mill S).

1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen + 473 811 418,40 S

Mehrausgaben infolge teilweiser Verschiebung der Überweisung der Zweckaufschüsse zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen von 1997 auf 1998 durch spätere Inanspruchnahme der Länder.

1/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen(- 22,1 %) - 30 426 616,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen.

1/53418 Zahlungen an Länder(+ 6,4 %) + 24 782 101,-- S

Mehrausgaben für Schäden im Vermögen der Länder (17,1 Mill S) sowie für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren (7,6 Mill S).

1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden(+ 15,2 %) + 45 127 300,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Schäden im Vermögen der Gemeinden.

1/5343 Verwaltung des Katastrophenfonds

1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes(- 42,0 %) - 101 617 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesmitteln durch einzelne Verwaltungsbereiche.

1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden(- 16,2 %) - 422 227 858,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesmitteln durch einzelne Verwaltungsbereiche.

1/53488 Hagelversicherung(- 7,2 %) - 10 847 348,45 S

Minderausgaben infolge verminderten Bedarfes nach Förderungen von Frost- und Hagelversicherungsprämien.

54 Bundesvermögen

Minderausgaben von 6 854 Mill S betrafen vorwiegend Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (2 251 Mill S) (zweckgebundene Gebarung) und die Nebengebarung (AFG) (1 342 Mill S) (zweckgebundene Gebarung) sowie Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (1 900 Mill S) (Übrige Gebarung) im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes gemäß Ausfuhrförderungsgesetz, weiters Zahlungen an internationale Finanzinstitutionen (1 099 Mill S) und sonstige Unternehmungen (45 Mill S), Aufwendungen für Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand) (89 Mill S), Aufwendungen (58 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (15 Mill S) betreffend sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen sowie die Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen (38 Mill S).

Die Mehrausgaben betragen 40 Mill S.

1/540 Kapitalbeteiligung

1/54052 Internationale Finanzinstitutionen(- 54,4 %) - 1 099 050 509,73 S

Minderausgaben beim Europäischen Entwicklungsfonds (890,0 Mill S), bei der Europäischen Investitionsbank (35,0 Mill S), bei der Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (35,0 Mill S), bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (Miga) (20,0 Mill S) und bei der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (8,0 Mill S) infolge des Nichtabrufes der Beiträge. Weitere Minderausgaben bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (100,7 Mill S), beim Afrikanischen Entwicklungsfonds (36,2 Mill S) und bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (15,3 Mill S) infolge geringerer Einlösung von Bundesschatzscheinen.

Mehrausgaben bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (24,7 Mill S) aufgrund höherer Barzahlungen, bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (9,6 Mill S) und bei der Asiatischen Entwicklungsbank (8,3 Mill S) infolge höherer Einlösung von Bundesschatzscheinen.

1/54093 Sonstige Unternehmungen(- 100,0 %) - 45 010 000,-- S

Minderausgaben infolge unterbliebener Umwandlung von Treuhandvermögen in Betriebsvermögen bei der Kärntner Flughafenbetriebsgesellschaft mbH.

1/541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)

1/54108 Aufwendungen(- 98,1 %) - 89 306 441,39 S

Minderausgaben vor allem wegen geringerer Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Aktienverkäufen (89,5 Mill S).

1/547 Haftungsübernahmen des Bundes

1/5470 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)

1/54708 Nebengebarung (AFG)(- 41,4 %) - 1 341 886 730,49 S

Minderausgaben bei den Kosten gemäß § 7 Abs 2 AFG (1 234,6 Mill S) und bei der Kursrisikogarantie (116,2 Mill S) infolge rückläufigen Zinsen- und Kostenaufwandes.

Mehrausgaben beim Bankanteil an Haftungsentgelten (8,9 Mill S).

1/54709 Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)(- 31,1 %) - 2 250 761 000,48 S

Minderausgaben wegen geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG (2 168,0 Mill S) sowie aus Wechselbürgschaften gemäß § 2 AFG (82,8 Mill S).

1/5471 Sonstige Finanzhaftungen

1/54718 Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen(- 4,3 %) - 37 866 706,63 S

Minderausgaben bei Kursrisikogarantien (AFFG) (24,5 Mill S) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Schilling und ausländischen Währungen. Weitere Minderausgaben für Verpflichtungen gemäß Garantiegesetz 1977 (8,7 Mill S) und beim Ost-West-Fonds (4,7 Mill S) wegen geringerer Inanspruchnahme bei Schadensfällen.

1/5472 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)

1/54729 Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)(- 100,0 %) - 1 900 001 000,-- S

Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG.

548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

1/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

1/54826 Kostenersatz an IAKW(- 5,6 %) - 10 001 000,-- S

Minderausgaben infolge ausreichender Liquidität der Gesellschaft.

5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

1/54846 Förderungen(+ 40,7 %) + 39 145 500,-- S

Mehrausgaben aufgrund eines Gesellschafterzuschusses an die Wiener Börse AG gemäß Börsenfondsüberleitungsgesetz, BGBl I Nr 11/1998, (30,0 Mill S) und zufolge der Mitfinanzierung an der Erneuerung der Ummantelung des Atomreaktors in Tschernobyl (13,3 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich wegen geringeren Zuschusses an die Olympia-Eissportzentrum Innsbruck GesmbH (3,5 Mill S).

1/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 24,2 %) - 14 504 500,-- S

Minderausgaben vor allem infolge geringerer Zahlungen an die Weltbank für die Globale Umweltfazilität (13,6 Mill S).

1/54848 Aufwendungen(- 19,7 %) - 58 227 361,12 S

Minderausgaben insbesondere aufgrund geringerer Geldverkehrsspesen im Zuge von Umschuldungs- und Begebungskosten gemäß BGBl Nr 973/1993 (43,2 Mill S) sowie geringerer Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG gemäß BGBl Nr 206/1982 (15,1 Mill S).

1/55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Mehrausgaben von 1 310 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen bei den Österreichischen Bundesbahnen (687 Mill S) und bei der Post- und Telekom Austria AG (131 Mill S) sowie Versorgungsbezüge der Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes (492 Mill S).

Minderausgaben von 864 Mill S entstanden vor allem bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer (606 Mill S), bei den Ruhebezügen (125 Mill S), bei den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (53 Mill S), bei Dienstgeberbeiträgen (34 Mill S) sowie bei Familien- und Geburtenbeihilfen (19 Mill S) für Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes.

1/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

1/55000 Ruhebezüge(- 0,5 %) - 124 586 486,26 S

Minderausgaben infolge eines geringeren Zuganges von Ruhebezugsempfängern (88,8 Mill S) und eines geringeren Anfalls von Todesfallbeiträgen (35,9 Mill S).

1/55010 Versorgungsbezüge(+ 8,7 %) + 492 330 431,11 S

Mehrausgaben infolge der allgemeinen Bezugserhöhung und eines höheren Anfalls an Versorgungsgenußempfängern.

1/55030 Dienstgeberbeiträge(- 3,6 %) - 33 636 322,33 S

Minderausgaben korrespondierend zu den Minderausgaben bei den Ruhebezügen.

1/55047 Familien- und Geburtenbeihilfen(- 20,0 %) - 18 698 400,-- S

Minderausgaben infolge der geringeren Anzahl an Familienbeihilfenempfängern.

1/55057 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz(- 10,4 %) - 53 088 692,10 S

Minderausgaben beim Pflegegeld für Empfänger von Versorgungsbezügen (39,1 Mill S) und für Empfänger von Ruhebezügen (13,9 Mill S), da der Anstieg der Empfangsberechtigten geringer als erwartet ausgefallen ist.

1/551 Ersätze an Länder

1/55107 Ersätze für Pensionen der Landeslehrer(- 6,5 %) - 605 589 637,71 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl von Neuzugängen bei den Ruhegenußempfängern (583,5 Mill S) sowie bei den Pflegegeldbeziehern (22,1 Mill S).

1/552 Sonstige Bedienstete

1/55200 Ruhebezüge(- 3,8 %) - 6 682 239,70 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl von Ruhebezugsempfängern.

1/55220 Außerordentliche Versorgungsgenüsse(- 16,9 %) - 8 236 081,40 S

Minderausgaben infolge einer Verringerung der Anzahl der Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen.

1/55257 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz(- 33,1 %) - 9 530 800,10 S

Minderausgaben beim Pflegegeld, da der Zugang an Empfangsberechtigten geringer war, als bei der Erstellung des Bundesvoranschlags erwartet worden war.

1/555 Sonstige Pensionsleistungen

1/5550 Österreichische Bundesbahnen

1/55507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 3,1 %) + 686 769 237,89 S

Mehrausgaben infolge eines höheren Standes an Pensionsempfängern als bei der Erstellung des Bundesvoranschlags erwartet wurde (668,2 Mill S) sowie eines höheren Aufwandes beim Pflegegeld (18,1 Mill S) infolge Veränderungen bei den Pflegegeldstufen.

1/5551 Post und Telekom Austria AG

1/55517 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 1,1 %) + 130 648 670,62 S

Mehrausgaben bei den Pensionen (120,2 Mill S) und bei den Dienstgeberbeiträgen (3,8 Mill S) infolge der allgemeinen Bezugserhöhung sowie beim Pflegegeld (8,2 Mill S) infolge Veränderungen bei den Pflegegeldstufen.

57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen

Die Beauftragung der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur, ab dem Finanzjahr 1998 Finanzierungen und Veranlagungen auch für ausgegliederte Rechtsträger des Bundes vorzunehmen, führte zur Aufnahme des Kapitels 57 ("Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen") in den Bundesvoranschlag. In Ermangelung von Erfahrungswerten wurden die Verrechnungsposten im Bundesvoranschlag nur mit jeweils 1 000 S dotiert, weshalb sämtliche Zahlungen der Bundesfinanzierungsagentur für die Rechtsträger zu überplanmäßigen Ausgaben führten, die ihr bei Fälligkeit von den Rechtsträgern zu ersetzen waren. Ausgaben für die Tilgung von Schuldaufnahmen und Währungstauschverträgen waren demnach zunächst als Ausgaben des Bundes zu verrechnen, ehe sie in einem zweiten Schritt von den Rechtsträgern zu erstatten und als Bundesein-

nahmen zu verrechnen waren. Gleiches gilt – sinngemäß und in umgekehrter Form – für die Verrechnung von Einnahmen aus der Durchführung von Veranlagungen für Rechtsträger, der Aufnahme von Finanzschulden und in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Währungstauschverträgen.

Mehrausgaben in Höhe von 97 061 Mill S betrafen vorwiegend die Kapitalauszahlung (47 761 Mill S) sowie sonstige Ausgaben (213 Mill S) für Kredite und Darlehen in inländischer Währung, die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen (32 646 Mill S) und die Zinsenzahlung für kurzfristige Verpflichtungen (56 Mill S) sowie Zahlungen im Rahmen des sonstigen Aufwands (816 Mill S). Weiters betrafen sie die Kapitalauszahlung (15 279 Mill S) sowie sonstige Ausgaben (44 Mill S) für Kredite und Darlehen in fremder Währung, Verzinsung und Aufgeld (194 Mill S) von titulierter Finanzschuld (Anleihen) in inländischer Währung sowie die Auszahlung der Veranlagungserträge (53 Mill S).

Die Minderausgaben betragen lediglich 49 000 S.

570 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

5700 Anleihen

1/57008 Verzinsung und Aufgeld + 193 788 605,-- S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aus der Begebung von Bundesanleihen.

572 Zahlungen in inländischer Währung

5724 Kredite und Darlehen

1/57248 Sonstige Ausgaben + 212 968 797,29 S

Mehrausgaben aus der Verrechnung von Stückzinsen für Darlehen an Rechtsträger des Bundes.

7/57249 Kapitalauszahlung + 47 761 093 422,15 S

Mehrausgaben infolge Auszahlung von Barvorlagen (29 550,5 Mill S) sowie für Darlehen an Rechtsträger des Bundes (18 210,6 Mill S).

577 Zahlungen in fremder Währung

5774 Kredite und Darlehen

1/57748 Sonstige Ausgaben + 43 542 864,69 S

Mehrausgaben aus der Verrechnung von Stückzinsen für Darlehen an Rechtsträger des Bundes.

7/57749 Kapitalauszahlung + 15 278 559 342,37 S

Mehrausgaben infolge Auszahlung von Barvorlagen (3 095,8 Mill S) sowie für Darlehen an Rechtsträger des Bundes (12 182,7 Mill S).

579 Sonstiger Aufwand

1/57908 Aufwendungen + 815 642 931,50 S

Mehrausgaben für Provisionen und Entgelte in inländischer (243,6 Mill S) und fremder (218,2 Mill S) Währung sowie Emissionsverluste in inländischer (210,2 Mill S) und fremder (143,7 Mill S) Währung.

5791 Kurzfristige Verpflichtungen

1/57918 Kurzfristige Verpflichtungen (Zinsen) + 55 972 000,06 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aus Barvorlagen für Rechtsträger des Bundes in inländischer (33,4 Mill S) und fremder (22,6 Mill S) Währung.

7/57919 Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung) + 32 646 335 978,-- S

Mehrausgaben infolge Rückzahlung von Barvorlagen in inländischer (29 550,5 Mill S) und fremder (3 095,8 Mill S) Währung.

1/57948 Auszahlung der Veranlagungserträge + 53 088 188,49 S

Mehrausgaben infolge Auszahlung von Veranlagungserträgen an Rechtsträger des Bundes.

59 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Mehrausgaben von 73 270 Mill S entstanden hauptsächlich bei der Tilgung (27 650 Mill S) sowie bei Verzinsung und Aufgeld (396 Mill S) von Bundesschatzscheinen bzw bei der Tilgung (16 914 Mill S) und bei Verzinsung und Aufgeld (3 311 Mill S) von Anleihen (titrierte Finanzschuld in inländischer Währung), bei der Tilgung (4 206 Mill S) sowie bei Verzinsung und Aufgeld (694 Mill S) von Schuldverschreibungen bzw bei der Tilgung (1 205 Mill S) und Verzinsung und Aufgeld (450 Mill S) von Anleihen (titrierte Finanzschuld in fremder Währung). Weiters betrafen sie die Kapitalzahlung der Finanzschuld in fremder Währung (11 594 Mill S), die Tilgung von Krediten und Darlehen von Kreditunternehmungen in inländischer (3 842 Mill S) bzw fremder (1 800 Mill S) Währung, die Tilgung von Anleihen in fremder Währung mit Währungstauschverträgen-Direktzahlung (550 Mill S), Verzinsung und Aufgeld (327 Mill S) bzw die Tilgung (35 Mill S) von Anleihen in fremder Währung mit Währungstauschverträgen sowie Zahlungen beim Titel 599 "Sonstiger Aufwand" (293 Mill S).

Minderausgaben von 33 616 Mill S betrafen vor allem die Tilgung (29 150 Mill S) sowie Verzinsung und Aufgeld (3 861 Mill S) für Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV), Verzinsung und Aufgeld von Krediten und Darlehen von Kreditunternehmungen (218 Mill S) bzw von Vertragsversicherungsunternehmungen (87 Mill S) in inländischer Währung, Verzinsung und Aufgeld von Krediten und Darlehen in fremder Währung (nicht titrierte Finanzschuld) (139 Mill S), Verzinsung und Aufgeld von Anleihen in fremder Währung mit Währungstauschverträgen-Direktzahlung (91 Mill S) sowie Verzinsung und Aufgeld von Krediten und Darlehen in fremder Währung (48 Mill S).

590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**5900 Anleihen**

1/59008 Verzinsung und Aufgeld(+ 7,4 %) + 3 310 954 329,21 S

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand aus der Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (3 173,8 Mill S). Weitere Mehrausgaben für Stückzinsenzahlungen für den Erwerb von Bundstiteln (110,4 Mill S) sowie Aufgeldzahlung aufgrund vorzeitiger Tilgungen im Wege der Konversion (27,1 Mill S).

7/59009 Tilgung(+ 37,1 %) + 16 914 257 000,-- S

Mehrausgaben infolge Verrechnung der Eigenquote bei Bundesanleihen (12 900,0 Mill S) sowie Erwerbs von Bundstiteln (4 018,1 Mill S).

Minderausgaben aufgrund geringerer Tilgungsverlosungen und Nichteinlösung fälligen Kapitals (3,6 Mill S).

5908 Bundesschatzscheine

1/59088 Verzinsung und Aufgeld(+ 10,7 %) + 395 698 303,64 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aus der Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (920,5 Mill S).

Minderausgaben infolge vorzeitiger Tilgung von mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Bundesschatzscheinen im Wege der Konversion (521,3 Mill S) sowie günstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Bundesschatzscheinen (3,5 Mill S).

7/59089 Tilgung(+ 596,0 %) + 27 649 958 000,-- S

Mehrausgaben infolge Tilgung von nach Voranschlagserstellung begebenen Geldmarkt-Bundesschatzscheinen mit unter- bzw einjähriger Laufzeit (27 650,0 Mill S).

591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**5910 Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen**

1/59108 Verzinsung und Aufgeld(- 0,9 %) - 86 701 789,73 S

Minderausgaben vor allem infolge günstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Darlehen (100,8 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aus der Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (14,2 Mill S).

5911 Kredite und Darlehen von Kreditunternehmungen

1/59118 Verzinsung und Aufgeld(- 2,0 %) - 218 175 878,04 S

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Bankendarlehen (394,8 Mill S) sowie vorzeitiger Tilgung von Kreditoperationen im Wege der Konversion (115,6 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aus der Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (275,9 Mill S) sowie Aufgeldzahlung aufgrund vorzeitiger Tilgung von Bankendarlehen im Wege der Konversion (16,5 Mill S).

7/59119 Tilgung(+ 16,1 %) + 3 841 864 306,16 S

Mehrausgaben infolge Tilgung bzw Teiltilgung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (3 842,0 Mill S).

593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung**5930 Anleihen**

1/59308 Verzinsung und Aufgeld(+ 2,6 %) + 450 305 959,36 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aus der Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (761,7 Mill S) sowie ungünstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit veränderlichen Zinssätzen bzw ungünstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (32,0 Mill S), Pfund Sterling (24,4 Mill S), US-Dollar (10,4 Mill S), ECU (6,2 Mill S) und Deutsche Mark (4,4 Mill S).

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (286,0 Mill S), Australische Dollar (50,5 Mill S), Tschechische Kronen

(13,9 Mill S), Hollandgulden (11,8 Mill S), Euro-Lira (8,6 Mill S), Canadische Dollar (5,9 Mill S), Polnische Zloty (5,5 Mill S), Südafrikanische Rand (3,6 Mill S) und Luxemburgische Francs (3,3 Mill S).

7/59309 Tilgung(+ 5,6 %) + 1 204 688 000,-- S

Mehrausgaben infolge Verrechnung der Eigenquote bei einer Kreditoperation in fremder Währung (1 037,6 Mill S) sowie Verrechnung von Wertpapierkäufen und -verkäufen (403,9 Mill S). Weitere Mehrausgaben aufgrund ungünstiger Kurswertänderung für ECU (80,0 Mill S) und US-Dollar (24,1 Mill S).

Minderausgaben infolge günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (264,9 Mill S), Euro-Lira (70,2 Mill S) und Deutsche Mark (5,8 Mill S).

5931 Schuldverschreibungen

1/59318 Verzinsung und Aufgeld(+ 167,1 %) + 694 125 661,54 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand bei einer Kreditoperation nach Voranschlags-erstellung (714,0 Mill S).

Minderausgaben infolge günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (20,0 Mill S).

7/59319 Tilgung(+ 267,1 %) + 4 206 381 000,-- S

Mehrausgaben infolge Verrechnung der Eigenquote bei einer Kreditoperation in fremder Währung (4 221,4 Mill S).

Minderausgaben aufgrund günstiger Kurswertänderung für Hollandgulden (15,0 Mill S).

594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

5944 Kredite und Darlehen

1/59448 Verzinsung und Aufgeld(- 11,3 %) - 138 673 430,11 S

Minderausgaben vor allem infolge günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (95,4 Mill S) sowie vorzeitiger Tilgung einer Kreditoperation in fremder Währung im Wege der Konversion (43,0 Mill S).

7/59449 Tilgung + 1 800 040 244,21 S

Mehrausgaben infolge vorzeitiger Tilgung einer Kreditoperation in fremder Währung (1 800,0 Mill S).

595 Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)

5950 Anleihen in fremder Währung

1/59508 Verzinsung und Aufgeld(- 2,2 %) - 91 032 896,81 S

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (167,8 Mill S), US-Dollar (17,6 Mill S) und Deutsche Mark (2,7 Mill S).

Mehrausgaben aufgrund Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (97,1 Mill S).

7/59509 Tilgung(+ 7,3 %) + 549 992 890,40 S

Mehrausgaben infolge Abschlusses eines Währungstauschvertrags bei einer Kreditoperation aus den Vorjahren in fremder Währung (402,1 Mill S) sowie ungünstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (147,9 Mill S).

5951 Schuldverschreibungen in fremder Währung

1/59518 Verzinsung und Aufgeld(- 6,7 %) - 16 550 919,54 S

Minderausgaben vor allem infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (14,6 Mill S) und Japanische Yen (3,2 Mill S).

5954 Kredite und Darlehen in fremder Währung

1/59548 Verzinsung und Aufgeld(- 45,1 %) - 47 824 519,94 S

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (47,8 Mill S).

7/5959 Finanzschuld in fremder Währung

7/59599 Kapitalzahlung + 11 593 907 000,-- S

Mehrausgaben infolge Abschlusses eines Devisentermingeschäfts bei einer Anleihe in fremder Währung (6 231,4 Mill S) sowie im Zuge von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (5 362,5 Mill S).

596 Ausgaben aus Währungstauschverträgen

5960 Anleihen in fremder Währung

1/59608 Verzinsung und Aufgeld(+ 40,3 %) + 327 431 071,33 S

Mehrausgaben vor allem infolge Abschlusses von nachträglichen Währungstauschverträgen (339,3 Mill S) sowie ungünstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (6,7 Mill S).

Minderausgaben vor allem aufgrund günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (17,1 Mill S).

7/59609 Tilgung(+ 2,5 %) + 34 929 740,-- S

Mehrausgaben infolge ungünstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (35,0 Mill S).

598 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Bei diesem Paragraphen wird der Zinsen- und Tilgungsdienst bzw die Dotierung des Nullkuponfonds für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlags durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsenverpflichtungen im selben Jahr pauschal veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen sachlich zugeordnet werden können, dient die pauschale Vorsorge bei diesem Paragraphen der Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 BHG bzw Art V Abs 3 BFG 1998.

1/59838 Verzinsung und Aufgeld(- 100,0 %) - 3 861 181 000,-- S

Minderausgaben infolge Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 1/59008, 1/59088, 1/59108, 1/59118, 1/59308, 1/59318 und 1/59608 (3 861,2 Mill S).

7/59839 Tilgung(- 100,0 %) - 29 150 000 000,-- S

Minderausgaben infolge Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 7/59089, 7/59119 und 7/59449 (28 792,1 Mill S).

1/599 Sonstiger Aufwand

1/59908 Aufwendungen(+ 8,6 %) + 292 948 944,05 S

Mehrausgaben vor allem für mit Währungstauschverträgen ausgestattete Kreditoperationen (436,2 Mill S) sowie infolge von Kursverlusten in inländischer Währung bei Käufen und Verkäufen von Bundestiteln (177,3 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei Kreditoperationen in inländischer und fremder Währung infolge geringerer Emissionsverluste (265,7 Mill S) sowie geringerer Provisionen und Entgelte (52,8 Mill S).

1/60 Land- und Forstwirtschaft

Mehrausgaben von 1 778 Mill S betrafen vorwiegend flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie) (745 Mill S), Marktordnungsmaßnahmen für EAGFL-Garantie/Ackerkultur, Zucker und Textilpflanzen (524 Mill S), qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (151 Mill S), kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes (80 Mill S), betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen (66 Mill S), die Förderung der Weinwirtschaft (34 Mill S) sowie von sonstigen Aufgaben (32 Mill S), Aufwendungen für agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen (23 Mill S), Personalausgaben der Zentralleitung (20 Mill S) sowie der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten (14 Mill S) und Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne für Interessentengewässer (14 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich.

Minderausgaben von 1186 Mill S betrafen hauptsächlich nationale Marktordnungsausgaben und flankierende Maßnahmen (Bundesanteile) (592 Mill S), die Förderung land- und forstwirtschaftlicher Kredite (205 Mill S), Personalausgaben des Wildbach- und Lawinenverbauungsdienstes (55 Mill S), kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung) (52 Mill S), Aufwendungen in Vollziehung des Hydrographiegesetzes (42 Mill S), Zahlungen an die Agrarmarkt Austria (39 Mill S), Marktordnungsmaßnahmen für EAGFL-Garantie/Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse (33 Mill S) und Aufwendungen für notstandspolitische Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959 (19 Mill S) sowie der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten (17 Mill S).

1/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

1/6000 Zentralleitung

1/60000 Personalausgaben(+ 5,9 %) + 19 877 258,74 S

Mehrausgaben bei den Beamten aufgrund von Übernahmen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis, Bezugserhöhung und zu geringer Veranschlagung (24,1 Mill S) und bei Mehrleistungsvergütungen im Rahmen der EU-Präsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 1998 (3,9 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich bei den Vertragsbediensteten A/1 aufgrund der obengenannten Übernahmen (4,9 Mill S).

1/60008 Aufwendungen(- 2,9 %) - 5 001 187,15 S

Minderausgaben vor allem bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen (7,5 Mill S) und bei den Mitgliedsbeiträgen an Institutionen im Inland (3,2 Mill S) aufgrund überhöhter Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den sonstigen Transporten (Dienstreisen) aufgrund der Vorbereitung und Durchführung der EU-Präsidentschaft (5,0 Mill S), bei den wasserrechtlichen Fachgutachten und Untersuchungen durch vermehrte Beauftragung von Sondersachverständigen für Kraftwerkssanierungen (4,7 Mill S), für Weinflaschenkapseln mit Banderolenausstattung aufgrund erhöhter Inanspruchnahme durch die Weinwirtschaft (3,1 Mill S) und bei den Kapitaltransferzahlungen in das Ausland für die Sanierung des Österreichraumes bei der FAO in Rom (3,0 Mill S).

1/60018 Agrarmarkt Austria(- 64,7 %) - 38 800 000,- S

Minderausgaben aufgrund von Ausgabenrückstellungen infolge einer Finanzplanänderung (38,8 Mill S).

1/6003 Agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen

1/60038 Aufwendungen(+ 6,8 %) + 23 451 223,68 S

Mehrausgaben bei den agrarischen Maßnahmen aufgrund der Umstellung der EDV-Programme für das INVEKOS im Hinblick auf die Agenda 2000 sowie das Umweltprogramm ÖPUL 98 und infolge der Einführung des EURO (23,4 Mill S). Weiters bei der Bearbeitung der Buchführungsergebnisse zur Erstellung des Lageberichtes gemäß § 9 des LWG, Entgelte an Unternehmungen infolge zu geringer Veranschlagung (3,2 Mill S).

1/6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959

1/60048 Aufwendungen(- 49,8 %) - 19 167 217,38 S

Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen aufgrund geringerer Kostenersatzansprüche an den Bund (19,6 Mill S).

1/6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes

1/60058 Aufwendungen(- 45,6 %) - 42 240 297,67 S

Minderausgaben hauptsächlich bei den Kosten für Beobachtungen der Grundwassergüte infolge Fehlens entsprechender legislativer Instrumentarien zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (28,5 Mill S) und bei der Beobachtung der Oberflächenwassergüte aufgrund administrativer Abwicklungsprobleme (10,5 Mill S).

1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben(- 21,7 %) - 10 579 357,06 S

Minderausgaben bei den Entgelten an Einzelpersonen (Saatgutgesetz 1997) aufgrund der Durchführung der Saatguterkennung und Sortenzulassung durch das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft und die Bundesanstalt für Agrarbiologie (10,7 Mill S). Weiters bei den Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (Landwirtschaft) aufgrund zu hoher Dotierung und geringeren Bedarfs im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (7,1 Mill S) und bei den Transfer-

zahlungen an Länder (Naturwaldreservate) mangels geeigneter Waldflächen aus dem Bereich der Landeswälder (4,0 Mill S).

Mehrausgaben bei den neueröffneten Posten Entgelte an Unternehmungen (Ministerkonferenz) aufgrund der Übernahme des Vorsitzes durch das Ressort per 1. Juli 1998 (4,0 Mill S) sowie beim Vollzug des Wasserrechtsgesetzes infolge zu geringer Veranschlagung (3,2 Mill S) und bei Entgelten an Unternehmungen (Forstwirtschaft) durch die Finanzierung des Seminars "International Consultation Research and Information Systems in Forestry" und durch die im Zusammenhang mit den neu eingerichteten Naturwaldreservaten erstellten Gutachten von Zivilingenieurbüros (3,6 Mill S).

1/6008 Sonstige Aufgaben

1/60086 Förderungen(+ 82,2 %) + 31 591 520,89 S

Mehrausgaben vor allem bei der Überweisung an die AMA; Rindfleischwerbung aufgrund der Marketingaktivitäten zur Aufklärung über Qualität des Rindfleisches (30,0 Mill S) und bei Subventionen an private, nicht auf Gewinn berechnete Institutionen aufgrund der Förderung von Projekten im land- und forstwirtschaftlichen Bereich (6,9 Mill S).

Minderausgaben bei Internationalisierung-PRÄKO aufgrund geringeren Bedarfs (5,5 Mill S).

1/6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975

1/60098 Aufwendungen(- 34,6 %) - 5 845 129,04 S

Minderausgaben bei den Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) ForstG 1975 mangels geeigneter Aufforstungsflächen (9,3 Mill S).

Mehrausgaben bei den Waldbrandbekämpfungskosten gemäß § 42f ForstG 1975 infolge einer höheren Anzahl an Waldbränden als erwartet (4,2 Mill S).

1/601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)

1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)(+ 5,2 %) + 5 297 405,- S

Mehrausgaben bei den forstlichen Maßnahmen bei Investitionen (15,7 Mill S) und Erschließungen (12,3 Mill S) durch die verstärkte Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen sowie zur Verringerung der Rückstände aus den Vorjahren infolge fehlender Landesmittel im Rahmen des Schwerpunktprogrammes der Schutzwaldsanierungsprojekte "Sanierung geschädigter Wälder in Einzugsgebieten von Wildbächen und Lawinen".

Minderausgaben bei den Erhebungen, der Projektierung und Betreuung in Wäldern mit Schutzwirkung, Investitionen (12,0 Mill S), bei den forstlichen Maßnahmen - Grund und Boden- Gärberbach/Rodarbach-Land, Investitionen (4,3 Mill S) und bei den forstlichen Maßnahmen Egata/Vergaltschlawine, Investitionen (3,5 Mill S) infolge witterungsbedingter Verzögerungen.

1/60136 Förderung der Weinwirtschaft(+ 43,8 %) + 34 417 658,75 S

Mehrausgaben bei der Förderung der Weinwirtschaft für die Finanzierung der Winterfrostschadensvergütung 1996/97 (32,4 Mill S) und für die Auszahlung der Förderungen gemäß § 68c Abs 5 des Weinggesetzes (11,7 Mill S), weil diese Maßnahme nicht veranschlagt war.

Minderausgaben bei der Weingarten-Stillegung infolge geringerer Inanspruchnahme (11,4 Mill S).

**1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende
Maßnahmen(+ 34,3 %) + 151 255 226,99 S**

Mehrausgaben vor allem durch die Posteneröffnungen Überweisungen an die AMA; Übergangsbeihilfen für Zuchtsauen (99,0 Mill S) und Überweisungen an die AMA; Übergangsbeihilfen für Mastschweine (51,0 Mill S) zur Verbesserung der schwierigen Marktlage am Schweinefleischsektor, bei der Energie aus Biomasse aufgrund vermehrter Errichtung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger (25,6 Mill S), bei der Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau infolge stärkerer Beteiligung an dieser Förderungsaktion (6,2 Mill S) sowie bei der Förderung landtechnischer Maßnahmen-LWK für die bessere Schulung und Weiterbildung im Rahmen von Maschinenringkursen sowie für die Aufrechterhaltung der Maschinenringe (4,3 Mill S).

Minderausgaben bei der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung - Land und LWK, Investitionen, da Vorhaben infolge fehlender Landesmittel nicht wie geplant durchgeführt werden konnten (9,9 Mill S), bei den Maßnahmen des Forstschutzes aufgrund geringeren Umfangs an Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen infolge der effizienten Fangbaumaktion (7,6 Mill S), bei der Überweisung an die AMA für die Auszahlung der Produktionsbeihilfen für Kartoffeln aufgrund der geringen Erzeugerpreisverluste bei Speisekartoffeln (7,1 Mill S) und bei den forstlichen Maßnahmen infolge geringeren Umfangs an Wiederaufforstungen (5,1 Mill S).

**1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle
Maßnahmen(+ 13,5 %) + 65 500 000,- S**

Mehrausgaben bei den landwirtschaftlich baulichen Investitionen (Gebäude) aufgrund der vermehrten Teilnahme an dieser Förderungsaktion sowie für die verstärkte Förderung von Rübenbringungsanlagen (113,7 Mill S).

Minderausgaben bei den landtechnischen Investitionen (Maschinen) aufgrund einer unerwartet geringen Beteiligung der Landwirte an dieser Förderungsmaßnahme (48,2 Mill S).

1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen(+ 24,7 %) + 11 004 131,64 S

Mehrausgaben bei der Werbung und Markterschließung durch vermehrte Präsentationen der Produkte und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft zur Erreichung eines höheren Absatzes österreichischer landwirtschaftlicher Produkte (15,7 Mill S).

1/6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

1/60186 Förderungen(- 30,7 %) - 204 758 062,07 S

Minderausgaben bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK, ASK und BSF) sowie Konsolidierungskredite bis 1994 aufgrund der günstigen Zinsentwicklung der letzten Jahre und infolge zu hoher Veranschlagung (283,7 Mill S).

Mehrausgaben bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK und ASK) und Konsolidierungskredite ab 1995 (78,2 Mill S) und bei den Zinsenzuschüssen für das EU-Fitnessprogramm bis 1994 (4,8 Mill S) aufgrund des Mehrbedarfes an Bundesmitteln infolge zu geringer Budgetierung und Laufzeitverlängerung.

1/602 Agrarische Strukturförderung

1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)(- 3,3 %) - 52 185 098,34 S

Minderausgaben bei den Überweisungen an den ERP-Fonds; Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Investitionen (150,3 Mill S), den Überweisungen an die AMA; Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet (27,4 Mill S), den Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Land, Investitionen (24,3 Mill S), den Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land, Investitionen (20,5 Mill S) und den Gemeinschaftsinitiativen - Land, Investitionen (8,5 Mill S) aufgrund der fehlenden anteiligen Bundesmittel.

Mehrausgaben bei den Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land (99,0 Mill S), bei den Gemeinschaftsinitiativen - Land (29,2 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK, Investitionen (14,3 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK (12,2 Mill S), bei den Überweisungen an den ERP-Fonds, Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Investitionen (7,8 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, LWK, Investitionen (6,0 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Institutionen (5,8 Mill S), und bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Land (5,4 Mill S), aufgrund der vorliegenden Förderungsanträge.

1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes(+ 4,1 %) + 79 999 999,67 S

Mehrausgaben bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-Land, Investitionen (108,7 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK, Investitionen (96,0 Mill S), bei den Überweisungen an die AMA; Maßnahmen gemäß Ziel 5a (87,5 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land (53,3 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK (20,3 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Institutionen (10,5 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, LWK, Investitionen (6,3 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Land (5,1 Mill S), und bei den Gemeinschaftsinitiativen-Land (4,3 Mill S) aufgrund der Bereitstellung der anteiligen Bundesmittel.

Minderausgaben bei den Überweisungen an den ERP-Fonds; Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Investitionen (131,5 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land, Investitionen (74,4 Mill S), bei den Überweisungen an die AMA; Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet (55,8 Mill S), bei den Gemeinschaftsinitiativen-Land, Investitionen (30,0 Mill S), bei den Überweisungen an den ERP-Fonds; Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Investitionen (12,7 Mill S), und bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Land, Investitionen (6,1 Mill S), aufgrund erforderlicher Ausgabenrückstellungen zugunsten obiger Maßnahmen.

1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen(- 6,2 %) - 12 493 000,-- S

Minderausgaben bei den Überweisungen an die AMA; Ausgleichszulage national, aufgrund der geringeren Anzahl eingereichter Förderungsanträge von Betrieben in Berggebieten bzw benachteiligten Gegenden (12,5 Mill S).

1/60246 Sektorplan Fischerei und Aquakultur, Erzeugerorganisationen des Fischereiwesens; Bundesanteil(+ 120,0 %) + 6 000 000,--S

Mehrausgaben bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK; Investitionen, aufgrund des Ausbaues der Fischereiwirtschaft in Österreich und der dadurch bedingten Förderungsanträge für die Investition von Fischereierzeugungs- und Vermarktungseinrichtungen (7,4 Mill S).

1/603 Marktordnungsmaßnahmen

1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker- und Textilpflanzen), Überweisungen an die AMA(+ 10,2 %) + 523 911 904,26 S

Mehrausgaben bei den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Getreide und Mais (500,2 Mill S), den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen, allgemein (120,7 Mill S), den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Durum (15,1 Mill S) und bei der Hektarbeihilfe an die Erzeuger von Leinsamen außer Faserlein, allgemein (12,1 Mill S), aufgrund eines geänderten Anbauverhaltens; weiters bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, Wertberichtigung der Bestände (221,5 Mill S), bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten (53,8 Mill S), und bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, sonstige Kosten (26,5 Mill S), aufgrund des niedrigeren Preisniveaus bzw der höheren Interventionsmenge, bei Zucker, Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie (38,4 Mill S), bei den Beihilfen für die Faserleinerzeugung (5,0 Mill S) und Zucker, Vergütung der Lagerkosten (3,5 Mill S), aufgrund des höheren Bedarfs bzw einer verstärkten Nachfrage.

Minderausgaben bei der Flächenstilllegung im Zusammenhang mit Hektarbeihilfen (245,0 Mill S), den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Rapsamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen (44,0 Mill S) infolge geänderten Anbauverhaltens, bei den Währungsausgleichsmaßnahmen aufgrund fehlender Voraussetzungen (133,0 Mill S), bei der Erstattung für die Erzeugung von Maisstärke (15,0 Mill S), Kartoffelstärke (14,3 Mill S) und Weizenstärke (12,1 Mill S) infolge unvorhergesehener Preisentwicklung, bei den Ausgleichszahlungen an die Erzeuger wegen der Erntesituation 1998 (5,9 Mill S) und bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, Finanzkosten, aufgrund eines zu hoch veranschlagten Zinssatzes (3,8 Mill S).

1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugung)(- 47,4 %) - 32 501 958,78 S

Minderausgaben bei den Maßnahmen des EAGFL-Garantie mangels Auszahlungen an Erzeugerorganisationen (30,0 Mill S), bei Obst und Gemüse, Finanzausgleich, für Rücknahmemaßnahmen und Ankauf für unentgeltliche Verteilung, da aufgrund der Marktentwicklung Rücknahmen nur bei Karfiol in geringem Umfang erforderlich wurden (7,9 Mill S), bei Obst und Gemüse, Maßnahmen zur Sanierung der Erzeugung, infolge geringerer Rodemaßnahmen (3,8 Mill S) und bei den Währungsausgleichsmaßnahmen aufgrund fehlender Voraussetzungen (3,0 Mill S).

Mehrausgaben bei Prämien für Tabak (8,3 Mill S) und Zahlungen für lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels (4,0 Mill S) mangels entsprechender Veranschlagung bzw Neueröffnung der Verrechnungspost.

1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisungen an die AMA(+ 0,5 %) + 9 301 139,80 S

Mehrausgaben bei der Extensivierungsprämie infolge zu geringer Veranschlagung (196,1 Mill S), bei den Prämien für Mutterkühe (46,6 Mill S) und der Frühvermarktungsprämie für Kälber (39,7 Mill S) aufgrund der gestiegenen Teilnahme an diesen Förderungsmaßnahmen, bei den Sonderprämien aufgrund der Erhöhung der Akontierung (37,7 Mill S), bei der Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, Wertberichtigung der Bestände, mangels entsprechender Veranschlagung (10,3 Mill S) und bei der Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten, bedingt durch eine weiter instabile Marktlage (3,3 Mill S).

Minderausgaben bei den Beihilfen für Magermilch zur Kaseinherstellung (50,7 Mill S), den Beihilfen für Magermilchpulver sowie flüssige Magermilch zur Kälberfütterung (46,5 Mill S), bei den Beihilfen für Schulmilch (14,7 Mill S) und bei den Interventionskäufen bei Butter und Rahm, technische Kosten (4,4 Mill S), aufgrund geringerer Nachfrage, bei der Einlagerung von Magermilchpulver, Wert-

berichtigung der Bestände (50,7 Mill S), und bei Interventionskäufen bei Butter und Rahm, Wertberichtigung der Bestände (40,5 Mill S); weiters bei der Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, sonstige Kosten (37,6 Mill S), sowie bei der Einlagerung von Magermilchpulver, technische und sonstige Kosten (6,2 Mill S), mangels Einlagerungen bzw Wertberichtigungen, bei Währungsausgleichsmaßnahmen aufgrund fehlender Voraussetzungen (34,5 Mill S), bei den Prämien für Mutterschafe und -ziegen infolge positiver Preisentwicklungen und rückläufiger Anträge (18,7 Mill S), bei den sonstigen Beihilfen im Zusammenhang mit Butter aufgrund der Senkung des Beihilfenniveaus (8,9 Mill S), bei den sonstigen Interventionen bei Schweinefleisch (6,0 Mill S) und den Maßnahmen zur Marktentwicklung (3,0 Mill S) mangels Auszahlungen im Jahr 1998 infolge des späten Anlaufes der Aktionen und bei den BSE-Ausgleichszahlungen aufgrund von Rückforderungen (3,3 Mill S).

1/60346 Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)(+ 29,6 %) + 744 613 259,40 S

Eine Richtigstellung gemäß § 9 RHG wegen unrichtiger Ansatzzuordnung (744,9 Mill S; vgl Ansatz 1/60356) führte zu einer Ansatzüberschreitung von 744,6 Mill S.

Mehrausgaben bei den Umweltmaßnahmen, Beihilfe gemäß VO 2078/92, Überweisungen an die AMA, aufgrund vermehrter Anträge auf Förderung einer umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (804,9 Mill S) und bei den Maßnahmen zur Erzeugung und Vermarktung von Honig; Beihilfe gemäß VO 1221/97; Überweisung an die AMA, weil diese Beihilfe erstmalig durchgeführt wurde und nicht veranschlagt war (6,0 Mill S).

Minderausgaben bei den Aufforstungen landwirtschaftlich genutzter Flächen; Beihilfe gemäß VO 2080/92, zugunsten der Umweltmaßnahmen gemäß VO 2078/92 (66,3 Mill S).

1/60356 Nationale Marktordnungsausgaben und flankierende Maßnahmen (Bundesanteile)(- 20,1 %) - 592 022 805,84 S

Eine Richtigstellung gemäß § 9 RHG wegen unrichtiger Ansatzzuordnung (744,9 Mill S; vgl Ansatz 1/60346) führte zu einer Ansatzunterschreitung von 592,0 Mill S.

Minderausgaben bei den Umweltmaßnahmen, Beihilfe gemäß VO 2078/92, Überweisungen an die AMA, aufgrund der Umbuchung zu 1/60346 (634,9 Mill S).

Mehrausgaben bei den Kosten der Lagerhaltung mangels ausreichender Veranschlagung der nationalen Kosten (32,5 Mill S), bei der Mutterkuhprämie aufgrund der Anhebung des Akontierungssatzes (7,2 Mill S) und bei den Maßnahmen zur Erzeugung und Vermarktung von Honig; Beihilfe gemäß VO 1221/97; Überweisung an die AMA, weil diese Beihilfe erstmalig durchgeführt wurde und nicht veranschlagt war (3,6 Mill S).

1/6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten

1/60510 Personalausgaben(+ 4,5 %) + 13 690 878,01 S

Mehrausgaben bei den Beamten Z (20,0 Mill S) sowie bei den VB I Z (4,7 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben bei den VB II Z (3,8 Mill S) infolge Nichtbesetzung freier Planstellen.

1/60513 Anlagen(- 11,9 %) - 9 931 214,26 S

Minderausgaben vor allem bei der Software (ADV) aufgrund geringerer Leasingraten für die Einrichtung des Bundesamts und Forschungszentrums für Landwirtschaft (Hirschstetten) (3,6 Mill S).

1/60518 Aufwendungen(- 12,6 %) - 16 687 756,34 S

Minderausgaben hauptsächlich bei den Entgelten für Leistungen von sonstigen Unternehmungen infolge geringeren Aufwandes bei Wartung, Reinigung und technischer Betreuung (6,2 Mill S) sowie bei Energiebezügen aufgrund falscher Veranschlagung (5,1 Mill S).

1/6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

1/60520 Personalausgaben(- 10,8 %) - 6 932 874,04 S

Minderausgaben vor allem bei den Mehrleistungsvergütungen Z, da die Lehrerüberstunden für das Schuljahr 1998/99 aufgrund EDV-technischer Probleme nicht zur Auszahlung gelangten (3,1 Mill S).

1/6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

1/60538 Aufwendungen(- 30,1 %) - 9 394 114,83 S

Minderausgaben vor allem bei der VA-Post Ministerkonferenz, da sich durch die vorzeitige Einrichtung des österreichischen Sekretariates mit 1. Juli 1998 die Zahlungsverpflichtung an Portugal verringert hat (5,6 Mill S).

1/606 Übergangsregelungen

1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen(+ 0,8 %) + 8 999 752,91 S

Mehrausgaben bei den Überweisungen an die AMA; Bundesanteil für diverse landwirtschaftliche Produkte; infolge eines geringfügig höheren Bedarfes als veranschlagt (9,0 Mill S).

1/607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens

1/6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen

1/60717 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 2,4 %) - 10 777 004,59 S

Minderausgaben bei den laufenden Transferzahlungen für Personalaufwandskosten, da die Lehrerüberstunden ab September 1998 infolge Umstellung auf EDV-unterstützte Verarbeitung nicht zur Auszahlung gelangten (12,6 Mill S).

1/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung

1/6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst

1/60800 Personalausgaben(- 28,1 %) - 54 917 966,26 S

Minderausgaben bei den kollektivvertraglichen Bediensteten der Bauhöfe, da diese ab dem Jahr 1998 zulasten der entsprechenden Baufelder der Wildbach- und Lawinerverbauung verrechnet werden (61,2 Mill S) und bei den VB-I Z aufgrund deren Übernahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis (3,4 Mill S).

Mehrausgaben bei den Beamten infolge zu geringer Budgetierung (14,0 Mill S).

1/6083	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60838	Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgebundene Gebarung)	(- 13,7 %) - 5 329 745,69 S

Minderausgaben bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen und Einzelpersonen infolge einer geringeren Anzahl neuer Projektierungsarbeiten aufgrund der laufenden langjährigen Projekte (4,5 Mill S).

1/6087	Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60876	Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung)	(+ 4,3 %) + 13 800 000,-- S

Mehrausgaben infolge der VA-Posteneröffnung "Purbach, Stadtgemeinde Judenburg" aufgrund des vorzeitigen Beginnes der Bauarbeiten für die Hochwasserschutzmaßnahmen (17,0 Mill S) sowie bei der Großache, Gemeinde Kirchdorf, infolge eines witterungsbedingt schnelleren Baufortschrittes (9,6 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich beim Ponholzbach und Tiefenbach, RHB, wegen Verzögerungen bei den Erdarbeiten (5,9 Mill S).

1/609	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	
1/6093	Bundesgärten	
1/60937	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 73,0 %) - 6 720 416,62 S

Minderausgaben bei den anderen öffentlichen Abgaben infolge Senkung der Kommunalsteuer aufgrund der Verhandlungen mit der Gemeinde Wien (4,9 Mill S).

1/63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Mehrausgaben von 853 Mill S betrafen vorwiegend Förderungen (740 Mill S) und Aufwendungen (38 Mill S) der Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich), Förderungen im Bereich sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen und Tourismus (34 Mill S), Strukturmaßnahmen EU (20 Mill S) sowie Förderungsmaßnahmen für den Verein "Österreich Werbung" (13 Mill S).

Die Minderausgaben betragen 43 Mill S.

1/630	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
1/6300	Zentraleitung	
1/63003	Anlagen	(- 58,5 %) - 16 268 501,91 S

Minderausgaben bei der Anschaffung von ADV-Hardware (12,4 Mill S), ADV-Software (3,6 Mill S) und Amtsausstattung (3,4 Mill S).

Mehrausgaben bei der Anschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen (2,7 Mill S).

1/63008	Aufwendungen	(- 6,4 %) - 12 657 053,07 S
----------------	---------------------------	------------------------------------

Minderausgaben bei den Repräsentationsausgaben für die EU-Präsidentschaft (48,3 Mill S), bei den Werkleistungen für juristische Personen (11,8 Mill S) und bei den Repräsentationsausgaben für Wirtschaftskontakte (3,2 Mill S).

Mehrausgaben für die EU-Präsidentschaft bei Auslandsreisen, Instandhaltungen, Lizenzgebühren usw (gesamt 17,3 Mill S). Weiters bei Zahlungen an die Bundesrechenzentrum GmbH (12,1 Mill S) resultierend aus einer Budgetumschichtung aufgrund einer Postensperre des BMF (der ursprünglich auf einer Vergütungspost veranschlagte Betrag wurde vom BMF den Werkleistungen zugeordnet), sowie bei den Mieten für BTX-Leitungen (8,6 Mill S). Weitere Mehrausgaben bei den sonstigen Transporten (Dienstreisen) (7,7 Mill S), bei Miet- und Pachtzinsen (4,2 Mill S) sowie den Werkleistungen an Einzelpersonen (3,4 Mill S) für die EU-Präsidentschaft.

1/631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/63108 Verein "Österreich Werbung"(+ 3,8 %) + 13 420 000,-- S

Erhöhte Beitragszahlung an die Österreich Werbung (13,4 Mill S) aufgrund einer Nachtragszahlung aus dem Vorjahr.

1/6315 Sonstige Wirtschaft (einschließlich Energiewesen und Tourismus)

1/63156 Förderungen(+ 3,4 %) + 33 800 687,39 S

Mehrausgaben durch erhöhte Rückzahlungen zur Reduzierung der Zinsbelastung im Bereich der TOP-Aktion (68,0 Mill S), bei den Projekten im Rahmen der kofinanzierten EU-Programme, "LEADER und INTEREG II" aufgrund gestiegenen Antragseinganges (65,3 Mill S), bei den BÜRGES-Aktionen aufgrund von Bedarfsverschiebungen bei den Jungunternehmerförderungsaktionen (52,1 Mill S), für Maßnahmen im Rahmen der von der Bundesregierung initiierten Exportoffensive (37,4 Mill S), bei den "Übrigen Zuschüssen" (18,4 Mill S) durch Zahlungen an die BÜRGES für die Durchführung von Förderungsmaßnahmen zur Marktoffensive im Tourismus, bei Zuschüssen an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft (8,0 Mill S) zur Durchführung von Berufsbildungsprogrammen und bei den "Nicht einzeln anzuführenden juristischen Personen" (3,4 Mill S) aufgrund erhöhten Bedarfes.

Minderausgaben bei den Gewerbestrukturverbesserungsaktionen (45,4 Mill S), bei den Zinsenzuschüssen (Fernwärmeförderungsgesetz) (38,3 Mill S) aufgrund fallender Zinsbelastung, bei den Kleingewerbekreditaktionen (35,1 Mill S), weiters für Beratung und Ausbildung in kleinen und mittleren Unternehmungen (31,6 Mill S), bei den Zuschüssen an die Wirtschaft (27,7 Mill S) infolge geringerer Förderungszusagen, bei der ERP-TOP-Tourismusförderung (20,4 Mill S) aufgrund der Rückzahlung von Förderungsmitteln, bei den Zuschüssen an Institutionen (7,6 Mill S) infolge geringerer Förderungszusagen, bei den Zinsenzuschüssen für die Papierindustrie (6,7 Mill S) aufgrund fallender Zinsbelastung sowie bei der Kreditkosten Sonderaktion (6,0 Mill S).

1/63158 Aufwendungen(+ 5,4 %) + 6 179 069,10 S

Mehrausgaben für Maßnahmen im Rahmen der von der Bundesregierung initiierten Exportoffensive (9,9 Mill S), für Zahlungen zur Ausrichtung der EXPO Hannover (7,0 Mill S) und bei Einzelpersonen entstandene Mehrausgaben (3,5 Mill S) aufgrund höheren Bedarfes.

Minderausgaben ergeben sich bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (10,8 Mill S) infolge geringeren Bedarfes, für den Mitgliedsbeitrag des Vereins Made in Austria (2,0 Mill S) sowie für Werkleistungen im Rahmen der Osthilfe (2,0 Mill S).

1/6317 Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

1/63176 Förderungen(+ 903,9 %) + 740 380 086,20 S

Mehrausgaben für Förderungsmaßnahmen des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (471,7 Mill S) infolge nicht ausreichender Dotierung,

für zusätzliche Förderungen zur Intensivierung der Forschungsprogramme beim Forschungsförderungsfonds (200,0 Mill S) sowie beim Seedfinancing Programm (49,5 Mill S) im Rahmen der Technologiemilliarde, weiters für Zuschüsse an Institutionen (17,2 Mill S) zur Förderung von technologiepolitisch bedeutsamen Projekten, für die Durchführung des Seedfinancing Programmes (12,0 Mill S) und bei einzelnen Förderungsbeiträgen (8,1 Mill S).

Minderausgaben bei den Zuschüssen an die Wirtschaft infolge von Einsparungen (19,3 Mill S).

1/63178 Aufwendungen(+ 150,8 %) + 38 449 299,99 S

Mehrausgaben bei den sonstigen Werkleistungen (Technologiemilliarde) für begleitende Maßnahmen zu Schwerpunkten im Technologie- und Innovationsbereich (36,9 Mill S), bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen für begleitende Programmanagements zu ITF-Programmen sowie deren Evaluierung (11,0 Mill S) und für Zahlungen im Rahmen der Forschungs-, Technologie- und Bildungscooperation (4,7 Mill S).

Minderausgaben bei den Refundierungen für Gutachten und Beratungskosten des Forschungsförderungsfonds (6,5 Mill S) und bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (4,2 Mill S) infolge Bedarfsentfalls.

1/63186 Strukturmaßnahmen EU + 19 630 132,-- S

Überschreitungen (19,6 Mill S), weil der Ansatz nur geringfügig budgetiert und erst aus Rückflüssen von EU-Mitteln für EU-kofinanzierte Projekte aufgrund von Überschreitungsgenehmigungen des BMF dortiert wurde.

1/64 Bauten und Technik

Minderausgaben von 1 296 Mill S betrafen hauptsächlich Wasserbauvorhaben aus Mitteln des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich (333 Mill S), Anlagen der Bundesstraßen (319 Mill S), der Schulen der Wissenschaftsverwaltung (40 Mill S) sowie der Schulen der Unterrichtsverwaltung (31 Mill S), Aufwendungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (126 Mill S), Aufwendungen (82 Mill S) sowie Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (13 Mill S) für Bundesstraßen (sonstige Ausgaben), Anlagen für vorbeugende Maßnahmen des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich (80 Mill S) und Aufwendungen für sonstige Bundesgebäude (49 Mill S). Weiters betrafen sie sonstige Liegenschaftsankäufe (26 Mill S), Personalausgaben der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen) (23 Mill S) bzw (Amtsorgane) (20 Mill S), des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (23 Mill S) und des Amtes der Wasserstraßendirektion (15 Mill S) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung (23 Mill S).

Mehrausgaben von 643 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen für Bundesstraßen (360 Mill S), für Schulen der Unterrichtsverwaltung (31 Mill S) und für Bauten für die Landesverteidigung (24 Mill S), Anlagen der Bundesstraßen A und S (91 Mill S) sowie der sonstigen Bundesgebäude (20 Mill S) sowie den Liegenschaftserwerb im Tauschwege (66 Mill S).

1/640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

1/6407 Regierungsgebäude

1/64078 Aufwendungen(- 16,9 %) - 6 721 895,93 S

Minderausgaben resultieren im wesentlichen aus geringeren Zahlungen für Leistungen der Post (16,0 Mill S).

Mehrausgaben bei sonstigen Nachrichtenübermittlungen (12,5 Mill S) infolge Änderung der Verbuchung im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung.

1/641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

**1/64166 Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds
(zweckgebundene Gebarung)(- 85,4 %) – 333 381 436,76 S**

Minderausgaben vorwiegend für vorbeugende Maßnahmen und Hochwasserschutzbauten (insgesamt 338,5 Mill S) mangels entsprechender Vorhaben.

1/6417 Technisches Versuchswesen

1/64176 Förderungen(+ 27,0 %) + 7 374 000,-- S

Mehrausgaben bei Förderungsbeiträgen zur Durchführung technologiepolitischer Maßnahmen aus Mitteln der Technologiemilliarde.

1/642 Bundesstraßenverwaltung

1/6420 Bundesstraßen B

1/64203 Anlagen(- 12,2 %) – 318 916 264,49 S

Minderausgaben vorwiegend bei den Bauvorhaben mit Gesamtkosten unter 150 Mill S (143,6 Mill S) wegen zu hoher Veranschlagung, da weniger kurzfristige, kleine Baumaßnahmen in das Bauprogramm aufgenommen wurden; weiters bei den Bauvorhaben B 7 Umfahrung Eibesbrunn-Wolkersdorf wegen Aufhebung der Trassenverordnung durch den VfGH (108,3 Mill S) und B 3 Wagramer Straße - Brünnerstraße wegen Rückstellung der Baumaßnahmen infolge von Bürgerprotesten (65,9 Mill S), bei der B 1 Umfahrung Timmelkam wegen Schwierigkeiten bei Grundeinlösen (32,7 Mill S) sowie bei den Bauvorhaben B 3 Stockerau-Perzendorf (31,4 Mill S) und B 170 Umfahrung Kirchberg (24,5 Mill S) wegen vorzeitiger Baufertigstellung.

Mehrausgaben bei den Bauvorhaben B 311 Umfahrung Schwarzach (71,3 Mill S) und B 67 Kalvarienbergbrücke - Grabenstraße wegen rascheren Baufortschritts (15,6 Mill S).

1/64208 Aufwendungen(+ 27,7 %) + 360 143 349,63 S

Mehrausgaben für Instandhaltung von Straßenbauten mit Gesamtkosten unter 50 Mill S (384,9 Mill S) sowie für Überweisungen an Länder und Gemeinden (11,4 Mill S).

Minderausgaben bei der Instandhaltung der B 19 Donaubrücke Tulln wegen zu hoher Veranschlagung (28,0 Mill S) sowie bei den Beiträgen an physische Personen wegen verminderter Forschungsaufträge (23,0 Mill S).

1/6422 Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)

**1/64223 Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge,
Betriebsausstattung)(- 5,1 %) – 13 250 810,77 S**

Minderausgaben bei Hochbauten der Bundesstraßenverwaltung mit Gesamtkosten unter 150 Mill S (20,9 Mill S) aufgrund von Einsparungen beim Ausbau von Straßenmeistereien.

Mehrausgaben vor allem für sonstige Kraftfahrzeuge (7,3 Mill S).

1/64228 Aufwendungen(- 3,0 %) - 81 678 151,01 S

Minderausgaben bei den Verbrauchsgütern (68,8 Mill S) wegen zu hoher Veranschlagung und bei den Überweisungen an die Länder gemäß FAG wegen Einsparungen beim Personalaufwand (37,0 Mill S).

Mehrausgaben vor allem für Energiebezüge (18,5 Mill S) und für Zahlungen an die ÖBB (5,2 Mill S) wegen zu niedriger Veranschlagung, für Instandhaltung von Gebäuden wegen vermehrter Eigenregieleistungen (7,5 Mill S) sowie bei der Überweisung an die Länder für die Abrechnung der betrieblichen Erhaltung (6,9 Mill S).

1/6423 Bundesstraßen A + S

1/64233 Anlagen(+ 91,0 %) + 91 016 725,49 S

Mehrausgaben für Liegenschaftserwerb durch die ASFINAG.

**1/6425 Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen
(zweckgebundene Gebarung)**

1/64253 Anlagen(- 20,3 %) - 79 995 920,74 S

Minderausgaben vor allem bei den Lawinenschutzbauten auf Bundesstraßen wegen bauablaufbedingter Verzögerungen (74,6 Mill S).

**1/6426 Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden
(zweckgebundene Gebarung)**

1/64268 Aufwendungen(- 52,2 %) - 126 249 578,32 S

Minderausgaben bei Beseitigung von Schäden auf Bundesstraßen (100,3 Mill S) sowie bei Verbrauchsgütern (55,3 Mill S) wegen geringerer Schadenshöhe.

Mehrausgaben wegen erhöhten Bedarfs für Schadensbeseitigungen der ASFINAG auf Autobahnen und Schnellstraßen (35,9 Mill S).

1/6427 Straßenforschung

1/64276 Förderungen(- 66,3 %) - 5 900 000,-- S

Minderausgaben wegen geringerer Förderungstätigkeit bzw nicht zeitgerechten Abschlusses der Vorhaben.

1/64278 Aufwendungen(- 48,7 %) - 13 138 602,10 S

Minderausgaben wegen geringerer Forschungstätigkeit bzw nicht zeitgerechten Abschlusses der Vorhaben.

1/644 Wasserbauverwaltung

1/6440 Wasserstraßendirektion

1/64403 Anlagen(+ 234,9 %) + 7 939 177,64 S

Mehrausgaben wegen Ankaufs von Inspektionsbooten (7,4 Mill S).

1/64408 Aufwendungen(+ 5,0 %) + 8 353 476,30 S

Mehrausgaben zufolge vermehrter Inspektions- und Sanierungsmaßnahmen durch die Österreichische Donaubetriebs-AG (20,8 Mill S).

Minderausgaben bei Instandhaltungen von Wasser- und Kanalisationsbauten (10,2 Mill S).

1/6441 Amt der Wasserstraßendirektion

1/64410 Personalausgaben(- 22,8 %) – 15 492 168,30 S

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (9,1 Mill S) und Mehrleistungsvergütungen (3,9 Mill S) infolge Personalverminderung.

1/64418 Aufwendungen(- 56,4 %) – 6 074 359,30 S

Minderausgaben vorwiegend bei den Inlandsreisen wegen geringeren Personaleinsatzes (4,9 Mill S).

1/645 Bundesgebäudeverwaltung**1/6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)**

1/64500 Personalausgaben(- 5,3 %) – 20 486 547,45 S

Minderausgaben bei Gehältern der Vertragsbediensteten (39,3 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (11,5 Mill S) wegen Aufnahmesperre sowie bei den Jubiläumszuwendungen (3,8 Mill S).

Mehrausgaben bei Beamtenbezügen wegen Gehaltserhöhung und Optierungen in das neue Gehaltsschema (34,7 Mill S).

1/64508 Aufwendungen(- 11,1 %) – 5 397 565,43 S

Minderausgaben zufolge einer sparsamen Bewirtschaftung des Ausgabenansatzes.

1/6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)

1/64530 Personalausgaben(- 4,8 %) – 23 276 925,55 S

Minderausgaben bei Gehältern der Vertragsbediensteten (40,2 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (11,0 Mill S) wegen Aufnahmesperre.

Mehrausgaben bei Beamtenbezügen wegen Optierungen in das neue Gehaltsschema (30,8 Mill S).

1/646 Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung**1/6460 Betriebskosten und Hauserfordernisse**

1/64607 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 8,3 %) – 23 173 114,30 S

Minderausgaben bei den Gebühren für Wasser und Kanal (11,0 Mill S) sowie für Müllentsorgung (6,5 Mill S).

1/64613 Ankäufe für Schulen der Unterrichts- und der Wissenschaftsverwaltung(+ 59,7 %) + 12 541 059,-- S

Mehrausgaben beim Aufgabenbereich Erziehung und Unterricht für Gebäude (9,7 Mill S) und beim Aufgabenbereich Forschung und Wissenschaft für unbebauten Grund und Boden (7,0 Mill S).

Minderausgaben beim Aufgabenbereich Erziehung und Unterricht für unbebauten Grund und Boden (5,0 Mill S).

1/64633 Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung(- 41,9 %) - 12 562 727,70 S

Minderausgaben bei Gebäuden (9,0 Mill S) zufolge Nichtrealisierung von Grundstücksablösen.

1/64663 Sonstige Liegenschaftsankäufe(- 73,6 %) - 25 752 899,82 S

Minderausgaben für bebauten Grund und Boden (8,1 Mill S) und bei Gebäuden (14,4 Mill S) zufolge Nichtrealisierung von Grundstücksankäufen.

1/64683 Liegenschaftserwerb im Tauschwege(+ 94,4 %) + 65 656 114,50 S

Mehrausgaben für unbebauten Grund und Boden (85,7 Mill S).

Minderausgaben bei bebautem Grund und Boden (20,0 Mill S).

1/647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

1/6471 Schulen der Unterrichtsverwaltung

1/64713 Anlagen(- 3,4 %) - 31 469 075,43 S

Minderausgaben zufolge Reduktion der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (301,3 Mill S), infolge langsameren Baufortschrittes und verzögerter Abrechnung beim Bundesgymnasium (BG) und Bundesrealgymnasium (BRG) Gleisdorf (22,9 Mill S) sowie durch Übertragung des Bauvorhabens Höhere Technische Bundeslehranstalt (HTBLA) für chemische Industrie, 1170 Wien, Rosensteingasse an die BundesimmobiliengesmbH (30,0 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich wegen zügigen Baufortschrittes und Freigabe zusätzlicher Mittel bei den Bauvorhaben HTBLA Klagenfurt (42,4 Mill S), Bundeshandelsakademie (BHAK) Villach (51,3 Mill S) und HTBLA Fulpmes (38,3 Mill S), weiters infolge des Beginnes neuer, im Teilheft nicht genannter Bauvorhaben, wie das BG und BRG Lienz (21,4 Mill S) und das BG Feldkirch (45,5 Mill S), sowie durch bevorzugte Zahlung von Bauträgerpflichtungen beim BG Gänserndorf (47,6 Mill S) und beim BG Hollabrunn (36,8 Mill S).

1/64718 Aufwendungen(+ 5,7 %) + 30 644 963,70 S

Mehrausgaben wegen Erhöhung der Dispositionsreserve für Bauvorhaben unter 30 Mill S Gesamtkosten (7,6 Mill S) und wegen vorgezogenen Beginnes der Sanierung der BHAK Salzburg, Brunnauerstraße (15,4 Mill S), welche im Teilheft noch nicht genannt war.

1/6472 Schulen der Wissenschaftsverwaltung

1/64723 Anlagen(- 12,4 %) - 40 193 446,55 S

Minderausgaben infolge Reduktion der Dispositionsreserve für Bauvorhaben unter 50 Mill S Gesamtkosten (102,2 Mill S).

Mehrausgaben infolge zügigeren Baufortschrittes beim Bauteil 1 der Technischen Universität Graz, Inffeldgasse (23,1 Mill S) und durch Beginn der im Teilheft noch nicht genannten Aufstockung der Mensa in Innsbruck, Josef Hirnstraße (30,5 Mill S).

1/6473 Bauten für die Landesverteidigung

1/64738 Aufwendungen(+ 2,9 %) + 24 375 069,52 S

Mehrausgaben bei verschiedenen Instandhaltungen (zusammen 19,5 Mill S), bei Neubaumaßnahmen in verschiedenen Kasernen und militärischen Einrichtungen (zusammen 29,6 Mill S) und bei Verbrauchsgütern für innerbetriebliche Leistungen (23,0 Mill S).

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen bei Garagen und Werkstätten des Truppenübungsplatzes Allentsteig (26,0 Mill S) und bei der Generalsanierung der Hillerkaserne in Linz Ebelsberg (20,0 Mill S).

1/6475 Sonstige Bundesgebäude

1/64753 Anlagen(+ 0,9 %) + 20 291 633,34 S

Mehrausgaben wegen zügigen Baufortschrittes und Freigabe zusätzlicher Mittel bei den Bauvorhaben Albertina 1010 Wien, Augustinerstraße (23,7 Mill S), Bundesmobilienvverwaltung 1070 Wien, Andreasgasse (23,1 Mill S), Strafvollzugsanstalt Kaiserebersdorf (55,1 Mill S) und Grenzkontrollstelle Neu-Nagelberg (30,0 Mill S), weiters infolge des Neubeginnes der Bauvorhaben Grenzübergang Kittsee-Jarovce (24,3 Mill S), Justizanstalt Wels, Hamerlingstraße (23,9 Mill S), Bundesamtsgebäude (BAG) Imst, Pfeiffenbergerstraße (34,0 Mill S) und durch Inangriffnahme von Brandschutzeinrichtungen bei Kulturbauten (23,8 Mill S), weiters wegen bevorzugter Bedeckung von Bauträgerverpflichtungen bei den Bauvorhaben Generalsanierung der Hoftafel- und Silberkammer 1010 Wien, Hofburg (27,6 Mill S) und Zoll- und Zollwachsule 1030 Wien, Erdbergerstraße (104,0 Mill S) und bei verschiedenen Baumaßnahmen für die übrige Hoheitsverwaltung (zusammen 89,1 Mill S).

Minderausgaben durch verringerte Zahlungen an Bauträger aufgrund bereits erfolgter Vorauszahlungen bei den Bauvorhaben Kunsthistorisches Museum, 1010 Wien, Burgring 5 (28,5 Mill S), Naturhistorisches Museum, 1010 Wien, Burgring 7 (27,2 Mill S), Technisches Museum 1140 Wien, Mariahilferstraße (29,9 Mill S) und Landesgerichtliches Gefangenenhaus, 1080 Wien (22,7 Mill S), weiters infolge langsameren Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen bei den Bauvorhaben Wiedererrichtung des Redoutensaaltraktes 1010 Wien, Hofburg (45,1 Mill S) und Generalsanierung des Belvedere, 1030 Wien (28,8 Mill S), sowie bei Baumaßnahmen bei verschiedenen Kulturbauten (zusammen 15,2 Mill S) und durch Reduktion der Dispositionsreserve (224,1 Mill S).

1/64758 Aufwendungen(- 4,1 %) - 49 427 537,27 S

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen bei den Bauvorhaben Einfriedung des Volksgartens, 1010 Wien (7,3 Mill S) und bei Brandschutzeinrichtungen bei Kulturbauten (18,8 Mill S), den Brandschutzeinrichtungen bei der Hofburg in Innsbruck, Rennweg (15,0 Mill S), sowie durch Reduktion der Dispositionsreserve (57,0 Mill S).

Mehrausgaben infolge zügigeren Baufortschritts bei der Innensanierung der Augustinerkirche, 1010 Wien (7,8 Mill S) und wegen des Beginns neuer, im Teilheft noch nicht genannter Bauvorhaben, wie die Dachsanierung der Neuen Burg, 1010 Wien (11,6 Mill S), die Fassadensanierung beim Regierungsgebäude, 1010 Wien, Stubenring (11,1 Mill S) und die Generalsanierung des Flüchtlingslagers Traiskirchen, Objekt 5 (9,3 Mill S).

1/649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

1/6490 Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens

1/64900 Personalausgaben(- 3,1 %) - 22 613 577,70 S

Minderausgaben betrafen Entgelte von Vertragsbediensteten (16,7 Mill S) und deren Dienstgeberbeiträge (4,1 Mill S) infolge Personalverminderung in Verbindung mit der Aufnahmesperre im öffentlichen Dienst.

1/64907 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 26,4 %) - 5 979 399,56 S

Minderausgaben vor allem bei den Familienbeihilfen wegen geringerer Anspruchsberechtigungen.

1/65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft

Mehrausgaben von 8 944 Mill S betrafen hauptsächlich Kapitalbeteiligungen (8 657 Mill S), Förderungen - EU Kofinanzierung (161 Mill S), Aufwendungen des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich (60 Mill S), Förderungen der Technologie gemäß ITF-Gesetz (39 Mill S) sowie von regional- und strukturpolitischen Maßnahmen (20 Mill S).

Minderausgaben von 100 Mill S betrafen vorwiegend den Zweckaufwand für den allgemeinen Verkehr (35 Mill S), Aufwendungen der Zentraleitung (28 Mill S) sowie Förderungen (9 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (8 Mill S) des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich.

1/650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr**1/6500 Verwaltungsbereich Verkehr**

1/65008 Aufwendungen(- 19,1 %) - 28 232 188,42 S

Minderausgaben, weil sich durch die verspätete Inbetriebnahme des elektronischen Ökopunktesystems geringere Wartungskosten ergaben (9,7 Mill S), wegen geringerer Kosten bei Schadensvergütungen (6,7 Mill S), wegen geringeren Bedarfs an Gutachten für die Flugunfallkommission (4,3 Mill S), wegen geringerer Inanspruchnahme von Werkverträgen im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft (3,8 Mill S) und von Leistungen von Dritten (3,1 Mill S), wegen geringerer Vergütungen an das BKA für Leistungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (2,7 Mill S), wegen geringeren Bedarfs an Druckwerken (2,3 Mill S) und Energiebezügen (1,4 Mill S) sowie wegen geringerer Instandhaltungskosten von Gebäuden (2,1 Mill S).

Mehrausgaben infolge höherer Kosten für Arbeitsleihverträge, weil die Austro Control GesmbH (ACG) in den Vorjahren nicht sämtliche erbrachten Leistungen in Rechnung gestellt hat (7,6 Mill S), sowie erhöhte Inanspruchnahme von Arbeitsleihverträgen im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft (1,1 Mill S).

1/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/65118 Allgemeiner Verkehr(- 47,3 %) - 34 641 443,38 S

Minderausgaben infolge geringerer Kosten für die Erstellung des Zentralen Führerscheinregisters (9,4 Mill S) und für das Projekt des Semmeringbasistunnels (8,4 Mill S), infolge der Finanzierung von Verkehrssicherheitskampagnen aus dem Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds (8,1 Mill S), wegen der Reform der Lenkerprüfung, der Neuorganisation der KFZ-Zulassung und geringerer Inanspruchnahme von Mitteln für sonstige Verkehrsprojekte (6,7 Mill S) sowie infolge geringerer Kosten für die Erstellung des Bundesverkehrswegeplanes (6,3 Mill S).

Mehrausgaben infolge zusätzlich beauftragter Gutachter- und Beratungsleistungen am Eisenbahnsektor (5,1 Mill S).

1/65133 Kapitalbeteiligungen + 8 656 992 000,- S

Mehrausgaben wegen Erhöhung des Grundkapitals bei den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) (3 000,0 Mill S), wegen Aufstockung des Stammkapitals der Schieneninfrastrukturfinanzierungs GesmbH (SCHIG) (2 968,0 Mill S), wegen Einzahlung des Stammkapitals zwecks Errichtung der Graz-Köflacher-Eisenbahn GmbH (1 989,0 Mill S) und wegen Einzahlung des Stammkapitals für die Errichtung der Technologieimpulse GesmbH (700,0 Mill S).

1/652	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/65236	Förderungen - EU-Kofinanzierung	+ 160 706 000,-- S
	Mehrausgaben, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Höhe der EU-Kofinanzierung noch nicht bekannt war (160,7 Mill S).	
1/6525	Regional- und strukturpolitische Maßnahmen	
1/65256	Förderungen(+ 20,0 %)	+ 20 000 000,-- S
	Mehrausgaben wegen höherer Inanspruchnahme von Förderungen (20,0 Mill S).	
1/6527	Technologieförderung gemäß ITF-Gesetz	
1/65276	Förderungen(+ 73,9 %)	+ 38 364 951,47 S
	Mehrausgaben infolge höherer Inanspruchnahme von Förderungen (38,4 Mill S).	
1/657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/65706	Förderungen(- 49,1 %)	- 9 333 646,06 S
	Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Förderungen (9,3 Mill S).	
1/65707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 28,3 %)	- 8 004 612,70 S
	Minderausgaben hauptsächlich bei den Überweisungen an die Bundesländer, weil weniger Wunschkennzeichen vergeben wurden (7,3 Mill S).	
1/65708	Aufwendungen(+ 791,3 %)	+ 59 526 726,60 S
	Mehrausgaben infolge der Durchführung einer umfangreichen Verkehrssicherheitskampagne (62,7 Mill S).	
	Minderausgaben hauptsächlich infolge geringerer Inanspruchnahme von Leistungen von Dritten (2,1 Mill S).	
1/71	Bundestheater	
	<i>Mehrausgaben in Höhe von 114 Mill S betrafen vor allem den Aktivitätsaufwand (55 Mill S) im Rahmen der Personalausgaben, sowie Anlagen (41 Mill S) und Aufwendungen (17 Mill S) im Zusammenhang mit den Sachausgaben.</i>	
	<i>Die Minderausgaben beliefen sich auf 46 Mill S.</i>	
1/710	Personalausgaben	
1/71000	Aktivitätsaufwand(+ 3,5 %)	+ 55 000 470,84 S
	Mehrausgaben vorwiegend bei Bediensteten mit Bühnendienstverträgen (zusammen 37,8 Mill S), bei Mehrleistungsvergütungen (15,7 Mill S) und bei Beamten (4,6 Mill S) aufgrund vermehrter Abschlüsse von Residenzverträgen, verstärkt angefallener Proben sowie der Besoldungsreform.	
	Minderausgaben beim technischen Personal (8,3 Mill S), weil weniger Bedienstete in ein provisorisches Dienstverhältnis übernommen wurden und bei Mehrleistungsvergütungen für Gastspiele (4,8 Mill S), weil nicht alle geplanten Reisen durchgeführt wurden.	

1/71010 Pensionsaufwand(- 5,3 %) - 44 617 331,10 S

Minderausgaben bei den sonstigen Ruhebezügen (23,8 Mill S) und bei den sonstigen Versorgungsbezügen (13,5 Mill S) für das künstlerische und technische Personal sowie bei den Ruhebezügen (4,3 Mill S).

1/711 Sachausgaben

1/71133 Anlagen(+ 35,7 %) + 41 011 116,46 S

Mehrausgaben beim Investitionsprogramm für Sonderanlagen (zusammen 51,5 Mill S) und für Baumaßnahmen an den Theatergebäuden (24,6 Mill S) um einen reibungslosen Spielbetrieb zu gewährleisten.

Minderausgaben bei den Baumaßnahmen für das Investitionsprogramm (zusammen 20,5 Mill S) sowie bei ADV-Anschaffungen (9,6 Mill S) aufgrund der Rückstellung geplanter Vorhaben.

1/71188 Aufwendungen(+ 4,0 %) + 17 252 799,08 S

Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen (21,5 Mill S) aufgrund der erfolgten Ausgliederung des Publikumsdienstes, bei Entgelten für Fernsehabgeltungen (8,0 Mill S) aufgrund vermehrter Aufzeichnungen, bei der Instandhaltung von baulichen und bühnentechnischen Sonderanlagen (6,9 Mill S) sowie von sonstiger Betriebsausstattung (6,4 Mill S) um den Spielbetrieb aufrecht zu erhalten und die Zuschauerbereiche zu erneuern, für die Anmietung (4,4 Mill S) von Lagerflächen für Dekorationen und Kostüme, bei Entgelten an Unternehmungen für den Opernball (4,2 Mill S) sowie bei der Materialbeschaffung für Dekorationen (3,6 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei Auslandsreisen (Gastspiele) (7,8 Mill S) wegen Entfalls geplanter Gastspiele, bei sonstigen Leihgebühren (6,0 Mill S), weil geplante Anmietungen von Produktionen nicht durchgeführt wurden, bei Energiebezügen (4,5 Mill S), weil geringere Stromkosten anfielen sowie bei Tantiemen an Unternehmungen (4,0 Mill S), weil öfter nicht mehr geschützte Werke gespielt wurden.

4.3 Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen

2/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Mehreinnahmen in Höhe von 101 Mill S betrafen vorwiegend zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen im Zusammenhang mit der vermehrten Inanspruchnahme von Mitteln des Innovations- und Technologiefonds (40 Mill S), die Erstellung von EU-Statistiken (30 Mill S) sowie höhere Einnahmen beim Bundesgesetzblatt (27 Mill S).

Die Mindereinnahmen betragen 89 Mill S.

2/100 Bundeskanzleramt

2/1000 Zentralleitung

2/10004 Erfolgswirksame Einnahmen(- 59,6 %) - 43 398 557,24 S

Mindereinnahmen vor allem bei Kostenersätzen für die Benützung des Zentralen Ausweichsystems (38,8 Mill S) infolge ausstehender Kostenersätze diverser Nutzer, bei Pensionsbeiträgen für die Obersten Organe durch die Neuregelung der pensionsrechtlichen Bestimmungen im Bezüge- bzw Bezügebegrenzungsgesetz (5,3 Mill S) sowie infolge Reduzierung des Pensionsversicherungsbeitrages (4,4 Mill S).

Mehreinnahmen betrafen vor allem Kostenersätze der EU (Dienstreisen) (2,2 Mill S) und Beiträge für die Dienstwagenbenützung (1,3 Mill S).

2/10034 Bundesgesetzblatt(+ 103,8 %) + 26 861 548,21 S

Mehreinnahmen vor allem bei allgemeinen Abonnementgebühren (19,1 Mill S) und Abonnementgebühren von Bundesorganen (6,7 Mill S) infolge des gestiegenen Umfangs der Bundesgesetzblätter.

**2/1005 Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF)
(zweckgebundene Gebarung)**

2/10050 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 9,9 %) + 39 629 000,-- S

Mehreinnahmen durch Überweisungen vom ITF infolge vermehrter Gewährung von Anträgen (39,6 Mill S).

2/102 Statistisches Zentralamt

2/10204 Erfolgswirksame Einnahmen(- 16,9 %) - 5 017 408,98 S

Mindereinnahmen betrafen vor allem die Vergütungen vom BMWV (2,6 Mill S) und den Verkauf statistischer Veröffentlichungen (2,1 Mill S).

2/10205 EU-Statistiken + 30 022 231,24 S

Mehreinnahmen bei Zahlungen der EU für die Durchführung von Statistiken (30,0 Mill S) infolge eines lediglich veranschlagten Erinnerungsbetrages.

2/109 Dienststellen

2/1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

2/10904 Erfolgswirksame Einnahmen(- 33,9 %) - 11 004 262,29 S

Mindereinnahmen vor allem aus Untersuchungsgebühren (11,8 Mill S) infolge des Wegfalls von Importkontrollen zwecks Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Waren aus EU-Ländern.

2/1091 Veterinärmedizinische Anstalten

2/10914 Erfolgswirksame Einnahmen(- 28,9 %) - 19 314 344,24 S

Mindereinnahmen vor allem aus Untersuchungsgebühren (17,9 Mill S) infolge geringeren Untersuchungsaufkommens bei periodischen Untersuchungen.

2/1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst

2/10924 Erfolgswirksame Einnahmen(- 19,5 %) - 6 822 938,50 S

Mindereinnahmen an Ein- und Durchfuhrgebühren (6,8 Mill S) infolge verzögerter Erlassung einer neuen Einfuhr- und Binnenmarktverordnung.

2/11 Inneres

2/110 Bundesministerium für Inneres

2/1100 Zentralleitung

2/11009 Bezugsvorschußsätze(- 17,1 %) - 5 614 994,50 S

Mindereinnahmen bei den sonstigen Bezugsvorschüßersätzen in den Bereichen Bundespolizei (4,3 Mill S) und Bundesgendarmerie (2,2 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei den sonstigen Bezugsvorschüßersätzen im Bereich der Zentraleitung (1,0 Mill S).

2/111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

2/1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

2/11104 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 64,6 %) + 23 570 688,41 S

Mehreinnahmen durch steigende Zahlungen von Sozialversicherungsträgern (24,5 Mill S).

Mindereinnahmen bei den Ersätzen für Flugeinsätze (0,9 Mill S).

2/1113 Strafgerichte gemäß § 100 Absatz 10 StVO

2/11130 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 6,9 %) - 25 709 707,99 S

Mindereinnahmen aus verhängten Geldstrafen infolge Anzeigenrückganges.

2/113 Bundespolizei

2/1130 Bundespolizei

2/11300 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen + 20 008 978,71 S

Mehreinnahmen aus Strafgeldern gemäß § 37 Abs 8 des Führerscheingesetzes, BGBl II Nr 120/1997.

2/11304 Erfolgswirksame Einnahmen(- 10,1 %) - 49 974 153,90 S

Mindereinnahmen bei den Verwaltungsstrafen (49,1 Mill S) vor allem aufgrund geringerer Verkehrsüberwachungstätigkeiten infolge des verstärkten Einsatzes der Sicherheitswache zur Kriminalitätsbekämpfung und der umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen während der EU-Präsidentschaft, bei den Kostenbeiträgen gemäß § 55 und 56 KFG (7,6 Mill S) durch gesetzliche Änderungen, sowie bei den Verfallserlösen (3,2 Mill S). Weitere Mindereinnahmen waren aus dem Verkauf von KFZ-Kennzeichentafeln, bei den Nebenleistungen, bei den im Zuge von Verkehrsunfällen gemäß § 4 Abs 5b StVO eingehobenen Kostenbeiträgen sowie den Kostenbeiträgen aus dem Strafvollzug, bei den sonstigen hoheitlichen Leistungen, bzw bei den Überweisungen gemäß § 41 ZDG und den Organstrafmandaten (zusammen 11,2 Mill S) zu verzeichnen.

Mehreinnahmen ergaben sich durch die eingehobenen Kostenbeiträge für amtsärztliche Gutachten gemäß Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung, BGBl II Nr 322/1997 (13,6 Mill S) sowie bei den Transferzahlungen von Ländern für Schubhäftlinge (8,0 Mill S) durch eine Erhöhung der Kostenpauschale sowie einer steigenden Anzahl an Schubhäftlingen.

2/114 Bundesgendarmerie

2/1140 Bundesgendarmerie

2/11404 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 8,3 %) + 6 500 331,62 S

Mehreinnahmen vor allem bei den Überwachungsgebühren (8,5 Mill S) sowie durch Schadensleistungen bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen (2,9 Mill S).

Mindereinnahmen bei den Veräußerungen von Altmaterial (3,6 Mill S) durch niedrigere Erlöse sowie bei den Dienstküchen und Veräußerungen von geringwertigen Gebrauchsgütern (zusammen 1,2 Mill S).

2/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Mehreinnahmen in Höhe von 113 Mill S entstanden vorwiegend aus erfolgswirksamen Einnahmen der Schulaufsichtsbehörden (15 Mill S) sowie aus zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (14 Mill S), der allgemeinbildenden höheren Schulen (13 Mill S) und des Bundesdenkmalamts (13 Mill S).

Die Mindereinnahmen in Höhe von 101 Mill S betrafen hauptsächlich zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen des Denkmalfonds (50 Mill S) und erfolgswirksame Einnahmen der allgemeinbildenden höheren Schulen (18 Mill S) sowie der Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (9 Mill S).

2/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

2/120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

2/12009 Bezugsvorschüßersätze(- 13,4 %) - 6 176 233,30 S

Mindereinnahmen vor allem bei sonstigen Bezugsvorschüßersätzen (7,7 Mill S) infolge weniger Antragstellungen auf Bezugsvorschüsse.

2/122 Bundesministerium; Zweckaufwand

2/1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

2/12200 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen + 8 447 389,16 S

Mehreinnahmen bei Beiträgen von der Europäischen Union (8,4 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

2/1221 Erwachsenenbildung

2/12214 Erfolgswirksame Einnahmen + 7 135 582,- S

Mehreinnahmen bei Überweisungen vom BMAGS (ESF-Mittel) (7,1 Mill S) infolge Überweisung der EU-Kofinanzierung durch das BMAGS.

2/1229 Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)

2/12290 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 100,0 %) - 50 097 000,- S

Mindereinnahmen vor allem bei verschiedenen Einnahmen (50,0 Mill S) infolge Nichtgenehmigung einer geplanten "Rubbelaktion" zu Gunsten des Denkmalfonds.

2/124 Nachgeordnete Dienststellen

2/1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

2/12424 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 12,4 %) + 6 621 726,24 S

Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,6 Mill S) infolge höherer Teilnehmerzahl an der "Wien-Aktion" und "Europa-Aktion" sowie durch die Erhöhung des Teilnehmerbetrages im Schuljahr 1997/98.

2/1244	Museen		
2/12444	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 12,2 %)	+ 6 986 516,92 S
	Mehreinnahmen bei Eintrittsgebühren (6,8 Mill S) infolge steigender Besucherzahlen.		
2/1248	Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)		
2/12480	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 53,9 %)	+ 12 630 620,68 S
	Mehreinnahmen bei Spenden/Priesterseminar Graz (17,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.		
	Mindereinnahmen bei Spenden (4,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene		
2/1260	Schulaufsichtsbehörden		
2/12604	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 8,7 %)	+ 14 845 508,05 S
	Mehreinnahmen bei Ersätzen der Länder (17,0 Mill S) infolge Nachzahlung des Landes Wien.		
	Mindereinnahmen bei Untervermietung von Wohnungen an Bundesbedienstete, Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten, verschiedenen Einnahmen und Personalkostenersätzen (Länder) (zusammen 1,9 Mill S).		
2/127	Allgemeinbildende Schulen		
2/1270	Allgemeinbildende höhere Schulen		
2/12704	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 30,5 %)	- 17 885 708,47 S
	Mindereinnahmen bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (7,3 Mill S) infolge geringerer Anzahl von überlassenen Bediensteten sowie beim Betreuungsbeitrag (5,2 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme der ganztägigen Schulformen. Weitere Mindereinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen sowie Miet- und Pachtzinsen (zusammen 4,2 Mill S).		
2/1272	Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)		
2/12720	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 143,4 %)	+ 13 120 013,60 S
	Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,4 Mill S) sowie bei Miet- und Pachtzinsen (4,2 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.		
2/128	Berufsbildende Schulen		
2/1281	Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe		
2/12814	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 75,7 %)	- 9 039 718,78 S
	Mindereinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,4 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme der Küchen sowie bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (2,1 Mill S).		

**2/1283 Technische und gewerbliche Lehranstalten
(zweckgebundene Gebarung)**

2/12830 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 10,1 %) - 6 799 862,08 S

Mindereinnahmen bei Gutachten und Prüfungen (9,0 Mill S) infolge geringerer Aufträge für die Versuchsanstalten und noch nicht abgeschlossener Akkreditierungen.

2/1284 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe (zweckgebundene Gebarung)

2/12840 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 28,7 %) + 14 064 006,41 S

Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (Küchen) (11,3 Mill S) infolge vermehrter Teilnahme am Mittagstisch und verstärkter Durchführung von Sonderveranstaltungen sowie bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (1,2 Mill S).

2/14 Wissenschaft und Forschung**2/140 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr****2/1400 Verwaltungsbereich Wissenschaft**

2/14009 Bezugsvorschußsätze(- 33,4 %) - 9 028 134,40 S

Mindereinnahmen bei den sonstigen Bezugsvorschüssen (8,6 Mill S) infolge geringerer Anträge.

2/1402 Amt des BFPZ Arsenal

2/14024 Erfolgswirksame Einnahmen(- 24,3 %) - 22 249 300,22 S

Mindereinnahmen bei den Ersätzen vom ÖFZS (Arsenal) (22,2 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

2/142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**2/1420 Universitäten**

2/14204 Erfolgswirksame Einnahmen(- 54,1 %) - 49 521 881,98 S

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung bei den Miet- und Pachtzinsen (11,5 Mill S), den Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen für die Benützung von Bundeseinrichtungen (10,5 Mill S), den Ersätzen aus persönlicher Gutachtertätigkeit (7,9 Mill S), bei den Bodenprodukten und Tierhaltung (zusammen 5,9 Mill S), bei den sonstigen Personalkostenersätzen und verschiedenen Einnahmen (zusammen 5,0 Mill S), bei den privaten Ferngesprächen (4,1 Mill S) sowie den Vergütungen vom BMWA (BuT) (4,1 Mill S).

2/1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

2/14210 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 2,3 %) - 8 999 542,69 S

Mindereinnahmen bei den Personalkostenersätzen gemäß § 4 Abs 7 des Universitätsorganisationsgesetzes (91,5 Mill S) infolge geringeren Personalbedarfes und bei den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,8 Mill S) sowie den Vergütungen vom BMLV (3,6 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen beim Unterrichtsgeld und Prüfungsgebühren (46,8 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung, bei den Beiträgen an Turninstitute (23,7 Mill S), den Studienbeiträgen (Ausländer) (12,1 Mill S) und den Beiträgen für Exkursionen

(4,4 Mill S) aufgrund gestiegener Studentenzahlen sowie bei den Vergütungen vom BMWV (3,9 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/143 Kunsthochschulen

2/1430 Kunsthochschulen

2/14304 Erfolgswirksame Einnahmen(- 16,6 %) - 7 479 245,66 S

Mindereinnahmen bei den verschiedenen Einnahmen (4,8 Mill S) infolge von Sparmaßnahmen und Rationalisierungen im Bereich der privaten Wirtschaft. Weitere Mindereinnahmen beim Anteil der Stadt Linz und des Landes Oberösterreich am Gebarungsabgang (zusammen 2,5 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

2/146 Fachhochschulen

2/14604 Erfolgswirksame Einnahmen + 15 181 468,30 S

Mehreinnahmen bei den Überweisungen vom BMAGS (ESF-Mittel) (15,3 Mill S) infolge der zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlags nicht absehbaren Höhe der Überweisungen von der EU für die Fachhochschul-Studiengänge im Burgenland und der Steiermark.

2/15 Soziales

Mehreinnahmen von 1 929 Mill S betrafen insbesondere zweckgebundene Einnahmen der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (1 171 Mill S), den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (349 Mill S), Überweisungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) (180 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen der Pflegevorsorge (Kostenersatz) (131 Mill S), zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (60 Mill S) sowie den Beitrag der Gebietskörperschaften im zweckgebundenen Gebarungsbereich (27 Mill S).

Mindereinnahmen von 570 Mill S betrafen vor allem die Überweisung vom Familienlastenausgleich (557 Mill S).

2/150 Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

2/1500 Zentraleitung

2/15004 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 33,3 %) + 5 871 558,16 S

Mehreinnahmen hauptsächlich bei Kostenersätzen durch die EU (3,2 Mill S) sowie für hoheitliche Leistungen (1,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

2/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

2/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

2/15344 Erfolgswirksame Einnahmen + 130 978 332,95 S

Mehreinnahmen aufgrund der Abschlußrechnungen der Sozialversicherungsträger für 1997.

2/155 Arbeitsmarktpolitik (I)

2/1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 662,9 %) + 59 663 252,06 S

Mehreinnahmen hauptsächlich infolge des Beitrages der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse.

2/15530 Überweisung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) + 179 700 437,56 S

Mehreinnahmen infolge Nichtveranschlagung des Beitrages der EU.

2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgebundene Einnahmen)(- 7,1 %) - 556 764 022,95 S

Mindereinnahmen infolge geringerer Ausgaben für Karenzgeld im Jahr 1997.

2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgebundene Einnahmen)(+ 2,5 %) + 1 171 154 616,62 S

Mehreinnahmen bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (1 163,8 Mill S) sowie bei den Erstattungen gemäß EWR-Vertrag (10,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Mindereinnahmen bei Rückersätzen gemäß Arbeitslosenversicherungsabkommen (3,2 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

2/15581 Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgebundene Gebarung)(+ 14,1 %) + 26 832 835,55 S

Mehreinnahmen infolge Unterschätzung.

2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik(+ 14,0 %) + 349 381 237,83 S

Mehreinnahmen infolge notwendiger Abgangsdeckung für die zweckgebundene Gebarung der Arbeitsmarktpolitik.

2/157 Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung

2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/ Kostenersatz(- 100,0 %) - 7 204 000,-- S

Mindereinnahmen infolge verspätet eingelangter Kostenersätze des Versorgungsamtes München.

2/16 Sozialversicherung

2/164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung

2/16404 Erfolgswirksame Einnahmen + 23 208 986,18 S

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahre 1997 geleisteten Vorschüssen auf das Sonderruhegeld und den Bundesbeitrag zur Unfallversicherung der Bauern.

2/165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

2/16504 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 6,5 %) + 8 810 705,94 S

Mehreinnahmen infolge Unterschätzung der Beitragseinnahmen.

2/17 Gesundheit

Mindereinnahmen von 107 Mill S betrafen vorwiegend zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (49 Mill S) und erfolgswirksame Einnahmen (35 Mill S) für den Mutter-Kind-Paß im zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie erfolgswirksame Einnahmen der bakteriologisch-serologischen und sonstigen Untersuchungsanstalten (23 Mill S).

Die Mehreinnahmen betragen 2 Mill S.

2/172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge**2/1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgebundene Gebarung)**

2/17240 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 9,6 %) - 49 466 907,- S

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Abgeltungen von Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß.

2/17294 Erfolgswirksame Einnahmen(- 29,6 %) - 34 828 235,43 S

Mindereinnahmen bei Leistungen nach dem Arzneimittelgesetz durch das Nichtzustandekommen der geplanten Gebührenänderung (38,8 Mill S).

Mehreinnahmen beim aliquoten Vorsteueranteil der VOEST-ALPINE Medizintechnik GesmbH (3,9 Mill S) infolge höherer Vorsteuerersätze beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien.

2/179 Dienststellen**2/1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten**

2/17924 Erfolgswirksame Einnahmen(- 11,6 %) - 22 575 756,78 S

Mindereinnahmen aufgrund der nicht erfolgten Kostenersätze gemäß Bazillenausscheidergesetz (16,5 Mill S) sowie infolge Verminderung von Kostenersätzen für einzelne Untersuchungen (6,3 Mill S).

2/18 Umwelt**2/186 Umweltschutz****2/1863 Siedlungswasserwirtschaft**

2/18630 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 15,4 %) + 17 999 000,- S

Mehreinnahmen aufgrund der Novelle zum Umweltförderungsgesetz, BGBl I Nr 79/1998, zur Bedeckung der Abwicklungskosten von Förderungen im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft.

2/19 Jugend und Familie

Mehreinnahmen von 3 115 Mill S entstanden vor allem bei erfolgswirksamen Einnahmen des Reservefonds für Familienbeihilfen (2 025 Mill S), bei Dienstgeberbeiträgen (Sektion A) (802 Mill S), beim Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (230 Mill S), bei Unterhaltsvorschüssen (34 Mill S) und bei Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt) (23 Mill S).

Die Mindereinnahmen betragen 5 Mill S.

2/1913	Reservfonds für Familienbeihilfen	
2/19134	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 52,7 %) + 2 025 102 599,43 S
	Der sich aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ergebende Überschuß war höher als veranschlagt. Er wurde gemäß § 40 Abs 7 FLAG 1967 mit den in der Vergangenheit vom Bund getragenen Abgängen aufgerechnet.	
2/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
2/19300	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)	(+ 2,0 %) + 801 961 408,74 S
	Mehreinnahmen infolge einer höheren Beitragsgrundlage im Sinne des § 41 Abs 3 FLAG 1967.	
2/19310	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	(+ 4,4 %) + 230 320 012,90 S
	Die Mehreinnahmen entsprechen dem Abgabenaufkommen.	
	Nicht eingehaltene Ansatzbindung (39,7 Mill S). Demgegenüber jedoch geringere Inanspruchnahme der Überschreitungsbewilligungen bei den Ansätzen 1/19337 und 1/19357.	
2/19340	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)	(+ 8,5 %) + 23 344 745,76 S
	Mehreinnahmen bei Lehrlingsfreifahrten und Schulbüchern (12,9 Mill S) sowie bei Schülerfreifahrten (10,5 Mill S) infolge einer höheren Leistung von Eigenanteilen als erwartet.	
2/19382	Unterhaltsvorschüsse	(+ 8,2 %) + 33 912 584,38 S
	Mehreinnahmen aus Rückzahlungen infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/20	Äußeres	
2/200	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	
2/2000	Zentraleitung	
2/20004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 22,4 %) + 6 515 331,22 S
	Mehreinnahmen vor allem bei Rückersätzen von Ausgaben der Vorjahre (9,0 Mill S) infolge Zahlung des von der Stadt Wien übernommenen Anteils für die Ansiedlung und Unterbringung von OSZE-Institutionen in Wien und einer von den Vereinten Nationen rückeretzten Beitragszahlung für Mozambique sowie bei Kostenersätzen der EU (Dienstreisen) (3,3 Mill S) infolge vermehrt angefallener Dienstreisen im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs.	
	Mindereinnahmen betrafen vor allem Transportspesenersätze (2,5 Mill S) und rückeretzte Ausgaben aus dem laufenden Jahr (2,5 Mill S).	
2/205	Entwicklungshilfe	
2/20509	Darlehensrückzahlungen	(+ 317,2 %) + 75 153 200,12 S
	Mehreinnahmen durch die gemäß BGBl Nr 84/1997 erfolgte Entschuldung von Investitionsdarlehen und der daraus resultierenden Rücküberweisung von nicht ausgenutzten Kreditteilen seitens der Österreichischen Kontrollbank (75,2 Mill S).	

2/30 Justiz

Mindereinnahmen von 246 Mill S betrafen vor allem erfolgswirksame Einnahmen der Justizbehörden in den Ländern (245 Mill S).

Die Mehreinnahmen betragen 30 Mill S.

2/302 Justizbehörden in den Ländern

2/30204 Erfolgswirksame Einnahmen(- 3,6 %) - 245 149 913,86 S

Mindereinnahmen ergaben sich bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen (241,6 Mill S) aufgrund zu hoch eingeschätzter Auswirkungen des Strukturanpassungsgesetzes und der Budgetbegleitgesetze sowie infolge Rückzahlungen von in den Vorjahren erzielten Einnahmen in Firmenbuchsachen aufgrund eines Verwaltungsgerichtshofurteils. Weiters Mindereinnahmen bei den Strafgeldern (16,6 Mill S) aufgrund der verminderten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Beschuldigten und der damit verbundenen geringeren Höhe der Tagsätze sowie bei den Kostenersätzen (4,0 Mill S), weil weniger Richteramtsanwälter bei Rechtsanwältinnen und Notaren Dienst versahen.

Mehreinnahmen bei Vollzugs- und Wegegebühren (12,7 Mill S) aufgrund gesetzlicher Neuregelung.

2/303 Justizanstalten

2/30304 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 6,6 %) + 27 702 279,37 S

Mehreinnahmen bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug durch Valorisierung der Vergütungssätze und erhöhten Gefangenenstand (16,4 Mill S), bei Einnahmen aus der Erbringung von Nebenleistungen (6,2 Mill S) infolge der Einführung eines Regiekostenbeitrages für die Verkaufsunternehmen für Zusatznahrungs- und Genussmittel in den Justizanstalten und vermehrter Kostenersätze für Schubhäftlinge vor allem in der Justizanstalt Ried im Innkreis, ferner bei den Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen (6,1 Mill S) durch die Intensivierung der Gefangenenarbeitseinsätze.

2/40 Militärische Angelegenheiten**2/400 Bundesministerium für Landesverteidigung**

2/40004 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 9,8 %) + 8 783 888,06 S

Mehreinnahmen ergaben sich aus der Untervermietung von Wohnungen an Bundesbedienstete infolge höherer Betriebs- und Heizkosten sowie Indexsteigerungen (8,8 Mill S).

2/40009 Bezugsvorschußsätze(+ 20,6 %) + 5 759 727,40 S

Mehreinnahmen infolge zu geringer Veranschlagung.

2/402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

2/40200 Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)(- 4,7 %) - 5 009 288,03 S

Mindereinnahmen wegen geringerer Umsätze.

2/405 Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetriebe**2/4050 Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung)**

2/40504 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 45,3 %) + 10 601 937,72 S

Mehreinnahmen in Höhe von 9,0 Mill S infolge gestiegenen Preisniveaus und vermehrten Schadh Holzverkaufs, bei der Jagd (0,8 Mill S) durch vermehrten Wildabschuß sowie bei Vergütungen (0,7 Mill S) vom BMLF aufgrund von EU-Förderungen für die Landwirtschaft.

2/50 Finanzverwaltung

Mehreingänge von 614 Mill S betrafen hauptsächlich erfolgswirksame Einnahmen des Amtes der Post und Telekom Austria AG (208 Mill S), des IT-Bereichs (121 Mill S), der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen (20 Mill S) sowie der Zentraleitung (14 Mill S), Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen (194 Mill S) sowie Einnahmen aus Zuschüssen (13 Mill S).

Mindereingänge von 230 Mill S entstanden vor allem bei Ersätzen der Österreichischen Postsparkasse (58 Mill S), sonstigen bestandswirksamen Einnahmen bei Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte (51 Mill S), bei Bezugsvorschußersätzen (34 Mill S), bei der Bundes-Wertpapieraufsicht (29 Mill S) sowie bei Einhebungsvergütungen (28 Mill S).

2/500 Bundesministerium für Finanzen**2/5000 Zentraleitung**

2/50000 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 114,3 %) + 11 431 452,50 S

Mehreinnahmen aus Kostenersätzen der EU (10,8 Mill S) im Zusammenhang mit der Einführung des EURO.

2/50004 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 12,7 %) + 13 687 700,38 S

Mehreinnahmen aus Kostenersätzen der EU (7,0 Mill S), aus Beiträgen zur Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung (3,6 Mill S) und aus Überweisungen gemäß Art 12 des Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vom 2. Dezember 1890, RGBl Nr 41/1891 (3,4 Mill S), weil sich diese Gebahrungen schwer abschätzen lassen.

2/50014 Einhebungsvergütungen(- 6,9 %) - 27 777 766,78 S

Mindereinnahmen, da bei den korrespondierenden traditionellen Eigenmittelverpflichtungen der EU wesentlich niedrigere Beträge gutgeschrieben wurden.

2/5002 IT-Bereich

2/50024 Erfolgswirksame Einnahmen + 120 848 735,20 S

Mehreinnahmen aus Vergütungen von Bundesdienststellen und Transferzahlungen von Ländern (85,0 Mill S) sowie aus nachträglich gewährten Rabatten (30,0 Mill S) der Post und Telekom Austria AG.

2/501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen + 193 668 178,12 S

Mehreinnahmen, weil bei der Voranschlagserstellung weder Art noch Menge der von der OeNB rückgelieferten Silbermünzen bekannt waren.

2/50124	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)	(- 100,0 %)	- 28 800 000,-- S
	Mindereinnahmen, da im Jahre 1998 noch keine Erstattungen nach dem Wertpapieraufsichtsgesetz, BGBl Nr 753/1996, erfolgten.		
2/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)		
2/50204	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 75,7 %)	- 8 652 936,23 S
	Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der anteiligen Refundierung von der Bundeskammer infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/5025	Hagel-Frostversicherung (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgebundene Gebarung)		
2/50250	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(- 7,4 %)	- 11 037 632,20 S
	Mindereinnahmen aus Überweisungen des Katastrophenfonds infolge eines geringeren Bedarfes an Finanzmitteln.		
2/50296	Einnahmen aus Zuschüssen		+ 13 499 567,87 S
	Mehreinnahmen aus vorzeitig rückgeflossenen Zinsen nach dem Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl Nr 483/1984 idgF.		
2/50299	Bezugsvorschußsätze	(- 43,4 %)	- 33 822 098,10 S
	Mindereinnahmen aus sonstigen Bezugsvorschußsätzen (19,6 Mill S) und Bezugsvorschußsätzen für Wohnbauzwecke (12,5 Mill S) der Post und Telekom Austria AG infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/503	Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag		
2/5035	Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte		
2/50358	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	(- 27,5 %)	- 50 927 607,-- S
	Mindereinnahmen aus der Veräußerung von Gebäuden (41,4 Mill S) und bebauten Grundstücken (20,2 Mill S) durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH sowie aus der Veräußerung unbebauter Grundstücke (11,8 Mill S) durch den Bund.		
	Mehreinnahmen aus der Veräußerung bebauter Grundstücke (16,4 Mill S) und von Gebäuden (9,1 Mill S) durch den Bund.		
2/504	Finanzlandesdirektionen		
2/5040	Dienststellen		
2/50404	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 9,0 %)	+ 20 363 869,65 S
	Mehreinnahmen aus Einhebungsvergütungen von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (13,2 Mill S) und aus Entschädigungszahlungen (7,2 Mill S) für Kesselwagen der ehemaligen Branntweinmonopolverwaltung.		
2/50434	Gebarung gemäß § 22 KHVG	(+ 98,2 %)	+ 10 803 247,29 S
	Mehreinnahmen infolge eines höheren Prämienaufkommens (5,6 Mill S) und eines unerwarteten Gewinnes (5,2 Mill S) aus der Grenzversicherung.		

2/507	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	
2/5070	Bundespensionsamt	
2/50704	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 9 486 575,47 S
	Mehreinnahmen aus Inkassovergütungen (9,3 Mill S).	
2/5071	Finanzprokuratur	
2/50714	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 6 222 882,60 S
	Mehreinnahmen aus Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen (5,3 Mill S).	
2/5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt	
2/50724	Erfolgswirksame Einnahmen	- 11 067 205,84 S
	Mindereinnahmen infolge eines weiteren Rückganges der Stückzahlen und des Gewichtes der zur Punzierung vorgelegten Edelmetallgegenstände (10,6 Mill S).	
2/508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
2/5080	Österreichisches Postsparkassenamt	
2/50804	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	- 58 009 834,74 S
	Mindereinnahmen im Zusammenhang mit den Minderausgaben beim Ansatz 1/50800.	
2/5083	Amt der Post und Telekom Austria AG	
2/50834	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 208 191 125,13 S
	Mehreinnahmen im Zusammenhang mit den Mehrausgaben vor allem beim Ansatz 1/50830.	
	Nicht eingehaltene Ansatzbindung (6,8 Mill S); demgegenüber jedoch geringere Inanspruchnahme der Überschreitungsbewilligungen bei den Ansätzen 1/50830 und 1/50838.	

51 Kassenverwaltung

Mindereinnahmen von 25 474 Mill S gab es vorwiegend bei der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen des Bundes (23 719 Mill S), bei der Verringerung der Ausgleichsrücklage (1 000 Mill S), bei Zahlungen von der EU: betreffend EAGFL/Ausrichtung und FIAF (313 Mill S) und Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (166 Mill S), bei Entnahmen von Wertpapieren aus dem Bundesbesitz (250 Mill S) und bei zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft (20 Mill S).

Mehreingänge von 6 010 Mill S betrafen hauptsächlich die nicht veranschlagten Entnahmen aus der besonderen Rücklage (1 232 Mill S), aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (935 Mill S), aus der besonderen Einnahmen-Rücklage (419 Mill S), aus der allgemeinen Rücklage (349 Mill S) sowie die Auflösung von Rücklagen (856 Mill S). Weiters betrafen sie Zahlungen von der EU: Europäischer Regionalfonds (997 Mill S), EAGFL/Garantie (690 Mill S) und Europäischer Sozialfonds (EU/Übrige) (395 Mill S), Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes (92 Mill S) sowie Kursgewinne (31 Mill S).

2/510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz(- 100,0 %) - 250 001 000,-- S

Mindereinnahmen infolge Umbuchung der Wertpapiergebarung des Bundes in den Ausgleichshaushalt des Kapitels 59 gemäß Art I des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl I Nr 79.

2/51034 Kursgewinne(+ 834,3 %) + 31 301 498,82 S

Mehreinnahmen infolge buchmäßiger Kursgewinne aus der Veranlagung von ECU-Erlösen (20,7 Mill S) und infolge von Devisentermingeschäften (13,6 Mill S).

Mindereinnahmen infolge Umbuchung der Wertpapiergebarung des Bundes in den Ausgleichshaushalt des Kapitels 59 gemäß Art I des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl I Nr 79 (3,3 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 1/51038).

2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr(+ 9,9 %) + 91 614 263,18 S

Mehreinnahmen aus der Veranlagung von höheren Kassenbeständen (508,1 Mill S).

Mindereinnahmen infolge Umbuchung der Wertpapiergebarung des Bundes in den Ausgleichshaushalt des Kapitels 59 gemäß Art I des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl I Nr 79 (Wertpapierleihe in fremder Währung: 409,0 Mill S, Anleihen in inländischer Währung: 7,5 Mill S).

2/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)**2/5110 Innovations- und Technologiefonds**

2/51100 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 1,6 %) - 6 507 291,93 S

Mindereinnahmen vor allem infolge geringerer ERP-Fonds-Tilgungen (7,8 Mill S).

2/5111 Siedlungswasserwirtschaft

2/51110 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 49,1 %) - 19 631 787,31 S

Mindereinnahmen bei Zinsen aus der Veranlagung der für die Siedlungswasserwirtschaft bereitgestellten Mittel.

2/512 Rücklagen

Die Entnahmen und Auflösungen von Haushaltsrücklagen hängen vom Bedarf der anweisenden Organe ab und werden, sofern sie nicht veranschlagt sind, zur Bedeckung von entsprechenden Mehrausgaben oder zweckgebundenen Mindereinnahmen herangezogen. Dies kann im Zeitpunkt der Veranschlagung nicht vorausgesehen werden.

2/51217 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt) + 349 317 000,-- S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der allgemeinen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

**2/51247 Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage
(nicht veranschlagt) + 935 390 205,76 S**

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben und zweckgebundenen Mindereinnahmen.

2/51258 Verringerung der Ausgleichsrücklage - 1 000 000 000,-- S

Mindereinnahme, weil diese Rücklagenverringerung nicht erforderlich war.

2/51267 Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt) + 1 232 302 000,-- S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

**2/51277 Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rücklage
(nicht veranschlagt) + 418 570 000,-- S**

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51297 Auflösung von Rücklagen + 856 125 709,31 S

Mehreinnahmen durch Rücklagenaufösungen vor allem im Zusammenhang mit der Verringerung des Katastrophenfonds-Rücklagenbestandes gemäß BGBl I Nr 130/1997 (506,3 Mill S), weiters aufgrund nicht mehr benötigter Rücklagenbestände im Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (293,0 Mill S) sowie weiterer nicht mehr benötigter Rücklagenbestände verschiedener Bereiche, die zur Bedeckung von Mehrausgaben gemäß den Budgetüberschreitungssetzen 1998, BGBl I Nr 75 und Nr 188, (54,1 Mill S) herangezogen wurden.

2/513 Zahlungen von der EU

2/51304 Artikel 81 EU-Beitrittsakte (EU)(+ 1,3 %) + 6 438 164,75 S

Mehreinnahmen durch günstigere Kursentwicklung des ECU.

2/51305 Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)(- 12,9 %) - 165 754 725,04 S

Mindereinnahmen infolge Umbuchung bestimmter Einnahmen auf den gemäß BFG-Novelle 1998 neueröffneten Voranschlagsansatz 2/51325.

2/51306 Europäischer Regionalfonds (EU) + 997 273 823,51 S

Mehreinnahmen, weil bei der Budgeterstellung eine Schätzung der Einnahmen nicht möglich war.

2/51314 EAGFL/Garantie (EU)(+ 6,6 %) + 689 635 752,93 S

Mehreinnahmen, da aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission der EU-Anteil für die agrarischen Umweltförderungen Österreichs erhöht wurde.

2/51315 EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)(- 17,9 %) - 312 655 836,44 S

Mindereinnahmen, da die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw Überweisungen erfolgten.

2/51325 Europäischer Sozialfonds (EU/Übrige) + 394 879 840,27 S

Mehreinnahmen, da die Eröffnung dieses Voranschlagsansatzes erst mit der BFG-Novelle 1998 (BGBl I Nr 74) veranlaßt wurde.

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen

2/51904 Allgemeine Einnahmen + 7 400 399,93 S

Mehreinnahmen infolge von Devisentermingeschäften.

8/5191 Kurzfristige Verpflichtungen

8/51919 Kurzfristige Aufnahmen des Bundes(- 31,6 %) - 23 719 400 000,-- S

Mindereinnahmen wegen geringerer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in fremder (18 447,4 Mill S) und in inländischer Währung (11 065,0 Mill S).

Mehreinnahmen infolge von Devisentermingeschäften (5 793,0 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 1/51918 und Ansatz 7/51919).

2/52 Öffentliche Abgaben

Der Bund verzeichnete vor Abzug der Überweisungen Mindereinnahmen von 14 408 Mill S (ungünstiger) und Mehreinnahmen von 16 966 Mill S (günstiger). Unter Berücksichtigung der Mehrüberweisungen von 808 Mill S (ungünstiger) und der Minderüberweisungen von 5 834 Mill S (günstiger), die bei den Titeln 2/528 und 2/529 als Abzugsposten verrechnet werden, lag der Bundesanteil an öffentlichen Abgaben in Höhe von 460 220 Mill S somit um 7 583 Mill S (günstiger) über der Voranschlagsannahme von 452 637 Mill S.

Die Mehreinnahmen von 16 966 Mill S entfielen hauptsächlich auf Lohnsteuer (5 651 Mill S), Körperschaftsteuer (5 614 Mill S), übrige Gebühren (2 059 Mill S), Mineralölsteuer (1 147 Mill S), Kapitalertragsteuer (672 Mill S), Gewerbesteuer (336 Mill S), Kapitalverkehrsteuern (322 Mill S), motorbezogene Versicherungssteuer (264 Mill S), Bundesgewerbesteuer (245 Mill S), Erbschafts- und Schenkungssteuer (188 Mill S), zweckgebundene Einnahmen des Altlastenbeitrags (98 Mill S), die Sicherheitsabgabe (97 Mill S), Wohnbauförderungsbeitrag (76 Mill S), Konzessionsabgabe (72 Mill S), Spielbankabgabe (41 Mill S), Sonderabgabe von Banken (36 Mill S), Erbschaftssteueräquivalent (27 Mill S) und auf Schaumweinsteuer (19 Mill S).

Die Mindereinnahmen von 14 408 Mill S entfielen hauptsächlich auf Umsatzsteuer (6 753 Mill S), Kapitalertragsteuer auf Zinsen (3 687 Mill S), Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben (1 064 Mill S), Energieabgabe (834 Mill S), Tabaksteuer (423 Mill S), Normverbrauchsabgabe (417 Mill S), Versicherungssteuer (410 Mill S), Zölle (203 Mill S), Biersteuer (160 Mill S), Alkoholsteuer (147 Mill S), Grunderwerbsteuer (133 Mill S), Kraftfahrzeugsteuer (58 Mill S), Straßenbenützungsabgabe (55 Mill S), veranlagte Einkommensteuer (28 Mill S) sowie auf zweckgebundene Einnahmen der Kraftfahrzeugsteuer (24 Mill S).

2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

2/52004 Veranlagte Einkommensteuer(- 0,1 %) - 28 043 902,57 S

Abweichungen in diesem Umfang sind in der Größenordnung der gerundeten Voranschlagsbeträge begründet.

2/52014 Lohnsteuer(+ 3,0 %) + 5 651 050 195,39 S

Mehreinnahmen, weil die Neuregelung der Steuererstattung betreffend Beiträge an Bausparkassen ab dem Jahre 1998 (BGBl I 1997/130) zum Zeitpunkt der Veranschlagung nicht bekannt war, die Sistierung der Freibetragsbescheide sich stärker als angenommen ausgewirkt hat und die Anzahl der unselbständig Be-

schäftigten gegenüber der Annahme im Zeitpunkt der Budgetierung stärker zugenommen hat.

2/52024 Kapitalertragsteuer(+ 14,3 %) + 672 031 340,93 S

Mehreinnahmen infolge Nichtvorhersehbarkeit des Ausschüttungsverhaltens.

2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen(- 14,7 %) - 3 687 330 878,63 S

Mindereinnahmen, weil das weitere Sinken der Zinsen gegenüber der Annahme im Zeitpunkt der Budgetierung nicht vorhersehbar war.

2/52034 Körperschaftsteuer(+ 12,1 %) + 5 613 959 897,73 S

Mehreinnahmen insbesondere durch höhere Zahlungen von Körperschaftsteuer durch die OeNB.

2/52044 Gewerbesteuer(+ 335,6 %) + 335 550 781,03 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52054 Bundesgewerbesteuer(+ 306,0 %) + 244 784 576,16 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52065 Erbschaftssteueräquivalent(+ 272,4 %) + 27 236 335,06 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer(+ 15,0 %) + 187 636 529,65 S

Mehreinnahmen infolge schwer abschätzbarer Gebarung.

2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag(+ 1,0 %) + 76 196 942,41 S

Abweichungen in diesem Umfang sind in der Größenordnung der gerundeten Voranschlagsbeträge begründet.

2/52094 Sonderabgabe von Banken + 36 011 949,- S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/522 Umsatzsteuer

2/52204 Umsatzsteuer(- 3,0 %) - 6 752 513 488,50 S

Mindereinnahmen, weil das Aufkommen 1997 als Grundlage für die Budgetierung überschätzt und ein höherer privater Konsum angenommen wurde.

2/523 Ein- und Ausfuhrabgaben

2/52304 Zölle(- 5,8 %) - 202 996 359,59 S

Mindereinnahmen, da sich das Wachstum der Importe geringer als angenommen entwickelt hat.

2/524 Verbrauchsteuern

2/52404 Tabaksteuer(- 2,7 %) - 422 535 806,67 S

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung sowie durch Überschätzung der Auswirkung steuerlicher Maßnahmen zur Verminderung der Einkäufe im benachbarten Ausland.

2/52414 Biersteuer(- 7,3 %) - 159 749 695,53 S

Mindereinnahmen durch Rückgang des Konsums von Biersorten mit hoher Stammwürze bei Substitution durch leichtere Sorten infolge der 0,5 Promillegrenze.

2/52444 Mineralölsteuer(+ 3,3 %) + 1 147 002 148,97 S

Mehreinnahmen infolge stetigen Ansteigens des Dieselverbrauches bei gleichbleibendem Verbrauch von Benzin und etwas gestiegenen Heizölbedarfes.

2/52464 Alkoholsteuer(- 10,9 %) - 146 740 645,43 S

Mindereinnahmen bedingt durch den Trend zu leichteren Getränken infolge der 0,5 Promillegrenze.

2/52484 Schaumweinsteuer(+ 6,2 %) + 18 693 708,50 S

Mehreinnahmen infolge gestiegenen Absatzes von Schaumwein (3,7 Mill S) sowie insbesondere von Zwischenerzeugnissen (15,0 Mill S).

2/525 Stempel- und Rechtsgebühren

2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren(- 0,2 %) - 7 339 570,63 S

Abweichungen in diesem Umfang sind in der Größenordnung der gerundeten Voranschlagsbeträge begründet.

2/52524 Übrige Gebühren(+ 37,4 %) + 2 059 014 180,31 S

Mehreinnahmen bei den sonstigen Gebühren (1 386,6 Mill S) vor allem durch den Verkauf von Genußrechten im Zusammenhang mit der Ausgliederung der ASFINAG und bei den Gebühren aus dem Glücksspielmonopol (672,4 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/526 Verkehrssteuern

2/52604 Kapitalverkehrssteuern(+ 26,8 %) + 322 030 901,13 S

Mehreinnahmen, da der diesen Steuern unterliegende Kapitalverkehr mittelfristig kaum abschätzbar ist.

2/52605 Sicherheitsabgabe(+ 38,9 %) + 97 186 373,-- S

Mehreinnahmen infolge vorsichtiger Budgetierung, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung ein Verfahren beim VwGH anhängig war.

2/52615 Energieabgabe(- 13,2 %) - 834 012 134,94 S

Mindereinnahmen infolge des milden Winters und zusätzlicher Energieabgabenvergütungen für das Jahr 1996 aufgrund einer Entscheidung des VwGH.

2/52624 Normverbrauchsabgabe(- 7,2 %) - 417 271 227,45 S

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52634 Grunderwerbsteuer(- 2,3 %) - 132 911 733,26 S

Mindereinnahmen, da der Umfang der dem Grunderwerbsteuergesetz unterliegenden Rechtsvorgänge schwer abschätzbar ist.

2/52644	Versicherungssteuer	(- 3,9 %)	- 409 799 426,53 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/52645	Motorbezogene Versicherungssteuer	(+ 2,8 %)	+ 264 154 348,06 S
	Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.		
2/52654	Straßenbenützungsgeld	(- 5,0 %)	- 54 696 383,99 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/52661	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	(- 2,3 %)	- 23 621 063,08 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/52664	Kraftfahrzeugsteuer	(- 7,7 %)	- 58 041 806,06 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.		
2/52674	Spielbankabgabe	(+ 3,1 %)	+ 40 850 510,22 S
	Mehreinnahmen infolge nicht einschätzbaren Spielverhaltens.		
2/52675	Konzessionsabgabe	(+ 2,8 %)	+ 71 876 119,-- S
	Mehreinnahmen infolge nicht einschätzbaren Spielverhaltens.		
2/52690	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	(+ 19,5 %)	+ 97 715 810,50 S
	Mehreinnahmen infolge vorsichtiger Veranschlagung aufgrund spärlich vorliegender Aufkommensdaten.		
2/52704	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	(- 6,7 %)	- 1 064 471 877,01 S
	Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung insbesondere der Abgabenguthaben (1 392,1 Mill S), weil deren Bestand zum Jahresende infolge starker Schwankungen schwer abschätzbar ist; weiters infolge zu hoher Veranschlagung bei den Einkommen- und Vermögensteuern (151,4 Mill S), der Sonderabgabe von Erdöl (23,5 Mill S), des Außenhandelsförderungsbeitrages (Wirtschaftskammer Österreich) (5,7 Mill S) sowie der Einnahmen gemäß § 60 des Zollgesetzes und § 69 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes (12,0 Mill S).		
	Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung insbesondere bei den sonstigen Abgaben (486,5 Mill S) und den Geldstrafen (34,4 Mill S).		
2/528	Ab Überweisungen (I)		
2/52804	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	(+ 1,0 %)	+ 1 685 252 495,-- S
	Minderüberweisungen im Zusammenhang mit den Abweichungen im Aufkommen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.		
2/52805	Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung	(+ 5,4 %)	+ 73 559 594,-- S
	Minderüberweisungen infolge von Mindereinnahmen an Umsatzsteuer.		
2/52814	Gewerbsteuer an die Gemeinden	(- 313,5 %)	- 313 501 751,37 S
	Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen an Gewerbesteuer.		

2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)(- 4,4 %) - 230 320 012,90 S

Mehrüberweisungen infolge des höheren Steueraufkommens.

2/52894 An den Katastrophenfonds(- 4,2 %) - 164 084 847,- S

Mehrüberweisungen infolge des höheren Steueraufkommens.

2/529 Ab Überweisungen (II)

2/52904 Beitrag zur Europäischen Union(+ 13,2 %) + 3 974 828 054,05 S

Minderüberweisungen insbesondere, weil zusätzliche Eigenmittelleistungen Österreichs aufgrund des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltes 1/1998 in Höhe von rd 1,1 Mrd S der EU erst im Jänner 1999 gutgeschrieben wurden, im Dezember 1998 eine außerordentliche Überweisung der EU in Höhe von rd 2,3 Mrd S zugunsten Österreichs erfolgte und Berichtigungen der Bemessungsgrundlagen für die Vorjahre (MwSt und BSP) für Österreich eine Gutschrift von rd 0,6 Mrd S ergaben.

2/53 Finanzausgleich

Mindereinnahmen in Höhe von 620 Mill S betrafen die Dotierung des Katastrophenfonds (546 Mill S) sowie die Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung (74 Mill S).

Die Mehreinnahmen betragen lediglich 19 000 S.

2/532 Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge und Ersätze

2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung(- 5,4 %) - 73 559 594,- S

Mindereinnahmen aufgrund des geringen Aufkommens an Umsatzsteuer.

2/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/53400 Dotierung des Katastrophenfonds(- 13,9 %) - 546 211 359,10 S

Mindereinnahmen aufgrund der Reduzierung der Dotierung gemäß § 5 Abs 1 des Katastrophenfondsgesetzes (709,2 Mill S) sowie geringere Einnahmen aus der Veranlagung der Fondsmittel (1,3 Mill S).

Mehreinnahmen aus den Aufkommensanteilen an Lohn-, Körperschaft- und Kapitalertragssteuer (164,1 Mill S).

2/54 Bundesvermögen

Mehreingänge von 8 246 Mill S entstanden vorwiegend aus erfolgswirksamen Einnahmen betreffend die Oesterreichische Nationalbank (3 728 Mill S) und internationale Finanzinstitutionen (338 Mill S) im Rahmen der Kapitalbeteiligung (Erträge), aus erfolgswirksamen Einnahmen aus Veräußerungserlösen im Rahmen der Kapitalbeteiligung (Erlöse) (2 601 Mill S), aus Fruchtgenußentgelten und Abgeltungen (129 Mill S), aus Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen) (67 Mill S) und sonstigen Veräußerungen (26 Mill S) von unbeweglichem Bundesvermögen, aus sonstigen Einziehungen zum Bundesschatz (86 Mill S), aus verschiedenen Abfuhrungen im Rahmen der besonderen Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen (709 Mill S), aus zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen (AFFG) (272 Mill S) und erfolgswirksamen Einnahmen (212 Mill S) im Rahmen der sonstigen Finanzhaftungen, aus erfolgswirksamen Einnahmen beim Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (33 Mill S) sowie aus

den Einnahmen sonstiger Unternehmungen im Rahmen der Kapitalbeteiligung (Erträge) (23 Mill S).

Mindereingänge von 7 064 Mill S betrafen hauptsächlich zweckgebundene bestandswirksame (2 999 Mill S) und erfolgswirksame (716 Mill S) Einnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz, bestandswirksame Einnahmen aus Veräußerungserlösen im Rahmen der Kapitalbeteiligung (Erlöse) (2 804 Mill S), die Konzessionsabgabe gemäß § 9 des Poststrukturgesetzes (468 Mill S) sowie geringere Rückzahlungen der Flughafenbetriebsgesellschaften (45 Mill S).

2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/5405 Internationale Finanzinstitutionen

2/54054 Erfolgswirksame Einnahmen + 337 850 450,75 S

Mehreinnahmen durch Kapitalrückzahlung der Europäischen Investitionsbank.

2/5407 Oesterreichische Nationalbank

2/54074 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 49,5 %) + 3 727 900 960,46 S

Mehreinnahmen durch die Neuregelung der Gewinnabfuhr gemäß Nationalbankgesetz-Novelle, BGBl I Nr 60/1998.

Die Bedeckungsvorsorge gemäß 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1998, BGBl I Nr 188, wurde im Ausmaß von 4,0 Mill S nicht sichergestellt.

2/54094 Sonstige Unternehmungen(+ 13,1 %) + 23 323 050,-- S

Mehreinnahmen aus nicht veranschlagten Dividendenzahlungen der BUWOG – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, GesmbH, (13,1 Mill S) und der Monopolverwaltungsgesellschaft mbH (5,0 Mill S) sowie aus höheren Dividendenzahlungen der Flughafen Wien AG (7,3 Mill S) und der Bundesländerflughäfen (zusammen 3,1 Mill S).

Mindereinnahmen wegen Entfalls der Dividendenzahlung der Dachstein Fremdenverkehrs-AG infolge Veräußerung der Beteiligungsanteile (4,0 Mill S).

2/541 Kapitalbeteiligung (Erlöse)

2/5418 Veräußerungserlöse

2/54184 Erfolgswirksame Einnahmen + 2 601 415 786,88 S

Mehreinnahmen zufolge einer Besserungszahlung der Post und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft im Zusammenhang mit den im Jahre 1996 erfolgten Aktienverkäufen betreffend die Bank Austria AG, weil bei diesem VA-Ansatz nur Erinnerungsbeträge veranschlagt worden waren.

2/54187 Bestandswirksame Einnahmen(- 93,5 %) - 2 803 870 544,44 S

Mindereinnahmen vor allem aufgrund der Verrechnung von zugunsten dieses VA-Ansatzes veranschlagten Einnahmen zugunsten des VA-Ansatzes 2/54184 (3 000,0 Mill S).

Mehreinnahmen durch die Veräußerung von Beteiligungsanteilen an der Österreichischen Exportfonds GesmbH (100,0 Mill S) und an der Dachstein Fremdenverkehrs-AG (95,6 Mill S).

2/542	Bundesarlehen	
2/5425	Sonstige Unternehmungen	
2/54254	Zinsen	(+ 17,1 %) + 12 217 243,18 S
Mehreinnahmen insbesondere an Zinsen aus Wohnbaurdarlehen zufolge im Dezember 1998 geleisteter Zahlungen (16,6 Mill S).		
Mindereinnahmen hauptsächlich an Zinsen aus Wohnbaurdarlehen an sonstige Unternehmungen aufgrund bereits im Dezember 1997 geleisteter Zahlungen (3,5 Mill S):		
2/5428	Ausland	
2/54284	Zinsen	(- 37,9 %) - 30 326 833,39 S
Mindereinnahmen wegen Rückgangs der variablen Zinssätze.		
2/543	Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile	
2/5430	Flughafenbetriebsgesellschaften	
2/54307	Rückzahlungen	(- 100,0 %) - 45 000 000,-- S
Mindereinnahmen infolge unterbliebener Umwandlung von Treuhandvermögen in Betriebsvermögen bei der Kärntner Flughafenbetriebsgesellschaft mbH.		
2/545	Einziehungen zum Bundesschatz	
2/5451	Einziehungen aufgrund besonderer Bestimmungen	
2/54514	Sonstige Einziehungen	(+ 247,8 %) + 86 470 945,30 S
Mehreinnahmen insbesondere infolge vermehrten Anfalls von erblosen Nachlässen (81,1 Mill S) und Abgabenüberzahlungen (5,0 Mill S).		
2/546	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/54602	Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen)	+ 67 325 366,70 S
Mehreinnahmen überwiegend aus den Veräußerungen von bebauten Grundstücken (31,9 Mill S), Gebäuden (27,3 Mill S) und unbebauten militärischen Liegenschaften (4,9 Mill S).		
2/54607	Veräußerungen	(+ 1,6 %) + 5 965 834,90 S
Mehreinnahmen vor allem aus den Veräußerungen von unbebauten Liegenschaften im Tauschwege (23,7 Mill S) und Gebäuden an sonstige Interessenten (13,9 Mill S) sowie aus den Veräußerungen von Gebäuden (17,5 Mill S) und unbebauten Liegenschaften (14,0 Mill S) durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH an sonstige Interessenten.		
Mindereinnahmen hauptsächlich wegen geringerer Veräußerungen von unbebauten (24,4 Mill S) und bebauten (7,0 Mill S) Liegenschaften an sonstige Interessenten, unbebauten Liegenschaften an Gemeinden (10,9 Mill S) und bebauten Liegenschaften durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH an Gemeinden (14,9 Mill S) und sonstige Interessenten (6,0 Mill S).		
2/54608	Veräußerungen (sonstige)	+ 26 138 585,67 S
Mehreinnahmen durch die Veräußerungen militärischer Liegenschaften.		

2/54624 Fruchtgenußentgelte und Abgeltung(+ 12,0 %) + 128 888 126,35 S

Mehreinnahmen vor allem wegen höherer Überweisungen von Fruchtgenußentgelten seitens der ASFINAG (91,0 Mill S), der Österreichischen Bundesforste AG (19,0 Mill S) und der Bundesimmobiliengesellschaft mbH (16,3 Mill S).

2/54625 Fruchtgenußentgelt (ASFINAG)

Die Bedeckungsvorsorge gemäß Budgetüberschreitungsgesetz 1998, BGBl I Nr 75, wurde im Ausmaß von 2 122,1 Mill S nicht sichergestellt. Demgegenüber wurde allerdings die gemäß leg cit genehmigte Überschreitung zugunsten des VA-Ansatzes 1/64298 in gleicher Höhe nicht ausgenützt.

2/547 Haftungsübernahmen des Bundes

2/5470 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)

2/54700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 19,9 %) - 716 419 422,78 S

Mindereingänge aus sonstigen Einnahmen aus Schadensfällen aufgrund geringeren Zinsenansfalls (1 067,5 Mill S). Weiters Mindereinnahmen aus den Zinsen zu dem niedrigeren Guthaben bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG (9,2 Mill S).

Mehreinnahmen bei den Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AFG (293,0 Mill S) und aus Wechselbürgschaften gemäß AFG (67,4 Mill S).

2/54702 Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen(- 43,5 %) - 2 998 691 343,09 S

Mindereinnahmen bei Rückersätzen aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien (2 917,1 Mill S) infolge geringeren Anfalls und bei Rückflüssen von Wechselbürgschaften (81,6 Mill S).

2/5471 Sonstige Finanzhaftungen

2/54710 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) (+ 83,8 %) + 272 239 527,95 S

Mehreinnahmen aus der Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG) infolge des günstigeren Austauschverhältnisses des Schillings zu ausländischen Währungen.

2/54714 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 82,6 %) + 211 632 542,18 S

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten aufgrund vermehrter Haftungsübernahmen (AFFG) (211,4 Mill S).

2/548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

2/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

2/54824 Erfolgswirksame Einnahmen + 32 679 883,67 S

Mehreinnahmen infolge Überweisung des 35 %igen Anteils der Gemeinde Wien an den Errichtungskosten der Ausstellungshalle beim Konferenzzentrum Wien und an den Adaptierungskosten für den Amtssitz der Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO).

2/54834 Verschiedene Abfuhrer + 709 220 070,82 S

Mehreinnahmen gemäß § 5 Abs 1 des Katastrophenfondsgesetzes 1996 idF BGBl I Nr 130/1997.

2/54854 Konzessionsabgabe gemäß § 9 Poststrukturgesetz – 468 219 163,65 S

Mindereinnahmen infolge Ausgleichs von im Jahre 1997 seitens der Post und Telekom Austria AG zu hoch geleisteten Akontozahlungen im Jahre 1998.

2/55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Mehreinnahmen von 834 Mill S betrafen hauptsächlich sonstige Pensionsbeiträge (483 Mill S), den Beitrag der Post und Telekom Austria AG (205 Mill S) und der Österreichischen Bundesbahnen (107 Mill S) sowie Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (zusammen 37 Mill S).

Mindereinnahmen von 140 Mill S entstanden vor allem bei Überweisungen von Pensionsträgern (121 Mill S) und beim Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG (17 Mill S) im Rahmen der sonstigen Pensionseinnahmen.

2/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

2/55006 Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten(+ 210,4 %) + 15 784 524,22 S

Mehreinnahmen durch die Zahlungen der Beiträge zur Deckung der Pensionsaufwände von ausgegliederten Gesellschaften, wie zB der Österreichischen Donau-Betriebs-AG (8,9 Mill S) und der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH (4,8 Mill S).

2/552 Sonstige Bedienstete

2/55205 Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten(+ 463,1 %) + 21 131 088,52 S

Die Mehreinnahmen ergeben sich vorwiegend aufgrund von Überweisungen des Pensionsaufwandes der Österreichischen Bundesforste AG (18,2 Mill S).

2/555 Sonstige Pensionsleistungen

2/5550 Österreichische Bundesbahnen

2/55504 Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen(+ 1,8 %) + 107 398 304,84 S

Mehreinnahmen beim Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (100,0 Mill S) infolge Bezugserhöhungen und beim Pensionsversicherungsbeitrag (12,9 Mill S) infolge Mehrausgaben beim Pensionsaufwand.

2/5551 Post und Telekom Austria AG

2/55514 Beitrag der Post und Telekom Austria AG(+ 5,1 %) + 205 280 994,76 S

Mehreinnahmen durch die Beitragszahlungen für Vorruhestandsbezieher.

2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

2/55604 Pensionsbeiträge(+ 7,3 %) + 482 921 987,30 S

Mehreinnahmen durch den gestiegenen Aktivaufwand (474,0 Mill S), durch die Nachzahlung des besonderen Pensionsbeitrages der PTA (5,2 Mill S) und infolge vermehrter Anrechnung von Ruhegehußvordienstzeiten (3,8 Mill S).

2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern(– 18,8 %) – 121 425 267,90 S

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen von Pensionsversicherungsträgern (126,2 Mill S).

Mehreinnahmen durch höhere Überweisungen der Länder (5,2 Mill S).

2/55615 Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG(- 2,7 %) - 16 668 040,10 S

Mindereinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag (17,1 Mill S), da von einer höheren Anzahl von Personen ausgegangen wurde.

57 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen

Die Beauftragung der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur, ab dem Finanzjahr 1998 Finanzierungen und Veranlagungen auch für ausgegliederte Rechtsträger des Bundes vorzunehmen, führte zur Aufnahme des Kapitels 57 ("Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen") in den Bundesvoranschlag. In Ermangelung von Erfahrungswerten wurden die Verrechnungsposten im Bundesvoranschlag nur mit jeweils 1 000 S dotiert, weshalb sämtliche Zahlungen der Bundesfinanzierungsagentur für die Rechtsträger zu überplanmäßigen Ausgaben führten, die ihr bei Fälligkeit von den Rechtsträgern zu ersetzen waren. Ausgaben für die Tilgung von Schuldaufnahmen und Währungstauschverträgen waren demnach zunächst als Ausgaben des Bundes zu verrechnen, ehe sie in einem zweiten Schritt von den Rechtsträgern zu erstatten und als Bundeseinnahmen zu verrechnen waren. Gleiches gilt – sinngemäß und in umgekehrter Form – für die Verrechnung von Einnahmen aus der Durchführung von Veranlagungen für Rechtsträger, der Aufnahme von Finanzschulden und in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Währungstauschverträgen.

Mehreinnahmen in Höhe von 97 061 Mill S betrafen vorwiegend kurzfristige Aufnahmen (32 646 Mill S) und Erträge aus Veranlagungen (53 Mill S) bei den kurzfristigen Verpflichtungen sowie erfolgswirksame Einnahmen (816 Mill S), alles beim Titel 579 "Sonstige Einnahmen". Weiters betrafen sie alle Ansätze für Erlöse aus Schuldaufnahmen (zusammen 30 393 Mill S), die Kapitalrückzahlung (29 551 Mill S), Zinsen und Aufgeld (227 Mill S) bei Krediten und Darlehen in inländischer Währung sowie erfolgswirksame Einnahmen bei Anleihen in inländischer (213 Mill S) und fremder (44 Mill S) Währung. Weitere Mehreinnahmen entstanden bei der Kapitalrückzahlung (3 096 Mill S) und bei Zinsen und Aufgeld (23 Mill S) von Krediten und Darlehen beim Titel 577 "Zahlungen in fremder Währung".

Die Mindereinnahmen betragen lediglich 43 000 S.

570 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

5700 Anleihen

2/57006 Erfolgswirksame Einnahmen + 212 968 797,29 S

Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Stückzinsen bei der Begebung von Bundesanleihen.

8/57009 Erlöse – Anleihen + 15 585 582 444,15 S

Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65c BHG.

5701 Bundesobligationen

8/57019 Erlöse – Bundesobligationen + 999 999 000,-- S

Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65c BHG.

571	Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung	
5711	Kredite und Darlehen von Kreditunternehmungen	
8/57119	Erlöse – Kredite und Darlehen von Kreditunternehmungen	+ 949 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65c BHG.	
5714	Sonstige Kredite und Darlehen	
8/57149	Erlöse – Sonstige Kredite und Darlehen	+ 674 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65c BHG.	
572	Zahlungen in inländischer Währung	
5724	Kredite und Darlehen	
2/57244	Zinsen und Aufgeld	+ 227 153 172,10 S
	Mehreinnahmen aus Zinsenzahlungen von Rechtsträgern des Bundes für Barvorlagen (33,4 Mill S) sowie die Gewährung von Darlehen (193,8 Mill S).	
8/57249	Kapitalrückzahlung	+ 29 550 509 978,-- S
	Mehreinnahmen aus der Rückzahlung von Barvorlagen durch Rechtsträger des Bundes.	
573	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5730	Anleihen	
2/57306	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 43 542 864,69 S
	Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Stückzinsen bei nach Voranschlagserstellung begebenen Anleihen.	
8/57309	Erlöse – Anleihen	+ 12 182 734 342,37 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65c BHG.	
577	Zahlungen in fremder Währung	
5774	Kredite und Darlehen	
2/57744	Zinsen und Aufgeld	+ 22 606 432,93 S
	Mehreinnahmen aus Zinsenzahlungen für Barvorlagen durch Rechtsträger des Bundes.	
8/57749	Kapitalrückzahlung	+ 3 095 824 000,-- S
	Mehreinnahmen aus der Rückzahlung von Barvorlagen durch Rechtsträger des Bundes.	

579 Sonstige Einnahmen

2/57904 Erfolgswirksame Einnahmen + 815 642 931,53 S

Mehreinnahmen aus Emissionsgewinnen in inländischer (453,7 Mill S) und fremder (360,2 Mill S) Währung sowie aufgrund sonstiger verschiedener Einnahmen (1,7 Mill S).

8/5791 Kurzfristige Verpflichtungen

8/57919 Kurzfristige Aufnahmen + 32 646 335 978,-- S

Mehreinnahmen aus der Aufnahme von Barvorlagen für Rechtsträger des Bundes in inländischer (29 550,5 Mill S) und fremder (3 095,8 Mill S) Währung.

2/57944 Erträge aus Veranlagungen + 53 088 188,47 S

Mehreinnahmen infolge Zinsenerträgen aus Veranlagungen für Rechtsträger des Bundes.

59 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Die Mehreinnahmen betragen 258 080 Mill S. Sie entstanden insbesondere bei allen Ansätzen für Erlöse aus Schuldaufnahmen (zusammen 239 811 Mill S), weil die Veranschlagung dieser Erlöse – abgesehen von Erinnerungsbeträgen – beim unten angeführten Ansatz 8/59849 als Pauschalvorsorge in einer Gesamtsumme erfolgte. Weitere Mehreinnahmen betrafen Kapitalforderungen der Finanzschuld in fremder Währung (11 505 Mill S), sonstige erfolgswirksame Einnahmen (3 095 Mill S) sowie die Überweisung des Nullkuponfonds (159 Mill S), ferner erfolgswirksame Einnahmen (titrierte Finanzschuld) von Anleihen in inländischer (1 747 Mill S) und fremder (775 Mill S) Währung. Die Mehreinnahmen im Rahmen von Währungstauschverträgen-Direktzahlung betrafen Kapital (438 Mill S) und Zinsen und Aufgeld (74 Mill S) von Anleihen in fremder Währung sowie Zinsen und Aufgeld von Anleihen in fremder Währung bei Währungstauschverträgen (474 Mill S).

Die Mindereinnahmen betragen 214 620 Mill S und entstanden hauptsächlich beim Ansatz 8/59849 "Schuldaufnahmen gemäß Art II BFG" (214 576 Mill S).

590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**5900 Anleihen**

2/59006 Erfolgswirksame Einnahmen + 1 747 233 651,77 S

Mehreinnahmen infolge Verrechnung von Stückzinsen (1 449,1 Mill S) sowie von Zinsen aus dem Bundesbesitz (235,6 Mill S) und aus Wertpapierleihe (62,5 Mill S) bei nach Voranschlagserstellung durchgeführten Kreditoperationen.

8/59009 Erlöse – Anleihen + 115 124 425 555,85 S

Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG (102 224,4 Mill S). Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849. Weitere Mehreinnahmen infolge Verrechnung der Eigenquote bei Bundesanleihen (12 900,0 Mill S).

5901 Bundesobligationen

8/59019 Erlöse – Bundesobligationen + 2 199 999 000,-- S

Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.

5908	Bundesschatzscheine	
8/59089	Erlöse – Bundesschatzscheine	+ 8 499 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
591	Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung	
5910	Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen	
8/59109	Erlöse – Kredite und Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen	+ 475 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
5911	Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen	
8/59119	Erlöse – Kredite und Darlehen von Kreditunternehmen	+ 4 069 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
5914	Sonstige Kredite und Darlehen	
8/59149	Erlöse – Sonstige Kredite und Darlehen	+ 610 608 222,22 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
593	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5930	Anleihen	
2/59306	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 775 306 693,48 S
	Mehreinnahmen infolge Verrechnung von Zinsen aus Wertpapierleihe (410,1 Mill S) und Stückzinsen (364,9 Mill S) bei nach Voranschlagserstellung durchgeführten Kreditoperationen in fremder Währung.	
8/59309	Erlöse – Anleihen	+ 94 098 638 657,62 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849 (87 698,5 Mill S); hinsichtlich eines Teilbetrags von 5 362,5 Mill S vgl Ansatz 7/59599. Weitere Mehreinnahmen infolge Verrechnung der Eigenquote bei einer Kreditoperation in fremder Währung (1 037,6 Mill S).	
5931	Schuldverschreibungen	
8/59319	Erlöse – Schuldverschreibungen	+ 14 329 389 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG (12 218,6 Mill S). Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849. Weitere Mehreinnahmen infolge Verrechnung der Eigenquote bei einer Kreditoperation in fremder Währung (2 110,8 Mill S).	

594	Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5944	Kredite und Darlehen	
8/59449	Erlöse – Kredite und Darlehen	+ 402 131 560,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit  65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
595	Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)	
5950	Anleihen in fremder Währung	
2/59506	Zinsen und Aufgeld (+ 1,1 %)	+ 74 394 999,61 S
	Mehreinnahmen für Zinsenaufwand wegen Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (142,8 Mill S). Weitere Mehreinnahmen infolge günstiger Kurswertänderung für Pfund Sterling (24,4 Mill S) und ECU (6,2 Mill S).	
	Mindereinnahmen vor allem infolge ungünstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw ungünstiger Kurswertänderung für Australische Dollar (50,5 Mill S), Tschechische Kronen (14,0 Mill S), Euro-Lira (8,6 Mill S), US-Dollar (7,1 Mill S), Canadische Dollar (6,0 Mill S), Polnische Zloty (5,5 Mill S), Südafrikanische Rand (3,6 Mill S) und Luxemburgische Francs (3,3 Mill S).	
8/59509	Kapital (+ 5,3 %)	+ 437 792 000,-- S
	Mehreinnahmen infolge Abschlusses eines Wahrungstauschvertrags bei einer Kreditoperation aus den Vorjahren in fremder Währung (403,9 Mill S) sowie günstiger Kurswertänderung für ECU (80,0 Mill S) und US-Dollar (24,1 Mill S).	
	Mindereinnahmen aufgrund ungünstiger Kurswertänderung für Euro-Lira (70,2 Mill S).	
5954	Kredite und Darlehen in fremder Währung	
2/59546	Zinsen und Aufgeld (– 17,8 %)	– 39 831 997,89 S
	Mindereinnahmen infolge ungünstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (39,8 Mill S).	
8/5959	Finanzschuld in fremder Währung	
8/59599	Kapitalforderung	+ 11 505 162 600,-- S
	Mehreinnahmen infolge Abschlusses eines Devisentermingeschafts bei einer Anleihe in fremder Währung (6 237,7 Mill S) sowie aus Erlösen von Kreditoperationen gemäß Art II BFG 1998 in Verbindung mit  65b Abs 1 BHG (5 267,5 Mill S). Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
596	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	
5960	Anleihen in fremder Währung	
2/59606	Zinsen und Aufgeld (+ 40,9 %)	+ 473 896 605,34 S
	Mehreinnahmen vor allem für Zinsenaufwand wegen Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (503,4 Mill S).	

Mindereinnahmen vor allem infolge ungünstiger Zinsentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Währungstauschverträgen bzw ungünstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (27,7 Mill S).

598 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

8/59849 Schuld aufnehmen gemäß Art II BFG(- 100,0 %) - 214 576 031 000,- S

Den Mindereinnahmen von 214 576,0 Mill S stehen auf den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 8/59009, 8/59019, 8/59089, 8/59109, 8/59119, 8/59149, 8/59309, 8/59319, 8/59449 und 8/59599 verteilt Mehreinnahmen von zusammen 212 641,4 Mill S gegenüber. Darin enthalten sind auch die Ausnützung von in Art II und VII BFG 1998 ausgesprochenen Ermächtigungen zur Aufnahme von Finanzschulden in Höhe von 20 573,4 Mill S. Außerdem wurde die Ermächtigung zur Aufnahme von Finanzschulden um die im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen in Höhe von 185,8 Mill S verringert. Im Ausmaß von 1 748,8 Mill S wurde von der diesem Ansatz zugrundeliegenden Schuld aufnehmen ermächtigung nicht Gebrauch gemacht.

2/599 Sonstige Einnahmen

2/59904 Erfolgswirksame Einnahmen + 3 094 895 747,72 S

Mehreinnahmen aus Emissionsgewinnen bei nach Voranschlagserstellung begebenen Anleihen in inländischer (2 020,3 Mill S) und fremder (839,4 Mill S) Währung, aus Kursgewinnen beim Erwerb von Bundstiteln (160,5 Mill S), aus sonstigen Einnahmen (38,6 Mill S), im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen (27,0 Mill S) sowie aus Leihentgelten von im Bundesbesitz befindlichen Bundstiteln (9,1 Mill S).

2/59914 Überweisung des Nullkuponfonds(+ 3,5 %) + 159 404 026,56 S

Mehreinnahmen aufgrund der Rückzahlung von Gewinnanteilen an den Bund infolge vorzeitiger Auflösung des Nullkuponfonds (159,4 Mill S).

2/60 Land- und Forstwirtschaft

Mindereingänge von 262 Mill S betrafen hauptsächlich Marktordnungsmaßnahmen bei Zucker (EU-Eigenmittel) (64 Mill S), land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben (36 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen bei den Bundesämtern für Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bundesanstalten (30 Mill S), den agrar- und forstpolitischen sowie wasserwirtschaftlichen Unterlagen (26 Mill S), im Zusammenhang mit öffentlichem Wassergut (24 Mill S) sowie im Bereich Bundesflüsse (16 Mill S), zweckgebundene Einnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds im Bereich Vollziehung des Hydrographiegesetzes (28 Mill S) und laufende Einnahmen gemäß BGBl Nr 1103/94, (14 Mill S).

Die Mehreingänge in Höhe von 236 Mill S betrafen vor allem Marktordnungsmaßnahmen der Milchquotenregelung, Zusatzabgabe (175 Mill S) sowie Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) im Bereich Bundesflüsse (30 Mill S).

2/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

2/6003 Agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen

2/60034 Erfolgswirksame Einnahmen(- 74,8 %) - 26 203 988,17 S

Mindereinnahmen bei den sonstigen Kostenersätzen der EU aufgrund zu hoher Veranschlagung (26,2 Mill S).

2/6005	Vollziehung des Hydrographiegesetzes	
2/60050	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(- 33,0 %) - 28 150 000,-- S
	Mindereinnahmen bei den Überweisungen für die Erhebung der Wassergüte aufgrund administrativer Abwicklungsprobleme bei den Ländern und der unterbliebenen Wasserrahmenrichtlinie, welche die Beobachtung der Seen mitberücksichtigt hätte (28,5 Mill S).	
2/60064	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	(- 100,0 %) - 36 001 934,-- S
	Mindereinnahmen infolge der Verrechnung der Gebühren gemäß Saatgutgesetz 1997 beim Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft sowie bei der Bundesanstalt für Agrarbiologie (36,0 Mill S).	
2/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
2/60190	Internationale Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckgebundene Einnahmen	+ 6 730 631,78 S
	Mehreinnahmen bei den zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung nicht vorhersehbaren Überweisungen der EU für die Beteiligung einiger nachgeordneter Dienststellen des BMLF an internationalen Forschungsprojekten (6,3 Mill S).	
2/603	Marktordnungsmaßnahmen	
2/60304	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 7 573 428,70 S
	Mehreinnahmen bei der Einbehaltung von Sicherstellungen infolge der nur teilweisen Ausnutzung der bei der AMA beantragten Ein- und Ausfuhrbewilligungen (7,5 Mill S).	
2/60305	Zucker, EU-Eigenmittel	(- 12,8 %) - 63 752 795,40 S
	Mindereinnahmen bei der Lagerabgabe aufgrund Senkung des Abgabesatzes von 3,62 auf 2,- ECU/t (64,8 Mill S).	
2/60324	Milchquotenregelung, Zusatzabgabe	+ 174 824 547,40 S
	Mehreinnahmen bei der Zusatzabgabe gemäß VO (EG) Nr 536/93 infolge erstmaliger Einhebung dieser für die Überschreitung der Referenzmenge im Zwölfmonatszeitraum 1997/98 anfallenden Abgabe (174,8 Mill S).	
2/605	Lehr- und Versuchsanstalten	
2/6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten	
2/60514	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 43,5 %) - 29 800 008,31 S
	Mindereinnahmen bei Untersuchungsgebühren vor allem infolge vermehrter Übernahme gesetzlicher Aufgaben und eines starken Rückganges der Aufträge von Dritten (29,5 Mill S).	
2/6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
2/60524	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 35,9 %) - 5 234 969,73 S
	Mindereinnahmen vor allem bei den Internatsbeiträgen infolge sinkender Schülerzahlen (4,8 Mill S).	

2/606	Übergangsregelungen	
2/60624	Laufende Einnahmen gemäß BGBl Nr 1103/94	(- 93,2 %) - 13 974 718,80 S
	Mindereinnahmen aufgrund noch anhängiger Entscheidungsfälle und nicht abgeschlossener Fragen im Bereich "Reis" (14,0 Mill S).	
2/608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	
2/6081	Öffentliches Wassergut	
2/60814	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 46,6 %) - 23 679 078,62 S
	Mindereinnahmen bei den Miet- und Pachtzinsen infolge zu hoher Veranschlagung und des Verkaufs von zahlreichen Landflächen des öffentlichen Wassergutes an Kärntner Seen an die Anrainer im Zuge des Ringtausches (23,0 Mill S).	
2/6084	Bundesflüsse	
2/60844	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)	(- 33,8 %) - 15 796 158,52 S
	Mindereinnahmen bei den Interessentenbeiträgen gemäß Wasserbautenförderungsgesetz infolge der schwer vorhersehbaren Beitragsleistungen aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungsschlüssel der einzelnen Vorhaben (15,8 Mill S).	
2/60890	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(+ 1,9 %) + 30 258 142,-- S
	Mehreinnahmen bei den Interessentengewässern, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (13,8 Mill S), bei den Wildbach- und Lawinenverbauungen, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (9,9 Mill S), und bei der Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (7,0 Mill S) infolge einer höheren Zuweisung von Mitteln des Katastrophenfonds zur Fertigstellung von Verbauungsmaßnahmen.	
2/63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	
2/630	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
2/6300	Zentraleitung	
2/63004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 32,7 %) + 35 166 679,08 S
	Die Mehreinnahmen resultieren im wesentlichen aus Kostenbeiträgen infolge vermehrter Anmeldungen zur Grundstücksdatenbank (36,9 Mill S).	
2/6301	Kapitalbeteiligungen	
2/63014	Erträge	(- 100,0 %) - 26 003 000,-- S
	Mindereinnahmen (26,0 Mill S) mangels Gewinnausschüttung der BIG.	
2/6315	Sonstige Wirtschaft (einschließlich Energiewesen und Tourismus)	
2/63159	Darlehensrückzahlungen	(+ 39,7 %) + 5 955 741,20 S
	Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Rückzahlungen aus der gemeinsamen Kreditaktion mit Kammern der gewerblichen Wirtschaft (6,0 Mill S).	
2/632	Einrichtungen des Patentwesens	
2/6320	Österreichisches Patentamt	

2/63204 Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz(+ 5,7 %) + 16 131 052,79 S

Mehreinnahmen bei den europäischen Patentgebühren (47,4 Mill S) sowie bei den inländischen Recherchegebühren (6,4 Mill S) durch zusätzliche Recherchen und bei den Markengebühren (4,1 Mill S) aufgrund erhöhter Anmeldungen.

Mindereinnahmen bei den inländischen Patentgebühren (30,8 Mill S) da es aufgrund des europäischen Patentübereinkommens zu geringeren inländischen Patentanmeldungen kommt und bei den Veröffentlichungen (11,7 Mill S) aufgrund geringerer Inanspruchnahme.

2/633 Bergbehörden

2/63305 Sonstige erfolgswirksame Einnahmen(- 7,6 %) - 21 881 661,96 S

Mindereinnahmen bei den schwer abschätzbaren Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen (21,9 Mill S) infolge zu hoher Präliminierung.

2/64 Bauten und Technik

Mindereingänge von 854 Mill S ergaben sich hauptsächlich wegen geringerer Zuweisung von Mitteln des Katastrophenfonds für den Wasserbau (333 Mill S) und wegen geringerer erfolgswirksamer (134 Mill S) und zweckgebundener erfolgswirksamer (43 Mill S) Einnahmen bei der Bundesstraßenverwaltung. Weiters bei zweckgebundenen Einnahmen (Beseitigung von Schäden) (101 Mill S) und (vorbeugende Maßnahmen) (87 Mill S) beim Katastrophenfonds, bei den erfolgswirksamen Einnahmen des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (77 Mill S) sowie der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (25 Mill S) und bei den Ersätzen der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (24 Mill S).

Die Mehreinnahmen betragen 98 Mill S.

2/640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

2/6402 Schönbrunner Tiergartenamt

2/64024 Erfolgswirksame Einnahmen(- 46,7 %) - 8 048 105,60 S

Mindereinnahmen zufolge der mit der Verminderung des Personalstandes einhergehenden Reduktion der Ersätze durch die Schönbrunn Kultur- und BetriebsgesmbH und infolge der direkten Entrichtung des von der Gesellschaft getragenen Beitrages zur Deckung des Pensionsaufwandes an das Bundespensionsamt.

2/64160 Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)(- 85,4 %) - 333 232 000,-- S

Mindereinnahmen infolge geringeren Mittelbedarfs; vgl Ansatz 1/64166.

2/6417 Technisches Versuchswesen

2/64174 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 529,7 %) + 9 694 220,39 S

Mehreinnahmen vor allem bei den refundierbaren Sachverständigengutachten (6,0 Mill S) aus der Zulassung von Umweltgutachten sowie für Akkreditierungen (4,5 Mill S) von Prüf- und Überwachungsstellen.

2/642	Bundesstraßenverwaltung	
2/64200	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(– 6,3 %) – 43 342 808,05 S
	Mindereinnahmen bei den Beiträgen von Gemeinden zu Straßenbauten (57,6 Mill S) mangels deren rechtzeitiger Kenntnis der Beitragshöhe, bei den Geldstrafen gemäß § 100 StVO (11,1 Mill S) wegen des an die ASFINAG übertragenen Fruchtgenußrechtes an den Bundesstraßen A + S sowie bei den Schadenersatzleistungen zufolge geringerer Anzahl von Schadensfällen (5,2 Mill S).	
	Mehreinnahmen aus Umsatzsteigerungen bei den Tankstellen und Raststationen (19,9 Mill S) sowie aus Vermietungen beweglichen Bundeseigentums (8,8 Mill S) und anderer Beiträge (3,2 Mill S) wegen zu niedriger Veranschlagung.	
2/64202	Veräußerungserlöse (zweckgebundene Einnahmen) ...	(+ 26,3 %) + 28 981 027,86 S
	Mehreinnahmen aus Liegenschaftsveräußerungen.	
2/64204	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 95,7 %) – 134 026 844,39 S
	Mindereinnahmen bei Schadenersatzleistungen wegen zu hoher Veranschlagung durch das BMF (117,3 Mill S).	
2/64207	Bestandswirksame Einnahmen	(– 60,0 %) – 5 217 927,47 S
	Mindereinnahmen wegen zu hoher Veranschlagung bei der Veräußerung von Kraftfahrzeugen (4,5 Mill S).	
1/64250	Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Einnahmen)	(– 20,0 %) – 86 804 000,-- S
	Mindereinnahmen wegen geringeren Mittelbedarfes für Schadensbeseitigungen.	
2/64260	Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Einnahmen)	(– 41,9 %) – 101 264 000,-- S
	Mindereinnahmen wegen geringeren Mittelbedarfes für Schadensbeseitigungen.	
2/644	Wasserbauverwaltung	
2/6441	Amt der Wasserstraßendirektion	
2/64414	Ersätze der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft	(– 29,5 %) – 23 564 635,40 S
	Mindereinnahmen wegen zu hoher Veranschlagung.	
2/645	Bundesgebäudeverwaltung	
2/6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)	
2/64534	Erfolgswirksame Einnahmen	(– 26,7 %) – 25 174 375,22 S
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen durch die BundesimmobiliengesmbH (19,4 Mill S) und bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (5,3 Mill S).	
2/646	Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung	
2/64604	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 4,2 %) + 15 424 284,87 S
	Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (13,9 Mill S).	

2/647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

2/64700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 143,2 %) + 38 793 458,97 S

Mehreinnahmen bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (12,1 Mill S), beim Beitrag des AMS Österreich (10,6 Mill S), bei Beiträgen der Länder zu Bauvorhaben des Bundes (6,3 Mill S) und bei Investitionsbeiträgen aus dem Ausland (13,0 Mill S).

Mindereinnahmen beim Beitrag des Wohnhaus-, Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds (10,5 Mill S).

2/649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**2/6490 Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens**

2/64904 Erfolgswirksame Einnahmen(- 30,9 %) - 77 185 372,43 S

Mindereinnahmen vor allem aus Eich- und Prüfgebühren. Durch den Beitritt zur EU kommt es zu einer Reduzierung der Eichungen, da die EU-Normen anerkannt werden müssen und gemäß EU-Konformitätsbewertungsverfahren Prüfungen vermehrt durch autorisierte Privatfirmen durchgeführt werden (80,5 Mill S). Weitere Mindereinnahmen aufgrund geringerer Vermessungstätigkeit (3,1 Mill S).

Mehreinnahmen aus Vergütungen von verschiedenen Bundesministerien (5,8 Mill S).

2/65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft

Mehreingänge von 124 Mill S betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen bei fernmeldebehördlichen Tätigkeiten (68 Mill S) und der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge (7 Mill S) sowie zweckgebundene Einnahmen bei den Mitteln gemäß ITF-Gesetz (41 Mill S).

Die Mindereinnahmen betragen 26 Mill S.

2/65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft**2/650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr****2/6500 Verwaltungsbereich Verkehr****2/6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten**

2/65024 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 10,7 %) + 68 375 250,29 S

Mehreinnahmen infolge höherer Funk-, Rundfunk- und Fernsehgebühren (67,2 Mill S).

2/652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**2/6527 Technologieförderung gemäß ITF-Gesetz**

2/65270 Mittel gemäß ITF-Gesetz (zweckgebundene Einnahmen)(+ 54,9 %) + 40 630 000,- S

Mehreinnahmen wegen höherer Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Innovations- und Technologiefonds (40,6 Mill S).

2/65273 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen(- 55,2 %) - 10 269 000,- S

Mindereinnahmen wegen geringerer Darlehensrückzahlungen (10,2 Mill S).

2/655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	
2/65504	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 399,6 %) + 7 200 048,03 S

Mehreinnahmen infolge der Neuregelung der Prüfungsgebühren (7,4 Mill S).

2/657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgebundene Gebarung)	
2/65700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(– 28,8 %) – 16 103 495,35 S

Mindereinnahmen, weil die Einnahmen für Wunschkennzeichen (12,2 Mill S) sowie die Zinsen aus der Veranlagung von Fondsmitteln (4,0 Mill S) unter den Erwartungen blieben.

2/71	Bundestheater	
2/712	Allgemeine Betriebseinnahmen	
2/71200	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	+ 7 203 090,91 S

Mehreinnahmen hauptsächlich durch Spenden der Förderer der Wiener Staatsoper.

2/71204	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 52,9 %) + 20 811 086,67 S
----------------	--	-------------------------------------

Mehreinnahmen durch sonstige Erträge (12,3 Mill S) und durch zusätzliche Fernsehübertragungen (10,1 Mill S) aufgrund vermehrter Aufzeichnungen.

2/713	Übrige Einnahmen	
2/71304	Tageseinnahmen	(+ 9,7 %) + 47 453 477,99 S

Mehreinnahmen aus dem täglichen Kartenverkauf (42,1 Mill S), aus den Einnahmen des Opernballes (5,8 Mill S) und aus dem Abonnementverkauf (4,7 Mill S).

Mindereinnahmen bei geschlossenen Vorstellungen (7,5 Mill S).

2/71305	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	(– 26,4 %) – 5 165 809,66 S
----------------	--	------------------------------------

Mindereinnahmen wegen Entfalls geplanter Gastspiele.

2/71504	Pensions- und Provisionsbeiträge	(+ 9,4 %) + 11 483 940,20 S
----------------	---	------------------------------------

Mehreinnahmen überwiegend aus Überweisungen von Pensionsträgern (5,9 Mill S) sowie aus Provisionsbeiträgen Z (3,2 Mill S).

5. Bericht zur Jahresbestandsrechnung

5.1 Darstellung des Vermögens und der Schulden

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Ver-

rechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

5.2 Darstellung des Kapitalausgleichs

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, so daß der Darstellung des Grundkapitals und des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt. Deren Aussagewert ist beschränkt, weil das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält und weil die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" bedeutsame Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert ist. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.2) verwiesen.

Das Grundkapital (Band 2, Tabelle B.1) entspricht dem in der Bilanz des Bundesbetriebes (Band 2, Tabelle B.6.2) ausgewiesenen Grundkapital, während für die sonstigen Stellen der Bundesverwaltung einschließlich der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes kein Grundkapital vorhanden und somit nicht nachweisbar ist. Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 1998 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 1997 unter Berücksichtigung der Ausgliederung von ehemaligen Bundesdienststellen (Amtsorgane, betriebsähnliche Einrichtungen, Bundesbetriebe). Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögensabgang ist im Band 2 in den Tabellen B.1 (Aktiva) und B.4 (Erträge) jeweils als letzte Position ausgewiesen.

5.3 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfaßte Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen für das Jahr 1998 der anweisenden Organe enthalten ist. Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung), betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes und Bundesbetrieben, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung unter anderen auch die vor dem 1. Jänner 1999 zu Lasten des Finanzjahres 1999 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsorgane gemäß § 57 Abs 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

5.4 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen für das Jahr 1998 der anweisenden Organe enthalten sind.

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen, betriebsähnlichen Einrichtungen und dem Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs 2 BHG (Auslaufzeitraum) zu Lasten des Finanzjahres 1998 geleisteten Zahlungen enthalten.

5.5 Rücklagen

In der Jahresbestandsrechnung werden auch die gemäß § 53 BHG gebildeten Haushaltsrücklagen gegengleich dargestellt (siehe auch TZ 3.8).

Die der Haushaltsrücklage zugeführten Beträge können nach Maßgabe der Bestimmungen des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes und gemäß § 53 BHG mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen in künftigen Finanzjahren verwendet werden und erhöhen dadurch den für die begünstigten Ausgaben vorgesehenen Ermächtigungsrahmen.

Auf den zur näheren Information im folgenden angeführten Rücklagenkonten wurden Umbuchungen, die aus den Tabellen B.3.3 "Übersichten über die Rücklagen" nicht hervorgehen, bei den Rücklagenbeständen vorgenommen.

Rücklagen- konten	Kontenbezeichnungen	Zubuchungen (+) Abbuchungen (-)
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklagen		
2981/244	Altlastenbeitrag (2/18620, 2/52690/8416/001))	+ 22 769 041,14 S
2981/254	Altlastenbeitrag/BMUJF (2/52690/8416/002)	- 22 769 041,14 S
Besondere Einnahmen-Rücklagen (EU)		
2989/702	Europäischer Sozialfonds (EU) (2/51305)	- 16 043 000,-- S
2989/708	Europäischer Sozialfonds (EU/Übrige) (2/51325)	+ 16 043 000,-- S

Gemäß § 53 Abs 3 BHG hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushalts einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Bezüglich der Gebarung der Ausgleichsrücklage im Finanzjahr 1998 wird auf die folgende Übersicht 11 verwiesen.

Den Stand der Haushaltsrücklagen und die Entwicklung der Rücklagen von 1989 bis 1998 zeigen die Übersichten 11 und 12.

Übersicht 11

Stand der Haushaltsrücklagen

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 1998	Entnahmen	Auflösungen	Zuführungen	Schließlicher Stand 1998
	Millionen Schilling				
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	7.747	- 1.166	- 809	+ 1.239	7.011
Allgemeine Rücklage	1.981	- 358	- 33	+ 2.000	3.590
Besondere Rücklage	5.590	- 1.232	- 62	+ 10.797	15.093
Besondere Einnahmen-Rücklage	555	- 418	-	+ 239	376
Besondere Aufwendungen-Rücklage	-	-	-	+ 655	655
Ausgleichsrücklage	5.711	-	-	+ 27	5.738
Summe	21.584	- 3.174	- 904	+ 14.957	32.463

Übersicht 12

Entwicklung der Rücklagen des Bundes

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Haushaltsrücklagen	32.547	33.773	26.229	34.151	30.365	29.163	21.146	19.181	21.584	32.463

5.6 Bundesbetrieb und betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs 2 Z 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der Bundesbetriebe und der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen. Die bundeseinheitliche Gliederung ist vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festzulegen. Siehe dazu aber auch TZ 5.1.

Die Abschlußrechnung des Bundesbetriebes Österreichischer Bundestheaterverband wird in Band 2, Tabelle B.6.2, veröffentlicht, die Abschlußrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen in Band 2, Tabellen B.6.1.

Die 1996 vorgenommenen Ausgliederungen der Bundesbetriebe Österreichische Bundesforste, Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung und Österreichische Bundesbahnen sowie die Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols hatten zur Folge, daß der Österreichische Bundestheaterverband als einziger Bundesbetrieb im Bundeshaushalt (Kapitel 71) enthalten ist und daher seit dem BRA 1997 nur mehr seine Abschlußrechnung im Band 2 des BRA veröffentlicht wird.

Übersicht 13 vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der bilanzmäßig ausgewiesenen Ergebnisse der Bundestheater im Zeitraum von 1989 bis 1998.

Übersicht 13 Entwicklung des Vermögensabganges (Reinverlust) der Bundestheater

Bundesbetrieb	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Reinverlust:										
Öst. Bundestheaterverband	1.615	1.681	1.854	2.003	2.038	2.228	2.378	1.580	2.265	2.283

5.7 Erläuterungen zur Jahresbestandsrechnung über Veränderungen des Vermögens und der Schulden des Bundes gegenüber dem Vorjahr

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 1998 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 1997 eingetretenen Veränderungen von über 50 Mill S betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Grundkapital und Kapitalausgleich) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AKTIVA

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

1. Anlagevermögen

2. Bebaute Grundstücke + 139 137 054,35 S

Zugänge im Bereich BMwA (124 Mill S) standen vorwiegend im Zusammenhang mit neuen Bauvorhaben.

3. Grundstückseinrichtungen + 1 942 838 338,05 S

Zugänge vorwiegend im Bereich BMwA (1 939 Mill S) betrafen hauptsächlich die Fertigstellung von Bauvorhaben, insbesondere der B 10 Budapester Straße, B 13 Laaber Straße, B 14 Klosterneuburger Straße, B 227 Donaukanal Straße, B 239 Laxenburger Straße sowie jener Straßenteile, die aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 in die Zuständigkeit der ASFINAG fielen.

4. Gebäude + 1 596 770 265,76 S

Zugänge im Bereich BMwA (1 355 Mill S) betrafen insbesondere die Fertigstellung von Bauvorhaben für die allgemeine Verwaltung sowie für Kultur- und Schulzwecke, Abgänge vor allem Betriebsgebäude und Bundessporteinrichtungen infolge deren Übergabe an die BIG, im Bereich BMJ (159 Mill S) erfolgten sie im Zusammenhang mit der Überrechnung eines Liegenschaftswerts durch die BBD Wien.

5. Sonderanlagen + 99 136 904,13 S

Zugänge entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

6. Maschinen und maschinelle Anlagen + 308 717 543,14 S

Zugänge betrafen im Bereich BMWV (150 Mill S) hauptsächlich die Anschaffung von ADV-Geräten und Zubehör sowie von verschiedenen Maschinen und maschinellen Anlagen, im Bereich BMUK (63 Mill S) vor allem die Anschaffung von ADV-Ausstattung und maschineller Ausstattung für Werkstätten und Laboratorien für Unterrichtszwecke.

8. Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel + 91 845 914,98 S

Zugänge entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung + 1 368 459 166,80 S

Zugänge betrafen im Bereich BMWV (438 Mill S) hauptsächlich Anschaffungen und Ersteinrichtungen für neue Institutsräume bei den Universitäten und Laboreinrichtungen, im Bereich BMUK (384 Mill S) vorwiegend die Einrichtung und Ausstattung für Neu-, Zu- und Umbauten bei allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden Schulen sowie Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung und entstanden weiters durch eine Neuregelung der Verrechnung von Software, im Bereich BMI (288 Mill S) betrafen sie vor allem die neugeregelte Verrechnung der Software sowie die Modernisierung der technischen Ausstattung, insb der Fernmeldeeinrichtungen bei Polizei und Gendarmerie. Im Bereich BKA (102 Mill S) resultieren sie ebenfalls aus der Neuregelung der Verrechnung von Software.

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen + 470 093 985,18 S

Zugänge entstanden im Bereich BMWA (418 Mill S) vorwiegend infolge der nachträglichen Erfassung verschiedener Bauträgerverpflichtungen im Zuge des Mängelbehebungsverfahrens gemäß § 9 (1) RHG, durch Neubeginn und Weiterführung von Bauvorhaben an der B 331 Pinzgauer Ersatzstraße, der B 3 Donaustraße sowie von Verwaltungsgebäuden, berufsbildenden Schulen und Bundesanstalten, Abgänge infolge der Fertigstellung und Umbuchung von Bauvorhaben, insbesondere der B 227 Donaukanal Straße, der B 117 Buchauer Straße, der B 193 Faschina Straße, an sonstigen Gebäuden, an Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten, im Bereich BMA (120 Mill S) durch Neu- bzw Umbauten von Amtsgebäuden sowie Instandsetzungen von Amts- und Wohngebäuden bei Vertretungsbehörden im Ausland.

Die Abgänge im Bereich BKA (71 Mill S) ergaben sich durch die Übergabe abgeschlossener Bauvorhaben bei den Bundessportheimen an die Bundesgebäudeverwaltungen.

14. Aktivierungsfähige Rechte - 663 303 600,45 S

Abgänge entstanden im Bereich BMWV (173 Mill S) durch die Neuregelung der Verrechnung von Software und die damit verbundene Berichtigung in der Vermögensaufschreibung noch zu Lasten des Jahres 1998, in den Bereichen BMUK (119 Mill S), BMI (110 Mill S), BMAGS (86 Mill S) und BKA (76 Mill S) ebenfalls durch die Neuregelung der Software-Verrechnung und den damit verbundenen Ausbuchungen.

15. Beteiligungen + 10 305 901 582,-- S

Zugänge entstanden im Bereich Verkehr (8 657 Mill S) durch die Kapitalaufstockung der ÖBB, die Erhöhung des Stammkapitals der SCHIG, die Errichtung der Graz-Köflacher-Eisenbahn GmbH sowie die Kapitalzuführung an die Technologieimpulse GmbH, im Bereich BMF (1 249 Mill S) einerseits vor allem durch Erhöhungen im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen bei Internationalen Finanzinstitutionen sowie durch die Abrechnung der Anzahlung für Kapitalbeteiligungen an der Finanzierungsgarantie GesmbH, andererseits durch Verminderungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Anteilsrechten der Dach-

stein-Fremdenverkehrs AG und der Österreichischen Exportsfonds GmbH sowie durch die Übergabe von Bundesanteilen der Austrian Airlines-Österreichische Luftverkehrs AG, der Flughafen Wien AG und der Dorotheum Auktions, Versatz- und Bank-Gesellschaft mbH an die Österreichische Industrieholding AG. Im Bereich BMLF (699 Mill S) entstanden sie durch die Aufstockung des Stammkapitals der Landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften Gesellschaft mbH.

Abgänge entstanden im Bereich BKA (300 Mill S) infolge der Übernahme der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Österreichischen Staatsdruckerei AG durch das BMF.

17. Anzahlungen für Anlagen – 86 861 155,14 S

Abgänge ergaben sich vor allem im Bereich BMF (100 Mill S) infolge der Abrechnung der geleisteten Anzahlung für die Kapitalerhöhung an die Finanzierungsgarantie GesmbH.

II. Umlaufvermögen

5. Guthaben bei der ÖPSK – 2 815 151 453,52 S

Abnahme im Bereich BMF (2 791 Mill S) vor allem wegen geringerer Veranlagungen auf dem Termineinlagenkonto, andererseits höherer Veranlagungen auf dem PSK-Hauptkonto.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen + 4 143 636 909,68 S

Die Erhöhungen im Bereich BMF (4 108 Mill S) setzten sich einerseits vorwiegend aus höheren Veranlagungen von Bundesmitteln bei diversen Kreditinstituten und sonstigen Gesellschaften durch die ÖBFA sowie aus Veranlagungen gemäß § 2 Abs 1 Z 10 Bundesfinanzierungsgesetz und höheren Zinsen bei diversen Co-Finanzierungsprojekten, andererseits aus Verminderungen durch geringere Rückstellungen bei der ÖKB gemäß § 7 AFG, vermehrte Mittelinanspruchnahmen aus der Siedlungswasserwirtschaft und geringere Guthaben infolge vermehrter Haftungsinanspruchnahmen gemäß §§ 3 bis 5 AFFG zusammen.

8. Schwebende Geldgebarungen – 5 633 934 687,15 S

Abgänge im Bereich BMF (5 600 Mill S) entstanden bei nicht abgebuchten Aufträgen an Kreditunternehmungen.

10. Wertpapiere und Gesellschaftsanteile des Umlaufvermögens – 10 272 479 642,78 S

Die Abgänge im Bereich BMF (10 243 Mill S) ergaben sich vorwiegend aus der geringeren Veranlagung von Kassenmitteln in Form unechter Pensionsgeschäfte von Wertpapieren bei Kreditinstitutionen gemäß § 50 Abs 3 BWG, Erhöhungen aus der vermehrten Veranlagung von Mitteln des Katastrophenfonds und durch die erstmalige Durchführung von Wertpapierpensionsgeschäften für Rechtsträger.

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – 7 369 170 446,69 S

Abgänge gab es im Bereich BMAGS (7 239 Mill S) wegen des Wegfalls der Forderungen aus Beiträgen zum Karenzurlaubsgeld an den Familienlastenausgleichsfonds, im Bereich BMF (176 Mill S) wegen geringerer Forderungseinbuchungen im IT-Bereich sowie geringeren fälligen und nichtfälligen Forderungen aus Grundstücks- und Liegenschaftsverkäufen.

12. Forderungen aus Darlehen – 6 793 019 031,53 S

Abgänge ergaben sich im Bereich BMF (6 656 Mill S) vorwiegend durch die Überstellung der Verrechnung von Wertpapierleihen samt Entschädigungszahlungen vom Kap 51 auf Kap 59, geringeren Forderungen an die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) und an Unternehmen mit Bundesbeteiligung, im Bereich BMA (99 Mill S) durch die Rückzahlung von nicht zur Gänze ausgenützten Darlehen im Bereich der Entwicklungshilfe durch die Österreichische Kontrollbank.

13. Forderungen aus Haftungsinanspruchnahmen + 369 051 323,11 S

Zugänge im Bereich BMF (369 Mill S) ergaben sich wegen höherer Forderungen aus Rückersätzen bei Haftungsübernahmen gemäß AFG.

14. Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen + 516 464 094,78 S

Zugänge im Bereich BMUJF (514 Mill S) ergaben sich aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl Nr 451/1985.

16. Ersatzforderungen – 136 000 937,06 S

Abgänge ergaben sich im Bereich BMAGS (71 Mill S) vorwiegend aus der Arbeitslosenversicherung, im Bereich BMLV (63 Mill S) vor allem aus der Verringerung des Zinsenguthabens betreffend vorzeitig geleistete Vorauszahlungen.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen + 76 446 765,67 S

Zugänge entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

18. Forderungen aus Währungstauschverträgen – 8 883 135 147,21 S

Verminderungen betrafen im Bereich BMF (8 883 Mill S) die Tilgung von Währungstauschverträgen.

19. Forderungen an Rechtsträger + 30 405 579 703,38 S

Zugänge entstanden im Bereich BMF (30 406 Mill S) durch die Finanzierung diverser Rechtsträger.

20. Sonstige Forderungen + 17 897 763 495,45 S

Zugänge im Bereich BMF (20 369 Mill S) setzten sich einerseits hauptsächlich aus den im Jahre 1998 erworbenen Bundstiteln in inländischer und fremder Währung, aus der Überstellung der Verrechnung von Bundesanleihen vom Kap 51 in das Kap 59, aus erhöhten nichtfälligen Forderungen bei den 0%-Französische-Francs-Schuldverschreibungen 1991-2006/I, II und III (SWAP) sowie aus vermehrten Steuerrückständen bei den Finanz- und Zollämtern, andererseits aus geringeren Forderungen gegenüber dem Nullkuponfonds und aus verringerten Forderungsvorschreibungen sowie weggefallenen Rabatfforderungen an die PTA, zusammen. Im Bereich BMAGS (3 137 Mill S) entstanden sie einerseits vorwiegend wegen der Erhöhung der nichtfälligen sonstigen Forderungen, insb der Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre auf Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung sowie der übrigen fälligen und nichtfälligen sonstigen Forderungen im gesamten Ressortbereich, andererseits durch die Verminderung der fälligen sonstigen Forderungen auf Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und der nichtfälligen sonstigen Forderungen insb an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen. Im Bereich Verkehr (118 Mill S) entstanden sie durch die Zunahme der Evidenzforderungen für Finanzierungen durch Dritte.

Abgänge im Bereich BMUJF (5 670 Mill S) betrafen vor allem verminderte Forderungen gegenüber dem Reservefonds für Familienbeihilfen und gleichzeitig erhöhte Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, im Bereich BMJ (84 Mill S) den Rückgang fälliger Forderungen bei Strafgehdern.

21. Haushaltsrücklagen + 10 878 880 191,95 S

Siehe die gleichbezeichnete Position unter Passiva.

III. Aktive Rechnungsabgrenzung + 7 391 284 227,22 S

Überwiegend mehr im Bereich BMF (8 513 Mill S), vorwiegend durch die Verrechnung einer Schuldaufnahme (3,9 % Euro-ECU-Bundesanleihe 1998-2005/III) gemäß § 65a (1a) BHG 1986 idgF (Finanzschuldaufnahme 1998 mit Zuzählung 1999), einer Tilgung infolge Konversion 1999, durch Vorlaufzahlungen für Pensionen, Pflegegeldersatz und Aufwandsersatz der ÖBB sowie durch die Erhöhung der Beamtenbezüge und Beamtenpensionen ab Jänner 1999. Im Bereich BMI (87 Mill S) betrafen die Erhöhungen Auszahlungen im Vorlaufzeitraum im Zusammenhang mit fälligen Rechnungen bzw erhöhten Bezügen.

Vorwiegend weniger im Bereich BMAGS (1 217 Mill S), einerseits durch die Verminderung der Vorschüsse an die Sozialversicherungsträger für Leistungen im Bereich der Sozialversicherung und im übrigen Ressortbereich, andererseits durch die Erhöhung der Vorschüsse für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz.

V. Grundkapital und Kapitalausgleich

Das Grundkapital des Bundesbetriebes Bundestheaterverband in Höhe von 250 Mill S blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der negative schließliche Kapitalausgleich betrug 1 172 587 Mill S. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 77 414 Mill S. Auf die Ausführungen unter TZ 5.2 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA

I. Rücklagen

1. Haushaltsrücklagen + 10 878 880 191,95 S

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 1998 erfolgten Entnahmen und Auflösungen sowie Zuführungen. Einzelheiten sind der TZ 3.8 dieses Berichtes zu entnehmen.

III. Schulden

1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen + 2 081 009 923,17 S

Zugänge entstanden im Bereich BMLV (1 792 Mill S) vor allem aus Vorbelastungen für künftige Finanzjahre im Zusammenhang mit der Beschaffung von Panzern und Wärmebildgeräten, im Bereich BMI (318 Mill S) vorwiegend durch die Erfassung von geplanten Vorhaben im Zusammenhang mit der Räumung von Mülldeponien.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen + 144 813 671,26 S

Zugänge entstanden im Bereich Verkehr (122 Mill S) durch die Vorschreibungen für zu erwartende EU-Gelder.

3. Ersatzschulden + 13 619 004 233,07 S

Zugänge entstanden vor allem im Bereich BMF (13 618 Mill S) vorwiegend durch die erstmalig erfolgte voranschlagswirksame Verrechnung der Guthaben auf Abgabekonten.

5. Schulden aus Währungstauschverträgen - 3 208 804 700,85 S

Abgänge entstanden im Bereich BMF (3 209 Mill S) vor allem infolge der Tilgung von Währungstauschverträgen.

6. Sonstige Schulden - 7 534 878 409,94 S

Die Abgänge entstanden im Bereich BMF (8 040 Mill S) einerseits durch die erstmalig erfolgte voranschlagswirksame Verrechnung der Guthaben auf Abgabekonten, durch geringere nichtfällige sonstige Schulden für den Finanzausgleich, durch die Abstattungen an Internationale Finanzinstitutionen, durch die Abstattung von Schulden an die IAKW und an die ÖIAG sowie durch verminderte Schulden durch die Zurückstellung von Silbergedenkmünzen, andererseits durch Erhöhungen bei den Internationalen Finanzinstitutionen, bei den Ertragsanteilen und der Krankenanstaltenfinanzierung, bei den EU-Beitragsschulden, bei den Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen, durch höhere nichtfällige sonstige Schulden beim Kopfquotenausgleich sowie durch höhere Dienstgeberbeiträge für Personalausgaben bei der PTA. Im Bereich BMwA (375 Mill S) betrafen sie Korrekturen der Forderungen bei diversen Förderungsaktionen in den Bereichen Fremdenverkehr und Technologie. Im Bereich BMLF (133 Mill S) entstanden sie durch die Verminderung der nichtfälligen Schulden, insb durch den Wegfall der auf den Zeitraum 1995 bis 1998 begrenzten degressiven Ausgleichszahlungen, der Interventionsmaßnahmen für Getreide und durch die Bezahlung der Zinsaufwendungen bezüglich der Finanzierung des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft in Hirschstetten.

Zugänge entstanden im Bereich BMAGS (354 Mill S) einerseits durch die Erhöhung der nichtfälligen sonstigen Schulden an die Sozialversicherungsträger betreffend Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung sowie im übrigen Ressortbereich, andererseits durch die Verminderung der fälligen sonstigen Schulden betreffend Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und im übrigen Ressortbereich sowie der nichtfälligen sonstigen Schulden an Sonderunterstützungen und Leistungen nach dem AIVG, in den Bereichen BMUK (248 Mill S), BMI (207 Mill S), BMWV (119 Mill S) und BMLV (97 Mill S) durch die erstmalige Darstellung der offenen Schulden der Applikation Bundesbesoldung zum Jahresende.

7. Finanzschulden + 101 939 347 873,68 S

Die Zugänge im Bereich BMF (101 939 Mill S) betrafen die Abdeckung des Allgemeinen Haushalts in der Höhe des Abgangs, die Aufnahme von Mitteln im Zusammenhang mit Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger im Kap 57 und entstanden weiters durch die Überstellung der Verrechnung von Bundesanleihen und Wertpapierleihen vom Kap 51 in das Kap 59.

V. Passive Rechnungsabgrenzung + 4 795 351 609,24 S

Höhere Zahlungen ergaben sich im Bereich BMF (8 352 Mill S) einerseits aus der Gebührenrichtigstellung einer Schuldaufnahme (3,9 % Euro-ECU-Bundesanleihe 1998-2005/III) gemäß § 65a (1a) BHG 1986 idgF (Finanzschuld Aufnahme 1998 mit Zuzählung 1999) sowie aus Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangele-

genheiten, andererseits durch Verminderungen im Zusammenhang mit der Verrechnung der Jänner 1998-Pensionen der Landeslehrer im Auslaufzeitraum 1997 im Bereich des LSR für Wien und durch den Wegfall der im Jahre 1997 erfolgten Einzahlungen aus dem Vermittlungsdienst bei Konkursangelegenheiten im Bereich der Finanzprokurator. Im Bereich Verkehr (1 426 Mill S) ergaben sie sich durch vermehrtes Zahlungsaufkommen zum Jahresende bei Förderungen bzw der Überweisung an die SCHIG, in den Bereichen BMwA (711 Mill S) und Gesundheit (206 Mill S) infolge höherer Zahlungen im Auslaufzeitraum, insb beim klinischen Mehraufwand und beim Mutter-Kind-Paß sowie in den übrigen Bereichen der Gesundheit, im Bereich BMWV (64 Mill S) infolge erhöhter Zahlungen im Auslaufzeitraum.

Niedrigere Zahlungen entstanden im Bereich BMAGS (5 245 Mill S) vorwiegend wegen verminderter Zahlungen im Auslaufzeitraum an die Sozialversicherungsträger für Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung, Überweisungen an den Ausgleichstaxfonds und an Betriebe im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Im Bereich BMLV (468 Mill S) entstanden sie infolge geringerer Zahlungen im Auslaufzeitraum im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waffen, im Bereich BMA (87 Mill S) wegen geringerer Zahlungen im Auslaufzeitraum im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe sowie infolge fristgemäßer Verbuchung der Kassenabrechnungen der Vertretungen im Ausland, im Bereich BMJ (75 Mill S) wegen verminderter Zahlungen der Justizbehörden in den Ländern im Auslaufzeitraum, im Bereich BMI (70 Mill S) durch geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum infolge von Einsparungen und verbesserten Ververfahrensabläufen.

6. Bericht zur Jahreserfolgsrechnung

6.1 Darstellung der Aufwendungen und Erträge

§ 98 Abs 2 Z 3 bzw 4 BHG sieht die Aufstellung von Erfolgsrechnungen für den gesamten Bereich des Bundes vor. Für den Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband und die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes ist der Abschluß der Erfolgsrechnung in der Gestalt einer Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtend vorgeschrieben, deren Form und Gliederung durch die Rechnungslegungsverordnung bundeseinheitlich festgelegt ist (siehe dazu auch TZ 5.1). Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, sodaß der Darstellung des Vermögensabgangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition zukommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 5.1 und 5.2) gelten sinngemäß.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4).

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen, dem Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).

6.2 Erläuterungen zur Jahreserfolgsrechnung über Veränderungen der Aufwendungen und Erträge des Bundes gegenüber dem Vorjahr

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 1998 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Jahre 1997 eingetretenen Veränderungen von über 50 Mill S betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Vermögensabgang) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AUFWENDUNGEN

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

I. Aufwand für Bedienstete

1. **Aktivitätsaufwand** + 2 763 763 888,24 S

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMUK (1 066 Mill S) überwiegend infolge nachträglicher Änderungen wie zB der Verschiebung der Einsparung von Mehrdienstleistungen von 1998 auf 1999 und der Sistierung des Repetierverbotes, im Bereich BMI (676 Mill S) vor allem infolge vermehrter Dienstzuteilungen bzw infolge der Errichtung der neuen Sondereinheit für Observation und aufgrund des personellen Ausbaues des Grenzdienstes im Bereich der Gendarmerie. Im Bereich BMLV (589 Mill S) betrafen sie hauptsächlich Geldbezüge der Beamten und Militärpersonen auf Zeit wegen der kontinuierlich steigenden Kosten für den laufenden Grenzeinsatz sowie gestiegene Mehrleistungen. Im Bereich BMWV (391 Mill S) entstanden sie vorwiegend infolge der allgemeinen Bezugserhöhung für Beamte und Vertragsbedienstete, der Besoldungsreform für Beamte sowie der allgemeinen Vorrückungen. Im Bereich BMJ (150 Mill S) entstanden sie durch die mit Jänner 1998 wirksam gewordene Bezugsregelung und durch das Ansteigen der Mehrleistungsvergütungen, im Bereich BKA (76 Mill S) hauptsächlich infolge der Besoldungsreform und durch den Vollbetrieb im Unabhängigen Bundesasylsenat, im Bereich BMAGS (53 Mill S) infolge der Übernahme von Bediensteten des ehemaligen BMGK, im Bereich BMA (51 Mill S) aufgrund von Dienstzuteilungen, infolge von Optierungen in das neue Besoldungsschema sowie im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft.

Niedrigere Aufwendungen gab es im Bereich BMF (319-Mill S) hauptsächlich durch Karenzierungen, Versetzungen bzw durch die Reduzierung von Nebentätigkeiten und Belohnungen, im Bereich Gesundheit (53 Mill S) infolge der Verminderung der Geldbezüge im gesamten Gesundheitsbereich.

2. **Pensionsaufwand** + 519 567 883,30 S

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (514 Mill S) aufgrund der höheren Einmalzahlung im Jahre 1998 sowie durch den stärkeren Anfall an Versorgungsempfängern.

3. **Gesetzlicher Sozialaufwand** + 210 237 028,57 S

Höhere Aufwendungen entstanden in den Bereichen BMUK (177 Mill S) und BMWV (65 Mill S) für Dienstgeberbeiträge infolge des vermehrten Aktivitätsaufwands.

Niedrigere Aufwendungen betrafen im Bereich BMAGS (137 Mill S) die Verminderung des gesetzlichen Sozialaufwandes, insb der Dienstgeberbeiträge im gesamten Ressortbereich.

II. Öffentliche Abgaben - 87 584 363,96 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (59 Mill S) vor allem im Zusammenhang mit der Abgaben- und Gebührenbefreiung lt BGBl I Nr 124/1997 und der KEST-Befreiung bei den Veranlagungen der Mittel der Siedlungswasserwirtschaft; andererseits resultieren Mehraufwendungen aus der Verrechnung der Börsenumsatzsteuer für das BMLV und der höheren KEST-Abfuhr aus den Zinserträgen beim AFG.

III. Abschreibungen und Wertberichtigungen

1. Anlagevermögen - 5 039 331 833,11 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMWA (5 149 Mill S) infolge der Fertigstellung von Bauvorhaben im Straßenbau. Im Bereich BMI (214 Mill S) sind sie vor allem auf erhöhte Abschreibungen im Jahre 1997 (Dienst-Kfz sowie das Ausscheiden eines Großrechners) zurückzuführen. Im Bereich Verkehr (66 Mill S) entstanden sie durch Neuregelungen für die Verbuchung von Software und deren damit zusammenhängende Ausbuchung.

Höhere Aufwendungen entstanden in den Bereichen BMJ (163 Mill S) und BMWV (56 Mill S) infolge vermehrter Anschaffungen und damit verbunden höherer Abschreibungen für Abnutzung, im Bereich BKA (50 Mill S) aufgrund von Neuanschaffungen sowie als Folge vermehrter Ausscheidungen.

2. Umlaufvermögen + 149 892 551,02 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMJ (150 Mill S) infolge der Erhöhung der Abschreibung von Forderungen durch die Gerichte und Einbringungsstellen.

IV. Übrige Aufwendungen

1. Geringwertige Gebrauchsgüter und Ersatzteile + 135 794 068,94 S

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMI (60 Mill S) durch den Ausbau des Büroautomationssystems, für die Ausstattung der Sondereinheit für Observation und den Grenzdienst sowie infolge der allgemeinen Verbesserung der Ausrüstung und für Ersatzteile bei den Luftfahrzeugen.

2. Werkstoffe, Handelswaren, Verbrauchsgüter + 105 645 606,02 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich Gesundheit (72 Mill S) infolge einer unentgeltlichen Impfkampagne.

5. Aufwandsentschädigungen + 83 165 933,54 S

Höhere Aufwendungen im Bereich BMI (57 Mill S) betrafen vorwiegend das Nachtdienstgeld für Polizei und Gendarmerie.

8. Energiebezüge - 104 535 357,54 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, da sie jeweils unter die Betragsgrenze von 50 Mill S fielen.

9. Instandhaltung durch Dritte + 537 432 046,21 S

Höhere Aufwendungen im Bereich BMWA (485 Mill S) gab es im Bereich der Bundesstraßenverwaltungen Oberösterreich, Burgenland und Kärnten sowie im Bereich des Bundeshochbaues bei den Landesregierungen Salzburg und Steiermark, im Bereich BMLV (63 Mill S) infolge vermehrt erforderlicher Instandhaltung von Kfz.

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMI (66 Mill S) durch den Abschluß von Renovierungsarbeiten bei der Instandhaltung von Gebäuden sowie durch die Modernisierung der Kommunikationstechnik.

10. Transporte durch Dritte - 169 911 540,84 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMUJF (282 Mill S) insbesondere durch Minderausgaben bei den Schüler- und Lehrlingsfreifahrten.

Höhere Aufwendungen im Bereich BMLV (55 Mill S) resultieren aus Mehrausgaben für Bahntransporte.

11. Zinsenaufwand + 4 934 041 452,34 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (5 010 Mill S) vor allem aus der Erhöhung der Finanzschulden, den verrechneten Stückzinsen bei der Finanzierung sonstiger Rechtsträger des Bundes sowie der verstärkten Aufnahme von Kassenstärkerkrediten (Ausland).

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMLF (101 Mill S) durch die Erfassung des Zinsenaufwandes bei den im Wege von Finanzierungsleasing angeschafften Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft und des damit verbundenen höheren Aufwandes im Vorjahr.

13. Sonstige Aufwendungen - 28 053 848 963,86 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich Verkehr (18 249 Mill S) im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden des Bundes betreffend SCHIG im Jahre 1997. Im Bereich BMF (10 271 Mill S) setzten sie sich einerseits vorwiegend aus der Verminderung der Gebührenrichtigstellungen durch günstige Devisenkursentwicklung von Schulden in fremder Währung, geringeren Leistungen an die BIG und an die SCHIG, der Verringerung der Vorbelastungen infolge der Zurückstellung von Silbergedenkmünzen, andererseits aus Erhöhungen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der ASFINAG, höheren Provisionen und Entgelten, Währungstauschverträgen und höheren Emissions- bzw Kursverlusten anlässlich des Erwerbs von Bundstiteln zusammen. Im Bereich BMLV (867 Mill S) ergaben sie sich insbesondere wegen geringerer Inanspruchnahme von sonstigen Werkleistungen Dritter, beim Entgelt für Zeitsoldaten sowie bei Entschädigungen für Waffenübungen, im Bereich BMWA (614 Mill S) infolge geringerer Zahlungen an die ASFINAG. Erhöhungen entstanden durch vermehrte Aufwendungen für sonstige Werkleistungen Dritter in der Zentraleitung sowie in den Bereichen Straßenbau und BBD Wien. Im Bereich BMWV (357 Mill S) entstanden sie hauptsächlich im Zusammenhang mit der 1997 erfolgten Ausbuchung der Forderung gegenüber dem Land und der Stadt Salzburg. Im Bereich BMLF (78 Mill S) betrafen sie überwiegend die Abnahme von sonstigen Werkleistungen Dritter im Zusammenhang mit der Erstellung des Lageberichtes gemäß § 9 LWG und den daraus resultierenden Aufwendungen im Vorjahr sowie verminderte Aufwendungen für Schadensvergütungen.

Höhere Aufwendungen betrafen im Bereich BMI (838 Mill S) vorwiegend Ausgaben für die Entsorgung von Mülldeponien, für die Flughafenüberwachung, die EU-Ratspräsidentschaft, Miet- und Pachtzinse, ADV-Software sowie für Leistungen der Post und sonstige Nachrichtenübermittlung, im Bereich BMUK (601 Mill S) vor allem Miet- und Pachtzinse, insb Zahlungen an die BIG, sowie Steigerungen bei

den Entgelten für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen, im Bereich BMA (328 Mill S) den vermehrten Mietaufwand für DFÜ-Leitungen, erhöhte Repräsentationskosten und Ausgaben für sonstige Werkleistungen Dritter im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft sowie höhere Kursverluste aus Fremdwährungsgebarungen, Gebührenrichtigstellungen und Mietaufwände im In- und Ausland. Höhere Aufwendungen im Bereich BMJ (294 Mill S) betrafen hauptsächlich das Ansteigen der Ausgaben für sonstige Werkleistungen Dritter, für Miet- und Pachtzinse, für Leistungen der Post sowie für Entschädigungen nach dem Gebührenanspruchsgesetz. Im Bereich BKA (182 Mill S) standen sie vorwiegend im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft, betrafen EU-Informationen und Miet- und Pachtzinse. Im Bereich BMAGS (87 Mill S) betrafen sie vorwiegend Werkleistungen Dritter.

14. Vergütungen und Überweisungen - 2 924 653 436,73 S

Niedrigere Aufwendungen gab es im Bereich BMAGS (2 304 Mill S) vor allem durch verminderte Überweisungen an die Gebarung der Arbeitsmarktpolitik, für die Arbeitsmarktpolitik-Abgangsdeckung und durch die Verminderung der sonstigen Vergütungen und Überweisungen. Im Bereich BMUJF (573 Mill S) entstanden sie einerseits durch Minderausgaben bei den Beitragzahlungen zum Karenzurlaubsgeld, andererseits durch Mehrausgaben bei Überweisungen betreffend Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen, im Bereich BMJ (153 Mill S) durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der Privatisierung der BRZ-GesmbH.

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (118 Mill S) hauptsächlich wegen vermehrter Überweisungen zur Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden sowie im Bereich ITF durch höhere Zahlungen an das BKA.

15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres + 1 917 298 324,14 S

Höhere Aufwendungen entstanden hauptsächlich im Bereich BMLV (1 919 Mill S) bei Investitionen betreffend Waffen und Beobachtungsgeräte.

V. Bestandsminderungen + 753 613 521,98 S

Höhere Aufwendungen im Bereich BMwA (464 Mill S) betrafen Korrekturbuchungen für nicht durchgeführte Bauprojekte in Niederösterreich, Burgenland, bei der BBD Wien und der Zentraleitung. In den Bereichen BMWV (164 Mill S) und BMUK (131 Mill S) entstanden sie durch eine Neuregelung bei der Verbuchung von Software und den damit zusammenhängenden Korrekturbuchungen.

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMI (75 Mill S) standen im Zusammenhang mit den im Vorjahr durchgeführten Korrekturbuchungen bei der Inventarbestandsrechnung, vermindert um die höheren Aufwendungen, die sich aus der Neuregelung bei der Verbuchung von Software ergaben.

VI. Transfers + 16 835 152 202,02 S

Vermehrte Aufwendungen im Bereich BMF (7 854 Mill S) setzten sich einerseits hauptsächlich aus den Zahlungen aufgrund des Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetzes, höheren Bedarfszuweisungen an die Länder, höheren Pensionszahlungen an die ÖBB und die PTA, höheren Zuschüssen an die Länder für Kinderbetreuungseinrichtungen und Krankenanstalten, vermehrten Zuschüssen für Betriebsneugründungen, höheren Zahlungen für Schäden im Vermögen der Gemeinden und der Länder, höheren Zahlungen im Rahmen des Post-Toronto-Abkommens, vermehrten Transferzahlungen an das Ausland, höheren Leistungen aus dem Kursrisiko für Leistungen gemäß AFFG und an die Wiener Börse AG, andererseits aus Verminderungen durch geringere Schäden im Vermögen privater Personen, geringeren Zahlungen an die IAKW, geringeren Ausfuhrerstattungsleistungen gemäß EU-Vorschriften, geringeren Ertragsanteilen an die Länder, geringeren Finanzzuweisungen für umweltschonende Maßnahmen sowie

aus dem Wegfall des Zuschusses an die Finanzierungsgarantie GesmbH zusammen. Im Bereich BMUJF (4 942 Mill S) betrafen sie hauptsächlich höhere Zahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen infolge eines Überschusses des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und an Unternehmungen sowie verminderte Zahlungen für Geburtenbeihilfen und sonstige Maßnahmen. Im Bereich BMAGS (2 918 Mill S) betrafen sie einerseits erhöhte Transferzahlungen an die Träger öffentlichen Rechts und Unternehmungen für Leistungen zur Sozialversicherung, für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz, für Leistungen nach dem AIVG und KGG, für Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG, für Kostenersätze an die Träger der Krankenversicherung, für Förderungen und Aufwendungen, andererseits verminderte Transferzahlungen an Haushalte und private Institutionen, wie Zahlungen im Zusammenhang mit der EU, für Versorgungsgebühren und Krankenversicherungsbeiträge der Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung, für Leistungen nach dem AIVG und KGG, wie Karenzurlaubsgeld, für Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz und für Förderungen sowie verminderte Zahlungen an Betriebe für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und geringere Überweisungen an das AMS. Im Bereich BMUK (1 520 Mill S) entstanden sie überwiegend durch die laufenden Transferzahlungen an Gebietskörperschaften aufgrund des Struktureffekts und im Zusammenhang mit der Integration behinderter Kinder. Im Bereich BMWV (554 Mill S) betrafen sie hauptsächlich erhöhte Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts sowie an Haushalte und private Institutionen. Die höheren Aufwendungen im Bereich Gesundheit (287 Mill S) entstanden einerseits durch die Erhöhung der Transferzahlungen für die Krankenanstaltenfinanzierung, bezüglich des Kostenanteils an Untersuchungen für den Mutter-Kind-Paß und für den übrigen Gesundheitsbereich, andererseits durch Verminderungen beim klinischen Mehraufwand und bei der Überweisung an den KRAZAF durch Finanzierungsänderung. Im Bereich BMwA (232 Mill S) betrafen sie die Erhöhung der Transferzahlungen bzw erhöhte Zahlungen an die Länder in den Bereichen Bundesstraßenverwaltung und Bundeshochbau. Im Bereich BKA (128 Mill S) resultierten sie vor allem aus Überweisungen betreffend die Osthilfe und die EU-Strukturfondsmittel. Im Bereich BMA (88 Mill S) betrafen sie vorwiegend Beiträge an internationale Organisationen und Leistungen im Bereich der Entwicklungshilfe.

Niedrigere Aufwendungen betrafen im Bereich BMLF (1 647 Mill S) einerseits verminderte Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts im Zusammenhang mit den degressiven Ausgleichszahlungen, verminderte Überweisungen an die AMA zur Abdeckung des Verwaltungsaufwandes, andererseits Mehraufwendungen für Interventionsmaßnahmen im Getreidebereich und bei den nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen.

ERTRÄGE

I. Haupterträge

1. Erlöse aus Lieferungen – 57 923 182,62 S

Niedrigere Erlöse im Bereich BMF (51 Mill S) resultierten aus dem Wegfall von Mehrerträgen des Vorjahres infolge der Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols.

3. Gebühren und Kostenbeiträge – 6 967 697 333,54 S

Niedrigere Erträge ergaben sich im Bereich BMF (5 482 Mill S) vorwiegend durch den Wegfall der Konzessionsabgabe der PTA, Mehrerträge aus höheren Haftungsentgelten für Leistungen aus dem AFFG, im Bereich Verkehr (1 722 Mill S)

durch den Entfall der Einnahmen aus Konzessionsentgelt gemäß Fernmeldegesetz 1993.

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMJ (310 Mill S) hauptsächlich aus höheren Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen sowie höheren Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen im Strafvollzug.

4. Vergütungen und Überweisungen – 11 506 049 165,47 S

Niedrigere Erträge ergaben sich im Bereich BMAGS (9 529 Mill S) vor allem durch den Wegfall der Forderung aus Beiträgen zum Karenzurlaubsgeld an den Familienlastenausgleichsfonds, die Verminderung der Beiträge der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie der Arbeitsmarktpolitik-Abgangsdeckung, im Bereich BMF (2 204 Mill S) hauptsächlich aus dem Wegfall der Rückflüsse im Zusammenhang mit dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und aus geringeren Vergütungen von diversen Bundesdienststellen im IT-Bereich. Im Bereich BMwA (64 Mill S) entstanden sie durch die Ausgliederung des Bundesrechenzentrums.

Höhere Erträge ergaben sich im Bereich BMLF (107 Mill S) vorwiegend durch die im Rahmen der Katastrophenfondsgebarung vom BMF verstärkt zur Verfügung gestellten Mittel zur Finanzierung von dringend erforderlichen Baumaßnahmen, im Bereich Gesundheit (88 Mill S) hauptsächlich durch die Erhöhung der Überweisung vom Familienlastenausgleichsfonds für den Mutter-Kind-Paß.

5. Direkte Abgaben + 14 589 650 957,14 S

Höhere Erträge betrafen im Bereich BMF (11 175 Mill S) vor allem die Auswirkungen des Strukturanpassungsgesetzes bei Lohnsteuer und Einkommensteuer sowie Körperschaftssteuer (OeNB), im Bereich BMAGS (1 720 Mill S) höhere Einnahmen vorwiegend aus Arbeitslosenversicherungs- und Nachtschwerarbeitsbeiträgen. Im Bereich BMUJF (1 694 Mill S) entstanden sie insbesondere aus Dienstgeberbeiträgen und Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftssteuer.

6. Indirekte Abgaben + 8 298 683 351,63 S

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (8 170 Mill S) hauptsächlich aus dem nominellen Wachstum der indirekten Abgaben sowie durch den Verkauf von Genussrechten im Zusammenhang mit der Ausgliederung der ASFINAG, im Bereich BMLF (183 Mill S) aus der erstmaligen Einhebung von Zusatzabgaben im Bereich der Milchquotenregelung.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich Gesundheit (54 Mill S) durch die Verminderung der Einnahmen aus dem Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung (früher KRAZAF).

IV. Übrige Erträge

1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter + 74 278 639,88 S

Höhere Erträge betrafen im Bereich BMF (90 Mill S) die höheren Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbergedenkmünzen.

2. Zinsenerträge + 5 016 375 739,55 S

Die höheren Erträge vorwiegend im Bereich BMF (5 036 Mill S) setzten sich einerseits aus höheren Emissionsgewinnen, Zinseinnahmen aus Währungstauschverträgen und Veranlagungserträgen im Kap 57, der Verzinsung von Darlehen und Wertpapieren, Stückzinsen, Kuponerlösen aus Wertpapierleihe, höheren Zinseinnahmen aus dem Bundesbesitz sowie aus einem Darlehen an einen Rechtsträger des Bundes, andererseits aus Verminderungen im Zusammenhang

mit dem Gesellschafter-Darlehen der ÖIAG und durch den Übergang von Wertpapierleihegeschäften von Kap 51 auf Kap 59 gemäß BHG-Novelle 1998, zusammen.

3. Erträge aus Beteiligungen + 6 819 871 262,84 S

Die erhöhten Erträge im Bereich BMF (6 937 Mill S) resultierten hauptsächlich aus der höheren Gewinnabfuhr der OeNB, einer außerordentlichen Zahlung an die Mitgliedstaaten der Europäischen Investitionsbank sowie der Austrian-Airlines-Österreichische Luftverkehrs-AG, Verminderungen aus dem Wegfall der Abfuhr der ÖPSK.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMwA (110 Mill S), da die BIG im Jahre 1998 keine Gewinnausschüttung vornahm.

4. Sozialbeiträge + 246 188 972,40 S

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (244 Mill S) bei den Pensionsbeiträgen aufgrund des gestiegenen Aktivaufwandes.

5. Aufwandsberichtigungen + 883 488 092,46 S

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMAGS (1 056 Mill S) aus der Erhöhung der nichtfälligen Forderungen an Rückersätzen nicht absetzbarer Aufwendungen im Bereich der Pensionsversicherung sowie aus der Verminderung der Rückersätze an Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung, der Kostenersätze in der Pflegevorsorge und der sonstigen Rückersätze.

Niedrigere Erträge im Bereich BMLF (133 Mill S) standen im Zusammenhang mit den im Vorjahr – die Umbuchung von Ersatzforderungen, den Milchsektor betreffend – erzielten höheren Erträgen. Im Bereich BMF (51 Mill S) entstanden sie durch die im Vorjahr erzielten höheren Erträge aus nachträglich gewährten Rabatten der PTA und Beitragsrückerstattungen zum Bundeszuschuß gemäß Hagelförderungsgesetz.

6. Sonstige Erträge – 119 577 627 126,81 S

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMF (116 144 Mill S) einerseits aufgrund des Wegfalls des Fruchtgenußentgeltes von der ASFINAG gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz sowie infolge der erfolgten Gebührenrichtigstellung bezüglich der Überstellung von Schulden der ASFINAG an SCHIG und BIG und des Veräußerungserlöses der CA-BV im Jahre 1997, durch geringere Erträge im Rahmen des AFG, andererseits durch Mehrerträge aus Erlösen für Bezugsrechte bei der Bank Austria AG, höheren Gebührenrichtigstellungen durch günstigere Devisenkursentwicklung bei Schulden in fremder Währung, der höheren Abschöpfung von den Mitteln des Katastrophenfonds, Mehrerträgen aufgrund des Fruchtgenußentgeltes der BIG sowie aus der Änderung von Schulden aus Anleihenkäufen. Im Bereich Verkehr (3 299 Mill S) entstanden sie durch den Wegfall der Einnahmen für Entgelte gemäß § 2 Abs 4 des Bundesbahngesetzes 1992, im Bereich BMLF (138 Mill S) durch den Wegfall der Einnahmen aus Maschinenmieten im Rahmen der ehemaligen Bauhofgebarung der Wildbach- und Lawinverbauung und durch die im Vorjahr erfolgte Berichtigung der Anlageabschreibung für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft, im Bereich BMwA (51 Mill S) durch buchmäßige Umstellungen.

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMA (89 Mill S) vorwiegend durch eine Rücküberweisung von nicht ausgenützten Kreditteilen seitens der Österreichischen Kontrollbank infolge der Entschuldung von Investitionsdarlehen.

VI. Bestandsmehrungen – 93 104 239,88 S

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMwA (247 Mill S) infolge von Wertberichtigungen im Hochbaubereich und bei der BBD-Wien.

Höhere Erträge ergaben sich im Bereich BMUK (124 Mill S) vorwiegend beim Anlagevermögen im Bereich der Landesschulräte und der teilanweisenden Organe infolge vermehrt durchgeführter Inventuren.

VII. Transfers – 3 724 772 225,44 S

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMF (3 505 Mill S) einerseits hauptsächlich durch geringere Eigenmittel des Bundes und der Länder, geringere Einnahmen beim EU-Sozialfonds und gemäß Art 81 EU-Beitrittsakte, beim EU-Regionalfonds, beim EAGFL, aus geringeren Ersätzen der ÖPSK und der PTA, durch den Ausfall der Zahlungen der ÖBF-AG, durch geringere Überweisungen von Pensionsversicherungsträgern, geringere Pensionsbeiträge von Unternehmungen mit Bundesbeteiligungen bzw Pensionsträgern sowie durch geringere Zahlungen des AMS, andererseits durch Mehrerträge, resultierend aus der Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinden, des EU-Sozialfonds (EU/Übrige) sowie der EAGFL/FIAF (EU), durch die Erhöhung der Forderungen aus dem Nullkuponfonds aufgrund der Gewinnverteilung, durch höhere Beiträge zu den Pensionen von PTA und ÖBB und höhere Erträge aus Kursrisikogarantien (AFFG). Sie ergaben sich im Bereich BMwA (186 Mill S) infolge niedrigerer Erträge aus Geldstrafen, im Bereich BMJ (78 Mill S) vor allem infolge des Rückgangs fälliger Forderungen bei Strafgeldern. Im Bereich Verkehr (71 Mill S) betrafen sie den Rückgang von Zahlungen infolge verminderter Anschaffungen aus dem Ausland, im Bereich BMLV (66 Mill S) hauptsächlich geringere Ersätze der Vereinten Nationen für Hilfeleistungen im Ausland.

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMAGS (63 Mill S) überwiegend aus der Erhöhung der Kostenersätze, der Zuwendungen des IAF, der Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht, der Einnahmen aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gemäß AMFG und AMMSG, der Beiträge der Gebietskörperschaften, der Kostenersätze der Kriegsoffer- und Heeresversorgung und der Zahlungen aus dem Ausland.

IX. Vermögensabgang

Der schließliche Vermögensabgang betrug 76 611 Mill S. Im Jahre 1997 war ein Vermögenszugang in Höhe von 22 003 Mill S zu verzeichnen gewesen.

7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden**7.1 Allgemeines**

Gemäß § 9 RHG 1948 hat der Rechnungshof den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und zugleich dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1 bis C.7.4.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Zusammen mit dem vom Staatsschuldenausschuß zu verfassenden Bericht über die Finanzschuld des Bundes 1998 (kurz: Finanzschuldenbericht) ist damit eine umfassende Information gewährleistet; allenfalls auftretende Unterschiede oder Besonderheiten in der Darstellung werden im Anlaßfall gesondert erläutert. So ist vorab darauf hinzuweisen, daß im Finanzschuldenbericht der Saldo aus den Schulden und Forderungen aus Währungsauschverträgen dem Finanzschuldenstand sowie den Summen der Finanzschul-

denaufnahmen und Tilgungen zugeschlagen bzw davon abgezogen wird. Weiters werden im Finanzschuldenbericht die Finanzschulden "netto" im Sinne der Aufrechnung von Verbindlichkeiten und Forderungen aus der Finanzierung von Rechtsträgern ausgewiesen. Die Werte des BRA folgen hingegen dem Bruttogrundsatz gemäß § 75 Abs 1 BHG idGF und der Bestimmung des § 65 Abs 1 BHG idGF, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden gemäß BHG ("Finanzschulden im engeren Sinn") und der "Finanzschulden im weiteren Sinn" wird in TZ 7.4.4 erläutert.

Gemäß § 65c Z 1 BHG idF BGBl I Nr 30/1999 sind Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger nicht als Finanzschulden des Bundes zu behandeln. Diese Verbindlichkeiten, denen allerdings Forderungen in gleicher Höhe gegenüberstehen, werden daher in den folgenden TZ - soweit sinnvoll - gesondert nachgewiesen.

Entwicklung und Stand der Bundesschulden werden in TZ 7.5 nachgewiesen.

7.2 Ausgleichshaushalt

Der Gesamthaushalt wird gemäß § 16 Abs 1 BHG aus dem Haushalt der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben (Allgemeiner Haushalt) und dem Ausgleichshaushalt gebildet. Der Ausgleichshaushalt wird durch Finanzschuldenaufnahmen, Währungstauschverträge und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangene Geldverbindlichkeiten finanziert; sein Überschuß dient zum Ausgleich des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

Zusammengefaßt zeigt der Ausgleichshaushalt für 1998 folgendes Bild:

		Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)	
		Millionen S			
1.	Finanzschulden				
1.1	Ausgaben	148 115	174 582	-	26 467
1.2	Einnahmen	214 576	239 811	+	25 235
<hr/>					
2.	Rechtsträgerschulden				
2.1	Ausgaben	0	95 686	-	95 686
2.2	Einnahmen	0	95 686	+	95 686
<hr/>					
3.	Währungstausch- verträge				
3.1	Ausgaben	8 906	21 085	-	12 179
3.2	Einnahmen	9 755	21 697	+	11 942
<hr/>					
4.	Kurzfristige Verpflichtungen zur Kassenstärkung				
4.1	Ausgaben	75 000	51 095	+	23 905
4.2	Einnahmen	75 000	51 281	-	23 719
<hr/>					
5.	Tilgung für ÖIAG				
5.1	Ausgaben	0	—	+	0
<hr/>					
6.	Summen				
6.1	Ausgaben (1.1, 2.1, 3.1, 4.1 und 5.1)	232 021	342 448	-	110 427
6.2	Einnahmen (1.2, 2.2, 3.2 und 4.2)	299 331	408 475	+	109 144
<hr/>					
5.3	Überschuß	67 310	66 027	-	1 283

7.2.1 Finanzschulden

7.2.1.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens

Der Bundesminister für Finanzen wurde mit Art II BFG 1998 ermächtigt, den Abgang des Allgemeinen Haushalts durch die Aufnahme von Finanzschulden zu bedecken. Der zu Jahresbeginn mit 214 576 Mill S festgelegte Rahmen erhöhte sich insbesondere durch den Erwerb von Bundestiteln auf 234 964 Mill S. Die Ausnützung des Rahmens für die Bedeckung des Abganges im Allgemeinen Haushalt und für die Tilgung von Schulden unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen betrug 233 215 Mill S.

Die Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 2 BFG 1998 (Deckung von Ausgabenüberschreitungen) wurde im Ausmaß von 4 500 Mill S in Anspruch genommen, während die Ermächtigungen gemäß Art III BFG 1998 (Konjunkturausgleich, Einnahmenausgleich und Erhöhung der EG-Beitragsverpflichtung) im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht beansprucht wurden.

7.2.1.2 Aufnahme nach Schuldgattungen

Der Gesamtzugang an Finanzschulden (239 811 Mill S) enthält neben oben genannten Finanzschuldauflagen zur Abgangsdeckung und zur Finanzschuldtilgung auch Finanzschuldauflagen für die Wertpapiergebarung und verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt:

	in inländischer Währung Mill S	in Fremdwährung Mill S	Summe Mill S	(%)
Anleihen	115 124	94 099	209 223	(87,2 %)
Bundesobligationen, Schuldverschreibungen	2 200	14 329	16 529	(6,9 %)
Bundesschatzscheine	8 500	–	8 500	(3,6 %)
Versicherungsdarlehen	476	–	476	(0,2 %)
Bankendarlehen, Kredite	4 681	402	5 083	(2,1 %)
	130 981 (54,6 %)	108 830 (45,4 %)	239 811 (100,0 %)	

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf im Jahr 1998 von 239 811 Mill S zu 54,6 % in Schilling (130 981 Mill S) und zu 45,4 % (108 830 Mill S) in fremder Währung bedeckt. 1997 betrug bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 163 322 Mill S der Anteil der Schillingschuld 89,1 % und jener der Fremdwährungsschuld 10,9 %.

7.2.1.3 Tilgung von Finanzschulden

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden aller Gattungen waren im Kapitel 59 insgesamt 148 115 Mill S veranschlagt.

Tatsächlich wurden für die planmäßige Rückzahlung von Finanzschulden 174 582 Mill S ausgegeben. Die Differenz aus den veranschlagten und den tatsächlich verwendeten Tilgungsbeträgen zeigt saldomäßige Mehrausgaben von 26 467 Mill S; diese sind teils auf die Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden nach der Voranschlagserstellung, teils auf Wertpapierkäufe einschließlich der Eigenquote bei Bundesanleihen zurückzuführen (siehe TZ 4.2, ansatzweise Erläuterung zu den Ausgaben 7/59009, 7/59089, 7/59119, 7/59309, 7/59319 und 7/59449).

7.2.1.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand

Die Ausgaben für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand zu Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.1).

Im Finanzjahr 1998 waren für Verzinsung einschließlich Aufgeld und sonstigen Aufwendungen für Finanzschulden 99 765 Mill S an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen überschritten den veranschlagten Rahmen von 98 926 Mill S um 839 Mill S.

Vom Gesamtbetrag dienten 3 695 Mill S für die mit der Begebung von Finanzschulden einhergehenden Kosten (zB Provisionen, Emissionsverluste). Sie überschritten den veranschlagten Betrag von 3 402 Mill S um 293 Mill S. Diesen Kosten standen Emissionsgewinne, Einnahmen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen und sonstige Einnahmen von insgesamt 3 095 Mill S und Einnahmen aus Stückzinsen aus der Aufstockung von Bundesanleihen sowie Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Fremdwährungsanleihen des Bundes von insgesamt 2 522 Mill S (zusammen 5 617 Mill S) gegenüber. In Beziehung zum tatsächlichen Tilgungsaufwand von 174 582 Mill S gesetzt, betrug die Leistung für den Nettozinsendienst 53,9 %.

Setzt man die Ausgaben für die Verzinsung und den sonstigen Aufwand in Höhe von 99 765 Mill S abzüglich Zinseinnahmen von zusammen 5 617 Mill S mit dem Nettoabgabenerfolg des Bundes von

460 220 Mill S in Beziehung, so folgt daraus eine Zinsen-Steuer-Quote von 20,5 % (1997: 22,8 %). Das bedeutet, daß im Jahr 1998 rund ein Fünftel des dem Bund zufließenden Abgabenertrages für die laufende Bedienung der Staatsschuld herangezogen wurde; gegenüber 1997 verringerte sich dieser Anteil jedoch um 2,3 Prozentpunkte.

7.2.2 Währungstauschverträge

Die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen sind – soweit sie den Kapitaltausch betreffen – im Ausgleichshaushalt brutto zu veranschlagen und zu verrechnen.

Für 1998 waren 9 755 Mill S in Einnahme und 8 906 Mill S in Ausgabe veranschlagt. Tatsächlich wurden 21 697 Mill S aus Währungstauschverträgen eingenommen und 21 085 Mill S ausgegeben. Der wesentliche Vorteil der Währungstauschverträge liegt in der günstigeren Verzinsung:

Für Aufgeld und Verzinsung der ausgetauschten Fremdwährungsbeträge waren im Finanzjahr 1998 Einnahmen von 8 544 Mill S und Ausgaben von 5 450 Mill S veranschlagt. Tatsächlich wurden 9 049 Mill S an Einnahmen erzielt und 5 619 Mill S an Ausgaben geleistet. Die erwarteten "Nettoeinnahmen" von 3 094 Mill S aus der Verzinsung der Währungstauschgeschäfte wurden somit von den tatsächlichen "Nettoeinnahmen" in Höhe von 3 430 Mill S um 336 Mill S übertroffen (siehe Band 2, Tabelle C.1).

Werden die Nettozinsen in Höhe von 90 717 Mill S, dh der Nettoaufwand für die Verzinsung der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, zum Nettoabgabenerfolg des Bundes (460 220 Mill S) in Beziehung gesetzt, so verringert sich die Zinsen-Steuer-Quote auf 19,7 % (1997: 22,0 %).

7.2.3 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 65 Abs 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung iSd Art 42 Abs 5 B-VG; wohl aber besteht eine betragliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 51 waren zunächst je 75 000 Mill S für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Diese Ermächtigung wurde im Ausmaß von 51 281 Mill S von teils in Schilling (38 935 Mill S) und teils in Fremdwährung (6 553 Mill S) aufgenommenen Kassenstärkern genutzt; ein weiterer Teil der Kassenstärker diente für Devisentermingeschäfte (5 793 Mill S). Bei der Rückzahlung der Kassenstärker in Fremdwährung (6 396 Mill S) wurde ein Kursgewinn von 157 Mill S erzielt, hinsichtlich der Devisentermingeschäfte (5 764 Mill S) ein Gewinn von 29 Mill S. Von der in Art V Abs 1 Z 29 BFG 1998 vorgesehenen Möglichkeit, den veranschlagten Rahmen bis zu 70 000 Mill S zu überschreiten, wurde nicht Gebrauch gemacht.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 153 Mill S veranschlagt; tatsächlich wurden Zinszahlungen in der Höhe von 78 Mill S geleistet.

7.3 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen

7.3.1 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit a bzw lit b BHG idgF ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw zu konvertieren.

In allen Fällen hatten einander die Höhe der Schuldverpflichtung vor und nach der Umwandlung zu entsprechen, wobei die Obergrenzen mit 283 426 Mill S vorgegeben waren.

Die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen im Rahmen einer Konversion oder Prolongation waren nicht zu veranschlagen. Die Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt. Die Konversionen sind in Band 2, Tabelle C.5.1 dargestellt.

Die im Jahr 1998 vollzogenen Konversionen umfaßten hinsichtlich Aufnahme von Finanzschulden ein Ausmaß von 194 731 Mill S und hinsichtlich Zahlungen aus Finanzschulden für die vorzeitige Tilgung im selben Jahr 194 631 Mill S und im Jahr 1999 100 Mill S.

7.3.2 Kreditoperationen gemäß § 65 b Abs 3 Z 1 lit c BHG

Wie auch Prolongationen und Konversionen sind gemäß § 65 b Abs 3 Z 1 lit c BHG idgF durchgeführte Kreditoperationen für Rückkauffinanzierungen von Wertpapieren und für die nachträgliche Veränderung bestehender Verpflichtungen aus Finanzschulden und Währungstauschgeschäften nicht voranschlagswirksam zu verrechnen. Im Jahr 1998 betrug die Finanzschuldtaufnahmen für Rückkauffinanzierungen 500 Mill S. Die aus Währungstauschverträgen herangezogenen Beträge zur nachträglichen Veränderung bestehender Verpflichtungen ergaben mit 3 922 Mill S auf der Einnahmenseite und 3 920 Mill S auf der Ausgabenseite Nettoeinnahmen von 2 Mill S (Tabelle C.5.2).

7.4 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und Währungstauschverträge

7.4.1 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und der Zinsen

Der gesamte Bestand an Finanzschulden des Bundes erhöhte sich im Finanzjahr 1998 von 1 497 373 Mill S auf 1 599 312 Mill S oder + 6,8 % (im Jahr 1997: + 5,7 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1). In diesem Bestand sind auch die nichtfälligen Rechtsträgerschulden im Ausmaß von 30 406 Mill S enthalten, denen gleich hohe Forderungen gegenüberstehen (siehe Band 2, Tabelle C.7.4.1).

Die im Gesamtstand enthaltenen fälligen Finanzschulden in der Höhe von 7 Mill S verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 1 Mill S. Als fällig gelten dabei jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihwertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 1998 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

Die nichtfälligen Finanzschulden entwickelten sich wie folgt:

	Mill S
Anfangsbestand an nichtfälligen Finanzschulden	1 497 365
Schuldaufnahmen	+ 255 597
Tilgungen	- 152 001
Netto-Wertänderung bei Verbindlichkeiten	
in fremder Währung	- 2 256
aus den Konversionen resultierende	
Differenz	+ 100
Saldo aus Rückkäufen und Wertberichtigungen	+ 500
	<hr/>
Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden und Rechtsträgerschulden	1 599 305

Insgesamt wuchsen die nichtfälligen Finanzschulden – einschließlich der Rechtsträgerschulden – im Finanzjahr 1998 um 101 940 Mill S oder 6,8 %. Die nichtfälligen Finanzschulden in Fremdwährung erhöhten sich um 30,7 % (insbesondere durch Finanzschuldtaufnahmen in EUR, DEM und CHF), die Schillingschuld um 0,6 %.

Die Verpflichtungen aus Zinsenzahlungen einschließlich Aufgeld mit Fälligkeit in künftigen Jahren, die im Allgemeinen Haushalt ausgewiesen werden, beliefen sich zum Jahresende 1998 auf 620 047 Mill S. Das entspricht einem Anteil an den nichtfälligen Finanzschulden und Rechtsträgerschulden (1 599 305 Mill S) von 38,8 % (1997: 41,5%). Der rückläufige Anteilswert ist vorwiegend in den sinkenden Zinssätzen auf den Geldmärkten begründet, die sich auf die Höhe der Zinsverpflichtungen günstig auswirkten.

Der nach Höhe und Fälligkeit gegliederte Zinsendienst der einzelnen Schuldverträge ist in Band 2, Tabelle C.3.1.1 dargestellt.

Übersicht 14

**Entwicklung der Finanzschulden des Bundes (einschließlich
Rechtsträgerschulden und ihrer Zinsverpflichtungen)**

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
Nichtfällige Finanzschulden (einschl. Rechtsträgerschulden, ohne Währungstauschverträge)	796.137 (100)	853.549 (107)	931.936 (117)	987.954 (124)	1.104.628 (139)	1.218.112 (153)	1.333.733 (168)	1.416.043 (178)	1.497.365 (188)	1.599.305 (201)
Verpflichtungen (Zinsen, Aufgeld) für nichtfällige Finanzschulden einschl. Rechtsträgerschulden	519.999 (100)	564.870 (109)	587.688 (113)	584.621 (112)	549.615 (106)	584.692 (112)	629.101 (121)	621.354 (119)	620.930 (119)	620.047 (119)
Anteil der Verpflichtungen an den nichtfälligen Finanzschulden einschl. Rechtsträgerschulden in %	65,3	66,2	63,1	59,2	49,8	48,0	47,2	43,9	41,5	38,8

7.4.2 Finanzschuldquote

Gemessen an der für 1998 vorläufigen Höhe des Brutto-Inlandsproduktes (2 622,6 Mrd S) erreichte der um die Rechtsträgerschuld (30 406 Mill S)¹²⁾ bereinigte Bestand an Finanzschulden (1 568 906 Mill S) einen Anteil von 59,8 % (1997: 59,6 %). Setzt man die ebenso um die Rechtsträgerschuld bereinigte Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 1998 (71 534 Mill S) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 2,7 % (1997: 3,2 %).

¹²⁾ siehe TZ 7.1

Übersicht 15

Entwicklung der Finanzschulquote des Bundes (ohne Rechtsträgerschulden)

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Finanzschulden	796.171	853.573	931.952	987.967	1.104.638	1.218.122	1.333.742	1.416.051	1.497.373	1.568.906
Brutto-Inlandsprodukt	1.676.700	1.813.500	1.945.800	2.057.300	2.125.300	2.237.900	2.328.700	2.414.600	2.514.400	2.622.600
Finanzschulquote in % ..	47,5	47,1	47,9	48,0	52,0	54,4	57,3	58,6	59,6	59,8

7.4.3 Entwicklung der Währungstauschverträge und der Zinsen

Währungstauschverträge waren gemäß § 65b Abs 4 Z 3 BHG mit den letztlich erhaltenen Fremdwährungsbeträgen auf die Obergrenzen für Kreditoperationen anzurechnen. Entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, stehen einander Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Entwicklung dieser Bestände ist in Band 2, Tabelle C 7.2.1 und C 7.3.1 dargestellt; zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

	Anfangsbestand 1998	Endbestand 1998
	Millionen S	
Kapitalforderungen	105 133	96 250
Kapitalschulden	- 103 453	- 100 245
Überhang aus den Kapitalforderungen (Anf.bestand)		
bzw aus den Kapitalschulden (Endbestand)	+ 1 680	- 3 995

Der Überhang aus den Kapitalschulden von 3 995 Mill S läßt noch keine endgültigen Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur inländischen Währung im Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.

Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen erhöhten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 1997 bzw 1998 wie folgt (siehe Tabelle C.7.2.1 und C.7.3.1):

	Schulden	Forderungen
	Millionen S	
Anfangsbestand	103 453	105 133
Zugang durch neu abgeschlossene WTV	+ 5 267	+ 5 363
Zugang durch Konversionen	+ 806	+ 806
Saldo aus Wertberichtigungen	- 23	+ 0
Saldo aus Kurswertänderungen	+ 233	- 4 860
Abgang durch Tilgungen von WTV	- 9 491	- 10 192
Endbestand	100 245	96 250

Übersicht 16 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten zehn Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Übersicht 16

Entwicklung der Forderungen und Schulden des Bundes aus Währungstauschverträgen

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
Forderungen aus Währungstauschverträgen	61.198 (100)	68.357 (112)	81.506 (133)	93.226 (152)	98.186 (160)	107.949 (176)	111.228 (182)	108.743 (178)	105.133 (172)	96.250 (157)
Schulden aus Währungstauschverträgen	65.229 (100)	76.415 (117)	87.315 (134)	97.265 (149)	102.604 (157)	118.211 (181)	127.852 (196)	109.829 (168)	103.453 (159)	100.245 (154)
Forderungen abzüglich Schulden	- 4.031	- 8.058	- 5.809	- 4.039	- 4.418	- 10.262	- 16.624	- 1.086	+ 1.680	- 3.995

Währungstauschgeschäfte dienen insbesondere der Erzielung günstigerer Zinssatzbedingungen. Die nichtfälligen Verpflichtungen zu bzw Forderungen aus der Zinsenleistung nahmen im Berichtsjahr folgende Entwicklung (siehe Band 2, Tabelle C.3.2.1 und 3.3.1):

	Anfangsbestand 1998	Endbestand 1998
	Millionen S	
Zinsforderungen	61 160	58 709
Zinsverpflichtungen	- 30 463	- 31 204
Überhang aus den Zinsforderungen	30 697	27 505

Der Vorteil der höheren Zinsforderungen gegenüber den Zinsverpflichtungen aus Währungstauschverträgen (27 505 Mill S) ist unter Beachtung der Wechselkurse dem Schuldenüberhang (3 995 Mill S) zuzurechnen, der sich aus den Beständen an Kapitalschulden und -forderungen ergibt. Demnach verbleibt mit Ende 1998 ein "künftiger Gewinn" von 23 510 Mill S, dessen Realisierung allerdings von der weiteren Entwicklung der Wechselkurse abhängt.

7.4.4 Nettostand der Finanzschulden einschließlich Währungstauschverträgen

Aus der Bruttodarstellung der Finanzschulden und Währungstauschverträge läßt sich der Finanzschuldenstand "netto" zum Jahresende 1998 wie folgt ableiten:

	Millionen S
nichtfälliger Finanzschuldenstand (einschließlich nichtfälliger Rechtsträgerschulden)	1 599 305
abzüglich nichtfälliger Rechtsträgerschulden ¹³⁾	- 30 406
zuzüglich Schulden aus WTV	+ 100 245
abzüglich Forderungen aus WTV	- 96 250
"Nettoschulden"	1 572 894 ¹⁴⁾

¹³⁾ siehe dazu TZ 7.1

¹⁴⁾ Siehe dazu Finanzschuldenbericht 1998, Tabelle 1.

Auf die gleiche Weise lassen sich auch die Zinsenverpflichtungen darstellen:

	Millionen S
Zinsenstand zu den nichtfälligen Finanzschulden (einschließlich nichtfälliger Rechtsträgerschulden)	620 047
abzüglich Zinsforderungen an Rechtsträger	- 11 484
zuzüglich Zinsenverpflichtungen zu WTV	+ 31 204
abzüglich Zinsforderungen zu WTV	- 58 709
	<hr/>
"Nettozinsen"	581 058

Der unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen und unter Abrechnung der Rechtsträgerschulden ¹⁵⁾ dargestellte Nettostand der Finanzschulden unterschritt den Bruttostand der nichtfälligen Finanzschulden um 26 411 Mill S oder 1,7 %. Den Zinsenverpflichtungen aus den brutto dargestellten Finanzschulden stehen um 38 989 Mill S (27 505 Mill S Überhang aus den Zinsen zu Währungstauschverträgen und 11 484 Mill S Zinsen zu Forderungen an Rechtsträger) oder 6,3 % niedrigere künftige Nettozinsenverpflichtungen gegenüber.

Der durchschnittliche Zinssatz für die Nettoschuld betrug 5,7 % (1997: 6,0 %). Dieser wurde durch die aufgrund von Währungstauschgeschäften erzielte geringere Fremdwährungsverzinsung von durchschnittlich 4,7 % (1997: 5,1 %) erreicht, während die Schillingschuld mit durchschnittlich 6,1 % (1997: 6,3 %) verzinst war.

7.5 Entwicklung und Stand der Bundesschulden 1989 – 1998

Gemäß § 9 Abs.2 RHG ist dem Nationalrat jährlich ein Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. In Übersicht 17 werden die Finanzschulden sowie die sonstigen Schulden ("Verwaltungsschulden") in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden.

Unter den sonstigen nichtfälligen Schulden finden sich vor allem die Schulden zu Lasten künftiger Jahre für Aufwendungen an die ÖIAG aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen des Bundes in Höhe von 46 130 Mill S (Ansatz 7/54847). Im Zusammenhang mit diesen Schulden, die aus den der ÖIAG gewährten Krediten resultieren, sind die nichtfälligen Verpflichtungen (Zinsenleistung zu den Krediten) in Höhe von 12 424 Mill S (Ansatz 1/54847) zu sehen.

Weiters werden unter den nichtfälligen Schulden insbesondere jene an Internationale Finanzinstitutionen von insgesamt 30 367 Mill S (Ansätze 1/54052 und 1/54847) und für Zahlungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs GmbH in Höhe von 19 112 Mill S (Ansatz 1/65148) nachgewiesen.

¹⁵⁾ siehe dazu TZ 7.1

Übersicht 17

Entwicklung der Schulden des Bundes

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
1. Voranschlagswirksam verrechnete Schulden:										
1.1 Finanzschulden und Rechtsträgerschulden (Tilgungen):										
Fällige (Bund)	34 (100)	24 (71)	16 (47)	13 (38)	10 (29)	10 (29)	9 (26)	8 (24)	8 (24)	7 (21)
Nichtfällige (Bund)	796.137 (100)	853.549 (107)	931.936 (117)	987.954 (124)	1.104.628 (139)	1.218.112 (153)	1.333.733 (168)	1.416.043 (178)	1.497.365 (188)	1.568.899 (197)
Nichtfällige (Rechtsträger) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.406
Summe 1.1	796.171 (100)	853.573 (107)	931.952 (117)	987.967 (124)	1.104.638 (139)	1.218.122 (153)	1.333.742 (168)	1.416.051 (178)	1.497.373 (188)	1.599.312 (201)
1.2 Sonstige voranschlagswirksame Schulden:										
Fällige	3.389 (100)	4.199 (124)	5.645 (167)	5.663 (167)	6.076 (179)	4.758 (140)	9.250 (273)	13.336 (394)	4.700 (139)	20.368 (601)
Nichtfällige	229.246 (100)	261.764 (114)	345.079 (151)	394.890 (172)	419.118 (183)	439.821 (192)	464.151 (202)	432.906 (189)	232.980 (102)	237.156 (103)
Summe 1.2	232.635 (100)	265.963 (114)	350.724 (151)	400.553 (172)	425.194 (183)	444.579 (191)	473.401 (203)	446.242 (192)	237.680 (102)	257.524 (111)
Summe 1	1.028.806 (100)	1.119.536 (109)	1.282.676 (125)	1.388.520 (135)	1.529.832 (149)	1.662.701 (162)	1.807.143 (176)	1.862.293 (181)	1.735.053 (169)	1.856.836 (180)
2. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden.....	19.875 (100)	18.773 (94)	34.266 (172)	19.120 (96)	23.558 (119)	21.521 (108)	26.661 (134)	29.294 (147)	20.791 (105)	6.045 (30)
Gesamtsumme	1.048.681 (100)	1.138.309 (109)	1.316.942 (126)	1.407.640 (134)	1.553.390 (148)	1.684.222 (161)	1.833.804 (175)	1.891.587 (180)	1.755.844 (167)	1.862.881 (178)

8. Bericht zu den Bundeshaftungen

8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem hiebei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1969 idgF für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Übersicht 18

Entwicklung der Haftungen des Bundes

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden	687.092 (100)	726.033 (106)	738.946 (108)	764.715 (111)	797.634 (116)	775.315 (113)	792.987 (115)	777.786 (113)	811.620 (118)	816.492 (119)
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1)	138.713 (100)	147.900 (107)	161.966 (117)	179.893 (130)	191.953 (138)	184.333 (133)	205.189 (148)	219.364 (158)	246.055 (177)	261.587 (189)

1) Bereinigt um die Guthabenbestände des Bundes.

Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 1998 gültigen Devisenmittelkursen in Schilling umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt.

Zum Jahresende 1998 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 816 492 Mill S (1997: 811 620 Mill S); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 0,6 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 94 790 Mill S und durch Abgänge von 84 354 Mill S, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich verminderten Kurswertänderungen – insbesondere des USD – die Haftungen in fremder Währung um 5 564 Mill S (siehe Band 2, Tabelle C.8.1).

Nettozugänge unter Berücksichtigung von Kurswertänderungen waren bei Haftungen zugunsten der Exportförderung (32 866 Mill S) zu verzeichnen. Nettoabgänge, ebenfalls unter Einbeziehung von Kurswertänderungen, betrafen Haftungen zugunsten der ÖIAG (14 401 Mill S) und der ASFINAG (9 172 Mill S). Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 15 532 Mill S oder + 6,3 %. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der Österreichischen Postsparkasse ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwachsen dem Bund für Schadenszahlungen und sonstige Kosten Ausgaben von 7 746 Mill S; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 7 850 Mill S gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 104 Mill S (siehe TZ 4.2 und 4.3 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547). In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Übersicht 19 Schadenszahlungen und Rückersätze

Bezeichnung	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling (Index 1989 = 100)									
Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten ...	8.079 (100)	9.114 (113)	12.923 (160)	10.076 (125)	9.851 (122)	11.597 (144)	7.609 (94)	7.513 (93)	6.194 (77)	4.976 (62)
Rückersätze ohne Entgelte	6.997 (100)	5.152 (74)	10.405 (149)	6.923 (99)	8.080 (115)	7.245 (104)	8.135 (116)	4.635 (66)	6.836 (98)	3.901 (56)

Von den Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte) im Jahr 1998 im Ausmaß von 3 901 Mill S waren 1 176 Mill S auf Umschuldungskredite zurückzuführen. Kredite dieser Art wurden in Einzelfällen bestimmten Schuldnerländern gewährt, wobei die kreditgewährenden Banken bereits fällig gewordene Forderungen des Bundes beglichen haben. Forderungsankäufe durch die Oesterreichische Kontrollbank AG wurden im Jahr 1998 im Ausmaß von 458 Mill S vorgenommen. Die Rückersätze im engeren Sinn beliefen sich somit auf 2 267 Mill S.

9. Bericht zu den Abschlußrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger

9.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht die Abschlußrechnungen der mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind. Form und Gliederung der Abschlußrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe dazu Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs 3 und 32 Abs 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl Nr 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluss über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 1998 wären diese Abschlußrechnungen bis 9. Juli 1999 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen gewesen.

9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse

9.2.1 Die Abschlußrechnungen des „Krankenanstalten – Zusammenarbeitsfonds“ (KRAZAF) ab dem Jahr 1978 können nicht veröffentlicht werden, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verweist in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF (zuletzt im Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6, S. 21 Abs 29).

Aufgrund der neuen Vereinbarung gem Art 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens' und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 kann eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich die Vertragsparteien über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw die noch offenen Fragen geklärt haben.

9.2.2 Die Abschlußrechnung des Strukturfonds für das Jahr 1998 konnte im BRA 1998 nicht veröffentlicht werden, weil das entsprechende Genehmigungsverfahren durch die Strukturkommission nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde.

9.2.3 Die Abschlußrechnung des Arbeitsmarktservice Österreich für das Jahr 1998 konnte im BRA 1998 nicht veröffentlicht werden, weil das entsprechende Genehmigungsverfahren durch die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde.

9.3 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds

Nach dem Rechnungsabschluß 1998 des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds wies die Jahreserfolgsrechnung einen Vermögenszugang von rd 2 Mrd S aus. Die Kreditschulden des Fonds betreffen Darlehen von Kreditunternehmungen und betragen zum Jahresende rd 1,7 Mrd S (1997: rd 3,5 Mrd S).

Die vom RH schon aus Anlaß der Abschlußrechnung 1992 vorgebrachten Bedenken bezüglich der fehlenden Bundeshaftung für die Bedeckung der Darlehen bleiben weiterhin aufrecht.

Der Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag für das Beitragsjahr 1998 wurde gemäß BGBl II Nr 386/1998 - wie im Vorjahr - mit 0,7 % festgesetzt.

Der bis Ende 1998 beabsichtigte vollständige Schuldenabbau des Fonds konnte nicht erzielt werden. Der RH wird daher die weitere Entwicklung beobachten.

9.4 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Seit der Neuregelung der Umweltförderung durch das Umweltförderungsgesetz 1993 (UFG) werden im Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) nur mehr die Darlehen und Förderungszusagen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz abgewickelt.

Im Berichtsjahr wurden vom Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie insgesamt 2 342 endabgerechnete Darlehen des UWF verkauft. Für diese langfristigen, niedrig verzinsten Darlehen mit einem Nominale 10,3 Mrd S wurde ein Gesamtverkaufserlös von 7,3 Mrd S erzielt und in Anleihen des Bundes veranlagt.

Durch den Verkauf und durch Tilgungen haben sich die Forderungen aus Darlehen von 37,2 Mrd S auf 26,7 Mrd S verringert. Die Eventualverbindlichkeiten aus noch zu erfüllenden Zusicherungen und zu erwartenden Wiedervorlagen sind von 9,0 Mrd S auf 7,3 Mrd S gesunken. Das Reinvermögen des UWF erhöhte sich trotz Bildung einer Rückstellung in Höhe von 1 Mrd S zur Finanzierung einer weiteren Sondertranche für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft (BGBl I Nr 79/1998) von rd 11,7 Mrd S auf nunmehr 13,0 Mrd S. Die Mittel für die Sondertranchen (5,3 Mrd S) wurden ebenso wie die dem UWF aus dem Finanzausgleich zur Liquiditätsabdeckung zur Verfügung gestellten Mittel (5,0 Mrd S) als Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund ausgewiesen und deren Verzinsung durch eine Rückstellung berücksichtigt.

9.5 Reservfonds für Familienbeihilfen

Die Mittel des Reservfonds für Familienbeihilfen sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im letztabgelaufenen Jahr entsprechen (§ 40 Abs 2 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl Nr 376, in der geltenden Fassung).

Aufgrund des Ergebnisses der Bereichs-Voranschlagsvergleichsrechnung des Kapitels 19 „Jugend und Familie“ für das Jahr 1998 wurden im Jahre 1998 insgesamt rd 50 608 Mill S aufgewendet; ein Drittel dieses Aufwandes beträgt somit rd 16 869 Mill S. Das Eigenkapital 1998 des Reservfonds für Familienbeihilfen betrug rd – 2 394 Mill S.

Demnach lagen die Mittel des Reservfonds für Familienbeihilfen um rd 19 263 Mill S (1997: 25 666 Mill S) unter der im Gesetz geforderten Betragsgrenze.

9.6 Erstmals veröffentlichter Fondsabschluß

1998 kann erstmals der seit Jahren urgierte Jahresabschluß der Stiftung „Theresianische Akademie“ veröffentlicht werden, weil er den Rechnungslegungsvorschriften entspricht.

9.7 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse

Die für den BRA 1997 nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlußrechnungen für 1997 des Strukturfonds und Arbeitsmarktservices Österreich werden in diesem BRA veröffentlicht.

9.8 Agrarmarkt Austria (AMA)

Die Jahresbestandsrechnung 1997 der Agrarmarkt Austria (AMA) umfaßt den Haushaltsbereich (Verwaltung) und den Zweckbereich (Zahlungen an die Begünstigten), die Jahreserfolgsrechnung 1997 hingegen ausschließlich den Haushaltsbereich.

Zur besseren Veranschaulichung der Bedeutung der AMA, die im Zweckbereich überwiegend als EU-Marktordnungs- und Förderungsabwicklungsstelle tätig ist, wird der Gesamtumfang der abgewickelten Maßnahmen wie folgt dargestellt:

Von der AMA abgewickelte Maßnahmen:	in Schilling
Pflanzlicher Bereich	12.595,524.590,00
Tierische Maßnahmen	4.963,852.155,00
Übergangsbeihilfen	2.793,398.129,00
Summe der von der AMA abgewickelten Maßnahmen:	20.352,774.874,00

Quelle: AMA-Geschäftsbericht 1997, Einnahmen- Ausgabenrechnung, Bereich EU, Ausgaben (ohne Bankspesen, Kapitalertragssteuer und überwiesene Bankzinsen).

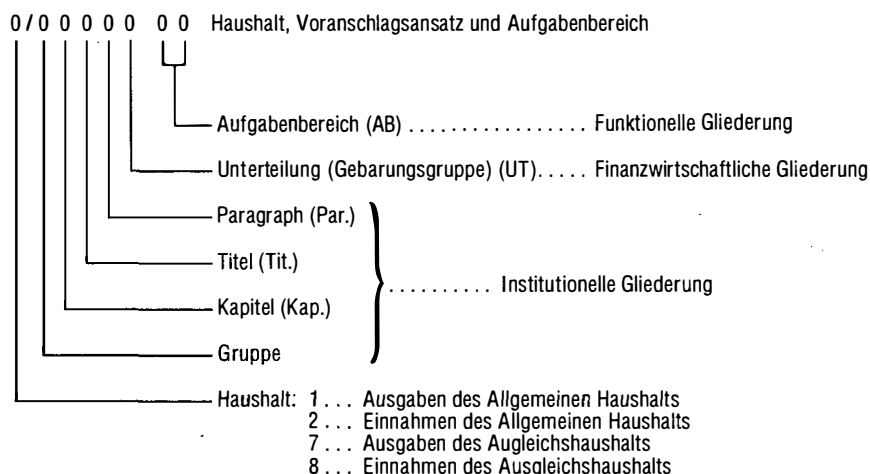
Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgte mit (vom Bund vorfinanzierten) EU-, Bundes- und Ländermitteln. Die Bundesanteile (Zahlungen an die AMA) sind im Bundesrechnungsabschluß bei Kap 60 "Land- und Forstwirtschaft" unter den folgenden Titeln erfaßt worden:

- 1/601BM (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens.
- 1/602Agrarische Strukturförderung
- 1/603Marktordnungsmaßnahmen
- 1/604Marktordnungspolitische Maßnahmen
- 1/606Übergangsregelungen

Neben den oben angeführten Maßnahmen wurden im Zweckbereich noch Abschlußbuchungen im Gefolge der mit dem EU-Beitritt ausgelaufenen nationalen Marktordnungsmaßnahmen (bspw in den Bereichen Milch und Mühlen) nachgewiesen.

Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebärungsgruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

- 2 Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 3 Anlagen (Ermessensausgaben)
- 4 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 5 Förderungen – Darlehen (Ermessensausgaben)
- 6 Förderungen – Zuschuß (Ermessensausgaben)
- 7 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben
- 8 Aufwendungen – erfolgswirksam (Ermessensausgaben)
- 9 Aufwendungen – bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

- 0–1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)
- 2–3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)
- 4–6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)
- 7–9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

- 11 Erziehung und Unterricht (EU)
- 12 Forschung und Wissenschaft (FW)
- 13 Kunst (Kn)
- 14 Kultus (Kl)
- 21 Gesundheit (Gh)
- 22 Soziale Wohlfahrt (SW)
- 23 Wohnungsbau (Wb)
- 32 Straßen (St)
- 33 Sonstiger Verkehr (Vk)
- 34 Land- und Forstwirtschaft (LF)
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)
- 41 Landesverteidigung (Lv)
- 42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

Verzeichnis der Abkürzungen

A/I	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BDG	Beamten-Dienstrechtsgesetz
A/I L	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	Bds. Inst	Bundesinstitut
A/II	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BEA	Bundeserziehungsanstalt
A/II L	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BER	Bestands- und Erfolgsrechnung
A/JAL	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BEV	Bestands- und Erfolgsverrechnung
A/R	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BFG	Bundesfinanzgesetz
AB	Aufgabenbereich	BFPZ	Bundesforschungs- und Prüfzentrum
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	bfr	belgische Francs
Abs	Absatz	BFS	Bundesfachschule
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BG	Bundesgendarmarie, Bundesgymnasium
AFFG	Ausführfinanzierungsförderungsgesetz	BGBI	Bundesgesetzblatt
AFG	Ausfuhrförderungsgesetz	BGV	Bundesgebäudeverwaltung
AG	Aktiengesellschaft	BHG	Bundeshaushaltungsgesetz
AHF	Außenhandelsförderung	BHS	Berufsbildende höhere Schule
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule	BHV	Bundeshaushaltsverordnung
AIVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BIG	Bundesimmobilien-gesellschaft
AMA	Agrarmarkt Austria	BKA	Bundeskanzleramt
AMFG	Arbeitsmarktförderungsgesetz	B-KUVG	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
AMPFG	Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz	B-KVG	Bauern-Krankenversicherungsgesetz
AMS	Arbeitsmarktservice	BLA	Bundeslehranstalt
AMSG	Arbeitsmarktservicegesetz	BLVA	Bundeslehr- und Versuchsanstalt
AMV	Arbeitsmarktverwaltung	BM	Bundesministerium
AO	Amtsorgane	BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
ArbVermG	Arbeitsvermittlungsgesetz	BMAGS	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Art	Artikel	BMF	Bundesministerium für Finanzen
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	BMI	Bundesministerium für Inneres
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	BMJ	Bundesministerium für Justiz
ASTP	Advanced System Technology Program	BMLF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
ATB	Austrian Treasury Bills	BMUJF	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
ATF	Ausgleichstaxfonds	BMUK	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
AUD	Australische Dollar	BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
Ausf.VKG	Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut	BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
B/I	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BP	Bundespolizei
B/I L	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	B-PVG	Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
B/II	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BRA	Bundesrechnungsabschluss
B/II L	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BRAG	Bundesrechenamtsgesetz
B/JAL	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BRD	Bundesrepublik Deutschland
B/R	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BRG	Bundesrealgymnasium
BA	Bundesanstalt	BSF	Besitzstrukturfonds
BAG	Bundesamtsgebäude	BStG	Bundesstraßengesetz
BAO	Bundesabgabenordnung	BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BAWAG	Bank für Arbeit und Wirtschaft AG	BThV	Bundestheaterverband
BB	Bundesbetriebe	BUWOG	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H.
BBA	Bundes-Bildungsanstalt	BVA	Bundesvoranschlag
BBG	Bundesbahngesetz	BVFA	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt
		B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
		bzw	beziehungsweise
		CA	Creditanstalt AG
		CAD	Kanadische Dollar
		CDD	Kanadische Dollar
		CEPT	Conference europeene des administrations des postes et des telecommunications
		CERN	Conseil europeen pour la recherche nucleaire
		CHF	Schweizer Franken
		Co	Compagnon
		Corp.	Corporation
		CPVF	Counterpart-Verwendungsfonds
		CZK	Tschechische Kronen
		D	Darlehen
		DDSG	Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft
		DEM	Deutsche Mark
		DFU	Datenfernübertragungseinrichtungen
		dgl	dergleichen
		DM	Deutsche Mark

DRTM	Data Relay Satellite and Technology Mission	i. Ligu.	in Liquidation
DVA	Datenverarbeitungsanlage	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
ECU (XEU)	European Currency Unit	idF	in der Fassung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	idGF	in der geltenden Fassung
EDVA	Elektronische Datenverarbeitungsanlage	IESG	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
EE	Entwicklung und Erneuerung	IF	Investitionsförderung
EFTA	European Free Trade Association	inkl.	inklusive
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz	inländ.	inländisch
EG	Europäische Gemeinschaft	InvEG	Invalideneinstellungsgesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilfergelungen
EOESP, EÖSPC	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG	IPU	Interparlamentarische Union
EP	Europaparlament	IT	Informations-Technologie
ERP	European Recovery Program	ITF	Innovations- und Technologiefonds
ESA	European Space Agency	ITFG	Innovations- und Technologiefondsgesetz
ESP	Spanische Peseten	ITL	Italienische Lire
ESTG	Einkommensteuergesetz	iVm	in Verbindung mit
EU	Europäische Union	IWF	Internationaler Währungsfonds
EUROFIMA ...	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	iwS	im weiteren Sinne
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	JGG	Jugendgerichtsgesetz
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	JPY	Japanische Yen
Fa	Firma	Kap	Kapitel
FAG	Finanzausgleichsgesetz	Kat. F.	Katastrophenfonds
FAO	Food and Agriculture Organization	KAVA	Konjunkturausgleich-Voranschlag
FB	Familienbeihilfen	KEST	Kapitalertragsteuer
FF	Französische Francs	KFB	Kunstförderungsbeitrag
FFF	Forschungsförderungsfonds	KFG	Kraftfahrzeuggesetz
FinStrG	Finanzstrafgesetz	KFZ	Kraftfahrzeug
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds	KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz	KOVG	Kriegsopferversorgungsgesetz
FLD	Finanzlandesdirektion	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
FMG	Fernmeldeinvestitionsgesetz	Kto	Konto
FOG	Forschungsorganisationsgesetz	KVSG	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
ForstG	Forstgesetz	Kz	Kennzahl
FRE	Fondsrechnungseinheiten	LA	Lehranstalt
FRF	Französische Francs	LAA	Landesarbeitsämter
FRN	Floating Rate Notes	LB	Landesbedienstete
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz	leg cit	legis citatae
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	LFG	Luftfahrtgesetz
GBI	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH	LIÄ	Landesinvalidenämter
GBP, Gbp	Britische Pfund	lit	litera
gem	gemäß	Lit	Italienische Lire
gemeinn.	gemeinnützige	LKW	Lastkraftwagen
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk	LSR	Landesschulrat
GesmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Ltd	Limited
GG	Gehaltsgesetz	LUF	Luxemburgische Francs
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LuftVG	Luftverkehrsgesetz
GOG	Geschäftsordnungsgesetz	LWK	Landwirtschaftskammer
GSPVG	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz	m b H	mit beschränkter Haftung
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	MFRM	Multilateral Forces Reduction Measures
GUG	Gehaltsüberleitungsgesetz	Mill	Millionen
GWF	Getreidewirtschaftsfonds	MOG	Marktordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	Mrd	Milliarden
HAK	Handelsakademie	MRG	Mietrechtsgesetz
HBLA	Höhere Bundeslehranstalt	NLG	Niederländische Gulden
HBLVA	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt	NO	Niederösterreich
HDG	Heeresdisziplinargesetz	Nr	Nummer
HeimAG	Heimarbeitsgesetz	NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz
hfl	holländische Gulden	N.SWAP	Nachtrags-SWAP
HKG	Handelskammergesetz	NUS	Neue unabhängige Staaten
HLA	Höhere Lehranstalt	ÖAF	Österreichische Automobilfabrik
HTBLA	Höhere Technische Bundeslehranstalt	ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
HTL	Höhere Technische Lehranstalt		
HVG	Heeresversorgungsgesetz		

ÖBF	Österreichische Bundesforste AG	TB	Tätigkeitsbericht
ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	TGM	Technologisches Gewerbe-Museum
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät
OeKB	Österreichische Kontrollbank	Tr.	Tranche
OeNB	Österreichische Nationalbank	TU	Technische Universität
ÖFEG	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.	TZ	Textzahl
ÖFG	Opferfürsorgegesetz	uä	und ähnliches
ÖFZS	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf	UAE	UAE-Dirham
ÖIAG	Österreichische Industrieverwaltungs-AG	udgl	und dergleichen
ÖIG	Österreichische Industrieverwaltungs-GesellschaftmbH	Ugl	Untergliederung
ÖKA	Oberösterreichische Kraftwerke AG	UIT	Union Internationale des Telecommunications
ÖKB	Österreichische Kontrollbank	UN	United Nations
ÖMIG	Österreichische Milchinformationsgesellschaft	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
ÖO	Oberösterreich	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
ÖPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse AG	UNO	United Nations Organization
ÖPTV	Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung	UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
ÖRE	Office de recherches et d'essais de l'UIC	US	United States
ÖRF	Österreichischer Rundfunk	USA	United States of America
ÖS	Österreichische Schilling	USD	US-Dollar
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt	usw	und so weiter
ÖWuV	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	UT	Unterteilung
Par.	Paragraph	UWF, UWWF ..	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
PG	Pensionsgesetz	VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
Pkt	Punkt	VAMED	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
PLZ	Polnische Zloty	VAP	Voranschlagspost
PRODEX	Programme for the development of scientific experiments	VB	Vertragsbediensteter
PSK	Postsparkasse	VBG	Vertragsbedienstetengesetz
Ptas	Spanische Peseten	VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG	VfGH	Verfassungsgerichtshof
PVA	Pensionsversicherungsanstalt	vgl	vergleiche
rd	rund	VIAG	Vorarlberger Illwerke AG
RE	Rechnungseinheiten	VIBOR	Vienna Interbank Offered Rate
reg. Gen.	registrierte Genossenschaft	VMW	Vereinigte Metallwerke AG
RGBI	Reichsgesetzblatt	VStG	Verwaltungsstrafgesetz
RGV	Reisegebührevorschrift	VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
RH	Rechnungshof	VVR	Voranschlagsvergleichsrechnung
RHG	Rechnungshofgesetz	VWG	Viehwirtschaftsgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung	VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
RM	Reichsmark	VwGH	Verwaltungsgerichtshof
S	Schilling	VWV	voranschlagswirksame Verrechnung
SA	Soll (vor Beträgen in Tabellen)	W	Währung
SAC	Societe Anonyme	WBFG	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungsgesetz
SAL	Strategic Arms Limitation	WBF-ZG	Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz
sB	sonstige Bedienstete	WEG	Wohnungseigentumsgesetz
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	WG	Weingesetz
SEK	Schwedische Kronen	WRG	Wasserrechtsgesetz
sfr	Schweizer Franken	WSchG	Währungsschutzgesetz
SFzG	Sonderfinanzierungsgesetz	WSD	Wasserstraßendirektion
skr	Schwedische Kronen	WTV	Währungstauschverträge
StbG	Staatsbürgerschaftsgesetz	WW-Fonds ...	Wohnhaus Wiederaufbaufonds
STEWEAG	Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG	XEU	Europäische Währungseinheit (ECU)
StG	Strafgesetz	ZAR	Südafrikanische Rand
StPO	Strafprozeßordnung	zB	zum Beispiel
StVG	Strafvollzugsgesetz	ZDG	Zivildienstgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung	ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
SUG	Sonderunterstützungsgesetz	ZI	Zahl
SVA	Sozialversicherungsanstalt	ZOR	Zentral- und Osteuropäische Republiken
SZR	Sonderziehungsrechte	zw	zweckgebunden

